



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Kritische Faktoren und Akteure bei der Förderung von
Sozialgenossenschaften als Teil des Wohlfahrtsmix“

verfasst von / submitted by

Lukas Rafael Kowalski B.A.

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Science (MSc)

Wien, 2020 / Vienna 2020

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 066 914

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Internationale Betriebswirtschaft UG2002

Betreut von / Supervisor:

ao. Univ.-Prof. i.R. Mag. Dr. Johann Brazda

Abstrakt

Sozialgenossenschaften werden als Organisationen zur Selbsthilfe bei lokalen, sozialen Problemstellungen und Angebotslücken gegründet. Sie bedienen und fördern freiwilliges und ehrenamtliches Engagement, sind regional verankert und meist stark von der lokalen Infrastruktur und Politik abhängig. Ihre vielfältigen Ausrichtungen dienen der Integration bzw. Inklusion benachteiligter Personengruppen, der Daseinsvorsorge und der Erhaltung und Entwicklung lokaler Versorgungsstrukturen. Damit leisten Sozialgenossenschaften einen wichtigen Beitrag zur regionalen Entwicklung und dem nationalen Wohlfahrtsmix.

Dem, in der Wissenschaft breit diskutierten, Potenzial von Sozialgenossenschaften und der praktischen Anwendung in vielen europäischen und außereuropäischen Ländern, stehen in Deutschland relativ übersichtliche Neugründungszahlen entgegen. Die vorliegende Arbeit gibt darüber Aufschluss, welche Faktoren und Akteure eine entscheidende Rolle bei der Förderung von Sozialgenossenschaften spielen. Hierzu wurden sieben Sozialgenossenschaften zu Ehrenamtlichkeit und Lokalität, Problemstellungen und Herausforderungen, Kritischen Erfolgsfaktoren, Finanzierung und Beratung, sowie zur genossenschaftlichen Organisationsform, befragt. Weiters wurde der Expertenrat „Sozialgenossenschaften – selbst organisierte Solidarität“ in Bayern, zu sozialgenossenschaftlichen Potenzialen, Einflussfaktoren und beeinflussenden Akteuren bei der Förderung von Sozialgenossenschaften, interviewt. Die Experteninterviews zeigen auf, dass die Umsetzung des Gründungspotenzials von Sozialgenossenschaften stark von der lokalen Infrastruktur, der lokalen Politik und deren Akteuren und der Vernetzung, dem Durchhaltevermögen und Engagement von Einzelpersonen abhängt. Kommunikation spielt, im Sinne der Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit, sowie der Aufklärung über und dem Abbau von Blockaden, eine entscheidende Rolle. Die Förderung des intra- und interdisziplinären Austausches in und mit Politik, Wohlfahrt, Genossenschaftsverbänden und Sozialgenossenschaften kann zu mehr sozialer Innovation und einer Bereicherung des Wohlfahrtsmix beitragen.

Auf Basis dieser Erkenntnisse, gilt es Akteure der Wohlfahrt, Politik und Verbände bei Initiativen zur engeren Zusammenarbeit, Kommunikation und Aufklärung zu unterstützen, in der Zusammenarbeit mit Sozialgenossenschaften über Best-Practice-Beispiele und Barrieren aufzuklären und entscheidende Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit zu leisten.

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	1
1 Einleitung	6
2 Vorgehensweise	8
3 Genossenschaften als Organisationsform in Deutschland.....	9
3.1 Aktuelle Entwicklungen im Genossenschaftswesen in Deutschland	11
3.2 Abgrenzung des Genossenschaftswesens von Gemeinwirtschaft und NPOs.....	13
3.3 Gemeinnützigkeit im Genossenschaftswesen.....	14
3.4 Ehrenamtlichkeit und die Monetarisierung bürgerschaftlichen Engagements	15
3.5 Genossenschaften als Akteure der sozial-ökologischen Transformation	16
4 Genossenschaftliche Prinzipien und Werte	18
4.1 Genossenschaftliche Solidarität.....	20
4.2 Soziale Aspekte und Gemeinwesen-Orientierung im Genossenschaftswesen	20
4.3 Nachhaltigkeit in Genossenschaften.....	21
4.4 Herausforderungen bei der genossenschaftlichen Unternehmensgründung.....	22
5 Genossenschaften international	25
5.1 Einschub: Sozialwirtschaft und Dritter Sektor	26
6 Sozialgenossenschaften	29
6.1 Seniorengenossenschaften	33
6.2 Wohnungsgenossenschaften und Quartiersentwicklung	36
6.3 Dorfläden und ihr Beitrag zur regionalen Versorgung	37
7 Potenzial und Förderung von Sozialgenossenschaften	38
8 Sozialgenossenschaften als Teil des Wohlfahrtsmix	40
9 Experimentaufbau und Darstellung der befragten Sozialgenossenschaften	42
9.1 Gemeinsam eG	43
9.2 Wir für uns eG	44
9.3 Bellevue di Monaco eG	45
9.4 W.I.R. Wohnen inklusiv Regensburg eG	45
9.5 Spiegelfabrik Baugenossenschaft eG	46
9.6 MutMacherMenschen gemeinnützige eG.....	46
9.7 Die Familiengenossenschaft eG	47
9.8 Expertenrat „Sozialgenossenschaften – selbst organisierte Solidarität“	48
10 Auswertung der Experteninterviews	49

10.1 Gründungsverhalten, Lokalität und ehrenamtliches Engagement	49
10.2 Genossenschaftliche Rechtsgrundlage und Prinzipien in der Praxis	51
10.3 Beratung und Finanzierung	52
10.4 Problemstellungen und Herausforderungen	53
10.5 Kritische Erfolgsfaktoren und Akteure bei der Sozialgenossenschaftsgründung	53
10.6 Kritische Faktoren und Akteure bei der Förderung von Sozialgenossenschaften	54
11 Fazit	56
Literaturverzeichnis	II
Anhang	IX

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Arten von Sozialgenossenschaften.....	32
Abbildung 2: Neugründungen von Sozialgenossenschaften 2005-2015.....	32
Abbildung 3: Neugründungen von Sozialgenossenschaften nach Leistung bzw. Zielsetzung 2005-2015.....	33

1 Einleitung

Genossenschaften werden international als eine der wirtschaftlich sichersten und stabilsten Organisationsformen angesehen. Mit einer Vielzahl von Einsatzbereichen und enormem wirtschaftlichem Potenzial sind sie in Ländern wie Großbritannien, Frankreich und Italien, aber auch in Japan, Kanada und in Ländern Afrikas ein fester Bestandteil der Gesamtwirtschaft (vgl. Münkner 2013, S.7 f.). Weltweit haben drei Millionen Genossenschaften in etwa eine Milliarde Mitglieder (vgl. ICA 2018). In Deutschland sind 22,6 Millionen Menschen Mitglied in einer Genossenschaft und damit statistisch jeder vierte Bundesbürger. Die deutschen Genossenschaften erwirtschaften einen Umsatz von über 200 Milliarden Euro und dieses wirtschaftliche Potenzial wird mittlerweile, ähnlich wie beispielsweise in Italien, auch für die Lösung sozialer Problemstellungen genutzt (vgl. DGRV 2019). Von 2005 bis 2014 wurden in Deutschland bereits 332 Sozialgenossenschaften gegründet (vgl. Stappel 2017, S.151 f.). Die genaue Anzahl der Neugründungen ist aber schwer nachzuvollziehen, da Sozialgenossenschaften rechtlich nicht als eigene Organisationsform definiert sind und sowohl als Genossenschaften, Vereine und gemeinnützige GmbHs umgesetzt werden. Eine eingetragene Genossenschaft mit sozialer Zielsetzung, eine gemeinnützige Genossenschaft und auch Dienstleistungs- und Produktivgenossenschaften, die in sozialen Bereichen tätig sind, ebenso wie Dorfläden oder Seniorengenossenschaften, die oft als eingetragener Verein tätig sind, werden als Sozialgenossenschaften statistisch erfasst. Sozialgenossenschaften in Deutschland sind vorwiegend in den Bereichen Seniorenbetreuung, Familienunterstützung, Förderung von Behinderten und anderen benachteiligten Personengruppen, Gesundheit, Nachhaltigkeit und Kunst und Kultur tätig (vgl. Göler von Ravensburg 2015, S.143). Viele dieser Themen sind in den Bundesländern die Verantwortungsbereiche der Sozial-, Familien- und Gesundheitspolitik und nicht der Privatwirtschaft. Durch den aktuellen gesellschaftlichen Wandel der das Verhältnis von Staat, Markt und Familie hinterfragt, erhalten privatwirtschaftliche Lösungen immer mehr Zuspruch und werden teils politisch gefördert. In Bayern wurde 2012 die Zukunftsinitiative Sozialgenossenschaften und ein Expertenrat ins Leben gerufen (vgl. STMAS Bayern 2013). Niedersachsen hat 2018 ein Programm zur Förderung von Sozialgenossenschaften aufgelegt (vgl. MSGG 2018), der Paritätische Wohlfahrtsverband in Baden-Württemberg plant zusammen mit dem regionalen Genossenschaftsverband die Stärkung der Organisationsform in der Sozialwirtschaft (vgl. Der Paritätische 2018) und in Brandenburg empfahl die Enquete-Kommission ein Förderprogramm zur Anschubfinanzierung von Genossenschaften zur Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen

(vgl. Landtag Brandenburg 2019, S.138). Das Potential der Sozialgenossenschaft als Organisationsform zur Lösung sozialer Problemstellungen, der Erhaltung regionaler Nahversorgung und Schließung von Angebotslücken im Sozial- und Gesundheitsbereich wird von einigen Akteuren somit bereits erkannt und gefördert. Neben der Förderung durch die Politik und die Gesellschaft, spielen auch der Wohlfahrtsbereich, ehrenamtliches Engagement, die lokale Infrastruktur und die Initiative Einzelner eine wichtige Rolle bei der Entstehung von Sozialgenossenschaften. Das Zusammenspiel dieser Faktoren, welche Faktoren tatsächlich bzw. außerdem bei der Gründung, Umsetzung und Etablierung von Sozialgenossenschaften erfolgskritisch sind und welche Akteure dabei eine wichtige Rolle spielen (können) wird in der folgenden Arbeit untersucht.

2 Vorgehensweise

Zur Untersuchung der Sozialgenossenschaften in Deutschland und deren beeinflussenden, erfolgskritischen Faktoren und Akteuren, muss eine Auseinandersetzung mit der genossenschaftlichen Organisationsform per se und dem internationalen wie auch deutschen Genossenschaftswesen vorausgehen. Die vorliegende Arbeit stellt deshalb zu Beginn die Organisationsform der Genossenschaft und deren rechtlichen Rahmen in Deutschland dar und befasst sich mit genossenschaftlichen Prinzipien und Werten. Die historisch-soziale Ausrichtung des Genossenschaftswesens als Ursache für die Entwicklung der heutigen Sozialgenossenschaften wird untersucht, wobei ein besonderer Fokus auf die Gemeinnützigkeit, das ehrenamtliche bzw. freiwillige Engagement und die Rolle der Genossenschaft als Akteur der sozial-ökologischen Transformation gelegt wird. Auf eine kurze Darstellung der internationalen Entwicklung des Genossenschaftswesens und seiner Rolle und Position in die Marktwirtschaft, folgt die Fokussierung auf und eine Definition von Sozialgenossenschaften und deren möglicher Klassifizierung in Deutschland. Im Sinne der qualitativen Erhebung dieser Arbeit wird eine, in der aktuellen Literatur als weite Definition von Sozialgenossenschaften bezeichnete Definition, gewählt (vgl. Thürling 2020, S.106 ff.). Zusätzlich werden lediglich Sozialgenossenschaften untersucht, die in der Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft tätig sind. Auf Basis dieser Eingrenzung und Definition, wird auf das Potenzial von Sozialgenossenschaften eingegangen und welche Rolle diese als Akteure des Wohlfahrtsbereiches einnehmen können. In der qualitativen Erhebung wurden sieben Sozialgenossenschaften zu den, im theoretischen Teil beschriebenen, Werten und erfolgskritischen Faktoren befragt. Die Antworten geben darüber Aufschluss, welche Akteure und Einflussfaktoren tatsächlich bei der Gründung, Förderung und langfristigen Etablierung von Sozialgenossenschaften eine entscheidende Rolle spielen. Zusätzlich soll ein Einblick in die Einstellung zu bzw. die Haltung gegenüber Sozialgenossenschaften aus Sicht der Politik, Wissenschaft und Wohlfahrt gewährt werden. Hierzu wurde der Vorsitzende des Expertenrates für Sozialgenossenschaften in Bayern, Herr Prof. Dr. Endres interviewt. Diese zusätzliche Befragung gibt außerdem Aufschluss darüber, welche Initiativen von Akteuren der Politik und Wohlfahrt zur Förderung der Sozialgenossenschaften ergriffen werden können.

3 Genossenschaften als Organisationsform in Deutschland

Die Genossenschaft als Organisationsform in Deutschland ist ein Zusammenschluss von mindestens drei Mitgliedern (seit der GenG Nov 2006, vorher mind. sieben Mitglieder) um den Erwerb oder die Wirtschaft deren soziale oder kulturelle Belange durch gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb zu fördern (§1 GenG). Neben den Kosten für bürokratische Verfahren und Eintragungen benötigt die Genossenschaft, ähnlich wie der Verein, kein Gründungskapital. Jedes Mitglied ist allerdings verpflichtet Genossenschaftsanteile zu zeichnen. Die Höhe der Mindestanteile wird selbst in der Satzung der Genossenschaft festgelegt. Die Genossenschaft wird nach außen durch einen Vorstand vertreten und muss ebenfalls einen Aufsichtsrat führen. Hat die Genossenschaft nicht mehr als 20 Mitglieder, kann durch Beschluss in der Satzung auf einen Aufsichtsrat verzichtet werden (§9 GenG). Die Organisation in einer Genossenschaft orientiert sich besonders an den, vom Genossenschaftswesen und den Verbänden benannten, Genossenschaftsprinzipien. Aufgrund des Demokratieprinzips hat jedes Mitglied der Genossenschaft ein kapitalunabhängiges Stimmrecht. Dieses Stimmrecht ist unabhängig von der Anzahl der Genossenschaftsanteile und kann, je nach Auslegung, bei der Beteiligung von Unternehmen an der Genossenschaft, eine homogene Gleichberechtigung bei Abstimmungen z.B. auf Generalversammlungen bewirken. Das Identitäts- und Selbsthilfeprinzip verschaffen Mitgliedern die Möglichkeit, gleichzeitig Leistungsabnehmer, Kapitalgeber und Eigentümer der Genossenschaft zu sein. Die verpflichtende Mitgliedschaft in einem Genossenschaftsverband macht die Genossenschaft zu einer der wirtschaftlich stabilsten Organisationsformen. Der Genossenschaftsverband führt je nach Größe bzw. Umsatz der Genossenschaft eine zwei- bzw. einjährige Wirtschaftsprüfung durch. Bereits bei der Gründung müssen umfangreiche Wirtschaftspläne vorgelegt werden (Laut §§ 11, 53 GenG).

Genossenschaften tragen zu Problemlösungen im Bereich der Regionalentwicklung und lokalen Daseinsvorsorge bei. Die Kombination aus unternehmerischer Tätigkeit und ehrenamtlichem Engagement wird vor allem in Regionen mit geringer Siedlungsdichte aufgefunden, in welchen spezifische lokale Probleme durch eine mangelnde Infrastruktur oder ein lückenhaftes Dienstleistungsangebot, entstehen. Dies kann z.B. durch den Rückzug des Einzelhandels, der Abwanderung von Ärzten oder anderem Fachpersonal oder dem Verfall lokaler Infrastrukturen, wie Schwimmbädern, Bibliotheken o.Ä. hervorgerufen werden. Genossenschaften können hier in vielfältiger Form für einen Ausgleich sorgen. Kreditgenossenschaften treten beispielsweise als Promotoren regionaler Entwicklung auf und tragen durch die Mobilisierung von Ressourcen zu Neugründungen von bspw. Schüler- oder Familiengenossenschaften bei und Dorfläden

bedienen die Nahversorgung, wie auch die Integration der weniger mobilen älteren Bevölkerung (vgl. Blome-Drees, Bøggild 2015, S.133 f.).

Die Einbindung der Genossenschaften in lokale und regionale Zusammenhänge macht diese zu einem wichtigen Akteur der wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Absicherung und Entwicklung. Genossenschaften zeichnen sich durch ihre besondere Standhaftigkeit in Zeiten von Wirtschaftskrisen aus und werden vermehrt zu Krisenzeiten gegründet. Sie sind jedoch auch in weniger krisenhaften Situationen auf Grund ihrer geringen Insolvenzquote ein erfolgsversprechendes Organisationsmodell. Durch die regelmäßige Prüfung durch einen Genossenschaftsverband wird die Wirtschaftlichkeit der Genossenschaft gewährleistet und das Vertrauen der Mitglieder in die Organisation gefördert. Blome-Drees, Bøggild (2015) fassen die besondere Mentalität hinter dem Genossenschaftswesen in optimalen Voraussetzungen für eine Genossenschaftsgründung zusammen:

- Der Wille und die Bereitschaft zu gemeinsamen und demokratischen Wirtschaften (bei mind. drei Gründern)
- Der Wunsch nach einer offenen Rechtsform mit unbürokratischer Ein- und Austritts-Möglichkeit
- Das Auslagern ausgewählter betrieblicher Funktionen zur Steigerung der Effektivität bzw. Effizienz des eigenen Unternehmens
- Die Förderung der Mitglieder soll im Vordergrund stehen und nicht eine hohe Rendite
- Die Verteilung der Überschüsse soll nach der Inanspruchnahme des genossenschaftlichen Geschäftsbetriebes durchgeführt werden und wird in dieser Art steuerlich begünstigt
- Die persönliche Haftung soll auf das eingezahlte Kapital begrenzt werden
- Die Rechtsform soll hohe Stabilität und Solidarität gewährleisten

Auf Basis dieser Voraussetzungen werden Genossenschaften wie folgt definiert:

„Genossenschaften sind Kooperationen, die in konkreten Lebensumständen gegründet werden, in lokale und regionale Zusammenhänge eingebunden sind und spezifische Bedürfnisse befriedigen. Diese Einbindung macht Genossenschaften zu wichtigen Akteuren der wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Absicherung und Entwicklung. Genossenschaften weisen spezifische Merkmale auf, die sie von anderen Unternehmenstypen abgrenzen. Zu den wichtigsten charakteristischen Merkmalen der

Genossenschaften gehören das Förder-, das Selbsthilfe-, das Freiwilligkeits-, das Identitäts- und das Demokratieprinzip.“ (Blome-Drees, Bøggild 2015, S.281)

Trotz ihrer Ausrichtung auf vor allem ökonomische Ziele spielen Solidarität und sozialgesellschaftliche Aspekte eine sehr wichtige Rolle in Genossenschaften. Sie können weder ausschließlich nach wirtschaftlichen, noch nach soziologischen Maßstäben beurteilt werden und eine fixe Zuordnung zu einem Wirtschaftsbereich fällt schwer. Durch die Vielfalt an Zielsetzungen, Branchen und Konzepten im Genossenschaftswesen ist diese von Organisation zu Organisation unterschiedlich. Das Zusammenspiel kollektiven Handelns mit primär gesellschaftspolitischer Zielsetzung, der demokratischen Interessenvertretung der Mitglieder, der Förderung, Solidarität und Identitätsentwicklung auf meist lokaler Ebene macht das Genossenschaftsmodell zu einem effektiven, wirtschaftlichen Brückenschläger regionaler Marktlücken. Dabei gilt es nicht nur nach Zielsetzung zu unterscheiden, sondern auch nach Herangehensweise und Tätigkeits-Portfolio. Fördergenossenschaften, Produktiv-, Beschaffungs-, Einkaufs- oder Absatzgenossenschaften können ähnliche Ziele verfolgen und unterscheiden sich trotzdem grundlegend in ihrer Herangehensweise und ihrem Geschäftsmodell. Gemeinsam sind ihnen die genossenschaftlichen Prinzipien und der Selbsthilfegedanke. Demnach lassen sich alle Genossenschaften definitiv der Organisationsgruppe der Selbsthilfeorganisationen zuordnen. Nicht zuletzt das Förderprinzip verantwortet diese Zuordnung. So erwartet jedes Mitglied der Genossenschaft von dieser wirtschaftlich, kulturell und/oder geistige Förderung, als Gegenleistung für das eigene Mitwirken bzw. das Kaufen eines Genossenschaftsanteils und den gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb (vgl. Atmaca 2014, S. 41 ff.).

3.1 Aktuelle Entwicklungen im Genossenschaftswesen in Deutschland

Seit 2000 ist die Zahl der genossenschaftlichen Neugründungen in Deutschland kontinuierlich gestiegen. Seit 2007, ein Jahr nach Inkrafttreten der Gesetzesnovelle in Deutschland, kann sogar von einem Neugründungsboom im Genossenschaftswesen gesprochen werden (vgl. Blome-Drees, Bøggild 2015, S.284).

In Deutschland ist das Genossenschaftswesen historisch sehr stark auf die wirtschaftliche und weniger auf die sozial-, bzw. gesellschaftskritische Perspektive fokussiert. Nach dem Vorbild der romanischen Länder und auf Basis der Verordnung des Europäischen Genossenschaftsstatuts im Jahr 2003 (vgl. Rat der Europäischen Union, Verordnung 1435/2003), öffnete die Gesetzesnovelle 2006 die Rechtsform der Genossenschaft für soziale,

gesundheitliche und kulturelle Zwecke. Besonders bei den Wohnungsgenossenschaften führte dies zu vermehrter Förderung und einhergehenden Neugründungen. Der soziale Wohnungsbau, das integrierte Wohnen, sowie die Sicherstellung von bezahlbarem Wohnraum, sind in vielen Kommunen schon lange ein wichtiges Thema. (Wohnungs-) Genossenschaften haben sich Aufgabe vielerorts angenommen und bieten Unterstützung bei der Daseinsvorsorge und der lokalen Instandhaltung bürgerschaftlicher Infrastruktur. Insgesamt führen die verhältnismäßig vielen Neugründungen zu einem positiven Imagewandel des Genossenschaftswesens und zu einer Ansiedlung der Organisationsformen in teils neuen Branchen wie Energie, Gesundheit, Soziales und Wohnen. Das internationale Genossenschaftsjahr 2012 hat dazu beigetragen, dem Genossenschaftswesen international wieder mehr Aufmerksamkeit zu schenken und die oft als „veraltete“ Organisationsform bezeichnete Genossenschaft für Neugründungen wieder attraktiver zu machen (vgl. Schmale 2017, S.1 ff.). Vor allem die gewerblichen Genossenschaften im Energiebereich haben die eG wieder zu einer modernen Rechtsform gemacht. Damit verbunden vollzieht sich ein Mentalitätswechsel in der Gesellschaft hin zu mehr Selbstverantwortung, Solidarität und Selbstorganisation. Hinzu kommt die wachsende Ablehnung der vorherrschenden Art zu wirtschaften, welche spätestens durch die Finanzkrise stark an Zuspruch verloren hat. Somit greifen Menschen wieder häufiger zu den sicheren Alternativen und Vorsorgeformen. Genossenschaftsbanken, die vor der Krise noch für ihr risikoscheues Verhalten belächelt wurden, werden gerade auf Grund ihrer Sicherheit und Nachhaltigkeit wieder als attraktiv erachtet. Diese Dynamik wird von Verbänden, Politik und Gewerkschaften aufgenommen und durch vermehrte Öffentlichkeitsarbeit und Initiativen verstärkt (vgl. Blome-Drees, Bøggild 2015, S.149 f.).

Historisch zeigt sich, dass die Idee des kollektiven Wirtschaftens oft eine Reaktion auf wirtschaftliche und soziale Krisen war. Der aktuelle Wandel im Wohlfahrtsbereich, der vermehrt auf Eigenverantwortung der Individuen setzt und nicht mehr auf spezifische Bedürfnisse eingeht, bedingt das Verlangen nach Absicherung und Stabilität in einer anderen Form, welche in Genossenschaften möglich sind. Die Neugründungsinitiative der Genossenschaftsverbände, die Novellierung des Genossenschaftsgesetzes und sektorspezifische Gesetzesneuerungen sind Katalysatoren dieses Wunsches nach Absicherung, Selbstverantwortung und Handlungsautonomie. Die Gründungstendenzen in den Bereichen Gesundheit und Soziales sind eine Reaktion auf Angebots- und Dienstleistungslücken im Wohlfahrts-, Gesundheits- und Pflegebereich und fördern die Umorientierung zu den Ursprüngen der Genossenschaftsbewegung auf (vgl. Thürling 2014, S.12 f.).

3.2 Abgrenzung des Genossenschaftswesens von Gemeinwirtschaft und NPOs

Die Zuordnung bzw. Abgrenzung des Genossenschaftswesens zum bzw. vom Dritten Sektor, der Gemeinwirtschaft oder dem Non-Profit-Bereich, ist in der Wissenschaft hoch umstritten. Institutionell könnte das Genossenschaftswesen zur Gemeinwirtschaft gerechnet werden, gleichzeitig ist vor allem in Deutschland oft von der Genossenschaft als „wirtschaftliche Leistungsgemeinschaft“ die Rede und jegliche soziale Verantwortung wird kategorisch abgelehnt. Diese Zuordnungsschwierigkeiten sind unter anderem historisch bedingt und hängen mit der Entwicklung des Genossenschaftswesens in Deutschland im 20. Jahrhundert zusammen. Seit den 50er Jahren entstanden durch Zusammenschlüsse kleinerer Genossenschaften professionalisierte Groß-Genossenschaften welche sich im intensiven Wettbewerb behaupten wollten. Die Wirtschaftlichkeit stand auf Grund des Konkurrenzdrucks im Vordergrund und durch Zusammenschlüsse und Mitgliederzuwächse wurde die Kapitalbasis erhöht. Im Zuge dessen kommt es in Deutschland zu einem Rückgang der Gesamtzahl der Genossenschaften bei gleichzeitigem Anstieg der Mitgliederzahlen zwischen 1960 und 2000. In diesem Zusammenhang wird auch von der Annäherung des Genossenschaftswesens an erwerbswirtschaftliche Unternehmen gesprochen (vgl. Thürling 2014, S.6 f.).

Die Rückbesinnung und soziale Orientierung der Genossenschaftsgründungen seit Anfang der 2000er Jahre untermauert wiederum die Ansicht anderer Akteure der Genossenschaftspraxis und Wissenschaft, dass Genossenschaften den Prinzipien der Selbsthilfe, -verantwortung und -verwaltung verpflichtet sind und somit natürlich Teil des Dritten Sektors sind. Das Solidaritätsverständnis geht bei vielen Genossenschaften über den Mitgliederkreis hinaus und dient zur zusätzlichen Förderung Dritter und somit dem Gemeinwohl. Vor allem bei Konsum- und Wohnungsgenossenschaften, aber auch bei Genossenschaften im Bankenbereich, lässt sich dies beobachten. Bei der Einordnung des Genossenschaftswesens zeigt sich, dass dies auf Grund der Vielfältigkeit nicht eindeutig möglich ist. Die genossenschaftliche Identität und ihre Prinzipien zielt eindeutig auf mehr als nur Gewinnerzielung ab, der Förderauftrag und die klare Ausrichtung auf die Vorteilsbeschaffung der Mitglieder kann jedoch genau zu dieser Ausrichtung führen. Somit bleibt die Zuteilung der Genossenschaften, sowie auch der Sozialgenossenschaften, zum Dritten Sektor dem Einzelfall überlassen (vgl. Thürling 2019, S.89 f.; Beideck 2020, S.126 f.).

3.3 Gemeinnützigkeit im Genossenschaftswesen

In Deutschland liegt Gemeinnützigkeit vor, wenn die Tätigkeiten der Organisation darauf gerichtet sind, die Allgemeinheit auf materiellem, geistigem oder sittlichem Gebiet selbstlos zu fördern. Dabei muss der Kreis der geförderten Personen offen sein (§52 AO). Die Gemeinnützigkeit wird vom Finanzamt zugeschrieben und bringt vor allem steuerliche Vorteile mit sich (Laut §§ 59, 60a AO). In diesem rechtlichen Kontext wird Gemeinnützigkeit grundsätzlich eher den Vereinen zugeschrieben, da diesen jeder beitreten kann und ihre Arbeit fast immer in gemeinnützige Bereiche fällt. Diese sind die Förderung von Wissenschaft und Forschung, Bildung und Erziehung, Kunst und Kultur, Religion, Völkerverständigung, Entwicklungshilfe, Umwelt-, Landschaft- und Denkmalschutz, des Heimatgedankens, der Jugend- und Altenhilfe, des öffentlichen Gesundheitswesens, des Wohlfahrtswesens und des Sports. Im genossenschaftlichen Hintergrund führt Gemeinnützigkeit zu einigen rechtlichen Diskussionen. Die Wissenschaft ist sich großflächig einig, dass Genossenschaften sehr wohl gemeinnützig sein können und ihnen dieser rechtliche Vorteil unter bestimmten Voraussetzungen zweifelsfrei zugeschrieben werden kann. Die Problematik besteht bei Genossenschaften einerseits darin, dass der Förderzweck per Definition lediglich die Förderung der Mitglieder forciert und andererseits, dass die Mitgliedschaft in einer Genossenschaft nur durch die Zeichnung von Anteilen zustande kommt, welche oft sehr hoch sind und somit eine Eintrittsbarriere darstellen können. Genossenschaften haben allerdings die Möglichkeit Förderzweck und Mindestanteilszeichnung selbst zu gestalten und können somit sehr wohl auf die Förderung der Allgemeinheit ausgerichtet werden. Vor allem bei den Wohnbaugenossenschaften lassen sich viele gemeinnützige Beispiele finden. Aber auch eine Schule oder eine Kinderbetreuung kann in Form einer gemeinnützigen Genossenschaft umgesetzt werden (vgl. Winheller, Zeller 2013, S.3-5).

Mit der Öffnung des genossenschaftlichen Förderauftrages in Deutschland, hinsichtlich der Förderung sozialer und kultureller Belange, wurde auch eine Öffnung der genossenschaftlichen Rechtsform gegenüber der Gemeinnützigkeit geschaffen. Wenn sich der Förderzweck der Genossenschaft mit den Maßstäben der Gemeinnützigkeit deckt und der Mitgliedsbeitritt problemlos möglich ist, haben Genossenschaften eine gute Chance als gemeinnützig anerkannt zu werden. Damit bietet die Rechtsform auch für den Wohlfahrtsbereich neue Kooperations- und Gründungspotenziale (vgl. Ahles 2017, S.131; Reifschneider, Roth 2020, S.2 f.) (siehe dazu 8 Sozialgenossenschaften als Teil des Wohlfahrtsmix).

3.4 Ehrenamtlichkeit und die Monetarisierung bürgerschaftlichen Engagements

Durch die Veränderungen in den Familienbeziehungen und -strukturen und auch durch den demographischen Wandel etabliert sich ein neuer Arbeitsmarkt im Bereich öffentlicher und gemeinwohlorientierter Aufgaben. Viele dieser Aufgabenbereiche werden auf Grund der knappen öffentlichen Mittel von freiwilligem Engagement getragen. Dieses leistet einen volkswirtschaftlichen wie kulturellen Beitrag und kann öffentliche Haushalte entlasten (vgl. Klie 2009, S.3). In der Behinderten- und Altenpflege trägt bezahltes Engagement zur Überbrückung von Angebotslücken zwischen den tatsächlichen Bedürfnissen der Betroffenen und den gesetzlich definierten Leistungen bei. Dies bietet älteren Menschen eine Möglichkeit zur Mitgestaltung von und der Partizipation in der Gesellschaft. Die dadurch entstehende Eigen- und Mitverantwortung kann zur Prävention von Altersrisiken dienen und zur Verbesserung der lokalen Lebensqualität führen. Durch ihre Erfahrung und ihr Know-how können Ältere auf Missstände hinweisen und Forderungen an die lokale Politik stellen (vgl. Lüders 2015, S.88 f.). Die Monetarisierung des freiwilligen Engagements hilft den Betroffenen oft die angebotene Hilfe anzunehmen und Abhängigkeitsempfindungen vorzubeugen. Durch bezahlte Engagement-Formen können gemeinwohlorientierte Dienstleistungen erhalten werden, wie durch die Weiterführung einer öffentlichen Bibliothek, und Engagierten bieten sich oft durch ein entstehendes Netzwerk neue Kontakte und Anstellungsmöglichkeiten. Obwohl das freiwillige und/oder ehrenamtliche Engagement aus intrinsischen Motiven wie der Suche nach Anerkennung, Wertschätzung und Zugehörigkeit oder aus einem Solidaritäts- und Uneigennützigkeitsgedanken heraus entsteht, kommt es vermehrt zur Vergütung dieses Engagements. Zum einen kann die Monetarisierung ein Anreiz für andere Menschen sein sich ebenfalls zu engagieren, zum anderen kann es Menschen die Teilhabe am Arbeitsleben ermöglichen, die wenig Möglichkeiten haben, dies über normale Beschäftigung zu erreichen. Oft kommt es auch zu Vergütungen im Sinne von Aufwandsentschädigungen oder um einen zusätzlichen Anreiz zu schaffen, wenn spezielles Know-how benötigt wird und dieses schwierig zu beschaffen ist. Insgesamt spielen Anerkennung, Einbindung in die Organisationsstruktur und Betreuung aber eine größere Bedeutung für die Engagierten als eine monetäre Vergütung. Die Monetarisierung freiwilligen Engagements bringt keinesfalls nur positive Effekte mit sich. Der Einfluss des Geldes auf die Motivation hinter dem Engagement, der Verlust regulärer Arbeitsplätze, die „Denaturierung“ des freiwilligen Engagements oder der Verlust spezifischer Potentiale ehrenamtlicher Tätigkeiten werden in der Wissenschaft breit diskutiert (vgl. Klie 2009, S.36-42). Da für die vorliegende Arbeit hauptsächlich der Stellenwert

des freiwilligen Engagements für die Genossenschaftsbewegung dargestellt werden soll, besteht nicht der Anspruch den Diskurs über die Monetarisierung freiwilligen Engagements in seiner Gänze darzustellen. Festzuhalten ist, dass Genossenschaften in ihren Tätigkeiten teilweise stark von ehrenamtlichen und/oder freiwilligen Engagement abhängig sind, dieses fördern, lokal aktivieren, aber auch selbst bürgerschaftliche Verantwortung übernehmen und sich für das Gemeinwesen engagieren (vgl. Ringle 2016, S.18).

Thürling gibt in seiner Arbeit „Genossenschaften im Dritten Sektor – Situation, Potentiale, Grenzen“ (2014) Einblicke in das Verhältnis von Genossenschaften und (ehrenamtlichem) Engagement. Über drei Viertel der befragten Genossenschaften geben an, dass bei ihnen Personen ehrenamtlich engagiert sind. Dabei spielt ehrenamtliches Engagement zwar eine existenzielle Rolle für den Großteil der befragten Genossenschaften, jedoch entsteht dieses bei alteingesessenen Organisationen aus der bestehenden genossenschaftlichen Mitgliedschaft heraus und wird nicht aktiv nach außen beworben. Die Anwerbung und Gewinnung von ehrenamtlich Engagierten spielt bei jüngeren Genossenschaften und auch bei Sozialgenossenschaften (wie die qualitative Erhebung dieser Arbeit zeigt) heute eine tragende Rolle. Die jüngeren genossenschaftlichen Konzepte bieten hier Ehrenamtlichen mehr Raum für Innovation und aktive Mitgestaltung und schaffen somit eine schnellere und stärkere Identifikation mit der Genossenschaft (vgl. Thürling 2014, S.18 f.).

3.5 Genossenschaften als Akteure der sozial-ökologischen Transformation

Die aktuelle Auseinandersetzung mit der akuten gesellschaftlichen Ausrichtung auf Wachstum und wirtschaftliche Rendite ist Teil einer sozial-ökologischen Transformation, die das Verhältnis von Gesellschaft, Wirtschaft und Politik in Frage stellt. Dieser Umbruch bietet Nährstoff für (soziale) Nachhaltigkeit, Klimaschutz, mehr Solidarität und kollektive Selbsthilfe. Der Gründungsboom im Genossenschaftswesen kann als Anbruch einer Postwachstums-Gesellschaft interpretiert werden und führt zu neuen lebensweltlichen Logiken für Staat und Markt. Viele genossenschaftliche Neugründungen setzen ehrenamtliches oder sogar zivilgesellschaftliches Engagement voraus. Mit der Bündelung sozialer Gruppen mit ähnlichen wirtschaftlichen, sozialen oder kulturellen Interessen durch Genossenschaften entstehen neue Gemeinschaften und Netzwerke, welche bestehendes Sozialkapital nutzen und neues bilden. Die Akteure der Gesundheits- und Sozialversorgung richten sich aktuell ebenfalls nach der Aktivierung klienteneigener Ressourcen, dem Empowerment und dem Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe aus. Diese Entwicklung führt zu einem Persönlichkeitswachstum innerhalb

der Gesellschaft und einer Reifung gegenüber existenziellen Herausforderungen. Der Imagewandel der Genossenschaft von einem verstaubten, altbackenen Modell zurück zu einem zukunftsfähigen, nachhaltigen Wirtschaftsmodell wird allerdings teilweise von einer Überfrachtung der Organisationsform mit ideellen Wertvorstellungen begleitet. Das vielfältige Problemlösungspotenzial von (Sozial-) Genossenschaften muss bzw. kann nicht zwingend freigesetzt werden. Vorerst sind Genossenschaften immer darauf angewiesen, wirtschaftlich tragfähige Geschäftsfelder zu entdecken und zu entwickeln. Durch ihre lokale Verankerung sind diese dabei in ihrer geographischen Ausbreitung eingeschränkt. Dies vereinfacht den Genossenschaften allerdings die Schaffung einer Identität vor Ort und ermöglicht ihnen damit zumindest eine regionale Förderung der sozial-ökologischen Transformation (vgl. Schröder, Walk 2014, S.299-305; Schmale, Göler von Ravensburg 2017, S. 444-447).

4 Genossenschaftliche Prinzipien und Werte

Genossenschaften zeichnen sich durch ihre enge Verbindung zu den Werten der Demokratie, Förderung, Identität und Solidarität aus und haben dabei oft einen sehr engen Bezug zur regionalen Entwicklung bzw. lokalen Problemstellungen. Dabei dienen Genossenschaften der Vertretung der Interessen ihrer Mitglieder und deren Förderung, ob finanziell, geistig, sozial oder kulturell. Die von Draheim als „Doppelnatur“ beschriebene Kombination einer sozialen Personenvereinigung und einer wirtschaftlichen Einheit, macht es Genossenschaften möglich, sich einer Vielzahl von Zielen und Problemstellungen anzunehmen. Durch die Interessenvertretung der Mitglieder, welche nicht immer nur auf ökonomische Förderung abzielt, spielen Genossenschaften auch in der Gemeinschafts- und Gemeinwesen-Förderung eine wichtige Rolle und bieten damit eine Gegenmachtfunktion zur kapitalistischen Marktwirtschaft. Sie bieten damit vor allem in Krisen wirtschaftliche Sicherheit und Unabhängigkeit, was sich in den historischen Gründungswellen widerspiegelt. Die Neugründungen von Sozialgenossenschaften in Deutschland lassen sich ebenfalls zum Teil auf die sozialen Notstände und das mangelnde Angebot im Sozialbereich zurückführen (vgl. Blome-Drees 2017, S.50-53) Die Tendenz zu mehr Solidarität und Eigenproduktivität lässt sich durchaus als gesellschaftlicher Trend beobachten und wird vermehrt beispielsweise durch lokale Dorfläden oder soziale Agrarwirtschaften umgesetzt. Diese Entwicklung beruht allerdings nicht immer auf Freiwilligkeit, sondern in vielen Fällen leider auf „reiner Not und Alternativlosigkeit“. In Griechenland, Spanien, Italien und auch teilweise in Deutschland, kehren junge Akademiker zurück aufs Land, um dort beispielsweise landwirtschaftliche Produktionen zu schaffen und sich von globalen Märkten unabhängig zu machen. Die Verteidigung und Wiederaneignung von Lebensgrundlagen, wie Boden, Wasser, aber auch Bildung, rücken auf Grund der aktuellen Enteignungsökonomie wieder in das Bewusstsein der Gesellschaft. Der Fokus auf effiziente Verteilung und Handlungsoptionen zur Reduktion der Abhängigkeit von Markt und Politik, befördert nachhaltige Selbstorganisation, Dezentralisierung und neue Subsidiarität (vgl. Elsen 2014, S.31 f.). Vor dem Hintergrund der Abwendung vom wirtschaftlichen Wachstum, hin zu ökosozialen Transformationsprozessen, gewinnt die Genossenschaftsidee neue Bedeutung.

„Es geht um den Zugang von Krediten für kleine Unternehmen unter den Bedingungen der Finanzkrise, um Zugang zu sozialen und gesundheitlichen Diensten unter Bedingung des sozialstaatlichen Abbaus, um den Zugang zu Einrichtungen der Daseinsvorsorge, insbesondere der Lebensgüter unter

Bedingungen der Privatisierung sowie um eine gesicherte Versorgung der lokalen Bevölkerung in weitgehender Eigenständigkeit und unabhängig von den Unsicherheiten des Weltmarktes.“ (Elsen 2014, S. 33-34).

Genossenschaften können dies auf Grund Ihrer Rechtsform und Prinzipien umsetzen und mit Hilfe von bürgerschaftlichem und ehrenamtlichem Engagement neue Wertschöpfung schaffen, lokale Ressourcenknappheit bedienen, zum Gemeinwohl beitragen und wirksame soziale und wirtschaftliche Strategien umsetzen. Dabei vermischen diese, private und öffentliche Interessen mit politischen, sozialen und/oder kulturellen Problemstellungen und deren wirtschaftlich-nachhaltigen Lösungsansätzen. Durch diese Verschmelzung von alltäglichen Problemstellungen und politischen und ökologischen Sektoren kann den Genossenschaften außerdem eine starke Innovationskraft zugeschrieben werden. Engelhardt führt hierbei vier genossenschaftliche Innovations- und Pluralisierungsfunktionen auf: Die Gegenmachtfunktion zur Schaffung eines Gleichgewichtes auf dem freien Markt, die Schrittmacherfunktion zur Entwicklung alternativer Verhaltensweisen, die Keimzellen- oder Alternativfunktion zur Entwicklung funktionsfähiger Alternativen zu privaten Unternehmen und die Pluralisierungsfunktion, zur Pluralisierung von sozialem und wirtschaftlichem Leben (vgl. Elsen 2012, S.86).

Die Innovationskraft der Genossenschaften zeigt sich auch vermehrt im Sozial- und Gesundheitswesen, in welchem genossenschaftliche Organisation bedarfsspezifische Angebote schaffen können und dies auf Grund ihrer Unabhängigkeit kosten- und ressourceneffizienter als die Wohlfahrtsindustrie. Durch das Identitätsprinzip und die Mitbestimmungsrechte der Betroffenen innerhalb der Genossenschaft wird die Organisation viel zielgenauer an die Probleme und Bedürfnisse der Nachfrager angepasst und kann stets neue Lösungen schaffen. Seniorengenossenschaften übernehmen Pflege und Betreuung von Älteren, soziale Wohnungsgenossenschaften integrieren benachteiligte Bevölkerungsgruppen und dienen der Quartierspflege und schaffen gleichzeitig bezahlbaren Wohnraum und genossenschaftlich organisierte Behindertenwerkstätten schaffen Arbeitsplätze für geistig und oder körperlich behinderte Menschen und integrieren diese besser in die Gesellschaft. Besonders hervorzuheben ist hierbei, dass viele dieser Modelle auch als Multi-Stakeholder-Verbünde entstehen, in denen Genossenschaftsbanken, aber auch klassische Unternehmen, beispielsweise beim Betriebskindergarten, Mitglieder einer Genossenschaft sind. Somit ermöglicht die Genossenschaft als Organisationsform auch den Zusammenschluss von kleineren Unternehmen und können diese dadurch unter bestimmten Voraussetzungen stabilisieren (vgl. Elsen 2014, S.36 ff.).

4.1 Genossenschaftliche Solidarität

Der Begriff der Solidarität, das Solidaritätsprinzip und solidarisches Handeln sind feste Bestandteile der genossenschaftlichen Literatur. Dabei wird Solidarität den Genossenschaften teils als Wert, Grundprinzip oder normativer Charakteristik zugeschrieben. Unter genossenschaftlicher Solidarität wird grundsätzlich die nach innen-gerichtete Solidarität mit den Interessen der anderen Mitglieder beschrieben, welche der kollektiven Selbsthilfe der genossenschaftlichen Organisationsform zu Grunde liegt (vgl. Schröder, Walk 2014, S.77).

Nach den Untersuchungen von Schröder, Walk (2014) nehmen Genossenschaftsmitglieder Solidarität in zwei Dimensionen wahr. Einerseits beschreiben diese Solidarität als die Verwirklichung einer Gemeinschaft von Individuen, die ähnliche Interessen haben und gemeinsam wirtschaften. Andererseits wird unter Solidarität die gegenseitige Unterstützung der Mitglieder und auch zwischen Vorstand und Mitgliedern verstanden, welche sich auf den drei Ebenen der sozialen, finanziellen und fachlichen Unterstützung vollzieht. Soziale Unterstützung manifestiert sich beispielsweise in der Vermittlung von Arbeitsplätzen oder den angebotenen Dienstleistungen der Genossenschaft für seine Mitglieder. Die finanzielle Unterstützung wird oft durch das Leihen von Geld oder der Stabilität in finanziell schwierigen Zeiten erkannt und fachliche Unterstützung erhalten die Mitglieder vor allem bei der Weitergabe von Know-how und Expertenwissen (vgl. Schröder/Walk 2014, S.78-80).

Entgegen der beschriebenen, nach innen-gerichteten Solidarität, kann diese auch nach außen gerichtet sein und eine Genossenschaft oder Sozialgenossenschaft solidarisch mit Dritten sein. Seniorengenossenschaften überschreiten in der Rechtsform der Genossenschaft mit ihrem Leistungsangebot oftmals die Grenze der Organisation und schaffen gemeinschaftliche Strukturen. (vgl. Beyer et al. 2015, S.15). Viele junge Wohnungsgenossenschaften engagieren sich für die Quartiers- oder Stadtteilentwicklung und zeigen sich somit solidarisch mit ihrem unmittelbaren Umfeld (siehe dazu 6.2 Wohnungsgenossenschaften und Quartiersentwicklung).

4.2 Soziale Aspekte und Gemeinwesen-Orientierung im Genossenschaftswesen

Soziale Aspekte, gesellschaftliche Verantwortung und Förderung des Gemeinwesens sind tief in den Grundlagen des Genossenschaftswesens verankert. Wie schon in der historischen Entwicklung dargestellt, hat die Genossenschaftsbewegung ihren Ursprung im Auftrag des Ausgleichs sozialer Ungerechtigkeit und diente der Kaufkraft-Optimierung der Arbeiterschicht. Das Motiv der kollektiven Selbsthilfe, wie Faust 1977 es beschreibt, ist eine Antwort auf die soziale Frage und die Ungleichheit der Gesellschaft. Mit der Besserung der sozialen und

gesellschaftlichen Verhältnisse Anfang des 20. Jahrhunderts, trat die ökonomische Orientierung immer mehr in den Vordergrund. Die Förderung der Wirtschaftlichkeit der Mitglieder dient umgekehrt auch als bester Anreiz überhaupt, Mitglied in einer Genossenschaft zu werden, während soziale Aspekte, auch auf Grund der wachsenden Größe von Genossenschaften, in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts immer mehr außer Acht gelassen werden (vgl. Ringle 2016, S.4 f.). Dies ändert sich mit der wachsenden Globalisierung und dem Rückzug des Staates aus vielen sozialen Bereichen. Da der Staat oft sozialen Problemstellungen nicht mehr gerecht werden kann, richtet sich die Nachfrage nach sozialen Leistungen immer mehr an die private Hand. Dieser Ruf zur Selbsthilfe wird teilweise von der Genossenschaftsbewegung aufgenommen und es kommt erneut zu einer stärkeren sozialen Orientierung der Genossenschaften. Diese Bereitschaft des Genossenschaftswesens soziale Verantwortung zu übernehmen, wurde durch die Rechtsnovelle 2006, nach welcher eine Genossenschaft auch einen sozialen Förderzweck verfolgen kann, weiter beflügelt. Seitdem lassen sich Genossenschaften in verschiedenen sozialen Bereichen nieder und vermehrt ist in Deutschland auch von Sozialgenossenschaften die Rede. Diese sind vorwiegend in den Bereichen Senioren- und Kinderbetreuung, Unterstützung Behinderter oder anderer benachteiligter Gruppen und Gesundheit aufzufinden. Aber auch Produktiv-, Dienstleistungs- und gemeinnützige, sowie gemeinwohlorientierte Genossenschaften finden sich in sozialen Bereichen wieder. Die wissenschaftliche Abgrenzung ist schwierig, zu fokussieren ist hierbei jedoch vor allem das Tätigkeitsfeld des sozialen Bereiches. Dieses wird auch von den sogenannten Gemeinwesen-orientierten Genossenschaften bearbeitet. Diese forcieren zwar die Förderung ihrer Mitglieder, haben aber gleichzeitig die Förderung des Gemeinwesens zum Ziel. Somit wird das Angebot der Genossenschaft auf eine Gruppe außerhalb der Mitglieder ausgeweitet (vgl. Thürling 2019, S. 88).

4.3 Nachhaltigkeit in Genossenschaften

Genossenschaften können aus verschiedenen Sichtweisen als nachhaltige Organisationen betrachtet werden. Die ökonomische Nachhaltigkeit zeichnet sich in der Insolvenzsicherheit, durch die Einbindung in einen genossenschaftlichen Verband, ab. Neben der eingangserwähnten Entwicklung der Konsolidierung und Fokussierung im deutschen Genossenschaftswesen spiegeln die Zahlen auch die Sicherheit und Beständigkeit der Genossenschaften wider. Diese ist zum Großteil den genossenschaftlichen Prinzipien als auch der Rechtsgrundlage zuzuschreiben. Auf Grund der kollektiven Selbsthilfe und

Selbstverwaltung sind die Mitglieder der Genossenschaft durch gemeinsame Ziele eng miteinander verbunden und handeln in gegenseitiger Solidarität. Das Demokratieprinzip und die damit verbundene Gleichbehandlung und Stimmgleichheit der Mitglieder unterbindet spontane, undurchdachte Entscheidungsfindung und sichert die Mitbestimmung gegenüber großen Trägern, Wohlfahrtsverbänden oder Unternehmen, die als Mitglieder in der Genossenschaft aktiv sein können. Das Deutsche Genossenschaftsgesetz schließt außerdem eine Veräußerung von Genossenschaftsanteilen an Dritte aus (§76 GenG) und sichert durch die Nicht-Beteiligung ausscheidender Mitglieder am inneren Genossenschaftswert die Stabilität des genossenschaftlichen Organisationswertes im Zeitablauf. Zu guter Letzt ist auch die notwendige Mitgliedschaft in einem Genossenschaftsverband und die damit einhergehende Wirtschaftsprüfung ausschlaggebend für die wirtschaftliche Stabilität und ökonomische Nachhaltigkeit von Genossenschaften (vgl. Atmaca 2014, S.61 f.).

Auch aus sozialer Sicht sind Genossenschaften nachhaltige Organisationen. Zum einen liegt dies im Ursprung des Genossenschaftswesens, welches aus der Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts und sozialreformerischen Initiativen heraus entstanden ist. Zum anderen lässt sich auch der genossenschaftliche Solidaritätsgedanke als Beitrag zur sozialen Nachhaltigkeit begreifen. Zusätzlich haben viele Genossenschaften Zielsetzungen, die laut der Enquete-Kommission des Bundestages Teil sozialer Nachhaltigkeit sind, wie die Befriedigung von Grundbedürfnissen und physischer Gesundheit durch Wohnungsgenossenschaften, Seniorengenossenschaften oder Produktivgenossenschaften wie Behindertenwerkstätten. Auch nachhaltige ökologische Konzepte haben bei vielen Genossenschaften Eingang gefunden, allen voran die Energiegenossenschaften. Aber auch bei Wohnungsgenossenschaften, Einkaufs- oder Beschaffungsgenossenschaften wird der Fokus auf ökologische Nachhaltigkeit und klimafreundliche Strategien gelegt (vgl. Atmaca 2014, S.62 f.).

4.4 Herausforderungen bei der genossenschaftlichen Unternehmensgründung

Hervorzuheben ist, dass im Genossenschaftswesen vorhandene Gründungspotenziale fälschlicherweise oft auf tatsächliche Lösungspotenziale projiziert werden. Dabei wird außer Acht gelassen, welcher finanzielle, soziale und kulturelle Ressourcenaufwand bei einer Genossenschaftsgründung entsteht bzw. für eine Gründung vorausgesetzt wird. Die größte finanzielle Herausforderung und Besonderheit der genossenschaftlichen Organisationsform stellt wohl die verpflichtende Mitgliedschaft in und die Prüfung durch den

Genossenschaftsverband dar. Diese begründet sich zum Teil darauf, dass Genossenschaften Selbsthilfeorganisationen und Zusammenschlüsse von „Laien“ sind, in welchen das wirtschaftliche Know-how fehlt oder nur gering vorhanden ist. Dadurch sind viele Genossenschaften auf eine entsprechende Unterstützung und Prüfung angewiesen. Die geringe Flexibilität und Anpassungsfähigkeit der Prüfung wird kritisiert, da diese größtenteils standardisiert ist und den Bedürfnissen der zu prüfenden Genossenschaften kaum angepasst wird. Die Unterscheidung von Genossenschaften anhand ihres Umsatzes in lediglich zwei Kategorien und eine damit verbundene Anpassung der Häufigkeit und des Umfangs der Prüfung ist vor allem für kleinere Genossenschaften nicht ausreichend (vgl. Blome-Drees, Bøggild 2015, S.152). Die Kompetenzen und das nötige Know-how der GenossInnen, sowie Einsatzbereitschaft und Durchhaltevermögen Einzelner, sind ebenfalls erfolgsentscheidend. Grenzen und Schwierigkeiten dürfen deshalb auch bei der Kommunikation über das Potenzial von Sozialgenossenschaften nicht vernachlässigt werden. Es muss allenfalls klar sein, dass genossenschaftliche Lösungen kein Ersatz für die wohlfahrtsstaatliche Versorgung sind, sondern Zusatzangebote bzw. Dienstleistungs-Lückenfüller. Die mangelnde Öffentlichkeitsarbeit und Information über die genossenschaftliche Organisationsform, Kooperationsmöglichkeiten und Geschäftsfelder müssen von Beratungsstellen, Kommunen und Verbänden aufgegriffen und verbessert werden. Anschubfinanzierungen, steuerrechtliche Vergünstigungen oder die bevorzugte Vergabe öffentlicher Aufträge an (Sozial-) Genossenschaften können der Rechts- und Organisationsform einen verlässlichen Rahmen bieten (vgl. Thürling 2014, S.14 f., S.25 f.; Schröder, Walk 2014, S.303). Ahles (2017) fasst die wichtigsten Faktoren für eine weitere Förderung von Genossenschaftsgründungen wie folgt zusammen:

„Drei Faktoren scheinen hier förderlich zu sein: Auf der Mikroebene das Vorhandensein von Promotoren, die Ideen und Potenziale genossenschaftlicher Kooperationen innerhalb der Verbandsstrukturen aktiv einbringen, auf der Mesoebene gute Beziehungen zwischen Landeswohlfahrtsverband und regionalen genossenschaftlichem Prüfungsverband und auf der Makroebene das Vorhandensein entsprechender Förderprogramme insbesondere für die kostenintensive Gründungsphase.“ (Ahles 2017, S.129)

Die von Ahles (2017) beschriebenen Faktoren, sowie die Zusammenarbeit unterschiedlicher Akteure auf verschiedenen Ebenen spielen eine entscheidende Rolle bei der Förderung von Sozialgenossenschaften. In den Ausführungen zeigt sich bereits die Komplexität und die große Menge der einzubindenden Parteien, was wiederum als Verweis auf die, von Blome-Drees,

Bøggild (2015) hingewiesene, Diskrepanz zwischen vermitteltem Gründungspotenzial und tatsächlichem Lösungs- bzw. Umsetzungspotenzial ausgelegt werden kann.

5 Genossenschaften international

Das Genossenschaftswesen hat innerhalb Europas in den romanischen Ländern und Großbritannien ein hohes Gewicht. In Italien beispielsweise entwickelte sich das Genossenschaftswesen entlang der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen des 20. Jahrhunderts. Der gesetzliche Rahmen wurde stetig angepasst und das Genossenschaftswesen 1947 sogar in die Verfassung mitaufgenommen. 1991 wurde das Gesetz zur Regelung der Sozialen Kooperativen erlassen (Istituto Italiano degli Studi Cooperativi, Legge Nr.381). Damit wurden Sozialgenossenschaften – „cooperative sociali“ als eigene Unternehmensformen anerkannt. Mit dem Gesetz Nr. 381 wurde diese soziale Aufgabe konkretisiert. Dabei werden in Italien nach Typ A und Typ B bei sozialen Kooperativen unterschieden. Typ A sind soziale Kooperativen, mit dem Zweck das allgemeine Interesse an der Gemeinschaft des Menschen und an der sozialen Integration der Bürger zu fördern. Typ B sind soziale Kooperativen, die Arbeitsplätze für sozial benachteiligte Personen, wie Erwachsene aus Randgruppen, Behinderte, psychisch Kranke, Minderjährige aus Problemfamilien, Drogenabhängige oder Straffällige im alternativen Strafvollzug, schaffen. Die sozialgenossenschaftlichen Modelle erstrecken sich in Italien über viele verschiedene Branchen. Die beeinträchtigten Mitglieder werden von ihren Sozialabgaben befreit und Produktivgenossenschaften mit sozialer Zielsetzung profitieren von Steuervorteilen. Mittlerweile gibt es in Italien mehr als 14.000 Genossenschaften mit sozialer Zielsetzung (vgl. Göler von Ravensburg 2015, S.136; Miribung 2017, S.306).

Der Wirkungsbereich des Genossenschaftswesens geht selbstverständlich über Europa hinaus. Kooperativen der ganzen Welt werden durch die „International Co-operative Alliance“ (ICA), einen globalen Träger, der Konferenzen abhält, Genossenschaftsverbände und Genossenschaften verbindet, deren Interessen vertritt und die Genossenschaftsidee weltweit bewirbt, vertreten. Laut einer Schätzung der UNO ist etwa ein Drittel der Weltbevölkerung als Kunde, Mitglied oder Lieferant mit Genossenschaften verbunden (vgl. Münkner 2013, S.12). Mit über einer Milliarde Mitgliedern gehört die ICA zu den größten nicht-staatlichen Organisationen der Welt. 125 Jahre nach ihrer Gründung verbindet sie 314 Organisationen und Verbände aus 113 Ländern durch gemeinsame Werte und sieben Prinzipien der genossenschaftlichen Identität (vgl. ICA Annual Report 2019, S.8):

1. Freiwillige und offene Mitgliedschaft
2. Demokratische Entscheidungsfindung durch die Mitglieder
3. Wirtschaftliche Beteiligung der Mitglieder

4. Autonomie und Unabhängigkeit
5. Bildung, Fortbildung und Information
6. Kooperation unter Genossenschaften
7. Verantwortung gegenüber der Gesellschaft (ICA, *Cooperative identity, values & principles*, 2018)

Neben der internationalen Interessenvertretung, Netzwerkbildung und dem Erfahrungs- und Expertisen-Austausch, nimmt die ICA auch eine wichtige Rolle in der Datenerhebung zu Genossenschaften ein. Seit 2011 veröffentlicht sie jedes Jahr, in einem *World Cooperative Monitor*, einen Überblick über die Wirtschaft der Genossenschaften mit weltweiten Daten und Rankings (vgl. WCM 2019, ICA World Cooperative Monitor 2018).

Im Oktober 2019 hielt die ICA ihren letzten internationalen Kongress in Kigali, Rwanda ab und definierte dabei die wichtigsten zukünftigen Handlungsvorschläge für Kooperationen und Regierungen zur zukünftigen Weiterentwicklung des Sektors, sowie eine Erklärung zum Beitrag der Kooperativen zum positiven Frieden. Die Kooperativen fordert die ICA zu mehr Kooperation und Offenheit untereinander, sowie gegenüber anderen Akteuren, wie Gewerkschaften, NGOs, Kommunen und lokalen Behörden auf. Ebenso fordert die ICA von Regierungen und zwischenstaatlichen Organisationen mehr politisches Engagement in der Förderung von Kooperativen und der Entwicklung wichtiger Rahmenbedingungen zur Erleichterung genossenschaftlicher Entwicklungen (vgl. ICA Cooperatives for Development 2019. S.2 ff.).

5.1 Einschub: Sozialwirtschaft und Dritter Sektor

Die „Social Economy“, im weiteren Verlauf als Sozialwirtschaft bezeichnet, hat ihren Ursprung in den 1970er Jahren in Frankreich. Dort gründeten Vertreter von Gegenseitigkeitsvereinigungen, Genossenschaften und Vereinen das *National Liaison Committee for Mutual, Cooperative and Assosciative Activities* (CNLAMCA). Nachdem die Idee der Sozialwirtschaft in anderen europäischen Ländern kaum oder gar keine Aufmerksamkeit erfuhren, veröffentlichte das CNLAMCA 1980 erstmals eine Definition dieses „neuen“ Wirtschaftssektors. Demnach besteht die Sozialwirtschaft aus Organisationen ,die nicht dem öffentlichen Sektor angehören, demokratisch geführt sind, in denen alle Mitglieder über die gleichen Rechte und Pflichten verfügen, welche eine besondere Art des Ownership praktizieren und die Distribution von Profiten zur Erweiterung der Organisation und

der Verbesserung der angebotenen Dienstleistungen für ihre Mitglieder und der Gesellschaft nutzen (vgl. Monzón, Chaves, S.11).

Diese Definition ist klar auf Gegenseitigkeitsvereinigungen, Genossenschaften und Vereine ausgerichtet und bindet mittlerweile auch Stiftungen mit ein. Später wurden verschiedene Definitionen gebündelt und daraus die wichtigsten Eigenschaften aller in der Sozialwirtschaft ansässigen Organisationen und sozialer Unternehmen entwickelt:

1. Die Organisationen sind privat und damit nicht Teil oder kontrolliert durch den öffentlichen Sektor.
2. Sie haben eine formale Organisation und damit auch eine rechtliche Identität.
3. Sie sind entscheidungsautonom, was bedeutet, dass sie frei eigene Entscheidungen treffen können, die Geschäftsführung absetzen können und ihre Aktivitäten kontrollieren und organisieren können.
4. Die Mitgliedschaft ist offen und freiwillig.
5. In dem Fall, dass Überschüsse an Mitglieder ausgezahlt werden, werden diese nicht proportional nach Gesellschaftsanteilen der Mitglieder verteilt, sondern rein nach deren Aktivität und Teilnahme innerhalb der Organisation.
6. Die Organisationen gehen wirtschaftlichen Geschäften nach um die Bedürfnisse von Personen, Haushalten oder Familien zu bedienen. Dabei arbeiten sie mit Kapital aber nicht zur Kapitalsteigerung.
7. Es handelt sich um demokratische Organisationen. Außer bei freiwilligen Organisationen, die private Dienstleistungen für private Haushalte anbieten. Ansonsten wird das Prinzip „Ein Mitglied, eine Stimme“ angewandt und in allen Fällen nach demokratischer Entscheidungsfindung entschieden (vgl. Monzón, Chaves 2012, S.14 f.).

Im Vergleich zu der sehr präzisen Definition der Sozialwirtschaft wird der Begriff des Dritten Sektors als Mischung unterschiedlicher Konzepte und mit Ausrichtung auf die Non-Profit-Organisationen verwendet. Durch seinen Ursprung in den USA und dem Fokus auf Non-Profit Organisationen gibt es zwischen den Konzepten des Dritten Sektors und der Sozialwirtschaft sehr viele Überschneidungen, die Begriffe können jedoch nicht als komplette Synonyme angesehen werden. Während das US-amerikanische Konzept besonders den Umgang mit erzielten Überschüssen fokussiert, betont das europäische Konzept der Sozialwirtschaft vor allem die demokratische Kontrolle und die involvierten Personen. So können Organisationen des Dritten Sektors qua Definition der Sozialwirtschaft zugeordnet werden, viele Organisationen, die Teil der Sozialwirtschaft sind, können aber auf Grund ihrer wirtschaftlichen

Ausrichtung und Umsatzgewinnung dem Dritten Sektor nicht klar zugeordnet werden (vgl. Monzón, Chaves 2012, S.20 f.; Schmale 2017, S.21).

Diese von der Europäischen Union übernommene Abgrenzung wird nicht allgemein von allen Mitgliedsländern übernommen. In der Studie von Monzón und Chaves im Jahr 2012, haben lediglich Spanien, Frankreich, Portugal, Belgien, Irland und Griechenland die „Social Economy“ in ihrer begrifflichen Definition in Wirtschaft und Bildung akzeptiert und verwendet. In Italien, Zypern, Dänemark, Finnland, Luxemburg, Schweden, Litauen, Malte, Polen, dem Vereinigten Königreich, Bulgarien und Island wurde die Sozialwirtschaft nur als eines von mehreren Konzepten akzeptiert und genutzt. Währenddessen war in Österreich, Tschechien, Estland, Deutschland, Ungarn, Litauen, den Niederlanden, der Slowakei, Rumänien, Kroatien und Slowenien das Konzept der Sozialwirtschaft gar nicht oder kaum bekannt oder wird durch andere Konzepte ersetzt worden (vgl. Monzón, Chaves 2012, S.25 ff.). In Deutschland findet das Konzept mittlerweile mehr Akzeptanz. Das relativ komplexe System der sozialen Sicherung bei Krankheit, Arbeitslosigkeit, Alter, Pflegebedürftigkeit oder Arbeitsunfällen, sowie soziale Dienste der Kommunen werden der Sozialwirtschaft angerechnet (vgl. Schmale 2017, S.22). Sozialgenossenschaften werden an der Schnittstelle zwischen Genossenschaftswesen und Zivilgesellschaft bzw. Drittem Sektor angesiedelt. Der Dritte Sektor wird hierbei

„als Summe von Institutionen, Organisationen und Individuen, die zwischen Staat (1. Sektor), Markt (2. Sektor) und Familie/Gemeinschaft (4. Sektor) angesiedelt sind.“
(Thürling 2019, S.92)

definiert. Die zugehörigen Organisationen sind durch einen starken Gemeinwohlbezug und partizipativen Charakter geprägt, stellen zum Teil öffentliche Güter bereit, sind wirtschaftlich aktiv, aber gleichzeitig auf Vernetzung und freiwilliges Engagement angewiesen. Sie sind auf das Gemeinwesen und die Zivilgesellschaft ausgerichtet und finden in der Praxis durch Gemeinwesen-orientierte Genossenschaften ihre konzeptuelle Umsetzung (vgl. Thürling 2019, S.92 ff.).

6 Sozialgenossenschaften

Der Begriff der Sozialgenossenschaften wird in Deutschland in der Literatur und der Wissenschaft oft nicht eindeutig definiert und auf eine bestimmte Rechtsform festgelegt. Der Expertenrat für Sozialgenossenschaften Bayern definiert Sozialgenossenschaften als

„eine innovative Form organisierter bürgerschaftlicher und unternehmerischer Selbsthilfe. Dabei zeichnen sie sich durch eine Form der Selbsthilfe aus, die sich wirtschaftlich selbst trägt. [...] Neben den bereits bestehenden Strukturen der Wohlfahrtspflege, dem bürgerschaftlichen Engagement und sozialem Unternehmertum können Sozialgenossenschaften einen weiteren Baustein zum Erhalt und zur Erweiterung der sozialen Infrastruktur darstellen.“ (STMAS Bayern 2013, S. 10)

Diese Definition wird in der Literatur von vielen Autoren wie Göler von Ravensburg (2015) und Schmale/Blome-Drees (2017) übernommen, wird jedoch nicht auf die genossenschaftliche Organisationsform eingeschränkt. Diese Einschränkung ist in der Literatur deshalb umstritten, da beispielsweise Seniorengenossenschaften oder Dorfläden oft in der Rechtsform des eingetragenen Vereins aktiv sind, jedoch genossenschaftliche Prinzipien umsetzen. Ob bzw. ab welchem Grad der Umsetzung genossenschaftlicher Prinzipien eine GbR, ein Verein oder eine Personengesellschaft statistisch zu den Sozialgenossenschaften gezählt werden sollte, ist eine andauernde wissenschaftliche Debatte. Einigkeit besteht in der Literatur darüber, dass Sozialgenossenschaften stärker auf das Gemeinwohl ausgerichtet sind und oftmals auch als gemeinnützig anerkannt werden (vgl. Blome-Drees, Bøggild 2015, S.141).

Dies führt jedoch zurück zur Frage der Zuteilung zum sog. Dritten Sektor bzw. der Gemeinwirtschaft. Viele der als „Sozialgenossenschaften“ bezeichneten Organisationen haben nur vage oder keine Formulierungen zu sozialen Förderzwecken in ihren Satzungen (vgl. Göler von Ravensburg 2015, S.143 ff.). Richten sich Sozialgenossenschaften rechtlich auf Gemeinnützigkeit aus, lassen sich diese Genossenschaften klar der Gemeinwirtschaft zuordnen, allerdings ist die Gemeinnützigkeit mit vielen Hürden und wirtschaftlichen Einschränkungen im Sinne der Organisationsgestaltung und Tätigkeitsausführung verbunden. Vereine greifen deshalb öfter auf die Vorteile der Gemeinnützigkeit zurück als Genossenschaften (siehe dazu 3.3 Gemeinnützigkeit im Genossenschaftswesen).

Die Schwierigkeit der Abgrenzung in der Wissenschaft ist auch der großen Vielfalt und mannigfaltigen Ausprägung von Sozialgenossenschaften geschuldet. Nach Flieger (2001),

Elsen (2013), sowie dem Expertenrat Sozialgenossenschaften (2013) können Sozialgenossenschaften in drei Typen eingeteilt werden: Sozialgenossenschaften Betroffener, solidarische Sozialgenossenschaften und professionelle Sozialgenossenschaften. In Sozialgenossenschaften Betroffener schließen sich Menschen zur Selbsthilfe und Selbstorganisation zusammen. Hierbei handelt es sich beispielsweise um Produktivgenossenschaften, die auf dem freien Markt agieren und dabei benachteiligte Personengruppen wie Behinderte oder Geflüchtete integrieren. Somit dient die wirtschaftliche Förderung der Mitglieder gleichzeitig ihrer sozialen Integration. In solidarischen Sozialgenossenschaften wird der genossenschaftliche Förderzweck geöffnet und um die Förderung Dritter bzw. Nicht-Mitglieder der Genossenschaft erweitert. Hierbei handelt es sich in vielen Fällen um die Professionalisierung bzw. professionelle Organisation von ehrenamtlichem Engagement, wie bei einigen Seniorengenossenschaften. Aber auch Wohnungs- oder Quartiersgenossenschaften, welche die Integration bestimmter Personengruppen in Quartieren fördern oder Wohnraum für einkommensschwache Personengruppen zur Verfügung stellen, können zu den solidarischen Sozialgenossenschaften gezählt werden. Professionelle Sozialgenossenschaften sind Produktiv- oder Dienstleistungsgenossenschaften im Sozial- oder Gesundheitswesen. Dabei schließen sich professionell ausgebildete Berufsgruppen zusammen, um gemeinsam zu wirtschaften und sich auf dem Markt besser zu positionieren. Vorteile sind unter anderem die Unabhängigkeit von Investoren oder Dachorganisationen, der Mitbestimmungs- und Mitgestaltungsanspruch der Mitglieder und das gleichzeitig professionelle Auftreten gegenüber potentiellen Auftraggebern und Kunden. Professionelle Sozialgenossenschaften finden sich häufig im Pflegebereich, der Palliativversorgung, sowie bei Zusammenschlüssen von Arztpraxen. Diese Kategorisierung lässt eine oberflächliche Unterscheidung und Einordnung von Sozialgenossenschaften zu, jedoch wird nicht zuletzt auch anhand der in dieser Arbeit untersuchten Sozialgenossenschaften deutlich, dass Organisationen auch eine Mischform der genannten Typologien einnehmen können (vgl. Flieger 2001, S.87 f.; Elsen 2013, S.36 ff.; STMAS Bayern 2013).

Da sich die qualitative Erhebung dieser Arbeit auf Genossenschaftsprinzipien und die rechtliche Grundlage des Genossenschaftswesens bezieht, wurden lediglich Sozialgenossenschaften untersucht, die als Rechtsform die eingetragene Genossenschaft gewählt haben. Alle untersuchten Sozialgenossenschaften haben außerdem entweder einen sozialen Förderzweck, sind in einem sozialen Bereich tätig, verrichten Dienstleistungen im Sinne der Sozialgesetzgebung oder produzieren Gemeinschaftsgüter (vgl. Göler von Ravensburg 2015, S.154). Auf Basis dieser Definition soll die anschließende Tabelle eine Übersicht über

ausgewählte Beispiele für Sozialgenossenschaften und deren wesentlichen sozialen Aufgaben geben.

Ausgewählte Beispiele für Sozialgenossenschaften	
Ziele	Wesentliche soziale Aufgaben
<p>Verbesserung der örtlichen Erwerbschancen und Lebensverhältnisse (Arbeitslosengenossenschaften)</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Ermöglichung der Teilhabe an sozialproduktiver Arbeit durch Schaffung von Arbeitsgelegenheiten für benachteiligte Gruppen - Zusammenarbeit der Beteiligten zum gegenseitigen Nutzen - Qualifizierung für die Eingliederung in den Arbeitsmarkt
<p>Bedarfsgerechtes und bezahlbares Wohnen (Wohnungsgenossenschaften)</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Bereitstellung von Wohnraum für Einkommensschwache, die auf dem Wohnungsmarkt kaum Chancen haben - Förderung gemeinschaftlichen, generationenübergreifenden, selbstbestimmten und selbstverwalteten Wohnens - Sicherstellung des Verbleibs in der vertrauten Nachbarschaft im Wohnumfeld für alte Menschen - Integration benachteiligter Gruppen beispielsweise durch Barrierefreiheit oder Sozialwohnungen - Quartiersentwicklung und -mitgestaltung
<p>Übernahmen von Betreuungs- und Pflegeaufgaben für ältere Menschen und deren Einbindung in das gesellschaftliche Leben (Senioren-genossenschaften)</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Alltagsversorgung nach dem Austausch-prinzip verbindlicher „Hilfe auf Gegenseitigkeit“ - Angebot sozial-kultureller Aktivitäten - Umfassende Pflegeversorgung - Fortbildung und Daseinsvorsorge
<p>Nahraumversorgung und Erhalt der sozialen Infrastruktur in Räumen mit schrumpfender Bevölkerung (Dorfladengenossenschaften)</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Sicherung der Versorgung älterer und nicht mobiler Personengruppen im ländlichen Raum mit Gütern des täglichen Bedarfs - Ermöglichung der Direktvermarktung

	Erweiterte Standortnutzung u. a. als Informationsstelle, Postagentur, Sparverein, Café oder Mütter- und Altentreff
Vereinbarkeit von Beruf und Familie (Familiengenossenschaften)	- Vermittlung von Betreuungsmöglichkeiten für die Kinder der Mitarbeiterfamilien von Unternehmen, die gemeinsam eine Genossenschaft gründen - Die „Unternehmensmitglieder stellen der Familiengenossenschaft qualifiziertes Betreuungspersonal zur Verfügung

Abbildung 1: Arten von Sozialgenossenschaften
Quelle: in Anlehnung an Ringle 2016, S.12 f.

Betrachtet man die tatsächlichen Gründungszahlen von Sozialgenossenschaften werden vor allem die Wichtigkeit von Selbsthilfe und bürgerlichem Engagement als Gründungsmotive deutlich:

Neugründungen 2005-2015 insgesamt	332
Selbsthilfe	158
Leistungsanbieter	51
Bürgerengagement	116
Arbeitgeber	7

Abbildung 2: Neugründungen von Sozialgenossenschaften 2005-2015
Quelle: in Anlehnung an Schmale, Göler von Ravensburg 2017, S. 443; Stappel 2017, S.151 f.

Unterteilt nach Leistung bzw. Zielsetzung zeigt sich, dass ca. zehn Prozent der neugegründeten Sozialgenossenschaften Dienstleistungen im Sinne der Arbeitsförderung für Kinder und Jugend, sowie für Reha und Behinderte anbieten. Der größte Teil der Neugründungen beschäftigt sich mit dem Erhalt von Infrastruktur, was sich vor allem in Form von Dorfläden materialisiert (vgl. Stappel 2017, S.151).

Arbeitsförderung	10
Kinder/Jugend	12
Reha/Behinderung	12
Seniorenförderung	34
Genossenschaftliche Schulen	14
Nachbar-/Stadtteilgenossenschaften	10
Familiengenossenschaften	6
Erhalt der Infrastruktur	101
fair trade	24
Mikrofinanzgenossenschaften	3
Sonstige	105

*Abbildung 3: Neugründungen von Sozialgenossenschaften nach Leistung bzw. Zielsetzung 2005-2015
Quelle: in Anlehnung an Schmale, Göler von Ravensburg 2017, S. 443; Stappel 2017, S.151 f.*

Anhand ausgewählter Beispiele, wird das Problemlösungspotenzial und der gesellschaftliche Einfluss von spezifischen sozialgenossenschaftlichen Konzepten und deren Umsetzung in anderen Rechtsformen dargestellt.

6.1 Seniorengenossenschaften

Seniorengenossenschaften können zu einem tragfähigen Baustein künftiger Lebensmodelle im Alter werden. Der demographische Wandel bewirkt einen Rückgang familiärer Unterstützung und sorgt für mehr Nachfrage nach staatlichen, wohlfahrtsverbandgetragenen oder gesellschaftlichen Dienstleistungen. Der demographische Wandel lässt sich jedoch nicht nur in einer Veralterung der Gesellschaft beschreiben. Beyer et al. (2015) beschreiben, dass durch die hohe Lebenserwartung die absolute Zahl an Senioren zunimmt, aber auch der relative Anteil im Vergleich zu jüngeren Altersgruppen wird größer. Die Geburtenrate nimmt stetig ab, durch die heute gegebene räumliche Mobilität verlassen viele Kinder ihren Geburtstort und damit den Wohnort ihrer Eltern. Die erwarteten Leistungen zwischen den Ehepartnern nimmt auf Grund der hohen Scheidungsraten ab und die Erwerbstätigkeit wird immer länger, bzw. das Rentenalter immer höher. Der Fachkräftemangel schlägt sich im Pflege- und Gesundheitsbereich nieder, die Erwerbsquote von Frauen steigt und die Altersarmut nimmt zu. Der Begriff Seniorengenossenschaft wird wissenschaftlich sehr weitgreifend verwendet. Nach Beyer et al. (2015) sind Seniorengenossenschaften Organisationen, die Unterstützung auf Gegenseitigkeit fordern und fördern und diese mit freiwilligem Engagement und einer

verbindlichen Organisation verbindet. Weiters werden Seniorengenossenschaften durch eine offene Mitgliedschaft und langfristige Reziprozitätsbeziehungen gekennzeichnet. Sie handeln nach den Genossenschaftsprinzipien der Selbsthilfe, Selbstverwaltung und Selbstorganisation und haben Senioren und Seniorinnen als Zielgruppe. Schmid (2011) unterscheidet nach Seniorengenossenschaften im engen und im weiteren Sinn. Im engeren Sinn sind Seniorengenossenschaften demnach Organisationen zur partizipativen Einbindung von Senioren, im Sinne von Senioren unterstützen Senioren. Diese praktizieren also genossenschaftliche Selbsthilfe und vergüten diese meist mit Hilfe eines Zeittauschsystems. Im weiteren Sinne sind Seniorengenossenschaften eingetragene Genossenschaften, die spezielle Seniorenangebote oder -dienstleistungen anbieten. Hierzu zählen beispielsweise Wohnungsgenossenschaften, die barrierefreies Wohnen gewährleisten. Bei partizipativen Seniorengenossenschaften (Seniorengenossenschaften im engeren Sinn) unterscheidet Schmid 2011 vier Aktionsfelder: Leistungen zur Verbesserung der Wohnsituation, Bewältigung des Alltags, Befriedigung kultureller Bedürfnisse und Förderung sozialer Kontakte und die Verbesserung des physischen und psychischen Wohlbefindens. Ein besonderes Merkmal aller wissenschaftlichen Definitionen besteht darin, dass als Seniorengenossenschaften wieder nicht nur Organisationen in der Rechtsform der eG bezeichnet werden. Ein Großteil der statistisch erfassten „Seniorengenossenschaften“ treten als eingetragene Vereine auf, welche nach genossenschaftlichen Prinzipien handeln.

Dabei sind Seniorengenossenschaften eine der ältesten Form von Sozialgenossenschaften in Deutschland. Bereits 1991 finanzierte das Bundesland Baden-Württemberg eine Initiative zur Gründung und dem Aufbau von Organisationen im Bereich Seniorenhilfe. Seniorengenossenschaften nutzen das genossenschaftliche Demokratie- und Identitätsprinzip zur Selbsthilfe, Selbstorganisation und Selbstbestimmung und integrieren damit ältere Menschen sozial und gesellschaftlich. Diese können ihr Umfeld und die Gesellschaft aktiv mitgestalten, zu einer Verbesserung der lokalen Lebensqualität beitragen und die (Sozial-) Politik auf Missstände hinweisen. Seniorengenossenschaften wirken dem demographischen Wandel entgegen und setzen Wissen, Engagement-Bereitschaft und Erfahrung der älteren Generationen frei. Die Kernaufgabe der Seniorengenossenschaften ist, dabei einen Paradigmenwechsel in der Gesellschaft herbeizuführen und zu begleiten und sich mit den Fragen der Lebensqualität im Alter auseinanderzusetzen. Ein Merkmal vieler Seniorengenossenschaften ist die Nutzung einer Zeitwährung. Dienstleistende erhalten hierbei ein Zeitguthaben anstelle einer monetären Vergütung. Dieses können die Angestellten nutzen, sobald sie selbst von den Dienstleistungen der Genossenschaft Gebrauch machen möchten oder

müssen. Die Zeitwährung hat dieselben Funktionen wie Geld und ist dabei wertstabiler. Menschen die über wenig Geld verfügen erhalten so Zugang zu Dienstleistungen und Helfende, die ihre Arbeit auf dem monetarisierten Markt nicht einbringen können, erhalten eine Möglichkeit, ihr Engagement zielgerichtet und als Foundation zukünftiger Selbsthilfe, einzubringen. Dadurch bilden Zeitwährungen Sozial- und Humankapital und sind ein wichtiger Bestandteil von Seniorengenossenschaften. Durch diese alternativen Währungssysteme und personenbezogenen Angeboten bieten Seniorengenossenschaften eine regionale Alternative zu den Angeboten der Dienstleistungsunternehmen im Wohlfahrtsbereich und schließen Lücken zwischen staatlichen und marktwirtschaftlichen Leistungen. Wertschöpferisch zeichnen sich Seniorengenossenschaften durch Lebensqualitätseffekte und individuellen wirtschaftlichen Nutzen aus. Lebensqualitätseffekte lassen sich in Zahlen nicht greifen, der individuelle wirtschaftliche Nutzen ist in der Erhebung von Schmid 2011 jedoch sehr umfangreich. Es zeigt sich, dass einem relativ geringen Mitgliedbeitrag oft sehr umfangreiche Dienstleistungen gegenüberstehen, deren Bezug auf dem freien Markt um ein Vielfaches teurer wäre.

Dies muss nicht zwangsweise als Konkurrenz zu Staat- oder Wohlfahrtsverbänden aufgefasst werden, da Seniorengenossenschaften auch zu Kosteneinsparungen für Kommunen und Träger beitragen können. Dabei erstrecken sich die Leistungen von Seniorengenossenschaften von sozialen Tätigkeiten, wie Besuche und Geselligkeitsveranstaltungen über praktischen Beistand im Alltag, wie Einkaufshilfen oder Fahrdienste, bis hin zu Schulungen und Seminaren über beispielsweise das Wohnen im Alter oder die Nutzung von EDV (vgl. Lüders 2015, S.1ff.; Elsen 2014, S.42ff.; Schmid 2011, S.20ff.). In der Praxis werden die alternativen Währungssysteme meist durch eine alternative monetäre Entlohnung unterstützt. Somit können Dienstleister-innen anstatt einer Zeitgutschrift einen geringen Stundenlohn einfordern und Nutzer-Innen ohne Zeitkonto- oder Guthaben, zahlen für die erbrachten Dienstleistungen eine Pauschale. Seniorengenossenschaften können dadurch auch für Dritte nutzbar sein, ehrenamtliches Engagement fördern und einen Beitrag zum Gemeinwohl leisten. Sie sind jedoch mit ihrem Leistungsangebot von der Engagement-Bereitschaft und teilweise auch von den Kompetenzfeldern ihrer Mitglieder abhängig, was in der Praxis zu Engpässen oder Schwierigkeiten bei der Sicherstellung der Leistungserbringung führen kann. Weiters zeigen Beispiele aus der Praxis allerdings vor allem, dass die Entwicklung derartiger sozialgenossenschaftlicher Modelle zu Innovationen in vielen Bereichen führen. Zur Umsetzung bedarf es allerdings Menschen bzw. Visionären, welche diese Innovationen umsetzen und sich regional mit den politischen und gesellschaftlichen Strukturen und Barrieren auseinandersetzen (vgl. Elsen 2014, S.42 ff.). Im späteren Verlauf der Arbeit werden

Praxisbeispiele genauer beschrieben und analysiert und auf Barrieren und Problemstellungen bei der Umsetzung solcher Modelle wird explizit in 10.1 Problemstellungen eingegangen.

6.2 Wohnungsgenossenschaften und Quartiersentwicklung

Wohnungsgenossenschaften zeichnen sich vor allem durch die Doppelidentität ihrer Mitglieder als Träger und Kunden der Genossenschaft aus. Diese sind keine Mieter, sondern Mit-Eigentümer und verrichten anstatt einer Miete ein Nutzungsentgelt, welches preisgünstiger als die auf dem freien Markt herrschenden Mietkosten ist. Das damit erworbene Dauerwohnrecht ist übertrag- und vererbbar und führt auf der individuellen Mitgliederebene zu einer Langfristorientierung. Die Genossenschaft selbst ist auf Grund ihrer genossenschaftlichen Prinzipien ebenfalls nicht auf Gewinnmaximierung ausgerichtet, sondern auf langfristige Stabilität und Werterhalt. Dies verleiht den Wohnungsgenossenschaften ihre, in der Immobilienbranche einzigartige Hauptfunktion der Bereitstellung von möglichst hochwertigem Wohnraum bei gleichzeitig möglichst geringem Nutzungsentgelt. Lange Amortisationsdauern bei Renovierungen und Sanierungen stellen keine große Herausforderung für Wohnungsgenossenschaften dar und machen diese zu Vorreitern der ökologischen und energetischen Transformation. Die Bewohner erhalten zusätzlich Zugang zu einem, auf ihre Bedürfnisse zugeschnittenen Leistungsspektrum. Zusätzlich generieren Wohnungsgenossenschaften positive externe Effekte und sind meist aktiv an der Quartiersentwicklung und -gestaltung beteiligt. Gründungs- und Wirkungspotenzial für Wohnungsgenossenschaften besteht vor allem da, wo neuer Wohnraum geschaffen werden soll, Sozialwohnungen entstehen sollen, Leerstände existieren oder eine Übernahme existierender Bestände durchgeführt werden soll. Neben der Erweiterung des Leistungsangebotes orientieren sich Wohnungsgenossenschaften auch an neuen Personengruppen. Altersgerechtes Wohnen, Inklusion von benachteiligten Personengruppen wie Flüchtlingen, Behinderten oder sozial Schwächeren und die gemischte Zusammensetzung der Mitgliederschaft durch Alleinerziehende, Familien und jungen Menschen gewinnen an Bedeutung für alteingesessene Wohnungsgenossenschaften und sind bei Neugründungen oft fester Bestandteil der genossenschaftlichen Zielsetzung (vgl. Blome-Drees 2018, S.32 ff.; Atmaca 2014 S.66 ff.).

Im Zuge dessen leisten Wohnungsgenossenschaften Beiträge zur Quartiersentwicklung, indem konkrete Wohnumfeld-Maßnahmen umgesetzt werden. Hierbei kann es sich um die Gestaltung und/oder Erhaltung von Grünanlagen und Spielplätzen handeln, um die Müllbeseitigung oder um die Sicherheit innerhalb des Quartiers. Durch das demokratische und aktive Mitwirken der

Mitglieder können diese sich besser mit dem Quartier, Orts- oder Stadtteil identifizieren und durch das verbesserte Image kommt es zu weniger Abwanderung. Die Aktivitäten der Wohnungsgenossenschaft erstreckt sich oft sogar über das Quartier hinaus. Die Infrastruktur im Stadtteil und mögliche Kooperationen mit anderen Akteuren führen zur Entwicklung neuer Konzepte gemeinschaftlicher und solidarischer Unterstützungsformen. Im Sinne des „Co-operative Citizenship“ werden Wohnungsgenossenschaften in lokalen, sozialen oder kulturellen Projekten aktiv und unterstützen beispielsweise Nachbarschaftshilfen oder Integrationsprojekte. Diese Entwicklungen können durch lokale, politische und gesellschaftsrechtliche Rahmenbedingungen unterstützt und gefördert werden (vgl. Blome-Drees, Bøggild 2015 S.136 f.; Blome-Drees 2018 S.32 ff.; Fuchs 2016, S.296 f.; Ringle 2016 S.15 ff.).

6.3 Dorfläden und ihr Beitrag zur regionalen Versorgung

Dorfläden tragen aktiv zur Attraktivität ländlicher Räume bei und ermöglichen älteren und einkommensschwächeren Menschen die Nahversorgung. Gleichzeitig entstehen soziale Treffpunkte und Räume für Kommunikation und Geselligkeit durch eine Kombination zusätzlicher Dienstleistungen, wie Café, Poststelle oder Vereinstreff. Auf Grund ihres meist geringen Umsatzes, ist die Generierung von Überschüssen meist sehr schwierig für genossenschaftliche Dorfläden. Die zusätzlichen Kosten, die durch die genossenschaftliche Prüfung durch den Verband anfallen, führen dazu, dass viele Dorfläden eine andere Rechtsform wie die GmbH oder die UG wählen. Ein Leitfaden des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie empfiehlt ebenfalls die haftungsbeschränkte Unternehmergesellschaft als geeignetste Rechtsform für die Gründung eines Dorfladens. Als Nachteile der eG werden vor allem die kosten- und zeitaufwendige Gründung, sowie die laufenden Kosten genannt. Die genossenschaftliche Umsetzung hingegen, setzt eine aktive Einbindung der lokalen Bevölkerung voraus. Sie wird vor allem dort umgesetzt, wo der Wille zur Selbstbestimmung, Selbstverantwortung und das Empowerment der Gesellschaft im Fokus stehen (vgl. Blome-Drees, Bøggild 2015, S.135 ff.; Fuchs 2016, S.297).

7 Potenzial und Förderung von Sozialgenossenschaften

Sozialgenossenschaften in unterschiedlichen Geschäftsfeldern verbinden Bürgerengagement und solidarisches Handeln zur Bewältigung aktueller gesellschaftlicher Herausforderungen. Neben Wohlfahrtspflege, Ehrenamt und Sozialunternehmen können Sozialgenossenschaften einen wichtigen Beitrag zum Wohlfahrtsmix und der sozialen Infrastruktur beisteuern. Ihr Potenzial wird vor allem in der Regionalentwicklung und lokalen Daseinsvorsorge, neuer Wohnungsformen und im Gesundheits- und Sozialbereich gesehen. Hier können Sozialgenossenschaften Angebotslücken schließen und strukturschwache Räume beleben. Sozialgenossenschaften begreifen sich selbst dabei nicht als Konkurrenz zu bestehenden Versorgungsstrukturen, sondern als deren Ergänzung. Kommunen und Verbände können durch strategische Engagement-Planung zur Strukturierung und der Schaffung wichtiger Rahmenbedingungen beitragen (vgl. Fuchs 2016, S.297 f.; Beyer et al. 2015, S.18 f.).

Das große Problemlösungspotenzial, das Sozialgenossenschaften durch ihre Vielfalt abdecken können, ist vor allem im Hinblick auf die Herausforderungen des demographischen Wandels und die Veränderungen der Lebens- und Arbeitsformen von großer Bedeutung. Deshalb verwundert es nicht, dass vermehrt, neben Kreditgenossenschaften auch Kommunen, Sozialverbände oder gemeinnützige Vereine als GenossInnen in Sozialgenossenschaften auftreten. Diese Multi-Stakeholder-Ansätze treten in Deutschland beispielsweise bei Familiengenossenschaften, der Kinderbetreuung und anderen Dienstleistungsgenossenschaften immer häufiger auf. Sie ermöglichen Wohlfahrts- und Sozialverbänden eine Bereicherung ihres Portfolios oder dienen privaten Unternehmen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und machen diese damit attraktiver für Arbeitnehmer (vgl. Blome-Dress, Bøggild 2015, S.141 f.).

Laut einer Expertenrunde beim Deutschen Verein im Jahr 2014 besteht der Bedarf vor allem in den folgenden Aktivitätsfeldern und für folgende Zielgruppen:

- Seniorenwohnen, generationsübergreifendes Wohnen, Kleinstpflegeheime etc. als Eigenlösung für bessere, versorgte Lebensmöglichkeiten im Alter verbunden mit einer Immobilie,
- Dorfläden, ärztliche Versorgung, Familienunterstützung als gemeinsame Aktivitäten zur Wiederherstellung und Sicherung der Daseinsvorsorge,
- Nachbarschaftshilfe, gemeinschaftliches Wohnen und Gestaltung sozialer Zentren als quartiersgenossenschaftliche Selbstorganisation für benachteiligte Stadtteile,

- Dauerhaft nicht in den Arbeitsmarkt integrierbare Personengruppen (Flieger 2014, Vortrag beim Deutschen Verein).

Obwohl das Potenzial von Sozialgenossenschaften in der Literatur unumstritten ist, können die Neugründungszahlen in der Realität diesem Potenzial nicht gerecht werden. Neben den internen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Gründung, spielen die lokalen Faktoren und Rahmenbedingungen oft eine entscheidende Rolle. Kommunen können sich zum Teil auf Grund des kommunalen Haushaltsrechts nicht für Genossenschaften engagieren, teilweise sind Entscheidungsträger in der Politik nicht gewillt Kontrolle und Verantwortung abzugeben und Wohlfahrtsverbände nehmen Sozialgenossenschaften als Konkurrenz und nicht als Bereicherung wahr (vgl. Blome-Drees, Bøggild 2015, S. 160). Um die genossenschaftliche Rechtsform attraktiver für bürgerschaftliche Initiativen zu machen, bedarf es allerdings an Aktivierung durch Politik, Verbände und Wohlfahrt. Die Bekanntheit der genossenschaftlichen Rechtsform für die Umsetzung bürgerschaftlichen Engagements und sozialer Projekte ist sehr gering. Eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Verbänden, Beratern, Handwerks- und Handelskammern, eine Verankerung der genossenschaftlichen Rechtsform in der Gründungsberatung und eine öffentliche Dokumentation von Best-Practice-Beispielen kann dies verbessern. In der Förderlandschaft fehlt es dazu noch an Gleichberechtigung zwischen der Genossenschaft und anderen Rechtsformen. Neben der finanziellen Gründungsförderung kann Gründungscoaching und -betreuung zu einer effizienteren, erfolgversprechenderen und erhöhten Anzahl an Umsetzungen von Genossenschaftsideen führen (Fuchs 2016, S.298 f.).

8 Sozialgenossenschaften als Teil des Wohlfahrtsmix

Der Wohlfahrtsbereich befindet sich in einem akuten Wandel. Während es eine Zunahme von personenbezogenen und bedarfsgerechten Leistungen gibt, ändert sich die Ausrichtung des Sozial- und Gesundheitsbereiches auf den handelnden und selbstbestimmten Menschen. Die Gesellschaft wirkt durch den Wohlfahrts- und Sozialstaat auf sich selbst ein und verändert die vorherrschenden Vorstellungen der Lebensverhältnisse einzelner Bevölkerungsgruppen. Die Vormachtstellung der Wohlfahrtsverbände wird dadurch aufgebrochen und weicht zunehmend Quasi-Märkten im Bereich der sozialen Daseinsvorsorge (vgl. Schmale, Göler von Ravensburg 2017, S.439 f.).

Das Potential, die Geschäftsfelder und Dienstleistungen von Sozialgenossenschaften, sind größtenteils im Bereich der sozialen Daseinsvorsorge angesiedelt und stehen somit in einem Spannungsverhältnis zu den Angebots-Portfolios der freien Wohlfahrtspflege. Die Wohlfahrtsverbände spielen traditionell eine Schlüsselrolle, wenn es um die Sicherstellung der sozialen Infrastruktur geht. Diese Position wird nun durch private Anbieter, auch in Form von Sozialgenossenschaften, herausgefordert und der Kreis der Anbieter deutlich erweitert. Diese „Ökonomisierung sozialer Dienste“ hat in der Wohlfahrtspflege einen Veränderungsdruck ausgelöst, der die Rolle der Wohlfahrtsverbände in der sozialen Infrastruktur in Frage stellt. Die Wohlfahrtspflege hat damit aber auch die Chance zu sozialer Innovation und einer Neupositionierung auf dem Markt (vgl. Ahles 2017, S.111-117).

Eine Zusammenarbeit mit genossenschaftlichen Organisationen ist dabei vielfältig möglich. Zum einen können gemeinnützige Genossenschaften Mitglieder in Wohlfahrtsverbänden werden und dadurch von professioneller Expertise und Beratung, sowie der Machtposition der Verbände, profitieren. Da als Teil der formalen Voraussetzungen, für eine Mitgliedschaft bei einem Wohlfahrtsverband, die steuerrechtliche Gemeinnützigkeit bestehen muss, ist diese Form der Kooperation zwischen Genossenschaft und Verband aber eher zu vernachlässigen. Umgekehrt ist es Wohlfahrtsverbänden durchaus möglich als Genossen Mitglied, Mitgestalter oder auch Mitbegründer von Sozialgenossenschaften zu werden. Diese Art der Kooperation wird weit mehr Bedeutung zugesprochen und bietet für die Verbände die Chance der sozialen Innovationsförderung. In der Praxis finden sich hierzu bereits Beispiele, wie die Beteiligung des AWO Kreisverband München-Land, des Bayerischen Roten Kreuzes, der Caritas und des Paritätischen Landesverbandes Bayern an der Mehrgenerationengenossenschaft Hand-in-Hand eG. Daneben bietet sich zu guter Letzt, durch das ebenfalls verbandsorganisierte

Genossenschaftswesen, eine Kooperationsmöglichkeit zwischen Wohlfahrts- und Genossenschaftsverbänden an (vgl. Ahles 2017, S.121 ff.).

Insbesondere für strukturschwache Regionen sind Multi-Stakeholder-Konzepte, unter Mitwirkung der Städte und Gemeinden, besonders geeignet. Zur Erhaltung und Entwicklung lokaler Infrastrukturen und der Daseins- und Altersvorsorge entstehen lokal neue Akteure des Wohlfahrtsmix. Wie bereits hervorgehoben, schließen diese Neugründungen lokale Versorgungslücken und dienen der Ergänzung des Angebots der Wohlfahrt und nicht dessen Konkurrenz. Sie sollen außerdem nicht den finanziellen Rückzug und der Entlastung des Staates in seiner sozialen Verantwortung, begünstigen. Diese, sowie die Angebote der öffentlichen Wohlfahrt, werden nicht in Frage gestellt und sollen lediglich unterstützt bzw. erweitert werden (vgl. Elsen 2012, S.94; Beyer et al. 2015, S.18 f.).

9 Experimentaufbau und Darstellung der befragten Sozialgenossenschaften

Im Zuge der Arbeit wurden sieben Sozialgenossenschaften durch Experteninterviews mit Gründungsmitgliedern, Vorständen oder Aufsichtsräten zu erfolgskritischen Faktoren, Akteuren und Problemstellungen befragt. Da besonders der Bayerische Staat durch seine Zukunftsinitiative Sozialgenossenschaften in der Förderung heraussticht, wurden sechs unterschiedliche Sozialgenossenschaften mit Sitz in Bayern für die Befragung gewählt. Somit wird überprüft, wie Sozialgenossenschaften, neben anderen Faktoren, auf eine öffentliche, staatliche Förderung eingehen und reagieren und ob und aus welchen Gründen diese (nicht) wahrgenommen und/oder genutzt wird. Weiters wurde eine Sozialgenossenschaft aus Baden-Württemberg befragt um mögliche Unterschiede herauszustellen und den potenziellen Einfluss einer staatlichen Förderung auf das Gründungsverhalten von Sozialgenossenschaften vornewegzunehmen. Zu guter Letzt wurde ein Experteninterview mit dem Vorsitzenden des Expertenrates für Sozialgenossenschaften in Bayern, Prof. Dr. Egon Endres durchgeführt, um zusätzlich die wissenschaftliche Perspektive zu Erfolgsfaktoren und Akteuren bei der Förderung von Sozialgenossenschaften zu untersuchen. In Anlehnung an die Beispieldarstellung bzw. Kategorisierung von Ringle (2016) und die Unterscheidung von Sozialgenossenschaften nach Flieger (2001) in Sozialgenossenschaften Betroffener, Solidarische Sozialgenossenschaften und Professionelle Sozialgenossenschaften, wird der Versuch unternommen, die untersuchten Sozialgenossenschaften zu kategorisieren und schematisch darzustellen. Hierzu werden die Unternehmensprofile und Zielsetzungen der befragten Sozialgenossenschaften, sowie der Expertenrat „Sozialgenossenschaften – selbst organisierte Solidarität“ in Kürze dargestellt.

Die nachfolgende Tabelle zeigt eine Übersicht aller befragten Sozialgenossenschaften, inklusive ihrer Einteilung zu einer Kategorie und Art. Die Tabelle wie auch die nachfolgenden Unternehmensprofile zeigen auf, dass eine genaue Zuordnung nicht immer möglich ist. Besonders bei der Einteilung nach professioneller, solidarischer oder Sozialgenossenschaft Betroffener zeigt sich, dass in der Praxis oft Mischformen gewählt werden. Mitglieder gemeinnütziger Sozialgenossenschaften sind teilweise selbst Betroffene, die Sozialgenossenschaft ist auf Grund der Gemeinnützigkeit aber zusätzlich solidarisch auf das Gemeinwohl ausgerichtet und der Förderauftrag wird auf Personen außerhalb des Kreises der Mitglieder ausgeweitet.

Name	Kategorie	Art	Zielsetzung
Gemeinsam eG	Sozialgenossenschaftliche Beratung	Professionell	Fortbildungen, Beratung zur Daseinsvorsorge älterer Menschen, Gründungsberatung und Betreuung von Initiativen
Wie für uns eG	Gemeinnützige Seniorengenossenschaft	Solidarisch/ Betroffener	Dienstleistungen und Alltagshilfe für ältere Menschen
Bellevue di Monaco eG	Wohnungsgenossenschaft	Solidarisch	Wohnraum/ Arbeitsplätze für Geflüchtete und Sozialfälle, Fortbildungen, Sprachkurse
W.I.R. Wohnen inklusiv Regensburg eG	Wohnungsgenossenschaft	Solidarisch	Wohnraum für und Integration von behinderten Menschen
Spiegelfabrik Baugenossenschaft eG	Wohnungs- /Baugenossenschaft	Solidarisch	Wohnraum für Geflüchtete, Menschen mit Behinderung & ältere Menschen
MutMacherMenschen gemeinnützige eG	Gemeinnützige Arbeitslosen- /Produktivgenossenschaft	Solidarisch/ Betroffener	Arbeitsplätze für Menschen mit schweren psychischen Erkrankungen
Die Familiengenossenschaft eG	Familiengenossenschaft	Professionell	Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Abbildung 4: Darstellung der befragten Sozialgenossenschaften

Quelle: eigene Darstellung in Anlehnung an Flieger 2001, S.88 f. und Ringle 2016, S.12 f.

9.1 Gemeinsam eG

Die *Gemeinsam eG* im Landkreis Regensburg dient als gutes Beispiel für die Vielfalt der Sozialgenossenschaften. Ihr Ziel ist die Daseinssicherung und Verbesserung der Daseinsvorsorge in wirtschaftlicher, kultureller und sozialer Hinsicht. Es geht darum, die Lebensqualität im ländlichen Raum zu erhalten bzw. zu verbessern und damit BürgerInnen jeden Alters in die Entwicklung der lokalen Infrastruktur miteinzubinden. Das Angebots-

Portfolio der *Gemeinsam eG* besteht dabei aus Fortbildung, Beratung, Förderung und Umsetzung von Initiativen, Vereinen und anderen Organisationen der Wirtschaft und Politik. Mit Hilfe sog. Demokoffer, bestückt mit Produkten der unterstützenden Assistenz, berät die Sozialgenossenschaft zu Alltagshilfen, Sicherheit und Kommunikation im Alter. Die Demokoffer dienen der Veranschaulichung und der Testmöglichkeit von Lösungen spezifischer Bedürfnisse im Alter. Neben Fortbildungen und Webinaren nutzt die *Gemeinsam eG* ihre Experten und Partnerschaften zur Vernetzung verschiedener Initiativen und Akteure. Sie ist an Veröffentlichungen beteiligt und erfasst in einer „Social Map“ die wichtigsten Kontaktstellen zu sozialen Verbänden, Organisationen und Selbsthilfegruppen. Durch sog. Sozial-Scouts bietet die *Gemeinsam eG* Kunden bzw. Mitgliedern eine direkte Ansprech- und Bezugsperson bei der Organisation und Umsetzung aller angebotenen Themenbereiche (vgl. *Gemeinsam eG* 2020).

Bei der *Gemeinsam eG* handelt es sich um eine professionelle Sozialgenossenschaft, die durch ihr umfangreiches Angebots- und Dienstleistungs-Portfolio einen Beitrag zum Erhalt und der Entwicklung lokaler Infrastrukturen, unter Einbezug der lokalen BürgerInnen, leistet. Durch den Themenschwerpunkt auf die Verbesserung der Lebensqualität im Alter, deckt die Sozialgenossenschaft einen Bereich ab, der oft durch Seniorengenossenschaften in Form von Dienstleistungen gedeckt wird. Gleichzeitig ist die *Gemeinsam eG* vor allem in beratender und fortbildender Funktion und als Partner für Unternehmen und Kommunen tätig. Sie könnte somit als sozialgenossenschaftliche Beratung mit Schwerpunkt auf Organisations- und Initiativen-Entwicklung und Themenschwerpunkt Lebensqualität im Alter, bezeichnet werden.

9.2 Wir für uns eG

Die *Wir für uns eG* kann als klassische Seniorengenossenschaft bezeichnet werden. Ihr Angebot erstreckt sich von der Fortbildung und Beratung älterer Menschen zu den Themen Technik, Wohnen, Pflege und Betreuung im Alter, bis hin zur tatsächlichen Betreuung und Alltagsunterstützung. Dadurch möchte die Sozialgenossenschaft die Lebensqualität älterer Menschen erhalten und verbessern, SeniorInnen durch Hilfsangebote Sicherheit geben, eine selbstständige Lebensführung fördern und das vertraute soziale Umfeld durch den Verbleib und der Leistungserbringung in der eigenen Wohnung sichern. Die Sozialgenossenschaft setzt sich dabei rein aus ehrenamtlichen Mitarbeitern zusammen. Diese sind keine professionellen Pfleger oder Betreuer, erhalten aber eine entsprechende Schulung vor ihrem Einsatz als Hilfeleistende. Für alle Leistungen der *Wir für uns eG* wird ein Entgelt verlangt. Dieses soll zum einen als

Aufwandsentschädigung für die Hilfeleistenden dienen und zum anderen bei den Hilfeempfängern dem Gefühl des „Almosenempfängers“ entgegenwirken. Die Besonderheit der Vergütung besteht darin, dass dem Hilfeleistende 75% des Entgeltes zustehen, dieser sich dieses auszahlen lassen kann, sich als Zeitguthaben (siehe dazu 6.1 Seniorengenossenschaften) anrechnen lassen kann oder es an die Genossenschaft spenden kann. Eine weitere Besonderheit der *Wir für uns eG* ist ihre gemeinnützige Ausrichtung (vgl. Wir für uns eG 2018). Der Förderzweck der Sozialgenossenschaft ist somit auf das Gemeinwohl ausgerichtet und das Angebot der Sozialgenossenschaft ist nicht auf ihre Mitglieder begrenzt (siehe dazu 3.3 Gemeinnützigkeit im Genossenschaftswesen). Da die *Wir für uns eG* auch von Betroffenen gegründet wurde, stellt sie eine Mischform aus solidarischer Seniorengenossenschaft und Sozialgenossenschaft Betroffener dar.

9.3 Bellevue di Monaco eG

Die Sozialgenossenschaft *Bellevue di Monaco eG* ist eine Wohnungsgenossenschaft in München, die sich im Zuge der Flüchtlingskrise und auf Grund von Leerständen in der Innenstadt gegründet hat. Sie bietet unbegleiteten, jungen Geflüchteten ein Unterbringungs- und Kulturzentrum in der Münchner Innenstadt. Im Gegensatz zu den Sammelunterkünften für Geflüchtete, die am Stadtrand oder außerhalb der Stadt liegen, gewährleistet das *Bellevue di Monaco* mit seiner Lage das wirkliche Ankommen und die Integration der Geflüchteten. Neben den gestellten Wohnungen, bietet die Sozialgenossenschaften in einem Info-Café den direkten Austausch für alle interessierten MünchnerInnen an. Kulturräume der Sozialgenossenschaft werden für ein vielfältiges Kulturprogramm genutzt, welches neben Konzerten und Lesungen auch Sprachkurse, Beratungen und Schulungen für Geflüchtete anbietet (vgl. Bellevue di Monaco 2020). Der Förderzweck der Sozialgenossenschaft ist damit nicht auf die eigenen Mitglieder, sondern auf eine außenstehende Personengruppe, in diesem Fall auf Geflüchtete, ausgerichtet. Die *Bellevue di Monaco eG* kann somit als eine solidarische Wohnungsgenossenschaft bezeichnet werden.

9.4 W.I.R. Wohnen inklusiv Regensburg eG

Das ursprünglich als Selbsthilfeprojekt entstandene Bauunterfangen *W.I.R. Wohnen inklusiv Regensburg* stellt heute ein Leuchtturmprojekt für inklusives Wohnen, Solidarität und Quartiersentwicklung dar. Die Sozialgenossenschaft verwirklicht die Inklusion von geistig- und

mehrfachbehinderten Menschen in einer gemischten Wohnanlage. Die selbst errichtete Wohnanlage verbindet Behinderte und Nichtbehinderte, ob Familien, Singles, alt oder jung, fördert das Leben in der Gemeinschaft und die gegenseitige Unterstützung. Durch die genossenschaftliche Organisationsform werden geringe Mieten und ein lebenslanges Wohnrecht gewährleistet. Außerdem können betroffene und solidarische Mitglieder zu gleichen Teilen an der Gestaltung von und verschiedenen Aktionen im Quartier teilhaben (vgl. W.I.R. Wohnen inklusiv Regensburg 2016). Die Wohnungsgenossenschaft ist eine Mischform aus solidarischer Sozialgenossenschaft und Sozialgenossenschaft Betroffener und bietet damit Ideen für weitere neue (Misch-) Formen und Innovationen im Bereich der sozialen Wohnungsgenossenschaften.

9.5 Spiegelfabrik Baugenossenschaft eG

Die *Spiegelfabrik Baugenossenschaft eG* ist Teil einer Wohnungsbau-GbR, die in Fürth unter dem Motto „Wohnen für Generationen“ eine Wohnanlage zum generationenübergreifenden Wohnen errichtet. Die Sozialgenossenschaft ist dabei im Verhältnis ihrer Wohnungen zum Gesamtunterfangen an der GbR beteiligt. Der Anteil der Wohnungen der Spiegelfabrik Baugenossenschaft eG dient dabei nicht nur der Integration von Jung und Alt, sondern auch der Integration von Flüchtlingen, Menschen mit Behinderungen und Sozialfällen. Zusätzlich entstehen Räume für gemeinschaftliche Aktivitäten, Gruppentreffen und gemeinschaftsorientiertes Zusammenleben (vgl. Spiegelfabrik Fürth 2020). Darüber hinaus ist die Sozialgenossenschaft aktiv in die Quartiersentwicklung eingebunden. Sie übernimmt die Projektverwaltung für Gemeinschaftsräume und -flächen und ist über einen gemeinnützigen Verein direkt mit dem Quartiersbüro der Stadt Fürth, welches sich ebenfalls im Quartier befindet, verbunden (vgl. Experteninterview Spiegelfabrik Baugenossenschaft eG 2020, S.3). Die *Spiegelfabrik Baugenossenschaft eG* kann, auch als Teil der Bau-GbR Spiegelfabrik, als eine solidarische Bau- und Wohnungsgenossenschaft eingeordnet werden.

9.6 MutMacherMenschen gemeinnützige eG

Die *MutMacherMenschen gemeinnützige eG* ist eine soziale Produktivgenossenschaft, die sich die Einbindung von Personen mit psychischen Handicaps auf dem Arbeitsmarkt zum Ziel gesetzt hat. Die in Augsburg gelegene Sozialgenossenschaft beschäftigt Menschen, welche auf dem ersten Arbeitsmarkt, auf Grund ihrer psychischen Erkrankung oder Krise, keine Chance

auf eine Anstellung haben. Durch die Arbeit in der Gemeinschaft und den sozialen Austausch, leistet die Sozialgenossenschaft einen Beitrag zur Genesung oder zumindest zur gesellschaftlichen Einbindung der Mitglieder und anderer Betroffener. Es handelt sich bei der Produktivgenossenschaft um eine nachhaltige Manufaktur, die hochwertige Naturschutzprodukte, wie Bienenhotels, Futterhäuschen oder Nistkästen für Vögel, herstellt. Zusätzlich werden innovative Upcycling Ideen umgesetzt. Durch die genossenschaftliche Organisationsform haben Betroffene selbst die Möglichkeit ihre Anliegen und Wünsche einzubringen. Dadurch können die Arbeitsplätze ideal auf die Bedürfnisse der Mitglieder angepasst und neue nachhaltige Projekt wahrgenommen werden (vgl. MutMacherMenschen 2020).

Die *MutMacherMenschen gemeinnützige e.G.* kann schon auf Grund ihrer Gemeinnützigkeit nicht lediglich als Sozialgenossenschaft Betroffener bezeichnet werden, obwohl viele der Genossenschaftsmitglieder selbst Betroffene sind. Die allgemeine Ausrichtung auf eine benachteiligte Personengruppe, auch außerhalb der Genossenschaft und die Förderung des Gemeinwohls, macht die *MutMacherMenschen gemeinnützige eG* auch zu einer solidarischen Sozialgenossenschaft. Anhand der Beispieldarstellung von Ringle (2016) und der Ausrichtung der Sozialgenossenschaft auf die Bereitstellung von Arbeitsplätzen für eine benachteiligte Personengruppe, lässt sich die *MutMacherMenschen gemeinnützige eG* auch als Arbeitslosengenossenschaft beschreiben.

9.7 Die Familiengenossenschaft eG

Die *Die Familiengenossenschaft eG* ist eine professionelle Dienstleistungsgenossenschaft in Mannheim. Sie ist ein Zusammenschluss von Unternehmen und qualifizierten Mitarbeitern und bietet Mitgliedsunternehmen und Vertragspartnern Dienstleistungen zu besserer Vereinbarung von Familie und Beruf an. Hierzu führt die Sozialgenossenschaft Lehrgänge und Fortbildungen durch, vermittelt Kinder-Betreuungsplätze und organisiert Ferienaktivitäten und -camps. Der Ursprung der Sozialgenossenschaft war ein Zusammenschluss von Tagesmüttern zum gemeinsamen wirtschaften. Dadurch sollten Skalierungseffekte hervorgerufen und die Position der einzelnen Mikro-UnternehmerInnen auf dem Arbeitsmarkt verbessert werden. Durch die Teilhabe von Unternehmen als Genossenschaftsmitglieder wird einerseits die Beschäftigung der Mitarbeiter sichergestellt und andererseits die Attraktivität der Unternehmen als Arbeitsgeber auf dem Arbeitsmarkt erhöht. Durch die gleichgewichtete Mitsprache aller Mitglieder, können gleichzeitig Arbeitgeber-, wie Arbeitnehmeranforderungen

wahrgenommen und umgesetzt werden. Damit lassen sich an Hand der *Die Familiengenossenschaft eG* die Vorteile der genossenschaftlichen Organisationsform und insbesondere des Demokratie- und Identitätsprinzips veranschaulichen. Die gleichberechtigte Mitbestimmung von Unternehmen und qualifizierten Betreuungspersonen dient einer starken Vernetzung in der Wirtschaft, der Gesellschaft und der Region (vgl. Die Familiengenossenschaft eG 2020).

Die *Die Familiengenossenschaft eG* lässt sich als professionelle Familiengenossenschaft einordnen.

9.8 Expertenrat „Sozialgenossenschaften – selbst organisierte Solidarität“

Der Expertenrat in Bayern ist ein in Deutschland einzigartiges Gremium, das sich sowohl aus Vertretern der Politik, der Wissenschaft, der Wohlfahrt, der Genossenschaftsverbände und einer Genossenschaft selbst, zusammensetzt. Der Expertenrat wurde 2012 im Zuge der Zukunftsinitiative Sozialgenossenschaften des Bayerischen Sozialministeriums, zur Beratung und zum Austausch gegründet. Hintergrund der Initiative war es, die Wohlfahrtslandschaft in Bayern mit neuen Innovationen zu versehen. Durch die Einbindung aller wichtigen Stakeholder, bündelt der Expertenrat die Expertise, das Interesse und die spezifischen Anforderungen aller Bereiche und leistet wichtige Netzwerkarbeit. Er versorgt die Initiative mit Anregungen zu bestimmten Schwerpunktthemen, wie Quartiersentwicklung oder Inklusion, ist im Austausch mit aktiven Sozialgenossenschaften und fördert Innovation durch Vorträge und Veröffentlichungen. Besonders der Ratgeber zu Sozialgenossenschaften in Bayern ist auf starkes, bundesweites Interesse gestoßen (vgl. STMAS Bayern 2013, S.5; Experteninterview Expertenrat Sozialgenossenschaften, S.1 f.).

10 Auswertung der Experteninterviews

Die Experteninterviews sind in drei Themenbereiche gegliedert. Teil Eins beschäftigt sich mit dem Gründungshintergrund der Sozialgenossenschaften, Teil Zwei mit der genossenschaftlichen Organisationsform und deren Vor- und Nachteilen und Teil Drei mit der erhaltenen Gründungsunterstützung (hinsichtlich rechtlicher/unternehmerischer Beratung) und Finanzierung. Zusätzlich wird noch auf die Problemstellungen und Herausforderungen während und nach der Gründungsphase eingegangen, den subjektiv wichtigsten Erfolgsfaktoren und Akteuren, sowie einer Einschätzung des allgemeinen Potenzials der Sozialgenossenschaften als Teil des Wohlfahrtsmix. Für weitere Einblicke wurde der Expertenrat für Sozialgenossenschaften in Bayern ebenfalls zu Einflussfaktoren und Akteuren bei der Förderung von Sozialgenossenschaften befragt. Alle Interviews wurden mit Hilfe der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring (2003) ausgewertet.

10.1 Gründungsverhalten, Lokalität und ehrenamtliches Engagement

Bei den Gründern der untersuchten Sozialgenossenschaften handelt es sich fast ausschließlich um bereits vorher politisch oder sozial engagierte BürgerInnen. Ihre Initiativen entwickelten sich aus wirtschaftlichen regionalen Förderprogrammen, politischem Aktivismus, sozialem Engagement, lokal erkannten Problemstellungen oder der eigenen Betroffenheit durch ein mangelndes Angebot hinsichtlich der Daseinsvorsorge oder anderer sozialer Dienstleistungen (vgl. Inhaltsanalyse II, K1, K2).

Die lokalen Standortfaktoren haben einen erheblichen Einfluss auf die einzelnen Sozialgenossenschaften. Diese sind rein konzeptuell zwar nicht lokal gebunden, – eine solidarische Wohnungsgenossenschaft kann überall dort entstehen, wo sie einen Baugrundzuschlag erhält, die Nachfrage nach Dienstleistungen von Seniorengenossenschaften ist überregional vorhanden, etc. – jedoch wird die Umsetzung der Sozialgenossenschaft, nach der Standortwahl bzw. dem Entschluss zur Gründung, stark von den lokalen Infrastrukturen und der lokalen Politik beeinflusst. Hierbei zeigt sich die Problemlöser-Mentalität der genossenschaftlichen Bewegung. Steht der Entschluss zur Gründung fest, werden die vorhandenen Ressourcen und Netzwerke genutzt, um sich an die lokalen gesellschaftlichen und politischen Strukturen anzupassen und eine Umsetzung gewährleisten zu können. Vor allem die lokale Politik spielt hierbei als Entscheidungsträger, Akteur und Kooperationspartner eine entscheidende Rolle (vgl. Inhaltsanalyse II, K3).

Ehrenamtliches Engagement wird von den befragten Sozialgenossenschaften sehr unterschiedlich wahrgenommen, beansprucht und gefördert. Schon qua Definition spielt ehrenamtliches Engagement für professionelle Sozialgenossenschaften keine Rolle. Bei den Antworten der befragten solidarischen Sozialgenossenschaften, bzw. den befragten solidarischen Sozialgenossenschaften Betroffener, wird eine wichtige Abgrenzung vorgenommen. Zum einen, kann ehrenamtliches Engagement auf die Entität und die Mitglieder der Sozialgenossenschaft bezogen werden und zum anderen, auf den Tätigkeitsbereich und die Mitarbeiter der Sozialgenossenschaft. In den untersuchten Beispielen manifestiert sich dies in drei verschiedenen Modellen (vgl. Inhaltsanalyse II, K4). Im ersten Modell wird die Sozialgenossenschaft komplett von ehrenamtlichem, freiwilligem Engagement getragen. Alle Mitarbeiter, inklusive Vorstand und Aufsichtsrat gehen ihrer Tätigkeit unbezahlt nach. Die Sozialgenossenschaften *W.I.R. Wohnen inklusiv Regensburg eG* und *Wir für uns eG* sind hierfür Beispiele (vgl. Inhaltsanalyse I, ID6, K4; Inhaltsanalyse I, ID7, K4). In der zweiten Konstellation, umgesetzt in der Sozialgenossenschaft *Bellevue di Monaco eG*, sind alle Mitarbeiter der Entität Sozialgenossenschaft, konkret bei der Verwaltung, der Koordination, der Öffentlichkeitsarbeit und der Projektleitung, Angestellte. Die Umsetzung der verschiedenen kulturellen und sozialen Angebote der Sozialgenossenschaft wird wiederum fast komplett von Ehrenamtlichkeit getragen (vgl. Inhaltsanalyse I, ID2, K4). Im dritten Modell zieht sich die Ehrenamtlichkeit durch beide Bereiche, ist aber in keinem dominant. Die *MutMacherMenschen gemeinnützige eG* hat in der Verwaltung, dem Vorstand und dem Aufsichtsrat ehrenamtliche, wie auch angestellte Mitarbeiter. Während die Verwaltung und die Produktion grundsätzlich von Betroffenen besetzt wird, welche dadurch eine Anstellung erhalten, greift die Sozialgenossenschaft bei Ausfällen, der Betreuung der Angestellten und neuen Projekten, auf ehrenamtliche Unterstützung zurück (vgl. Inhaltsanalyse I, ID4, K4).

Bereits bei der Untersuchung einer, wie in dieser Arbeit, kleinen Gruppe von Sozialgenossenschaften, lässt sich der unterschiedliche Stellenwert von ehrenamtlichem Engagement für diese Organisationen feststellen. Genauso vielfältig wie das sozialgenossenschaftliche Modell in seiner Umsetzung ist, ist auch die Abhängigkeit bzw. Förderung von freiwilligem und ehrenamtlichem Engagement. Diese Wechselwirkung wird jeweils, von den spezifischen sozialgenossenschaftlichen Konzepten selbst begründet.

10.2 Genossenschaftliche Rechtsgrundlage und Prinzipien in der Praxis

Die untersuchten Sozialgenossenschaften wurden im Zeitraum von 2011 (*Wir für uns eG*) bis 2017 (*Die Familiengenossenschaft eG*) gegründet und fußen damit allesamt auf der Rechtsgrundlage nach der Gesetzesnovelle von 2006. Diese war, laut eigener Aussage, lediglich für die *Wir für uns eG* bei der Gründung ausschlaggebend, da sie die Gemeinnützigkeit, durch die Erweiterung des Förderzweckes auf soziale und kulturelle Belange der Mitglieder, für Genossenschaften geöffnet hat (vgl. Inhaltsanalyse I, ID7, K7). Es lässt sich argumentieren, dass die Rechtsnovelle auf Grund dieser Öffnung des Förderzweckes, Einfluss auf alle hier dargestellten Sozialgenossenschaften hatte, jedoch wird diese von den Befragten nicht als gründungsinitiierend wahrgenommen, sondern lediglich als eine von vielen, zu beachtenden Rahmenbedingung bei der Gründung.

Das Demokratieprinzip wird am häufigsten als ausschlaggebendes Kriterium bei der Wahl der genossenschaftlichen Organisationsform genannt. Dies allerdings aus unterschiedlichen Gründen. Zum einen wird befürwortet, dass Betroffene selbst mitbestimmen und mitgestalten können und die Sozialgenossenschaft sich dadurch nach den spezifischen Wünschen und Anforderungen der Mitglieder ausrichten kann. Zum anderen wird die Gleichberechtigung der Mitglieder, vor allem bei der Beteiligung von Unternehmen oder anderen Organisationen, als Vorteil der genossenschaftlichen Organisationsform genannt. Dies ist vor allem bei der Sozialgenossenschaft *Die Familiengenossenschaft* wichtig, da in ihrer Organisation Unternehmen als investierende Mitglieder Teil der Sozialgenossenschaft sind und dadurch investieren und mitgestalten (vgl. Experteninterview *Die Familiengenossenschaft*, S.5 f.).

Wie in der Definition von Sozialgenossenschaften beschrieben (siehe dazu 6 Sozialgenossenschaften), heben sich diese durch ihre soziale Ausrichtung von anderen Genossenschaften ab. Dies wird in der Anwendung des Förderprinzips deutlich. Die genossenschaftliche Organisationsform wurde in den befragten Sozialgenossenschaften auch daher bevorzugt, weil der Unternehmenszweck nicht der Gewinnmaximierung, sondern der Förderung der Mitglieder und sogar der Förderung Dritter zu Gute kommen kann. Insbesondere die solidarischen Sozialgenossenschaften sehen darin die Attraktivität der Genossenschaftsform.

Die genossenschaftliche Prüfung durch und die verpflichtende Zugehörigkeit zu einem Genossenschaftsverband wird von den befragten Sozialgenossenschaften als positiv wahrgenommen und als Argument für die Rechtsformwahl verwendet. Vor allem bei der Ausrichtung auf einen sozialen Bereich hilft die Prüfung bei der Einhaltung der

Wirtschaftlichkeit und schafft Vertrauen bei Mitgliedern, Kunden und Engagierten (vgl. Inhaltsanalyse II, K7; Inhaltsanalyse II, K8).

10.3 Beratung und Finanzierung

Blome-Drees, Bøggild hatten in ihrer Studie 2015 bereits festgestellt, dass die Förderlandschaft, die Rechtsformberatung und die Bildung in Deutschland das Genossenschaftswesen benachteiligen oder zu wenig fördern (vgl. Blome-Drees, Bøggild 2015, S.152-155). Ein Hinweis darauf zeigt sich an der Best-Practice Orientierung der befragten Sozialgenossenschaften. Vier der sieben befragten Sozialgenossenschaften kontaktierten bereits etablierte Sozialgenossenschaften für Unterstützung, Beratung und Expertise, anstatt sich an Behörden, Ämter oder wirtschaftliche Beratungen zu wenden. Als weiterer wichtiger Akteur in der Gründungsberatung und der aktiven Betreuung wird der Genossenschaftsverband genannt. Das Bayerische Sozialministerium konnte durch seine Zukunftsinitiative Sozialgenossenschaften vier der befragten Organisationen beratend unterstützen (vgl. Inhaltsanalyse II, K9).

Die Finanzierung der Sozialgenossenschaften stellt sich je nach Zielsetzung und Tätigkeitsfeld unterschiedlich zusammen. Wohnungsgenossenschaften haben beispielsweise Zugang zu sektorspezifischen Förderungen durch die Landesbodenkreditanstalt oder durch Baukostenzuschüsse beim Bau von Sozialwohnungen. Andere Konzepte finanzieren sich rein aus ihrem Geschäft heraus, werden durch wirtschaftliche oder politische Initiativen, aus denen sie entstehen, gefördert oder erhalten lokale Fördermittel von Städten, Gemeinden oder Kommunen, wie beispielsweise im Zuge von Kulturförderungen. Von den sechs befragten, bayerischen Sozialgenossenschaften konnten vier die Gründungsfinanzierung des Bayerischen Sozialministeriums in Anspruch nehmen. Spendenakquise, die Unterstützung durch Stiftungen und Fördermitglieder werden zusätzlich als Finanzierungsquellen genannt (vgl. Inhaltsanalyse II, K10). In der Erhebung zeigt sich die Vielfalt der Möglichkeiten der Finanzierung einer Genossenschaftsgründung. Hervorzuheben ist, dass die Finanzierung ein fester Bestandteil jeder unternehmerischen Gründung und auch der Genossenschaftsgründung ist. Eine staatliche finanzielle Förderung kann eine Gründung vereinfachen und in diesem Fall die genossenschaftliche Rechtsform gezielt attraktiver machen.

10.4 Problemstellungen und Herausforderungen

Trotz der genannten und genutzten, unterschiedlichen Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten wird die Gründungsfinanzierung als eine der größten Problemstellungen wahrgenommen. Die mit der Prüfung durch den Genossenschaftsverband verbundenen Kosten stellen für sozial ausgerichtete Projekte eine Schwierigkeit dar. Die Genossenschaftsgründung ist durch die Rechtsgrundlage zusätzlich mit sehr hohem bürokratischem Aufwand verbunden. Neben Finanzierung und Wirtschaftlichkeit wird auch die Netzwerk- und Überzeugungsarbeit als wesentliche Hürde gesehen. Die Herstellung einer Öffentlichkeit für das eigene Projekt, die Begeisterung und Aktivierung der lokalen Bevölkerung und der intensive Austausch mit der lokalen Politik sind aufwendig und zeitintensiv und gleichzeitig erfolgskritisch für die Umsetzung einer Sozialgenossenschaft. Die hohen Ansprüche an die Wirtschaftlichkeit und die Öffentlichkeitsarbeit sind Herausforderungen denen sich die Sozialgenossenschaften durchgehend stellen müssen. Sie arbeiten stetig daran ihr Projekt attraktiv zu halten und vor allem jüngere BürgerInnen zum Engagement und der Mitarbeit zu bewegen. Personalengpässe, die Veralterung der Mitglieder und die Corona-Krise werden als aktuelle Herausforderungen von den Sozialgenossenschaften genannt (vgl. Inhaltsanalyse II, K5).

10.5 Kritische Erfolgsfaktoren und Akteure bei der Sozialgenossenschaftsgründung

Den entscheidenden Brückenschlag zwischen der Konzeptentwicklung und der tatsächlichen, erfolgreichen Umsetzung, machen, laut den befragten Sozialgenossenschaften, engagierte Einzelpersonen aus, die Durchhaltevermögen zeigen, Verantwortung übernehmen, Netzwerkarbeit leisten und wichtiges Know-how miteinbringen. Dabei kommt es darauf an, eine Kombination aus Persönlichkeiten zusammenzustellen, welche zusammen lokal, regional, politisch vernetzt sind, Erfahrung mit dem Genossenschaftswesen und/oder der Genossenschaftsgründung haben und wirtschaftliches, sowie je nach Ausrichtung, soziales Wissen einbringen können (vgl. Inhaltsanalyse II, K6). Diese Zusammenstellung von Persönlichkeiten und Know-how lässt sich besonders gut bei der *W.I.R. Wohnen inklusiv Regensburg eG* nachvollziehen, in der das vierköpfige „Gründerteam“ das rechtliche, technische, wirtschaftliche, organisatorische und öffentliche Know-how vereint und verantwortet (vgl. Experteninterview W.I.R. Wohnen inklusiv Regensburg, S.1 f.).

Als besonders einflussreiche externe Akteure aus Sicht der Sozialgenossenschaften, lassen sich die lokale Politik und die Genossenschaftsverbände herausstellen. Die lokale Politik spielt in

der Förderung, der Vernetzung und der Öffentlichkeitarbeit eine wichtige Rolle. Die Genossenschaftsverbände sind als Berater hoch angesehen und dienen vor allem wirtschaftlich unerfahrenen Gründern als Unterstützer und Kontrollorgan. Die genossenschaftliche Pflichtprüfung wird damit zwar als aufwendig und kostenintensiv, aber insgesamt als großer Vorteil der Organisationsform erachtet. Die Verbände dienen außerdem bereits vor der Gründung als Anlaufstellen und in Zeiten der Corona-Krise als Informations- und Ratgeber (vgl. Inhaltsanalyse II, K3, K5, K9).

Wie bereits erwähnt spielen Best-Practice-Beispiele als Orientierungs- und Kooperationspartner eine wichtige Rolle bei den befragten Sozialgenossenschaften. Vor allem in der Gründungs- und Umsetzungsphase wird sich an etablierten (Sozial-) Genossenschaften und deren Konzepten orientiert. Die Einbindung dieser, in dieser frühen Phase, hilft den Sozialgenossenschaften bei der Herstellung einer Öffentlichkeit und dem Anwerben von engagierten BürgerInnen und potenziellen GenossInnen (vgl. Inhaltsanalyse II, K9).

10.6 Kritische Faktoren und Akteure bei der Förderung von Sozialgenossenschaften

Neben den bereits genannten Akteuren wird der Wohlfahrtsbereich von der Wissenschaft als wichtiger potenzieller Partner für Sozialinnovationen gesehen. Neben politischen Akteuren wird er als Entscheidungsträger genannt, wenn es um die Reduktion von Barrieren und das Ausschöpfen des Innovationspotenzials von Sozialgenossenschaften geht. Nach Prof. Dr. Endres, Vorsitzender des *Expertenrat „Sozialgenossenschaften – selbst organisierte Solidarität“*, benötigt es sog. Grenzgänger, die Netzwerklöcher schließen und auch innerhalb der Wohlfahrtsverbände die Initiative ergreifen, um einen Perspektivwechsel voranzutreiben. Das Innovations- und Wachstumspotenzial der Sozialgenossenschaften schließt die Wohlfahrt keineswegs aus oder hat das Bestreben diese zu ersetzen. Vielmehr sollen sie den Wohlfahrtsbereich mit neuen Innovationen versehen und die Erweiterung des Angebots- und Dienstleistungsportfolios vorantreiben. Dabei können Wohlfahrtsverbände selbst von den Wachstumspotenzialen profitieren, indem sie sich aktiv an der Förderung oder als Genossen innerhalb von Sozialgenossenschaften, in sog. Hybridformen, beteiligen (vgl. Inhaltsanalyse I, ID8, M4, M5).

Der entscheidende Faktor zur Förderung und Ausschöpfung des Potenzials von Sozialgenossenschaften ist, nach Prof. Dr. Endres, in allen Bereichen, die Kommunikation. Dabei ist einerseits die interdisziplinäre Kommunikation, wie sie im Expertenrat praktiziert

wird gemeint. Der Austausch zwischen Politik, Wissenschaft, Praxis, Wohlfahrt und Genossenschaftsverband ist für die Förderung von Sozialgenossenschaften und für einen Perspektivwechsels essenziell. Die gegenseitige Aufklärung und die Interessenvertretung der einzelnen Akteure können Missverständnisse vorbeugen, Barrieren sukzessive abbauen und einen wichtigen Beitrag zur Aufklärung leisten. Durch Kooperation und gemeinsames Auftreten wird Überzeugungsarbeit geleistet und Vertrauen bei externen Partnern gefördert. Besonders hervorzuheben sind hier nicht nur die Highlights der Zusammenarbeit, sondern auch erkannte Blockaden und Behinderungen, Netzwerklöcher, potenzielle Schwierigkeiten bei Gründungen oder aufwendige Prüfprozesse. Gemeinsam müssen die Akteure dazu beitragen, die Aufklärung über sozialgenossenschaftliche Potenziale und Hemmnisse voranzutreiben.

Des Weiteren muss, laut Prof. Dr. Endres, die intradisziplinäre Kommunikation gestärkt werden. In der Politik ist es wichtig, dass es auf kommunaler, landesweiter und bundesweiter Ebene einen aktiven Austausch zu sozialgenossenschaftlichen Potenzialen und Fördermöglichkeiten gibt. Genossenschaftsverbände stehen in der Verantwortung über Best-Practice-Beispiele zu berichten, Sozialgenossenschaften miteinander zu verbinden und sich untereinander auszutauschen. Für die verschiedenen Wohlfahrtsverbände birgt der Austausch über erfolgreiche Hybridmodelle, über neue Lösungsansätze und über die Angebots- und Dienstleistungs-Portfolios von Sozialgenossenschaften, großes Innovations- und Wachstumspotenzial (vgl. Inhaltsanalyse I, M2, M4).

11 Fazit

Genossenschaften zeichnen sich international als Organisationsform zur Selbsthilfe durch Selbstbestimmung, -verwaltung und -organisation aus. Sie dienen der Gesellschaft und dem Bürgertum zur eigenverantwortlichen Problemlösung und Daseinsvorsorge. Basierend auf den genossenschaftlichen Prinzipien werden ihre Mitglieder zur Mitgestaltung und -bestimmung animiert und können dabei in der Rolle des Eigentümers, Kunden oder Lieferanten auftreten. Die Tätigkeitsfelder der Genossenschaften sind durchaus vielfältig und das Potenzial weitet sich, beflügelt durch die sozial-ökologische Transformation und das gesellschaftliche Umdenken, hin zu Nachhaltigkeit und Selbstbestimmung, auf immer neue Bereiche aus. Energiegenossenschaften fördern die nachhaltige und umweltschonende Energiegewinnung und -verteilung, Banken- und Kreditgenossenschaften gewährleisten nachhaltiges Wirtschaften und Stabilität und Sozialgenossenschaften versehen den Wohlfahrtsbereich mit Innovation und schließen Angebots- und Dienstleistungslücken.

Während Sozialgenossenschaften in anderen Ländern schon lange einen sehr hohen Stellenwert haben, sind diese in Deutschland, begünstigt durch die Novellierung des Genossenschaftsgesetzes im Jahr 2006 ein, noch relative junges Phänomen. Die bis heute etablierten Sozialgenossenschaften lassen auf ein sehr großes, wirtschaftliches und soziales Potenzial für die Bereicherung der Wohlfahrt schließen. Sie fördern und binden freiwilliges Engagement, sind lokal in der Gesellschaft, dem Quartier, der Kommune oder der Stadt verankert und begünstigen Solidarität und Innovation, Selbstverantwortung und Empowerment, Unabhängigkeit und Identifikation.

Das theoretische Konstrukt und das Potenzial der Sozialgenossenschaft stoßen in der Praxis jedoch auf seine Grenzen und externe Blockaden. Die Extrapolation des Lösungspotenzials der Sozialgenossenschaften auf potenzielle Neugründungszahlen ist schlicht und ergreifend falsch. Zum einen sind Sozialgenossenschaften Selbsthilfeeinrichtungen, die von Betroffenen selbst gegründet werden und zum anderen hängt der Schritt von der Konzept- und Ideenentwicklung bis hin zur tatsächlichen Umsetzung oft ebenfalls von Einzelpersonen ab, die über ein gutes Netzwerk verfügen, Durchhaltevermögen zeigen und entsprechendes Know-how besitzen. Viele Engagierte können sich zwar mit der Idee einer Sozialgenossenschaft identifizieren, scheuen sich aber davor sich den rechtlichen, bürokratischen und wirtschaftlichen Herausforderungen zu stellen. Die Einbindung in die lokale Infrastruktur und die Fokussierung auf regionale Problemstellungen macht jede sozialgenossenschaftliche Neugründung von den spezifischen Umweltfaktoren und Akteuren abhängig und erfordert umfangreiche Netzwerk-

und Öffentlichkeitsarbeit. Diese Faktoren und Hindernisse spiegeln sich in den tatsächlichen Neugründungszahlen wider.

Der Abbau dieser Problemstellungen kann durch Kommunikation und Bildung, sowie dem intradisziplinären Austausch vorangetrieben werden. Trotz dem wieder gewachsenen Interesse an der genossenschaftlichen Organisationsform, ist die Berichterstattung und Information über Best-Practice Beispiele, Potenziale, Förderungen, aber auch Hindernisse, Prozesse und Voraussetzungen weiterhin zu gering. Es gilt hier einerseits durch etablierte Sozialgenossenschaften und Genossenschaftsverbände eine breitere Öffentlichkeit und Vernetzung herzustellen und andererseits den Dialog zwischen Akteuren der Politik, Wohlfahrt und Praxis zu fördern. Die Einbindung aller Bereiche kann zum sukzessiven Abbau von Barrieren, der Aufklärung und Überbrückung von Netzwerklöchern, der Schaffung von Multi-Stakeholder Konstrukten und Hybrid-Organisationen und weiterer sozialer Innovation zur Bereicherung des Wohlfahrtsmix, beitragen.

Literaturverzeichnis

Ahles, L. (2017): Konkurrenz oder Kooperation? Genossenschaften und Perspektiven der Wohlfahrtsverbände. In: Schmale, I., Blome-Drees, J. (Hrsg.): Genossenschaft innovativ. Genossenschaften als neue Organisationsform in der Sozialwirtschaft, Springer VS, Wiesbaden.

Atmaca, D. (2014): Genossenschaften in Zeiten raschen Wandels – Chancen einer nachhaltigen Organisationsform. In: Schröder, C., Walk, H. (Hrsg.): Genossenschaften und Klimaschutz. Akteure für zukunftsfähige, solidarische Städte, Bürgergesellschaft und Demokratie Band 41, Springer VS, Wiesbaden.

Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales (2013): Sozialgenossenschaften in Bayern – Der Ratgeber zur erfolgreichen Gründung. Ein Ratgeber der Zukunftsinitiative Sozialgenossenschaften, München.

Beideck, J. M. (2020): Sozialgenossenschaften als Akteure des Dritten Sektors – Eine konzeptionelle Analyse. In: Schulz-Nieswandt, F. et al. (Hrsg.): ZögÜ – Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen, 43. Jahrgang, 1-2 (2020), Nomos, Baden-Baden.

Bellevue di Monaco (2020): Willkommen. Abgerufen unter: <https://bellevuedimonaco.de/> [abgerufen am 21.10.2020].

Beyer, T., Görtler, E., Rosenkranz D. (Hrsg.) (2015): Seniorengenossenschaften. Organisierte Solidarität, Beltz Verlag, Weinheim Basel.

Blome-Drees, J. (2017): Rationales Management von Sozialgenossenschaften. In: Schmale, I., Blome-Drees, J. (Hrsg.): Genossenschaft innovativ. Genossenschaften als neue Organisationsform in der Sozialwirtschaft, Springer VS, Wiesbaden.

Blome-Drees, J. (2018): Potenziale und Hemmnisse genossenschaftlicher Neugründungen in der Bundesrepublik Deutschland, Eigenverlag des FOG, Wien.

Blome-Drees, J., Bøggild, N. (2015): Endbericht. Potenziale und Hemmnisse von unternehmerischen Aktivitäten in der Rechtsform der Genossenschaft, I C 4 – 02 08 15 – 41/13, Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie, Düsseldorf.

Brazda, J. (2013): Skizzen zum internationalen Jahr der Genossenschaften, Eigenverlag des FOG, Wien.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Landesverband Baden-Württemberg e.V. (2018): „Miteinander – Füreinander“, Sozialgenossenschaft: Organisationsform in der Sozialwirtschaft. Abgerufen unter: <https://docplayer.org/125629954-Miteinander-fuereinander-sozialgenossenschaft.html> [abgerufen am 19.11.2020].

DGRV – Deutscher Genossenschafts- und Raiffeisenverband e.V. (2019): Zahlen und Fakten 2019, DG Verlag, Berlin.

Die Familiengenossenschaft eG (2020): Über uns. Abgerufen unter: <https://www.familiengenossenschaft.de/index.php> [abgerufen am 23.10.2020].

Endres, E. (2008): Grenzgänger – ein neuer Managementtypus. In: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Grenzgänger, Pfadfinder, Arrangeure. Mittlerorganisationen zwischen Unternehmen und Gemeinwohlororganisationen, Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.

Elsen, S. (2012): Genossenschaften als Organisation der sozialen Innovation und nachhaltigen Entwicklung. In: Beck, G., Kropp, C. (Hrsg.): Gesellschaft innovativ. Wer sind die Akteure?, VS Verlag, Wiesbaden.

Elsen, S. (2014): Genossenschaften als transformative Kräfte auf dem Weg in die Postwachstumsgesellschaft. In: Schröder, C., Walk, H. (Hrsg.): Genossenschaften und Klimaschutz. Akteure für zukunftsfähige, solidarische Städte, Bürgergesellschaft und Demokratie Band 41, Springer VS, Wiesbaden.

Flieger, B. (2014): Sozialgenossenschaften in Deutschland. Die Quadratur des Kreises, innova eG, Freiburg.

Flieger, B. (2001): Sozialgenossenschaften: Chance zur Bewältigung gesellschaftlicher Benachteiligung durch kollektive Gruppenselbsthilfe, Widerspruch: Beiträge zu sozialistischer Politik, Band 21, Heft 40, ETH-Bibliothek Zürich, Zürich

Fuchs, P. (2016): „Zukunftsmodell Sozialgenossenschaft“ – Renaissance einer Recht- und Organisationsform, Fachbeiträge der NDV – Nachrichtendienst des Deutschen Vereins, Juli 2016, Berlin.

Gemeinsam eG Sozialgenossenschaft im Landkreis Regensburg (2020): Über uns. Abgerufen unter: <https://gemeinsam-eg.de/ueber-uns/> [abgerufen am 21.10.2020].

Göler von Ravensburg, N. (2015): Sozialgenossenschaften in Deutschland. Eine diskursgeleitete phänomenologisch Annäherung, Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen 65,2, S. 135-154, Lucius & Lucius, Stuttgart.

ICA (International Co-operative Alliance) (2018): Cooperative identity, values & principles. Abgerufen unter: <https://www.ica.coop/en/cooperatives/cooperative-identity> [abgerufen am 14.10.2020].

ICA (International Co-operative Alliance) (2018): Facts and figures. Abgerufen unter: <https://www.ica.coop/en/cooperatives/facts-and-figures> [abgerufen am 19.11.2020].

ICA (International Co-operative Alliance) (2019): Declaration on positive peace through Cooperatives, Kigali.

ICA (International Co-operative Alliance) (2019): ICA General Assembly Resolution on Cooperatives for Development, Kigali.

International Co-operative Alliance (2018): World Cooperative Monitor. Abgerufen unter: <https://www.ica.coop/en/our-work/world-cooperative-monitor> [abgerufen am 14.10.2020].

ICA, EURICSE (2019): World Cooperative Monitor. Exploring the Cooperative Economy. Report 2019, Brüssel.

International Co-operative Alliance (2019): Annual report 2019, Brüssel.

Istituto Italiano degli Studi Cooperativi "Luigi Luzzatti" (1992): Legge 8 novembre 1991, n.381-Disciplina delle cooperative sociali, Rom.

Klie, T. Stemmer, P., Wegner, M. (2009): Untersuchung zur Monetarisierung von Ehrenamt und Bürgerschaftlichem Engagement in Baden-Württemberg im Auftrag des Ministeriums für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg, Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung, Freiburg.

Landtag Brandenburg (2019): Abschlussbericht der Enquete-Kommission 6/1: „Zukunft der ländlichen Regionen vor dem Hintergrund des demographischen Wandels“, Drucksache 6/11258. Abgerufen unter: https://www.landtag.brandenburg.de/media_fast/5701/Drucksache_6-11258.pdf [abgerufen am 19.11.2020].

Lüders, S. (2015): Gegenseitige Selbsthilfe in „Senioren-genossenschaften“. Ein Diskussionsbeitrag zur Monetarisierung bürgerschaftlichen Engagements, Fachbeiträge der NDV – Nachrichtendienst des Deutschen Vereins, Februar 2015, Berlin.

Mayring, P. (2003): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Beltz, Weinheim.

Miribung, G. (2017): Sozialgenossenschaften in Italien. In: Schmale, I., Blome-Drees, J. (Hrsg.): Genossenschaft innovativ. Genossenschaften als neue Organisationsform in der Sozialwirtschaft, Springer VS, Wiesbaden.

Monzón J. L., Chaves, R. (2012): The social economy in the European union, European Economic and Social Committee, Report drawn up for the European Economic and Social Committee by the International Centre of Research and Information on the Public, Social and Cooperative Economy (CIRIEC), “Visits and Publications” Unit, Brüssel.

Münkner, H.-H. (2013): Rückblick auf das internationale Jahr der Genossenschaften 2012, Vorträge und Aufsätze des Forschungsvereins für Genossenschaftswesen, Heft 36, Eigenverlag des FOG, Wien

MutMacherMenschen gemeinnützige eG (2020): MutMacherMenschen. Abgerufen unter: <https://www.mutmachermenschen.de/> [abgerufen am 23.10.2020].

Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung (2018): Sozialgenossenschaft – die gute Idee für gemeinsames Handeln. Abgerufen unter: https://www.ms.niedersachsen.de/startseite/gruendung_sozialgenossenschaften/sozialgenossenschaft--die-gute-idee-fuer-gemeinsames-handeln-160204.html [abgerufen am 19.11.2020].

Rat der Europäischen Union (2003): Verordnung (EG) Nr. 1435/2003 DES RATES vom 22. Juli 2003 über das Statut der Europäischen Genossenschaft (SCE), Brüssel.

Reifschneider, A., Roth, M. (2020): Genossenschaften, Gemeinnützigkeit, Gemeinwohlökonomie – Gemeinsamkeiten und Unterschiede, Baden-Württembergischer Genossenschaftsverband e.V. Abgerufen unter: <https://www.wir-leben-genossenschaft.de/de/Genossenschaften-Gemeinnuetzigkeit-Gemeinwohloekonomie-Gemeinsamkeiten-und-Unterschiede-8015.htm> [abgerufen am 12.10.2020].

Ringle, Günther (2016): Die soziale Funktion von Genossenschaften im Wandel, Wismarer Diskussionspapiere, No. 02/2016, ISBN 978-3-942100-27-4, Hochschule Wismar, Fakultät für Wirtschaftswissenschaften, Wismar.

Schmale, I., Göler von Ravensburg, N. (2017): Sozialgenossenschaften als Akteure des sozialen Wandels und genossenschaftliche Beiträge zu einer nachhaltigen Sozial- und Daseinsvorsorge. In: Theuvsen, L., Andeßner, R., Gmür, M., Greiling, D. (Hrsg.): NPO-Management, Nonprofit-Organisationen und Nachhaltigkeit, Springer, Wiesbaden.

Schmale, I. (2017): Sozialgenossenschaften: eine wieder entdeckte Rechts- und Wirtschaftsform in der Sozialwirtschaft. In: Schmale, I., Blome-Drees, J. (Hrsg.): Genossenschaft innovativ. Genossenschaften als neue Organisationsform in der Sozialwirtschaft, Springer VS, Wiesbaden.

Schmid, L. (2011): Seniorengenossenschaften als Plattform partizipativer Selbsthilfe – Nutzen für Mitglieder und die Gesellschaft, Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen 61,1, S. 19-34, Lucius & Lucius, Stuttgart.

Schröder, C. (2014): Neue Formen städtischer Solidarität: Das Beispiel Genossenschaften. In: Schröder, C., Walk, H. (Hrsg.): Genossenschaften und Klimaschutz. Akteure für zukunftsfähige, solidarische Städte, Bürgergesellschaft und Demokratie Band 41, Springer VS, Wiesbaden.

Schröder, C., Walk, H. (2014): Die neue (und alte) Attraktivität von Genossenschaften – Eine Einführung. In: Schröder, C., Walk, H. (Hrsg.): Genossenschaften und Klimaschutz. Akteure für zukunftsfähige, solidarische Städte, Bürgergesellschaft und Demokratie Band 41, Springer VS, Wiesbaden.

Spiegelfabrik Fürth (2020): Spiegelfabrik. planen. bauen. wohnen. leben. in Fürth. Abgerufen unter: <http://spiegelfabrik-fuerth.de/> [abgerufen am 23.10.2020].

Stappel, M. (2017): Zu genossenschaftlichen Neugründungen mit sozialer Zielsetzung. In: Schmale, I., Blome-Drees, J. (Hrsg.): Genossenschaft innovativ. Genossenschaften als neue Organisationsform in der Sozialwirtschaft, Springer VS, Wiesbaden.

Thürling, M. (2014): Genossenschaften im Dritten Sektor: Situation, Potentiale und Grenzen, Discussion Paper SP V 2014-301, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin.

Thürling, M. (2019): Zur Gründung von gemeinwesenorientierten Genossenschaften, Eine vergleichende Regionalanalyse, Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen (2019), 69(2):85-116, Berlin.

Thürling, M. (2020): Sozialgenossenschaften als gemeinwirtschaftliche Unternehmen: Begriffsbestimmung und Typologie. In: Schulz-Nieswandt, F. et al. (Hrsg.): ZögÜ – Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen, 43. Jahrgang, 1-2 (2020), Nomos, Baden-Baden.

Winheller, S., Zeller, C. (2013): Rahmenbedingungen, Gemeinnützige Genossenschaften, Fundraising-Echo 1/2013 [4: Gemeinnützige Genossenschaften], SAZ Dialog AG Europa, Frankfurt am Main.

Wir für uns eG (2018): Wir über uns. Abgerufen unter: http://www.xn--wir-fr-uns-eg-0ob.de/Ueber_uns.html [abgerufen am 21.10.2020].

W.I.R. Wohnen inklusiv Regensburg (2016): W.I.R. Über uns. Abgerufen unter: <http://wir-regensburg.de/wir/ueber-uns.html> [abgerufen am 21.10.2020].

Anhang

Qualitative Inhaltsanalyse I

Teil	Frage	Nr.	Paraphrase	Generalisierung	Reduktion
ID1 - Die Familiengenossenschaft eG					
I	A	1	Verbindendes Unternehmen zwischen Arbeitsmarkt und Familienleben versteht die Idee des „Sozialen“ als originären Bestandteil der Genossenschaft. lateinisch: „sozia“, „sozius“ ~ „Genosse“! Wir orientieren uns eher am alten Begriff der Gemeinwirtschaft, im Sinne der gemeinsamen Bewirtschaftung, hier der Geschäftsstelle der Familiengenossenschaft eG und ihrer weiteren Einrichtungen	Die Genossenschaft sieht sich als verbindendes Glied zwischen Arbeitsmarkt und Familienleben. Die Tätigkeit ist im sozialen Bereich angesiedelt, es handelt sich aber um eine Dienstleistungsgenossenschaft	K1 Die Dienstleistungsgenossenschaft verbindet Familie und Beruf durch den Zusammenschluss von Mikrounternehmen und deren effektiven Interessenvertretung auf dem Markt. Die Genossenschaft kann als Dachorganisation Skalierungseffekte erzeugen. Sie übernimmt alle Pflichten und Rechte eines klassischen Arbeitgebers.
I	A	2	Die Möglichkeit, „Mikrounternehmerinnen“ in einer stabilen Wirtschaftsform zusammenzuschließen – ohne, dass diese ihre Selbstständigkeit aufgeben müssen	Der Zusammenschluss von Kleinunternehmen unter einer stabilen Organisationsform als Ziel	
I	A	3	Mit der Einbeziehung von Unternehmen als „Investierende Mitglieder“ können die Interessen aus der Notwendigkeit der „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ und den Möglichkeiten der z.B. Tagespflegepersonen auf Augenhöhe in den Gremien verhandelt werden	Unternehmen dienen als investierende Mitglieder und zur effektiven Interessenvertretung/-durchsetzung der Angestellten auf dem Markt	
I	A	4	Es ging darum, vereinzelt arbeitende „Mikro-Unternehmerinnen“ (Schlagwort „Ich-AG“) in der Form der Dienstleister/innen-Genossenschaft, in einer betriebswirtschaftlich sinnvollen Organisationsform, der „eG“ zu organisieren. Das heißt in einer in vielen Hinsichten abgesicherten Unternehmensform, in welcher folgende Bereiche gemeinsam verantwortet werden: Akquise Qualitätssicherung Fortbildungen Pool für Vertretungen Beobachtung und Berücksichtigung von Marktbewegungen Erarbeitung rechtssicherer Verträge Inkasso auf der Basis von Treuhandverträgen Innovationsförderung Eine wirtschaftende Organisation, die jedoch jedem Mitglied der Genossenschaft die volle Freiheit aber auch Verantwortung überlässt für: Das unternehmerische Risiko mit u.a. folgenden Teilaspekten: Die individuellen Vertragsabschlüsse Der organisatorische Rahmen der pädagogischen oder pflegerischen Arbeit Das Arbeitsvolumen und die Zeitdispositionen Das pädagogische / pflegerische Konzept Die (alles entscheidende) Pflege der „Erziehungs-, resp. „Pflegepartnerschaft“, welche auf einem Vertrauensverhältnis der betroffenen Menschen „auf Augenhöhe“ funktionieren kann.	Einzelunternehmerinnen wurden in der Form der Genossenschaft übergeordnet organisiert um Skalierungseffekte hervorzurufen, die Kosten für die Einzelpersonen zu senken und die Effizienz zu steigern. Die Genossenschaft übernimmt u.A. Akquise, Qualitätssicherung, Fortbildungen, Vertretungen, Marktbeobachtung, Rechtsberatung, Inkasso, Innovationsförderung. Die Angestellten tragen dabei die eigene Verantwortung über Vertragsabschlüsse, Organisation der Arbeit inkl. Volumen und Zeitdisposition und die Kundenpflege	
I	A a)	1	Unsere persönlichen Motivations- und Erfahrungsstränge: Die langjährige Weiterbildungsarbeit u.a. mit Arbeitssuchenden und für die lokale Wirtschaft Ehrenamtliche Arbeit in den Bereichen Kulturförderung und Soziales, insb. Familien Die Beobachtung des Scheiterns einer großen Anzahl von „Ich-AG“s4“, d.h. Mikrounternehmer/innen Den Markt „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ mit einem stabilen, jedoch hoch-flexiblen Unternehmen als Arbeitsmarktchance zu nutzen, zuerst für Tagespflegepersonen (Tagesmütter) und dann für andere Dienstleisterinnen „rund um die Familie“ Verbesserung der „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ für die Mitgliedsunternehmen (Stabilisierung von Erwerbsbiografien, Wettbewerbsvorteile bei der Personalakquise)	Persönliche Motivation begründe sich in langjähriger Weiterbildungsarbeit in der lokalen Wirtschaft, ehrenamtlichem Engagement in den Bereichen Kultur und Soziales, Marktbeobachtungen und dem Wunsch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern	K2 Die Gründer haben den beruflichen Hintergrund in der selben Branche und engagierten sich vorher bereits in ähnlichen Initiativen. Außerdem waren sie ehrenamtlich in den Bereichen Kultur und Soziales engagiert.
I	A b)	1	Frau Dorothea Frey war Bankkauffrau (IHK) und staatlich anerkannte Erzieherin, sowie Dozentin u.a. in der Ausbildung von Tagespflegepersonen	Gründerin ist Bankkauffrau und staatlich anerkannte Erzieherin mit Ausbildungslizenz	
I	A b)	2	Anton Frey als Erziehungswissenschaftler mit volkswirtschaftlichem Grundstudium, beruflich als VHS-Leiter tätig, langjährige Mitarbeit z.B. „Beschäftigungsinitiative Rhein-Neckar“, „Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz“	Gründer ist Erziehungswissenschaftler, VHS-Leiter und aktiv in verschiedenen regionalen Initiativen (Beschäftigungsinitiative Rhein-Neckar, Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz)	
I	A c)	1	regionalen Basis der Metropolregion Rhein-Neckar, dort aus dem Arbeitskreis „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ heraus. Politischer Rückhalt aus dem Arbeitsministerium, Wirtschaftsministerium Rückhalt aus der Industrie/Wirtschaft, stabil und flexibel, Auslagerung und Fokussierung in der Genossenschaft, Brückentage, Ferienbetreuung, wenige städtische Angebote Internes Wachstum, Krankenhäuser, Stadtwerke	Regionaler Arbeitskreis "Vereinbarkeit von Beruf und Familie" als Ursprung der Genossenschaftsidee. Rückhalt gab es aus von Arbeits- und Wirtschaftsministerium und aus der Wirtschaft. Später auch durch Krankenhäuser und Stadtwerke	K3 Regional wurde die Thematik bereits von Wirtschaft und Politik bearbeitet und gefördert
I	A d)	1	Die Mitglieder der Gremien (stv. Vorstand und Aufsichtsrat) arbeiten ehrenamtlich	Lediglich Vorstand und Aufsichtsratsmitglieder arbeiten ehrenamtlich	K4 Ehrenamtlichkeit besteht nur bei Vorstand und Aufsichtsrat
I	A d)	2	Ansonsten kennt die Familiengenossenschaft e.G.: Arbeit als Selbstständige im Rahmen der eG, Angestellte und Freiberufler – je nach Aufgabenfeld	Alle anderen Mitglieder abgesehen von Partnerunternehmen sind Angestellte/Freiberufler	

I	B a)	1	Gemeinden und Genossenschaften passen nicht so gut zusammen Abgrenzung Gemeinde im Sinne der Behörde und der Gemeinde als Bevölkerung	Die Gemeinde als Behörde und als Bevölkerung ist differenziert zu betrachten und kann Genossenschaftsgründungen erschweren	K5 Problemstellungen bei der Gründung waren Rechtsgrundlage (allgemein, nicht bezogen auf Rechtsnovelle), Netzwerkaufbau, Finanzierung und der Argwohn bei Politik und lokalen Akteuren. Heute spielen Personalengpässe und Corona-bedingte Problemstellungen eine große Rolle.
I	B a)	2	Satzung erstellen zu einem Zeitpunkt als die Novelle des Genossenschaftsgesetzes eben verabschiedet war Aufbau- und Ablauforganisation erstellen, testen und implementieren – unter den Konditionen einer eG von Dienstleister/innen Unzählige Gespräche auf dem Weg vom Netzwerkmitglied zum Mitglied der Genossenschaft Aufbau genossenschaftsspezifischer Kommunikationsformen, beginnend mit dem Thema „Arbeiten in der Genossenschaft“ Grundfinanzierung über die Mitglieder das Gründungsprojekt „Neue Arbeit durch die Familiengenossenschaft eG“ sichern Argwohn bei Traditionseinrichtungen	Problemstellungen zur Gründerzeit waren das Erstellen der Satzung auf Basis des neuen Genossenschaftsgesetzes, das Erstellen, Testen und Implementieren der Aufbau- und Ablauforganisation, der Netzwerkaufbau, der Aufbau genossenschaftsspezifischer Kommunikationsformen, das Sichern der Grundfinanzierung und das Überkommen des Argwohns bei Traditionseinrichtungen	
I	B b)	1	Personalengpässe „Corona“	Aktuelle Problemstellungen sind Personalengpässe und die Corona-Krise	
II	A a)	1	Die Rechtsnovelle hatte keinen Einfluß auf die Entscheidung die eingetragene Genossenschaft als Rechtsform zu wählen	Die Rechtsnovelle hatte keinen Einfluss auf die Genossenschaft	K7 Die genossenschaftliche Organisationsform verschafft den Mitgliedern Vollbeschäftigung und ermöglicht durch das Identitätsprinzip Mitsprache, Eigentum und Leistungsabnahme.
II	A b)	1	Durch die gemeinsame Akquise sind die aktiven Mitglieder regelmäßig voll und lückenlos ausgelastet. Deshalb erzielen sie ein stabiles und verhältnismäßig hohes Einkommen	Die genossenschaftliche Organisation verschafft Vollbeschäftigung für ihre Mitglieder	
II	A b)	2	Für die Unternehmen (Investierende Mitglieder) steht mit der Familiengenossenschaft eG ein Partner gegenüber, in dem sie selbst als Mitglied engagiert sind, mitgestalten können und Dienstleistungen „rund um Familie“ aus einer Hand abrufen können.	Identitätsprinzip ermöglicht den teilhabenden Unternehmen Mitsprache, Engagement und Dienstleistungsabnahme	
II	A b)	2	Das Vertrauen, welches Genossenschaften deshalb genießen, weil sie sich der besonderen Prüfpflicht durch den Genossenschaftsverband unterziehen	Die wirtschaftliche Prüfung durch den Verband verschafft Vertrauen in Genossenschaften	K8 Die Wirtschaftsprüfung durch den Verband verschafft Vertrauen, das Förderprinzip kommt den Mitgliedern zu Gute und das Demokratieprinzip verhilft zum Dialog und gewährleistet Gleichberechtigung.
II	B a)	1	Durch die gegenseitige Förderung der Mitglieder konnten die Erwerbsbiografien dauerhaft verstetigt werden	Das Förderprinzip verstetigt die Erwerbsbiographien der Mitglieder	K9 Das Genossenschaftsmodell war bereits bekannt. Beratung erhielt man von Verband, anderen Genossenschaften, einer Stiftung und einem Institut
II	B b)	1	Das Demokratieprinzip ist genauso wichtig, wie das Bewusstsein verantwortendes Mitglied dieser Unternehmung „Eigentümer unter anderen Eigentümern“ zu sein. Aus der Genossenschaftsform ergeben sich verflochtene Hierarchieebenen, mit entsprechend korrespondierenden Verantwortlichkeiten. Diese können dank der Gleichberechtigung aller Mitglieder dialogisch verhandelt werden.	Demokratieprinzip verhilft zum Dialog und der Gleichberechtigung von Unternehmen und privaten Mitgliedern	
III	A a)	1	Frau Frey absolvierte ihre Bankausbildung bei einer Raiffeisen-Bank (Volksbank)	Gründerin kannte das Genossenschaftsmodell aus der Genossenschaftsbank	K10 Die Genossenschaft wurde bei der Gründung durch die Landesregierung gefördert und finanziert sich durch Mitgliedsbeiträge und das aktive Geschäft.
III	A b)	1	Die wichtigste Unterstützung kam vom Genossenschaftsverband Frankfurt, siehe oben. Weiter standen als Gründungs- und Beratungspartner Mitgliedsunternehmen, wie die Volksbank zur Verfügung. Später im Rahmen von Modellversuchen auch die Robert-Bosch-Stiftung, IFOK (https://www.ifok.de/ueber-ifok/), das Deutsche Jugendinstitut u.v.m. zur Verfügung.	Gründungsberatung erhielt die Genossenschaft durch den Genossenschaftsverband Frankfurt und Mitgliedsunternehmen (Volksbank), später Projektberatung durch die Robert-Bosch-Stiftung und das Deutsche Jugendinstitut	
III	B a)	1	Die Geschäftsstelle der Genossenschaft finanziert sich über die Mitgliedsbeiträge. Diese richten sich bei den Investierenden Mitgliedern an der Mitarbeiteranzahl der Unternehmen, bei den aktiven (Förder-) Mitgliedern am Umsatz aus. Die Bezahlung der Arbeit der Genossenschaftsmitgliedern entspricht den „Marktbedingungen“: Beiträge der Familien, Regelsätze für z.B. Kinderbetreuung durch die kommunalen Jugendämter, Beiträge von Unternehmen für z.B. Eventbetreuung	Die Geschäftsstelle finanziert sich durch Mitgliedsbeiträge, die sich nach Mitarbeiterzahl oder Umsatz richtet.	K11 Das Konzept der Genossenschaft kann regional unabhängig umgesetzt werden, ist aber in der Größe eingeschränkt, da kurze Kommunikationswege unabdingbar sind. Die Gründung einer Dachorganisation mit regionalen Genossenschaften wird als Potenzial angesehen.
III	B a)	2	Die Gründungsförderung erfolgte als „Pilotprojekt“ durch das Land Rheinland-Pfalz schon ab 2006. (siehe oben) Am 21. Okt. 2014 präsentierte ich die Arbeit der Familiengenossenschaft eG beim Expertenrat „Sozialgenossenschaften – selbst organisierte Solidarität“ des Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration.	Gründungsförderung wurde vom Land Rheinland-Pfalz erhalten. Das Konzept wurde dem Expertenrat für Sozialgenossenschaften in Bayern vorgestellt, aber nicht von diesem gefördert.	
IV	A	1	Die Familiengenossenschaft eG hat unter Verwendung des Namens einige Nachahmer gefunden. Soweit mir bekannt ist, jedoch eher als „Einkaufsgenossenschaft für Dienstleistungen“	Das Konzept der Familiengenossenschaft eG wurde als Vorbild verwendet	K11 Das Konzept der Genossenschaft kann regional unabhängig umgesetzt werden, ist aber in der Größe eingeschränkt, da kurze Kommunikationswege unabdingbar sind. Die Gründung einer Dachorganisation mit regionalen Genossenschaften wird als Potenzial angesehen.
IV	A	2	Und die Sozialgenossenschaft Tagesmütter Südtirol	Sozialgenossenschaft Tagesmütter Südtirol ist sehr ähnlich	
IV	A	3	Was eine nationale oder gar internationale Ebene betrifft, so wäre der Frage nachzugehen, wie groß eine einzelne Dienstleister-Genossenschaft werden darf.	Die Größe der Genossenschaft ist im allgemeinen eingeschränkt	
IV	A	4	Die erforderlichen Dialogstrukturen müssen überschaubar bleiben. Das direkte Gespräch, ohne mediale Vermittlung, ist im Bereich der persönlichen Vertrauensarbeit (z.B. die Koordination von „Erziehungspartnerschaften“) unabdingbar.	Kurze Kommunikationswege sind unabdingbar und schränken die Genossenschaft in ihrer Größe ein	
IV	A	5	Ein Netz von Filialen unter der Nutzung einer gemeinsamen Infrastruktur ist denkbar. Als Beispiel könnte hier DATEV dienen.	Die Gründung einer Muttergesellschaft mit mehreren regionalen Genossenschaften wäre möglich	

ID2 - Bellevue di Monaco eG					
I	A	1	Es gab nicht zuerst die Idee, dieses Thema Geflüchtete, Migration zu beackern, sondern zuerst gab es in der Nachbarschaft hier am Gärtnerplatzviertel die Entdeckung, dass da Häuser leer stehen, die der Stadt gehören.	Die Genossenschaft entstand aus der lokalen Entdeckung von leerstehenden Wohnhäusern	K1 Die Genossenschaft entstand auf Grund lokaler Leerstände, erhielt medialen Zuspruch und wurde durch die aktive politische Debatte beflügelt. Heute ist die Genossenschaft als Entität Vermieter, Gastronom, Bildungs- und Kultureinrichtung. Die genossenschaftliche Idee entstand durch politischen, sozial geprägten Aktivismus. Dabei wandelte sich die Zielsetzung von der reinen Wohnraumbereitstellung hin zur Flüchtlingshilfe.
I	A	2	Dann gab es eben eine Renovierungsaktion in diesem schon relativ heruntergewirtschafteten Haus, wo die Nachbarn und Eltern der Kinder der Glockenbachwerkstadt und noch ein paar Helfer zusammen mal eine Wohnung hergerichtet haben und ein Video auf Youtube gestellt haben und das war dann ein sehr großer Erfolg	Durch eine Renovierungsaktion, die medial verfolgt wurde, erhielt die Initiative ersten Zuspruch für ihr Projekt	
I	A	3	Die künstlerische Vorgängerform von Bellevue Monaco war die Goldgrund Immobilien Aktivisten Marke, die so ein bisschen Aktionen gemacht hat. Eigentlich zunehmend in Zusammenhang mit Leerständen, mit städtischen. Und nachdem wir dann irgendwie noch mehrere Häuser publik gemacht hatten, hat, der dann neue Bürgermeister eben angeboten, dass man nochmal über die Müllerstraße reden kann. Das war dann 2014. Im Sommer 2014 war bereits Flüchtlingskrise in München. Da waren so viele Leute auf einmal gekommen, dass die Erstaufnahmeeinrichtungen das nicht mehr kapazitätsmäßig gepackt haben. Da haben die Leute teilweise im Freien karnpiert und daraufhin hat der Bürgermeister gesagt, dieses Thema ist wichtig und wir wollen diesem Thema auch ein Zentrum in dieser Stadt widmen. Soweit hatten wir uns dann schon verändert quasi von der Ausrichtung, dass wir gesagt haben, ok, worum geht es uns eigentlich? Klar, Leerstände, aber was ist auch wichtig für die Stadt? Dass eben dieses Thema mit den Neuankommen hier irgendwie, irgendwo vorkommt in der Innenstadt. München ist ja eine wohlhabende Stadt. Selbst zu der Zeit als die Erstaufnahme in der Bayernkaserne übergelaufen ist, hat man in der Innenstadt ja gar nichts von dieser Flüchtlingskrise, von dieser sogenannten, gemerkt. Eigentlich kam das nicht vor in der wirklichen Stadtgesellschaft, in der eingessenen.	Als Vorbild galt eine Aktivisten-Gruppe, welche vor allem auf städtische Leerstände aufmerksam gemacht hat. Die Flüchtlingskrise beflügelte die Debatte um leerstehende Wohnungen und die Genossenschaft fasste sich als neues Ziel, dass Geflüchtete auch in der Innenstadt einen Platz bekommen sollten. Die Integration in der Stadt und der Stadtgesellschaft sollte dabei an oberster Stelle stehen.	
I	A	4	Genau und dann wurde eine Genossenschaft gegründet. In der Form haben wir uns dann beworben und den Zuschlag bekommen und dann Geld eingesammelt, die Renovierung gemacht und betreiben jetzt als Genossenschaft auch die Häuser. Also betreiben im Sinn von, wir sind die Vermieter für die Bewohner hier, bzw. bei den Jugendlichen ist es ja sogar so, die die betreut wohnen sind, es sind nicht alle die betreut wohnen, aber die meisten, bei den Jugendlichen gibt es immer noch eine Jugendhilfeorganisation, die bei uns quasi mieten. Und die wiederum kriegen natürlich den Mietkostenzuschuss dann für ihr Klientel, also für die Geflüchteten, die da drinnen einquartiert sind. Also die Genossenschaft ist da an der Stelle Vermieter. Dann betreiben wir ja im Erdgeschoss an der Ecke ein Café, da sind wir dann Gastronomen und dann betreiben wir hinten die Räume, die Kulturräume für Schulungen, Sprachunterricht, Beratungen, Workshops, alles Mögliche und also die Räume stellen wir meistens ja kostenlos zur Verfügung, für die meisten Sachen, aber machen selber auch ein Kulturprogramm hier noch.	Heute ist die Genossenschaft als Vermieter für Geflüchtete bzw. Jugendeinrichtungen, als Gastronom durch ein eigenes Café und als Bildungseinrichtung tätig. In den Räumlichkeiten werden Schulungen, Sprachunterricht, Beratungen, Workshops, ein Kulturprogramm und vieles mehr angeboten.	
I	A	5	Und wir dachten dann eben, wenn wir schon uns in unserer Freizeit ehrenamtlich engagieren, dann muss das sozusagen auch einen absolut nachhaltigen Zweck erfüllen mit diesen Häusern	Alle Aktivitäten bis dahin waren ehrenamtlicher Natur	
I	A	6	Ich bin so zu sagen, ich war schon vor der Gründung beteiligt. Ich habe den gesamten Weg des Projektes irgendwie begleitet. Also von dem Kampf um den Leerstand bis...jetzt bin ich Angestellter der Genossenschaft.	Der Gründer war vorerst ehrenamtlich engagiert und ist mittlerweile Angestellter der Genossenschaft	
I	A	7	Naja, also sozial ausgerichtet war das Projekt natürlich schon, weil auch die Gentrifizierungs- und Leerstandsdebatte einen sozialen Hintergrund hat. Aber da ging es mehr so allgemein um Wohnraum für nicht so Wohlhabende. Und die Flüchtlingsthematik kam dann noch dazu	Die soziale Thematik war immer schon entscheidend für die Genossenschaft, wandelte sich jedoch von der kostengünstigen Wohnraumbereitstellung hin zur Flüchtlingshilfe	
I	A	8	Ich war nicht in einem sozialen Bereich tätig, ich bin studierter Filmemacher. Also ich habe wirklich Film studiert und habe im Medienbereich und Verlagsbereich gearbeitet und kam dann über die Aktionen also sozusagen, habe mich dann als Aktivist politisiert, wenn man so will.	Der Gründer war selbst nicht in einem sozialen Bereich tätig und kam durch Aktivismus zu dieser Thematik	
I	A	9	Die Leute die hier bei uns ein- und ausgehen und auch Veranstaltungen mitmachen, die reden natürlich mit was hier passiert oder arbeiten ja auch im Café mit, aber jetzt sagen wir mal in der Jahreshauptversammlung oder innerhalb der Genossenschaft haben die Bewohner kein Mitspracherecht	Die Bewohner sind keine Mitglieder in der Genossenschaft.	
I	A	10	Naja, die sind wie gesagt, keine Mitglieder die hier wohnen. Das sind nicht mal direkte Mieter, die meisten, weil die betreuenden Jugendhilfeorganisationen die Mieter sind und die bringen wiederum ihre Schutzbefohlenen da unter. Wir haben eigentlich von dem her gar keinen direkten juristischen, keine Verbindung eigentlich zwischen den Bewohnern und uns, abgesehen von den Leuten, also es gab auch Bestandsmieter hier vorher in dem Haus. Die mussten natürlich nicht ausziehen wegen uns. Das sind die Nicht-Geflüchteten die hier noch wohnen. Die mieten direkt bei uns, aber sind eben auch keine Mitglieder.	Auch die Anwohner die vorher bereits Teil des Quartiers waren sind keine Mitglieder in der Genossenschaft sondern lediglich Mieter.	

I	A	11	was auch immer wir für ein Thema haben, geht das immer erst um die Stadtverwaltung und ob das mit denen klappt. Dann geht's in nächster, in zweiter Instanz um Bundesgesetze, jetzt bei Geflüchteten, wenn es um irgendwelche aufenthaltsrechtlichen Sachen geht. Und dann ist so zu sagen das schwächste Glied das Land. Wobei jetzt wieder bei der Umsetzung, also wenn es jetzt um Ankerzentren geht, gibt es natürlich schon einen sehr großen Unterschied zwischen den Bundesländern. Es gibt auch Bundesländer, die das nicht umgesetzt haben, wo Leute weiterhin dezentral untergebracht sind. Aber Bayern wollte sich ja da auch politisch profilieren. Also ich sehe uns jetzt hier zum ersten Mal und in der Karte sind wir auch gar nicht drinnen, nur in der Liste.	Jegliche Thematik oder Problemstellung mit politischer Relevanz wird vorerst lokal, in diesem Fall mit der Stadtverwaltung gelöst. Durch die angenommene Flüchtlingsthematik, müssen teilweise auch Bundesgesetze mit einbezogen werden.	
I	A c)	1	Es gab nicht zuerst die Idee, dieses Thema Geflüchtete, Migration zu beackern, sondern zuerst gab es in der Nachbarschaft hier am Gärtnerplatzviertel die Entdeckung, dass da Häuser leer stehen, die der Stadt gehören.	Die lokale Entdeckung des Leerstandes im Gärtnerplatzviertel war entscheidend für die "Standortwahl".	K3 Das Projekt wurde von Anfang an sehr stark von der lokalen Infrastruktur und der lokalen bis landesweiten Politik beeinflusst. Dadurch erhielt das Projekt sehr starken gesellschaftlichen Zuspruch.
I	A c)	2	Naja, also sozial ausgerichtet war das Projekt natürlich schon, weil auch die Gentrifizierungs- und Leerstandsdebatte einen sozialen Hintergrund hat. Aber da ging es mehr so allgemein um Wohnraum für nicht so Wohlhabende. Und die Flüchtlingsthematik kam dann noch dazu	Das Projekt war immer schon sozial ausgerichtet und man wollte Wohnraum schaffen, den sich alle leisten können. [in München sind die Wohnungskosten überdurchschnittlich hoch]	
I	A c)	3	Naja, am Anfang gings ja vor allem darum, die Stadtpolitik, also die Administration eigentlich zu überzeugen	Die Stadtpolitik und -Administration musste am Anfang überzeugt werden.	
I	A c)	4	Zu der Zeit hatten wir thematisch absolut auch Rückenwind. Also wir sind ja zusammen mit den Anti-PEGIDA Demos eigentlich in dieses Projekt reingekommen und hatten natürlich wahnsinnige Unterstützung in der Bevölkerung dadurch. München hält schon was auf sich. Seit der Lichterkette damals in den 90er Jahren ist München schon auch immer stolz drauf da einfach ganz klar positioniert zu sein. Wahrscheinlich hat München auch einfach nie so große Probleme gehabt mit Migranten und Ausländern, weil wir haben einen wahnsinnig hohen Migrationsanteil und das ist von uns aus ja nicht so weit weg, also es sind ja sehr viele Italiener und Jugoslawen, Ex-Jugoslawen, die bei uns irgendwie vor allem den Ausländeranteil bilden und das ist natürlich sozusagen als südlichste Stadt, also das war man im Grunde gewohnt. Da gab es nie solche Konflikte, wie es die vielleicht wo anders gab. Es gibt auch glaube ich die Ausländerfeindlichkeit in der Form einfach in München gar nicht, die hat da wenig Rückhalt. Also klar, Neonazis haben wir hier auch. Wir hatten ja sogar bis zur letzten Stadtratswahl einen echten Nazi im Stadtrat sitzen, aber die sind schon immer auf verlorenen Posten muss man sagen. Das heißt, da hatten wir einen extrem guten Rückenwind eben, weil man sich gegen PEGIDA positioniert hat, weil man sich mit der Flüchtlingsproblematik natürlich auch dann positionieren musste. War vorher vielleicht gar nicht so wichtig, sich darüber Gedanken zu machen und ab dem Zeitpunkt war den meisten Leuten irgendwie klar, entweder sind sie dagegen, dann sind sie solche Leute wie in Dresden da auf der Straße waren oder sie sind dafür.	Durch die damals aktuellen Anti-PEGIDA Bewegungen erhielt das Projekt schnell viel Zustimmung. In einer Stadt wie München, mit immer schon hohem Migrationsanteil, musste man sich auch zur Flüchtlingsproblematik irgendwann positionieren und somit erhielt das Projekt auch von der Stadt Zuspruch.	
I	A c)	5	Also es war ja eine unfassbare Hilfsbereitschaft, auch bei sehr bürgerlichen Kreisen, bevor das jetzt sagen wir mal politisiert wurde von PEGIDA wieder, AfD und dann CSU auch, war es ja eigentlich für die meisten, normalen Menschen auch unstrittig, dass man denen helfen muss und dass wir das schaffen. Also Merkel "Wir schaffen das" - die hier zu integrieren als reiches Land hier mitten in Europa	Die Hilfsbereitschaft in der Gesellschaft war zu Beginn der Flüchtlingskrise sehr hoch. Für die meisten Menschen war es unumstritten, dass man diese Menschen als reiches Land in Europa aufnehmen und integrieren muss.	
I	A c)	6	Und dass die Rahmenbedingungen schlechter geworden sind, dass hier in Bayern die Leute in Ankerzentren leben müssen und keine freie Residenz oder Wohnsitze haben, jetzt bis zum Abschluss ihres Verfahrens. Oder dass man sie dezentral unterbringt. Was ja für die Leute viel besser ist, weil sie ja dann meistens viel intensiver mit Anderen oder mit Einheimischen in Kontakt kommen, das ist ja eigentlich schon eine ziemliche Katastrophe	Die Tatsache, dass viele Flüchtlinge in Ankerzentren untergebracht werden, wo sie kaum Kontakt zu Einheimischen haben und damit viel schwieriger zu integrieren sind, ist eine riesiges Problem.	
I	A c)	7	Alles was sich etabliert hatte ab 2015 in der Flüchtlingshilfe, dass irgendwie Nachbarn Helferkreise gegründet haben, dass die dann immer in die Unterkünfte gegangen sind oder Leuten in Pensionen oder einzelnen Wohnungen geholfen haben, wie die Kinder in die Schule zu bringen oder einen Job zu kriegen oder so überhaupt die Formulare zu bearbeiten, das geht ja alles so jetzt nicht mehr, bei denen die im Ankerzentrum hocken. Das ist eigentlich soweit in der konkreten Flüchtlingshilfe das Problem, was sich auch so ein bisschen auf viele Bereiche in unseren Tagesgeschäft irgendwie abbildet, dass man an die Leute nicht mehr so leicht rankommt, dass es für die auch schwieriger ist, dass sie oft auch weit weg untergebracht sind. Wir haben viele Flüchtlinge, die echt die Reise aus Landsberg nach München machen, um mal eine Beratung zu kriegen oder hier an unserem Programm teilzunehmen. Das ist jetzt nochmal vom Tagesgeschäft eine Problemstellung, die heute anders ist als bei der Gründung	Zu Beginn der Flüchtlingskrise entstanden viele unabhängige Helferkreise, die bei Unterbringung, alltäglichen Problemen oder dem Ausfüllen von Formularen geholfen haben. Heute ist dies viel schwieriger geworden, da die Kontaktaufnahme auf Grund der dezentralen Unterbringung sehr stark erschwert wurde. Teilweise müssen Geflüchtete eine lange Anfahrt in Kauf nehmen, um an den Programmen der Sozialgenossenschaft teilzunehmen.	
I	A c)	8	Es ist sehr stark einfach von dem konkreten Problem beeinflusst. Also wenn ich hier für uns was lösen will, dann muss ich es eigentlich hier mit Lokalpolitikern und dann jetzt vielleicht dann bei so Sachen wie dezentraler Unterbringung mit Landespolitikern, weil es da immer um die Umsetzung geht.	Bei Problemstellungen und neuen Initiativen wird sich vor allem mit der lokalen Politik auseinander gesetzt. Bei einem Thema wie der Flüchtlingskrise ist teilweise auch ein Austausch auf Landesebene nötig.	

I	A c)	9	von dem was man konkret erreichen kann, da ist es echt local, also da kann man jeden nur ermuntern vor Ort zu kucken ob was nötig ist, ob es Orte dafür gibt, Gebäude, wen man zum Partner macht. Es war ja vor allem eine sehr große Netzwerkarbeit in München hinzukriegen. Es helfen natürlich unfassbar viele Leute letztlich mit. Egal ob es jetzt Leute sind, die da irgendwie ihre Kompetenz da reintun, wie die Leute von den Wohngenosenschaften. Bei der Entwicklung des Konzeptes waren es ja zwei Jugendhilfeträger, eins der Verein für Sozialarbeit und hpkj die mit ihren Chefs jeweils dabei waren, um zu sagen, was braucht man überhaupt für eine Jugendhilfe, was ist wichtig und was ist gut.	Die Lokalität spielt bei einem derartigen Projekt eine entscheidende Rolle. Auch die Netzwerkarbeit ist nicht zu unterschätzen. Außerdem sind generell unglaublich viele Leute und Kompetenzen bei so einem Projekt beteiligt. Die Wohngenosenschaften, der Verin für Sozialarbeit und die hpkj [Heilpädagogische-psychotherapeutische Kunden- und Jugendhilfe] haben bei der Konzeption und Gründung geholfen.	
I	A c)	10	Das Problem in München ist man kann ja eigentlich fast niemanden wirklich hier - also selbst wenn man guten Willens ist und sagt wir wollen die Leute integrieren - haben wir ja keinen Wohnraum, den man da irgendwie zur Verfügung stellen kann. Wir haben wahnsinnig viele Fehlbeleger in Gemeinschaftsunterkünften. Also auch anerkannte Flüchtlinge, sogar Familien, die keine Wohnung finden und deswegen weiterhin in der Flüchtlingsunterkunft wohnen, obwohl sie schon längst einen sicheren Status hier haben. Das ist einfach wahrscheinlich, naja München ist da ja nicht alleine mit Wohnraumangel, aber in München ist die Situation natürlich besonders verschärft, weil die Wohnungen ja auch sehr teuer sind.	Das Problem in München ist die lokale Wohnungssituation. Der Wohnraum ist sehr begrenzt und zusätzlich sehr teuer.	
I	A c)	11	Aber das Problem ist, vor Ort sieht es halt jedes Mal anders aus. Allein wie man bestimmte Dinge einfädelt, beantragt, wie die Lokalpolitik strukturiert ist, wen man dann zu sich holen muss. Diese Erfahrung muss dann tatsächlich jeder für sich selber machen, da gibt es kein Rezept für.	Die lokalen Anforderungen sind immer anders, deshalb muss sich ein derartiges Projekt immer an den lokalen Anforderungen und der Lokalpolitik orientieren.	
I	A d)	1	Und wir dachten dann eben, wenn wir schon uns in unserer Freizeit ehrenamtlich engagieren, dann muss das sozusagen auch einen absolut nachhaltigen Zweck erfüllen mit diesen Häusern	Die ganze Initiative entstand aus Eherenamtlichkeit und sollte einen nachhaltigen Zweck verfolgen.	K4 Ehrenamtliches Engagement spielt eine wichtige Rolle in vielen Aufgabenbereichen der Genossenschaft und wird durch diese aktiv gefördert.
I	A d)	2	Ehrenamtlichkeit war bis dahin, ich war ein selbstständiger Mediengestalter und mache auch nach wie vor kleinere Projekte nebenbei, aber bin jetzt 30 Stunden die Woche beim Bellevue. Das ist also schon meine Hauptarbeit.	Mittlerweile ist der Gründer hauptberuflich für die Genossenschaft tätig.	
I	A d)	3	Es gibt ein Kernteam, aber man muss sagen für die Sozialgenossenschaft selber ja, also für die juristische Entität Sozialgenossenschaft arbeiten keine Ehrenamtlichen. Weil, das ist ja eigentlich nur das Büro, das heißt, die Verwaltung der Sozialgenossenschaft. Also ihre Kernaufgaben besteht aus Festangestellten. Also auch die Kulturstellen hier und meine Stelle jetzt für Öffentlichkeitsarbeit, die sind bezahlt. Aber das Bellevue als Projekt ist nach wie vor zu sicher 90% von ehrenamtlicher Arbeit getragen, bei den meisten Angeboten die hier stattfinden, Sprachpartnerschaften, Fahrradwerkstadt, Workshops, alle möglichen Dinge, auch bei unseren Veranstaltungen haben wir immer Ehrenamtliche die mithelfen. Im Café arbeiten viele Ehrenamtliche mit. Das wäre nicht finanzierbar. Das sind schon überwiegend Leute die in ihrer Freizeit sich da engagieren bei uns.	Für die juristische Entität Bellevue di Monaco selbst arbeiten keine Ehrenamtlichen. Das Büro und die Verwaltung wird durch Festangestellte geführt. Auch das Kulturprogramm wird durch festangestellte Mitarbeiter geleitet und durchgeführt. Alle anderen Tätigkeiten, wie die Arbeit im Café, Workshops und Sprachkurse werden zu ca. 90% von Ehrenamtlichkeit getragen. Dies wäre für die Genossenschaft sonst nicht finanzierbar.	
I	A d)	4	Momentan könnte die Stadt, die Bayerische Staatsregierung von diesem Ankerzentrum nicht abrücken. Also die würden schon ein bisschen Gesicht verlieren. Dadurch ist es natürlich für die Ehrenamtlichen noch schwieriger überhaupt für die Leute was zu tun. Man kommt in die meisten Ankerzentren ja gar nicht rein, wenn man da nicht wohnt.	Dadurch, dass den Geflüchteten in den Ankerzentren nicht direkt geholfen werden kann, bietet die Genossenschaft eine gute Möglichkeit für ehrenamtliches Engagement in der Flüchtlingsthematik.	
I	A d)	5	Wir haben gerade bei Lern- und Hausaufgabenhilfe sehr viele ältere Menschen, die in Rente sind und da mithelfen	Viele ältere Menschen engagieren sich z.B. durch Lern- und Hausaufgabenhilfe	
I	A d)	6	Oft gibt es ja auch sehr naive Vorstellungen, wie man irgendwie jetzt Menschen helfen kann. Oft kommt ja, gerade bei frisch engagierten Leuten kann das ja gar nicht aus der Praxis kommen und dann ist das Engagement hoch und dann auch oft eine Gefahr von Frustration, wenn Sachen so nicht funktionieren und dann war es immer gut, dass wir da Leute dabei hatten, die einfach schon Profis sind in dem Bereich.	Es gibt sehr viele sehr engagierte Leute, allerdings benötigt man auch Experten die sich bereits mit der Materie auskennen, sonst kann sehr hohes Engagement auch zu Frustration führen.	
I	B a)	1	Naja, am Anfang gings ja vor allem darum, die Stadtpolitik, also die Administration eigentlich zu überzeugen	Die Überzeugungsarbeit bei der Stadtpolitik und Administration war die erste Problemstellung.	K5 Netzwerk- und Überzeugungsarbeit, Finanzierung eines sozialen Projekts und der hohe Aufwand der genossenschaftlichen Rechtsform waren Problemstellungen bei der Gründung.
I	B a)	2	Dann gings natürlich darum, dass man Geld auftreiben muss, Spenden einsammeln, Stiftungen ansprechen und so weiter	Eine der ersten Aufgaben war die Finanzierung durch Spenden und Stiftungen.	
I	B a)	3	Grundproblematik, dass man was Soziales macht und nicht den Großteil seines Geldes von der Stadt bekommt.	Die soziale Thematik war auch ein Grundproblem, da diese nicht von der Stadt gefördert wird.	
I	B a)	4	Ich würde niemanden davon überzeugen wollen oder überreden wollen das zu machen, weil es einfach mit unfassbarer Arbeit verbunden ist.	Ein Konzept genossenschaftlich umzusetzen ist mit sehr hohem Arbeitsaufwand verbunden.	

I	B a)	5	Es war ja vor allem eine sehr große Netzwerkarbeit das in München hinzukriegen. Es helfen natürlich unfassbar viele Leute letztlich mit. Egal ob es jetzt Leute sind, die da irgendwie ihre Kompetenz da reintun, wie die Leute von den Wohngenossenschaften. Bei der Entwicklung des Konzeptes waren es ja zwei Jugendhilfeträger, eins der Verein für Sozialarbeit und hpkj die mit ihren Chefs jeweils dabei waren, um zu sagen, was braucht man überhaupt für eine Jugendhilfe, was ist wichtig und was ist gut	Die Netzwerkarbeit und die richtigen Kompetenzen zu haben, sind erfolgskritisch für ein derartiges Projekt. Verschiedene Partner sind außerdem für explizite Beratung unabdinglich.	
I	B b)	1	Eine Problemstellung für die Zukunft wäre, dass man weiterhin dieses Thema präsent halten muss bei den Leuten. Mittlerweile ist ja gerade wieder, sagen wir mal Klimaschutz ist vielleicht wichtiger, auch für jüngere Leute und die Problemstellung sozusagen, dass die Unterstützerszene ein bisschen zerstört wurde, dadurch, dass man die Grenzen dicht gemacht hat.	Eine zukünftige Problemstellung wird sein, die Flüchtlingsthematik präsent zu halten, um sich weitere Unterstützung zu sichern.. Mittlerweile sind Themen wie der Klimaschutz mehr in den Fokus gerückt.	K5 Die Genossenschaft wird stark von der politischen Lage beeinflusst. Außerdem muss das Projekt aktuell und attraktiv für Engagement, vor allem von jungen Menschen, gehalten werden.
I	B b)	2	Das wurde natürlich so ein bisschen dann problematisch, als dann viele Infrastrukturen geschaffen wurden, auch mit viel ehrenamtlicher Arbeit und dann aber keiner mehr kam. Also da wurden viele Sachen aufgebaut, die dann gar nicht in Betrieb gehen konnten eigentlich, weil die Politik eben dem so ein bisschen nachgegeben hat, diesem Druck der AfD und der PEGIDA.	Nachdem die Grenzen dicht gemacht wurden, hatte man das Problem, dass viele Strukturen, teils ehrenamtlich geschaffen wurden, aber dann keine Flüchtlinge mehr kamen und man vieles nicht in Betrieb nehmen konnte.	
I	B b)	3	Und auch vor allem, würde ich jetzt mal sagen, aus meiner Beobachtung, dass der Wahlkampf der letzten Bundestagswahl, wo sich ja die CSU vor allem gegen die Kanzlerin, also der Koalitionspartner, der direkte, sich gegen die Kanzlerin gestellt hat, um wieder sozusagen auf der rechten Wählerseite irgendwelche Stimmen zurückzugewinnen vermeintlich. Das hat ja eigentlich die meisten Entscheidungen ganz stark geprägt.	Die politische Einstellung hinsichtlich der Flüchtlingskrise hatte ebenfalls großen Einfluss auf viele Entscheidungen.	
I	B b)	4	Momentan könnte die Stadt, die Bayerische Staatsregierung von diesem Ankerzentrum nicht abrücken. Also die würden schon ein bisschen Gesicht verlieren. Dadurch ist es natürlich für die Ehrenamtlichen noch schwieriger überhaupt für die Leute was zu tun. Man kommt in die meisten Ankerzentren ja gar nicht rein, wenn man da nicht wohnt.	Die Politik kann nicht mehr von ihrer Haltung abrücken. Dies erschwert unter anderem den Zugang zu den Geflüchteten in Ankerzentren.	
I	B b)	5	vom normalen Betrieb der Sozialgenossenschaft würde ich sagen ist, dass man sein Thema aktuell halten muss, interessant halten muss und dass man vielleicht auch langfristig ein bisschen jüngere Leute gewinnt und versucht zu begeistern für eine Mitarbeit und ehrenamtliche Mitarbeit in der Flüchtlingshilfe.	Das Flüchtlingsthema aktuell zu halten und vor allem jüngere Menschen für die ehrenamtliche Mitarbeit zu begeistern wird in Zukunft eine der größten Herausforderung für die Sozialgenossenschaft sein.	
I	B b)	6	Also zu kucken, dass das Projekt jung bleibt und wir nicht jetzt irgendwie alt werden und dann kein frischer Wind reinkommt, das wird eine Problemstellung für die Zukunft sein	Das Projekt muss jung gehalten werden und nicht veralten, damit "frischer Wind reinkommt" und das Projekt nicht veraltet.	
I	B b)	7	Die Ebene auf der man es durchkämpft, wird die kommunale Ebene sein, weil die meisten Fragestellungen die da auftauchen, sind Nutzung von Gebäuden, Baurecht, was weiß ich, alles was man da macht oder auch wenn man Veranstaltungen macht, haben wir hier in München mit dem Kreisverwaltungsreferat zu tun. Das werden immer lokale Problemstellungen sein	Sozialgenossenschaften werden sich vorerst immer mit den Problem- und Fragestellungen auf der kommunalen/lokalen Ebene beschäftigen müssen.	
I	B b)	8	Es ist sehr stark einfach von dem konkreten Problem beeinflusst. Also wenn ich hier für uns was lösen will, dann muss ich es eigentlich hier mit Lokalpolitikern und dann jetzt vielleicht dann bei so Sachen wie dezentraler Unterbringung mit Landespolitikern, weil es da immer um die Umsetzung geht.	Alle Initiativen werden immer von den konkreten Problemstellungen beeinflusst, die auf lokaler politischer Ebene beantwortet bzw. gelöst werden müssen.	
I	B b)	9	Ich würde sagen, die meisten Leute die hier irgendetwas machen sind gar nicht wirklich Genossenschaftsmitglieder; gerade die jüngeren nicht, weil man muss ja mindestens 500€ einlegen und das macht man als Student ja vielleicht nicht so easy, dass man sagt, ich lege jetzt mal für 5 Jahre 500€ irgendwo hin, wo ich so schnell nicht wieder rankomme. Das treibt wahrscheinlich insgesamt den Altersdurchschnitt etwas nach oben, dass man an dieser offiziellen, förmlichen Genossenschaftsmitgliedschaft vielleicht nicht so leicht teilhaben kann als junger Mensch.	Die meisten Personen, die Teil des Betriebes der Genossenschaft sind, sind keine Mitglieder der Genossenschaft. Vor allem bei jungen Leuten ist das Anteilszeichen eine monetäre Hürde um Genossenschaftsmitglied zu werden. Dadurch steigt der Altersdurchschnitt der Mitglieder.	
I	B c)	1	Ich glaube bei uns war das Gute, dass wir so viele verschiedene Charaktere dabei hatten, weil es gibt eben Leute die einfach einen Riecher haben, wie man auch eine Öffentlichkeit herstellt. Till Hoffmann, der bekannteste Kulturmanager Münchens ist so jemand. Der schafft es dann bekanntere Leute, Prominente, Künstler, Musiker, Kabarettisten zu begeistern und damit dann eine Öffentlichkeit herzustellen.	Verschiedene Charaktere sind wichtig für die Sozialgenossenschaft. Außerdem braucht man Leute wie Till Hoffman [Kulturmanager in München], die es verstehen eine Öffentlichkeit herzustellen.	K6 Verschiedene Kompetenzen, Schlüsselpersonen für Netzwerkarbeit, Durchhaltevermögen und Öffentlichkeitsarbeit sind erfolgskritisch für die Umsetzung einer Sozialgenossenschaft.
I	B c)	2	Es gibt auch andere Leute die so zu sagen den langen Atem haben sowas wie Genossenschaftssatzungen zu schreiben und aufzusetzen und da so zu sagen die ganze Hintergrundarbeit zu leisten, wo es dann nicht so um die kurzfristigen Sachen geht, wo es dann auch über Wochen und Monate sich hinzieht und man sich da einfach durchbeißen muss und da hat es die Mischung glaube ich einfach gemacht. Das einfach sehr viele verschiedene Charaktere da dabei waren.	Man benötigt viel Durchhaltevermögen bei der Gründung einer Genossenschaft. Da es sich um ein langfristiges Projekt handelt, braucht man einen langen Atem und z.B. auch Leute die die ganze Hintergrundarbeit machen, die Satzung schreiben, etc.	
I	B c)	3	Da kann man nur sagen, das ist ordentlich viel Arbeit und kuckt, dass ihr nicht versucht das alles alleine zu machen, sondern dass man da versucht Leute zu begeistern und dazu zu holen.	Man muss verschiedene Leute zur Mitarbeit begeistern und sollte nicht versuchen so ein Projekt alleine umzusetzen.	

I	B c)	4	[...] dass man versuchen muss eine breite Öffentlichkeit herzustellen um Unterstützung zu kriegen, weil, die Sozialgenossenschaft lebt einfach von den Mitgliedern und je mehr Mitglieder desto besser. Und die multiplizieren ja auch das Anliegen und die Unterstützung. Die sind ja dann auch im besten Falle Fürsprecher für ihre eigene Sache.	Es ist wichtig eine breite Öffentlichkeit herzustellen. Die Sozialgenossenschaft lebt von den Mitgliedern, je mehr, desto besser. Diese multiplizieren das Anliegen und die Unterstützung und sind Fürsprecher in eigener Sache.	
II	A a)	1	Man kriegt auch keine Dividende auf seine Einlage ausgezahlt oder irgendwas. Also man kann es drin lassen, man kann sie kündigen und sie dann fünf Jahre später wieder rausbekommen. Aber es ist tatsächlich bei einer Sozialgenossenschaft so, wir sind ja auch im Genossenschaftsverband, wir werden geprüft, wir haben eine Satzung, wir haben eine Jahreshauptversammlung und wir haben alles schon sehr strukturiert, also sehr viel mehr als jeder der hier mitgegründet hat, jemals etwas strukturiert hat, weil es ja einer sehr starken gesetzlichen Grundlage auch unterliegt, diese Genossenschaftssache	Die Sozialgenossenschaft ist klar sozial und nicht wirtschaftlich orientiert. Mitglieder erhalten keine Dividende. Die Prüfung durch den Genossenschaftsverband findet wie bei allen Genossenschaften statt und alle gesetzlichen Grundlagen und Strukturen sind sehr strukturiert umgesetzt.	K7/K8 Die Ausrichtung auf soziale Ziele und nicht auf Gewinnmaximierung, die klaren Strukturen, die Prüfung und die Unterstützung Dritter durch das Förderprinzip sind Argumente die für die genossenschaftliche Organisationsform sprechen. Das Demokratieprinzip wird klassisch umgesetzt und als Mechanismus gegen Unternehmenübernahmen gesehen.
II	A a)	2	Das ist eben der Unterschied zur normalen Genossenschaft, dass die Sozialgenossenschaft nicht für die Mitglieder, sondern für die benannte Zielgruppe, für Andere, die Förderung und die Vorteile schöpfen soll.	Der Unterschied zu normalen Genossenschaften ist, dass die Sozialgenossenschaft eine benannte Zielgruppe fördert und für diese Vorteile schöpft.	
II	B a)	1	Wir sind nämlich keine Genossenschaft, sondern eine Sozialgenossenschaft. Förderung der Mitglieder ist oberstes Ziel stimmt natürlich. Normalerweise ist die Genossenschaft darauf aus für Ihre Mitglieder Vorteile zu generieren. Bei der Sozialgenossenschaft ist das Ziel für Andere Vorteile zu generieren	Für die Sozialgenossenschaft Bellevue di Monaco steht nicht nur die Förderung der Mitglieder im Fokus, sondern auch das Generieren von Vorteilen für Andere.	
II	B b)	1	Genau und beim Demokratieprinzip ist es so, dass jedes Mitglied dasselbe Recht hat. So ist es und das ist unabhängig der Anteile, also wir können nicht aufgekauft werden von Jemandem und Jemand der ein Anteil hat, hat genauso ein Stimmrecht wie Jemand der hundert Anteile hätte.	Das Demokratieprinzip wird in der Genossenschaft klassisch umgesetzt. Dadurch hat jedes Mitglied das gleiche Stimmrecht und die Sozialgenossenschaft kann nicht aufgekauft werden.	
III	A a)	1	Projektbeteiligter, der Christian Stupka von der Wogeno, also auch eine Wohnungsbaugenossenschaft, der auch sehr politisch, vernetzungsmäßig immer aktiv war in München, der uns dann eben stark geraten hat, das nicht als Verein zu machen, weil eben sehr viel Geld bewegt werden muss für die Renovierung, sondern eine Genossenschaft zu gründen. Weil, das auch für die Bewirtschaftung von den Wohnungen und überhaupt für die Renovierung und für die ganzen Geldgeschäfte eben viel besser wäre	Beratung erhielt man von Christian Stupka von der Wohnungsbaugenossenschaft Wogeno. Dieser riet zur Rechtsform der Genossenschaft und war bereits politisch und kulturell sehr gut vernetzt in München.	K9 Die Genossenschaft orientierte sich hauptsächlich an Best-Practice-Beispielen um wichtige Fragen vor/während der Gründung zu klären. Aktuelle Informationen bezüglich bspw. Corona, erhält man vom Genossenschaftsverband.
III	A a)	2	Wir hätten wahrscheinlich einen Verein gegründet, weil man immer denkt, naja irgendeine Form braucht man, dann machen wir eben einen Verein. Wir haben uns dann wirklich einfach beraten lassen und haben Vertrauen darin gehabt. Weil die ja auch eine erfolgreiche Arbeit machen, die Wohnungsgenossenschaften in München. Insofern haben die das empfohlen und wir haben uns gedacht, naja klar.	Die Beratung und Gespräche mit verschiedenen Wohnungsgenossenschaften in München führte schließlich zu dem Entschluss die Rechtsform der Genossenschaft statt den Verein zu wählen.	
III	A a)	3	Also natürlich, in den laufenden Dingen, läuft gerade die Frage, darf man eine Jahresversammlung auch online machen oder nicht. Was ist da zu beachten? Das ist gerade aktuell oder wie weit darf man sie verschieben. So und da sagt der Genossenschaftsverband wie das läuft. Und davor war es wie gesagt die alte Koryphäe von der Wogeno in München, der auf Grund seiner eigenen Erfahrung und der eigenen Genossenschaftsgründung da ein paar Sachen sagen konnte	Bei aktuellen Fragen in der Corona-Krise, wie ob eine Generalversammlung stattfinden darf und unter welchen Auflagen, erhält man Informationen und Beratung von Genossenschaftsverband. Die grundlegenden Fragen wurden durch die Wogeno beantwortet.	
III	B a)	1	Die Stadt zahlt uns einen Zuschuss für das Kulturprogramm, aber sozusagen den restlichen Betrieb, den muss die Sozialgenossenschaft aus sich selbst raus finanzieren	Das Kulturprogramm wird von der Stadt [München] gefördert. Den restlichen Betrieb erwirtschaftet die Sozialgenossenschaft selbst.	K10 Die Finanzierung der Gründung der Genossenschaft stellt sich aus einem Baukostenzuschuss und Geldern von Stiftungen zusammen. Die laufenden Kosten deckt die Genossenschaft durch ihren Betrieb. Zusätzlich erhält sie eine städtische Kulturförderung.
III	B a)	2	Beim Bauamt haben wir einen Baukostenzuschuss bekommen, von der Stadt München. Aber der hat gar nichts mit sozial oder Genossenschaft zu tun, sondern das hätte jeder der dieses Gebäude in Erbpacht übernommen hätte, bekommen, weil die Gebäude einfach runtergekommen waren.	Für die Finanzierung gab es einen Baukostenzuschuss von der Stadt München, welcher aber mit der Renovierung der Gebäude zusammenhängt und von der Thematik Genossenschaft/Flüchtlingshilfe unabhängig ist.	
III	B a)	3	Dann gab es natürlich größere Summen die geflossen sind, z.B. unser Haus Nr. 4, das mittlere Haus, wo Leute mit Kindern drin wohnen, also Familien und Alleinerziehende, da gab es Unterstützung von einer knappen Million glaube ich, von der Stiftung Sternstunden. Das ist vom Bayerischen Rundfunk eine Stiftung die in so Fernsehaktionen auch immer Spenden sammeln.	Weitere Finanzmittel erhielt man von der Stiftung Sternstunden des Bayerischen Rundfunks.	
III	B a)	4	Dann gab es mal eine größere Summe von der Ikea Stiftung und wie gesagt, die Kultur wird unterstützt von der Stadt München, mit Geldern für Stellen und Sachmittel, aber der Staat war da am Anfang nicht dabei.	Die Ikea Stiftung hat ebenfalls bei der Finanzierung geholfen. Der Staat war bei der Gründung nicht beteiligt.	
IV	A	1	Das kann man sicher in jeder Stadt umsetzen	Das Projekt ist stadtunabhängig	K11 Ähnliche Projekte lassen sich
IV	A	2	Wir haben ein Thema, das von nationaler Bedeutung ist, aber wir haben jetzt hier keine Bundespolitiker, mit denen wir in Kontakt wären oder so. Dazu sind wir auch einfach zu klein. Also wir sind ja nicht die Caritas oder die AWO oder was, sondern wir sind ja wirklich nur 50 Wohnplätze und vielleicht ein paar hundert Nutzer im Monat, aber wir reden jetzt nicht mit der Kanzlerin	Die Sozialgenossenschaft ist vor allem lokal von großer Bedeutung. Die Thematik ist zwar eine bundesweite, die Reichweite der Sozialgenossenschaft ist aber auf München eingeschränkt.	ortsunabhängig umsetzen, sind jedoch von ihrer Reichweite her lokal gebunden.

ID3 - Gemeinsam eG			
I	A	1	<p>Hintergrund dafür ist, dass ich in der Forschung und Entwicklung gearbeitet habe und wir ein Projekt „Regionale Entwicklung“ hatten, welches vom Bundeswirtschaftsministerium gefördert wurde. Diese Förderung erhielt man nur für nachhaltige Projekte und wir haben uns damit auseinandergesetzt, ob wir unser Projekt in Form einer Genossenschaft oder eines Vereines umsetzen möchten. Wir haben uns also mit der Thematik intensiv auseinandergesetzt und auch Gespräche mit dem Genossenschaftsverband Bayern geführt und unser Modell vorgestellt. Es ging uns in unserem Konzept um Themen wie Wohnen im Alter, Unterstützung im Alter, Technik im Alter und entsprechende Fortbildungen dazu. Diese Thematik stieß auf große Zustimmung beim Genossenschaftsverband und wir haben dann begonnen unsere Satzung zu schreiben und wurden dabei auch weiterhin sehr gut beraten. Dann haben wir die Information erhalten, dass auch das Sozialministerium momentan an einer Initiative für Sozialgenossenschaften arbeitet und ob wir uns hier eine Symbiose vorstellen können. Daraufhin haben wir unser Konzept dem Expertenrat für Sozialgenossenschaften des Sozialministeriums vorgestellt. Damit waren wir auch einer der Auslöser dafür, dass das Sozialministerium im Anschluss einen Fördertopf für Sozialgenossenschaften aufgebaut hat. Unser Modell lief bereits seit drei Jahren und wir wollten uns zu diesem Zeitpunkt in Sachen Wirtschaftlichkeit weiterentwickeln und dies wenn möglich mit einer Anschubfinanzierung. Deswegen haben wir dann 2013 unsere Genossenschaft mit dem Namen Gemeinsam gegründet; mit der Option, dass das Sozialministerium für Gründungen im Sozialgenossenschaftsbereich 30.000€ als Gründungsunterstützung auf zwei Jahre, bereitstellt. Dafür haben wir dann einen Antrag gestellt und dann zwei Jahre quasi Aufbauarbeit geleistet.</p>
I	A	2	<p>Der Gründer selbst war als Sozialarbeiter im Sozialbereich tätig und auf Erwachsenenbildung spezialisiert.</p>
I	A	3	<p>Zu Beginn war die Sozialgenossenschaft auf den Landkreis Regensburg fokussiert. Durch die steigende Bekanntheit, arbeitet die Gemeinsam eG mittlerweile bayernweit, hält Vorträge und berät andere Initiativen.</p>
I	A	4	<p>Teil der Arbeit der Sozialgenossenschaft ist die Entwicklung von Musterkoffern zur Gründung von Sozialgenossenschaften. Diese dienen der Veranschaulichung in Beratungssituationen und werden hauptsächlich vom Landratsamt abgenommen.</p>
I	A	5	<p>Im Geschäftsmodell der Gemeinsam eG können pflegebedürftige Personen einen Pflegegutschein erwerben. Ein Betreuer [Angestellter] der Genossenschaft fährt vorerst zum kennenlernen zum Kunden und kann im Anschluss acht-mal gebucht werden. Der Gutschein kann frei verlängert werden.</p>
I	A	6	<p>Ein Teil des Geschäftes besteht aus dem Verkauf der Musterkoffer. Abnehmer sind Landratsämter oder kommunale Stellen.</p>
I	A	7	<p>Die Gemeinsam eG beteiligt sich auch beratend oder aktiv an anderen Initiativen, wie der Errichtung eines Dorfladens in einer Nachbargemeinde. Hierbei wurde von der Sozialgenossenschaft eine Haushaltsbefragung durchgeführt und im Anschluss begleitete man die Verantwortlichen und beriet diese. Außerdem wurde das Konzept und der Business Plan gemeinsam entworfen. Die Sozialgenossenschaft diente damit als Schnittstelle zwischen der Gemeinde und dem Einzelhandelskaufmann, der den Dorfladen betreiben sollte.</p>

K1 Die Genossenschaft entstand aus einer Initiative zur regionalen Entwicklung. Sie vereint die Betreuung und Pflege von Senioren, welche einen Pflegegutschein erwerben können, Fortbildungen und Beratungen für Senioren zu den Themen Wohnen, Unterstützung und Technik im Alter, Gründungsberatung und Betreuung von Initiativen hinsichtlich Rechtsform, Geschäftsmodellentwicklung, Umsetzung usw. und der Erstellung von Musterkoffern zur Gründung von Sozialgenossenschaften.

I	A	8	Also im Grunde beraten wir immer, wenn wir kontaktiert werden. Letztes Jahr hat mich zum Beispiel eine Künstlergruppe angerufen, die ebenfalls eine Genossenschaft gründen wollte, zum Thema gemeinschaftliches Leben und Wohnen in einem Haus. Sie haben uns dann kontaktiert um nachzufragen wie alles normalerweise abläuft und am Ende haben Sie dann stattdessen einen Verein gegründet.	Die Genossenschaft wird bei Gründungsfragen als Beratung kontaktiert. Es wird aber objektiv beraten und nicht immer zur genossenschaftlichen Organisation geraten, sondern auch zum Verin o.Ä.	
I	A	9	Weitere Unterstützung von Unternehmen hatten wir nicht, sondern eher von Landratsämtern, die uns beauftragt haben diese Koffer zusammenzustellen, was aber eine Dienstleistung ist und keine Förderung.	Eine Förderung von Unternehmen oder von staatlicher Seite gab es nicht. Diese haben lediglich Musterkoffer und damit eine Dienstleistung bestellt.	
I	A	10	Wenn man mit diesem Wissen ein bisschen offensiv umgeht, dann kommen Leute auch auf einen zu und bieten ihre Unterstützung an oder fragen nach Unterstützung. Mit unserem Expertenetzwerk im Hintergrund können wir das dann einschätzen und entsprechend reagieren. Das hängt natürlich auch immer mit dem Finanziellen zusammen.	Durch das Expertenetzwerk der Gemeinsam eG können andere Initiativen umfangreich beraten werden. Dies hängt allerdings auch immer von der finanziellen Lage der Parteien ab.	
I	A c)	1	Um aber nochmals auf die Lokalität einzugehen; diese spielte eigentlich keine Rolle. Allerdings spielt die lokale Politik eine Rolle und hier wurden wir speziell auf der Landratsamts Ebene als Konkurrenz zu den Organisationen gesehen, die eine ähnliche Arbeit machen und politisch unterstützt werden. Es gab beispielsweise eine eigene Abteilung „Ehrenamtliche Nachbarschaftshilfe“, die uns als Konkurrenz gesehen hat, obwohl unser Ziel war, eine enge Zusammenarbeit zu etablieren. Auch im Beratungsbereich, wo es im Landratsamt Stellen für Seniorenberatung gibt, wurden wir als Konkurrenz gesehen, obwohl wir mit der hiesigen Stelle bereits gut zusammengearbeitet hatten.	Die Lokalität spielt im Grunde keine Rolle, die lokale Politik allerdings schon. Hier ist der Konkurrenzgedanke oft stark verankert und erschwert eine Zusammenarbeit.	K3 Die Genossenschaft ist lokal relativ unabhängig, jedoch stark von der lokalen Politik beeinflusst.
I	A d)	1	Ehrenamtliches Engagement spielt bei uns eigentlich überhaupt keine Rolle. Wir haben momentan zehn Genossen, zusammengesetzt aus drei Firmen und sieben Privatleuten und eine Geschäftsführung die das ganze managet, die Termine macht, die Vorträge macht, etc. Wenn wir uns irgendwo vorstellen, erhalten wir immer breite Zustimmung, kommt jedoch die Frage nach der aktiven Teilnahme auf, wird diese meistens abgewunken.	Ehrenamtliches Engagement spielt für die Sozialgenossenschaft keine Rolle. Die Genossen setzen sich aus Privatpersonen und Unternehmen zusammen.	K4 Ehrenamtlichkeit spielt für die Genossenschaft keine Rolle.
I	A d)	2	Wir positionieren uns da trotzdem ganz klar gegen die Ehrenamtlichkeit, weil wir einerseits die hohe Fluktuation sehen und es auch teilweise als ausbeuterisch erachten. Außerdem gibt es auch wirklich engagierte Menschen, die dann aufhören, weil es ihnen zu viel Arbeit wird.	Ehrenamtlichkeit wird von der Sozialgenossenschaft mit zu hoher Fluktuation verbunden. Teilweise wirkt diese außerdem ausbeuterisch und engagierte Leute steigen aus dem Projekt aus, sobald der Arbeitsaufwand zu hoch wird.	
I	B a)	1	Dies haben wir auch getan, aber nach ca. einem Jahr haben wir allen sozialen Initiativen davon abgeraten eine Genossenschaft zu gründen. Die Form der Genossenschaft ist auf Grund von Einlagen, Stimmrecht, Nachschusspflicht, Überprüfung, Offenlegung etc. zwar sinnvoll und praktikabel, aber im Sozialbereich ist vor allem die Einnahmengenerierung schwierig. Hatten die Initiativen, die wir beraten haben, nicht die Kombination aus Sozialem und Wohnen, haben wir meistens von der Genossenschaftsform abgeraten, da der Prüfaufwand einfach extrem hoch ist. Viele Genossenschaften mit denen ich gesprochen habe, hatten Probleme mit der Zweijahresprüfung, die ca. 800€ bis 1.500€ kostet, was man erst einmal erwirtschaften muss. Ich kenne auch einige Kulturgenossenschaften, bzw. habe auch selbst eine Kulturgenossenschaft mitgegründet, die nur dazu da sind, die Beratungs- und Prüfungskosten zu erwirtschaften. Von daher ist unsere Beratung dann meistens auf eine Vereinsgründung hinausgelaufen.	Die Form der Genossenschaft ist auf Grund von Einlagen, Stimmrecht, Nachschusspflicht, Überprüfung, Offenlegung etc. zwar sinnvoll und praktikabel, aber im Sozialbereich ist vor allem die Einnahmengenerierung schwierig. Hatten die Initiativen [die wir beraten haben] nicht die Kombination aus Sozialem und Wohnen wurde von der Genossenschaftsform abgeraten. Die kostenaufwendige Prüfung durch den Verband stellt für viele (Kultur-) Genossenschaften ein großes Problem dar.	K5 Im sozialen Bereich war es zur Zeit der Gründung für Genossenschaften schwierig Einnahmen zu generieren, außerdem stellt die kostenintensive Prüfung und die Wirtschaftlichkeit im Allgemeinen ein Problem dar. Die lokale Politik stellt sich teilweise gegen neue Initiativen, die Corona Krise und die Attraktivität für Engagierte sind weitere Problemstellungen.
I	B a)	2	Um aber nochmals auf die Lokalität einzugehen; diese spielte eigentlich keine Rolle. Allerdings spielt die lokale Politik eine Rolle und hier wurden wir speziell auf der Landratsamts Ebene als Konkurrenz zu den Organisationen gesehen, die eine ähnliche Arbeit machen und politisch unterstützt werden. Es gab beispielsweise eine eigene Abteilung „Ehrenamtliche Nachbarschaftshilfe“, die uns als Konkurrenz gesehen hat, obwohl unser Ziel war, eine enge Zusammenarbeit zu etablieren. Auch im Beratungsbereich, wo es im Landratsamt Stellen für Seniorenberatung gibt, wurden wir als Konkurrenz gesehen, obwohl wir mit der hiesigen Stelle bereits gut zusammengearbeitet hatten.	Die Lokalität spielt im Grunde keine Rolle, die lokale Politik allerdings schon. Hier ist der Konkurrenzgedanke oft stark verankert und erschwert eine Zusammenarbeit.	
I	B a)	3	Bei der Gründung war die Hauptproblemstellung vor allem, sich durch das ganze Genossenschaftsgesetz durchzuarbeiten und die Vor- und Nachteile herauszuarbeiten. Wir haben es aber dann genossenschaftlich umgesetzt, vor dem Hintergrund, dass wir vorhatten einen sog. Pflegegutschein einzuführen, da es im Pflegebereich einen sehr großen grauen Markt gibt, auf dem Arbeitsvermittler Frauen aus beispielsweise Moldawien oder Polen „aufreiben“ und diese in private Stellen vermitteln.	Die rechtliche Grundlage des Genossenschaftswesens musste zu Beginn erst durchgearbeitet werden. Die Genossenschaft wurde dann auch gewählt, weil ursprünglich ein Pflegegutschein als Teil des Angebots vorgesehen war.	
I	B b)	1	Zu den heutigen Problemstellungen zählt natürlich ganz aktuell die Corona Krise. Wir haben keine Buchungen, Vorträge oder Präsentationen momentan	Die Corona-Krise ist auf jeden Fall die aktuelle Problemstellung. Vorträge und Präsentationen können nicht stattfinden.	
I	B b)	2	Auf der anderen Seite ist die Wirtschaftlichkeit immer ein Thema bzw. eine Problemstellung. Dafür haben wir zum Beispiel eine Online Fortbildung für den AOL Bereich aufgebaut, die von Wohnberatern der Landratsämter besucht werden können. Diese werden von uns auf technische Assistenzsysteme geschult.	Die Wirtschaftlichkeit ist immer eine Problemstellung. Hier wird versucht über Online Fortbildungen alternative Einnahmequellen zu schaffen.	

I	B b)	3	Dabei haben alle dasselbe Problem, Prüfung und Gebühren.	Alle [Genossenschaft] haben das Problem der Prüfung und der Gebühren.	
I	B b)	4	Der Genossenschaftsverband ist uns gegenüber mittlerweile aber eher vorsichtig, da wir relativ starke Kritik zu seinen Vorgaben, Handlungsweisen und dem Umgang mit vor allem kleineren Genossenschaften geübt haben. Ich kenne beispielsweise Genossenschaften, die nur aus drei Leuten bestehen und trotzdem dasselbe Prozedere durchlaufen wie jede andere Genossenschaft. Dazu gab es schließlich eine Gesetzesänderung vom Verband, so das kleine Genossenschaften nur noch eine Kleinprüfung erhalten, bei der niemand vor Ort sein muss und bei der die Dokumente online abgegeben werden. Die Gebühr blieb allerdings gleich, was wir wiederum kritisierten.	Der Genossenschaftsverband wurde kritisiert wegen seiner kollektiven Vorgaben und Handlungsweisen auch mit kleinen Genossenschaften. Daraufhin gab es eine Gesetzesänderung vom Verband, die Gebühren sind allerdings für alle Genossenschaften gleich geblieben.	
I	B b)	5	Allerdings ist meine Erfahrung schon so, dass man mit neuen Initiativen und Projekten leider auf Grund von verschiedenen Verantwortlichkeiten oft eher in Konflikt mit der lokalen Politik tritt.	Man tritt mit neuen Initiativen und Projekten leider auf Grund von verschiedenen Verantwortlichkeiten oft in Konflikt mit der lokalen Politik.	
I	B b)	6	Allerdings hat man überall das gleiche Problem, dass der Zuspruch zwar groß ist, sich aber trotzdem niemand beteiligen möchte. Dafür benötigt man andere Anreize, die andere Organisationsformen wie zum Beispiel eine kleine Aktiengesellschaft, bei der eine Dividende ausgezahlt wird, für die aktive Teilnahme attraktiver machen.	Trotz großem Zuspruch der Gesellschaft gibt es nur sehr wenige, die sich dann tatsächlich aktiv beteiligen. Dafür fehlt es der Sozialgenossenschaft an Anreizen wie einer Dividende.	
II	A a)	1	Die Rechtsnovelle hat für uns keinerlei Auswirkungen auf die Organisationsformwahl gehabt, weil wir uns erst 2013 gegründet haben	Die Rechtsnovelle hatte keinen Einfluss auf die Genossenschaft	K7 Die genossenschaftliche Organisationsform ist auf Grund von Einlagen, Stimmrecht, Nachschusspflicht, Überprüfung und Offenlegung sinnvoll. Das Demokratieprinzip ist ein ausschlaggebendes Kriterium für die Beteiligung von Unternehmen. Lokal hat die Genossenschaft zusätzlich ein besseres bzw. professionelleres Ansehen als der Verein.
II	A b)	1	Dies haben wir auch getan, aber nach ca. einem Jahr haben wir allen sozialen Initiativen davon abgeraten eine Genossenschaft zu gründen. Die Form der Genossenschaft ist auf Grund von Einlagen, Stimmrecht, Nachschusspflicht, Überprüfung, Offenlegung etc. zwar sinnvoll und praktikabel, aber im Sozialbereich ist vor allem die Einnahmengenerierung schwierig. Hatten die Initiativen, die wir beraten haben, nicht die Kombination aus Sozialem und Wohnen, haben wir meistens von der Genossenschaftsform abgeraten, da der Prüfaufwand einfach extrem hoch ist. Viele Genossenschaften mit denen ich gesprochen habe, hatten Probleme mit der Zweijahresprüfung, die ca. 800€ bis 1.500€ kostet, was man erst einmal erwirtschaften muss. Ich kenne auch einige Kulturgenossenschaften, bzw. habe auch selbst eine Kulturgenossenschaft mitgegründet, die nur dazu da sind, die Beratungs- und Prüfungskosten zu erwirtschaften. Von daher ist unsere Beratung dann meistens auf eine Vereinsgründung hinausgelaufen.	Die Form der Genossenschaft ist auf Grund von Einlagen, Stimmrecht, Nachschusspflicht, Überprüfung, Offenlegung etc. zwar sinnvoll und praktikabel, aber im Sozialbereich ist vor allem die Einnahmengenerierung schwierig. Hatten die Initiativen [die wir beraten haben] nicht die Kombination aus Sozialem und Wohnen wurde von der Genossenschaftsform abgeraten. Die kostenaufwendige Prüfung durch den Verband stellt für viele (Kultur-) Genossenschaften ein großes Problem dar.	
II	A b)	2	Weitere Gründe für die Wahl der Rechtsform der Genossenschaft war vor allem das Mitbestimmungsrecht, das vor allem bei der Beteiligung von Firmen große Auswirkungen hat. Im Grunde war das Demokratieprinzip das Ausschlaggebende für uns, weil wir festgestellt haben, dass es viele Leute gibt die etwas brauchen oder eine gute Idee haben, sich es aber nicht zutrauen, selber etwas umzusetzen	Das Demokratieprinzip war ein ausschlaggebendes Kriterium für die Entscheidung zur Genossenschaftsform, da dieses großen Einfluss auf die Beteiligung von Unternehmen hat.	
II	A b)	3	Von der Form her ist es dabei auch immer etwas anderes, wenn man als Genossenschaft auftritt und nicht als Verein, weil Genossenschaften bei den Menschen ein hochwertigeres Ansehen haben. Der Verein wird immer mit Ehrenamtlichkeit und lockerem Vorgehen in Verbindung gebracht und bei uns werden Dienstleistungen erbracht, die auch bezahlt werden müssen.	Das bessere Ansehen von Genossenschaften im Vergleich zu Vereinen spielte auch eine Rolle bei der Gründung. Vereine werden mit Ehrenamtlichkeit und lockerem Vorgehen in Verbindung gebracht und das war für die angebotenen Dienstleistungen der Gemeinsam eG nicht sinnvoll.	
II	A b)	4	Deshalb ist es eben wichtig, die Leute auch anständig zu entlohnen und vorteilhaft als Genossenschaft aufzutreten. Unter anderem auch, weil auf dem Land der Genossenschaftsgedanke durch Raiffeisen und BayWa großen Zuspruch erhält.	Der Genossenschaftsgedanke erhält regional großen Zuspruch durch die Genossenschaftsbanken Raiffeisen und BayWa.	
III	A a)	1	Mit den genossenschaftlichen Grundlagen kannten wir uns vor der Gründung ganz gut aus und wir wurden ja auch vom Verband und anderen Stellen gut beraten.	Es gab bereits Vorkenntnisse über die Grundlagen des Genossenschaftswesens. Zusätzlich wurde man von Verband und anderen Stellen beraten.	
III	A b)	1	Gespräche mit dem Genossenschaftsverband Bayern geführt und unser Modell vorgestellt.	Der Genossenschaftsverband Bayern stand beratend zur Seite	
III	A b)	2	Teilweise wurde sogar vom Sozialministerium auf uns verwiesen, dass sich Initiativen vorerst bei uns zum Ablauf und Ähnlichem informieren sollten.	Das Sozialministerium verweist teilweise auf die Gemeinsam eG, wenn sich Initiativen zu einer Gründung beraten lassen wollen	
III	A b)	3	Dieses Modell war auch beim Genossenschaftsverband ausschlaggebend, da dieser das Konzept als sinnvolle Konkurrenz zu den großen Anbietern wie Johanniter oder Caritas gesehen hat. Diese beiden sind die Lokalmatadoren und diese wollten wir auch aktiv als Konkurrenz wahrnehmen.	Der Genossenschaftsverband befand das Konzept als sehr gut, da es auch eine Konkurrenz zu den großen Wohlfahrtsverbänden darstellt.	
III	A b)	4	mit dem Hintergrund, dass das Sozialministerium sehr aufgeschlossen und hilfsbereit war. Das Sozialministerium hatte dann auch vor, in den sieben Regierungsbezirken in Bayern, jeweils eine Sozialgenossenschaft zu gründen, welche für den jeweiligen Regierungsbezirk zuständig ist. Dies wurde auch umgesetzt und wir stehen teilweise in Kontakt mit diesen Sozialgenossenschaften.	Das Sozialministerium war sehr aufgeschlossen und hilfsbereit. Es gründete selbst ähnliche Sozialgenossenschaften in jedem Regierungsbezirk, welche teilweise im Kontakt mit der Gemeinsam eG stehen.	

III	A b)	5	Von der rechtlichen und unternehmerischen Seite her sind wir beim Verband wie gesagt aber sehr gut beraten worden.	Der Verband beriet sehr gut zu rechtlichen und unternehmerischen Themen.	
III	A b)	6	wie gesagt, in Sachen Förderung und Beratung ist man auch beim Sozialministerium sehr gut aufgehoben.	Das Sozialministerium war in Sachen Förderung und Beratung eine wichtige Anlaufstelle.	
III	B a)	1	Finanzielle Unterstützung haben wir, wie gesagt, vom Sozialministerium erhalten, was auch für andere Sozialgenossenschaften sehr positiv war [...] mit der Option, dass das Sozialministerium für Gründungen im Sozialgenossenschaftsbereich 30.000€ als Gründungsunterstützung auf zwei Jahre, bereitstellt.	Finanzielle Unterstützung erhielt die Sozialgenossenschaft vom Sozialministerium in Form von 30.000€ Gründungsunterstützung auf zwei Jahre	
IV	A	1	Dieses Modell war auch beim Genossenschaftsverband ausschlaggebend, da dieser das Konzept als sinnvolle Konkurrenz zu den großen Anbietern wie Johanniter oder Caritas gesehen hat. Diese beiden sind die Lokalmatadoren und diese wollten wir auch aktiv als Konkurrenz wahrnehmen.	Genossenschaftliche Konzepte werden auch von Genossenschaftsverbänden als Konkurrenz zu den Wohlfahrtsverbänden eingeschätzt und gefördert.	K11 Das Projektmodell der Genossenschaft wird vom Genossenschaftsverband mit großem Potenzial verbunden. Durch den Konkurrenzgedanken kann die Zusammenarbeit mit Politik/Wohlfahrt erschwert werden.
IV	A	2	Wenn wir heute auf das Sozialministerium zugehen, bekommen wir allerdings kaum mehr Unterstützung. Vor allem wenn es um innovative Ideen wie einen neuen Workshop aufbauen oder zum Beispiel alle Wohnberater im sozialen Bereich in ein Netzwerk zu integrieren geht, wird man heute nur weitergeschickt	Die Zusammenarbeit mit dem Sozialministerium, vor allem bei innovativen Ideen oder Workshops wird immer schlechter.	

ID4 - MutMacherMenschen gemeinnützige eG

	A	1	Also die MutMacherMenschen sind eine soziale Produktivgenossenschaft für Menschen die nach einer schweren psychischen Erkrankung oder einer seelischen Krise so langsam wieder ins Arbeitsleben zurückfinden wollen. Das sind Menschen, die lange erwerbsunfähig waren, weg vom ersten Arbeitsmarkt und das über einen langen Zeitraum. Diese erhalten alle eine EU-Rente, also die Erwerbsminderungsrente oder Grundsicherung und sind eigentlich auf dem ersten Arbeitsmarkt nicht mehr vermittelbar. Und das ist auch der Grund gewesen, warum die Genossenschaft 2014 gegründet worden ist. Es gab ein Projekt von Lehmbau und da ging es um die Vermittlung auf dem ersten Arbeitsmarkt und man musste feststellen, dass es Menschen gab, die noch schwächer waren, für welche es einfach keinen geeigneten Arbeitsplatz gab. Das war der Grund und der Anlass dazu, eine Genossenschaft zu gründen um für diese Menschen Arbeitsplätze zu schaffen. Das war die Grundlage dafür, dass man nochmal eine Zwischenstufe aufbauen wollte.	Die MutMacherMenschen eG ist eine Produktivgenossenschaft für Menschen mit schweren psychischen Erkrankungen, die auf dem normalen Arbeitsmarkt keine Chance auf einen Arbeitsplatz haben. Ein anderes Projekt in der Region zeigte, dass es eine Personengruppe gibt, die auf dem ersten Arbeitsmarkt nicht vermittelt werden kann. Für diese Zielgruppe wurde 2014 die Sozialgenossenschaft MutMacherMenschen eG gegründet.	K1 Die Genossenschaft beschäftigt Menschen mit schweren psychischen Erkrankungen und unterstützt damit eine Personengruppe, die auf dem freien Arbeitsmarkt kaum Chancen auf einen Arbeitsplatz hat.
I	A	2	Ja, zum Teil. Zum Teil selbst betroffen und auch von den Angeboten die es auf dem Markt gibt frustriert, weil diese nicht gut passen.	Die Angebote auf dem Markt wurden für unzureichend empfunden, weswegen man eine Alternative schaffen wollte.	
I	A c)	1	Ich habe diese Frage mit der Lokalität gesehen und denke, diese Sozialgenossenschaft könnte man so überall gründen. Ich habe mir Gedanken darüber gemacht und ich glaube der Bedarf ist deutschlandweit relativ gleich oder ähnlich und ich denke deswegen, dass man eine Sozialgenossenschaft wie unsere überall gründen könnte. Die Lokalität spielt also eher keine Rolle. Bei uns hat sich das aus der BAL, der Beteiligung am Leben, die es seit 2005 bei uns im Raum gibt, heraus entwickelt.	Das Geschäftsmodell der Genossenschaft könnte in jeder anderen Region auch umgesetzt werden. Der Bedarf ist deutschlandweit gegeben. Die Sozialgenossenschaft entstand aus der regionalen "Initiative Beteiligung am Leben" von 2005.	K3 Eine regionale Initiative war Startpunkt für die Genossenschaft, außerdem wird sie durch die Stadt unterstützt.
I	A c)	2	Wir haben auch engen Kontakt zum Freiwilligenzentrum in Augsburg, das uns hin und wieder neue Leute vermitteln kann.	Das Freiwilligenzentrum Augsburg vermittelt manchmal Personal.	
I	A d)	1	Ich selbst bin über meine ehrenamtliche Tätigkeit „reingerutscht“	Ehrenamtliches Engagement war der Beginn bei der Genossenschaft.	K4 Ehrenamtliches Engagement ist für die Umsetzung und den Betrieb der Genossenschaft unabdinglich.
I	A d)	2	Dann habe ich mich zuerst ehrenamtlich engagiert. Das war der Einstieg für mich und wir haben auch nach wie vor ehrenamtliche Mitarbeiter und die brauchen wir auch dringend. Wir haben im Vorstand aktuell 2 Personen, die das rein ehrenamtlich machen, wir haben im Aufsichtsrat Menschen sitzen, die das rein ehrenamtlich machen und generell könnten wir unser Projekt ohne ehrenamtliche Mitarbeiter gar nicht am Laufen halten.	Ehrenamtliche Mitglieder spielen eine wichtige Rolle für die Sozialgenossenschaft. Der Vorstand und der Aufsichtsrat besteht zum Teil aus Ehrenamtlichen und ohne ehrenamtliches Engagement wäre die Umsetzung der Sozialgenossenschaft generell nicht möglich.	
I	B a)	1	Ein Hauptproblem bei der Gründung war natürlich die Finanzierung. Eine Genossenschaftsgründung an sich kostet, soweit ich das von meiner Kollegin erfahren habe, so um die 5.000€ bis 6.000€ an Verwaltungsgebühren. Und dabei hat man dann ja noch nicht einmal einen Business Plan oder ein Konzept, welches entwickelt werden muss	Die Finanzierung war ein Hauptproblem bei der Gründung der Genossenschaft.	K5 Die Finanzierung und das Aneignen der rechtlichen Grundlagen waren Problemstellungen bei der Gründung. Die Prüfung wird außerdem als sehr arbeitsintensiv wahrgenommen.
I	B a)	2	Dann natürlich auch das Know-how. Wie mach ich das? Was brauch ich alles? Business Plan, Satzung, etc. und da waren ein paar Leute dabei, die sehr engagiert, ehrenamtlich das Ding auf die Beine gestellt haben. Unter anderem auch ein selbst Betroffener, der sich sehr viel eingelesen und informiert hat, sich mit den rechtlichen Hintergründen auseinandergesetzt hat und somit einen sehr großen Beitrag zur Gründung geleistet hat.	Das nötige Know-how für eine Genossenschaftsgründung musste auch erst angelehrt werden. Hierbei kommt es auf Einzelne an, die sich für rechtliche Grundlagen, Satzung u.Ä. die Zeit nehmen.	
I	B a)	3	Es ist sehr aufwendig und arbeitsintensiv, weil zum Beispiel auch jedes Protokoll nachgewiesen werden muss. Auf der anderen Seite zwingt es uns auch dazu immer sauber zu arbeiten	Die Prüfung ist sehr aufwendig und arbeitsintensiv, zwingt aber auch zu einer genaueren Arbeitsweise.	

I	B c)	1	Wenn man es von Grund auf aufzieht, braucht man Leute die eine tolle Idee haben, die einen Bedarf sehen und dann das Engagement haben das hochzuziehen. Da braucht man wirklich aktive Leute die den Mut haben das anzupacken und das auszuprobieren.	Zur Gründung und dem Aufbau einer Sozialgenossenschaft benötigt man sehr engagierte Leute, die eine gute Idee haben, einen Bedarf wahrnehmen und den Mut haben so ein Projekt durchzuführen.	K6 Für die Umsetzung eines derartigen Projektes sind engagierte Leute, die eine Umsetzung durchführen und sich langfristig engagieren, erfolgskritisch. Die Vielfalt der Mitglieder ist wichtig für die Entwicklung und Gestaltung der Sozialgenossenschaft.
I	B c)	2	Deswegen braucht man auf jeden Fall Leute die stetig dabei sind und wir brauchen insbesondere auch die Ehrenamtlichen. Ich finde auch, dass es bei uns diese Kombination aus staatlicher Unterstützung und der Möglichkeit unsere Produkte auf dem freien Markt zu verkaufen, ist.	Man braucht auf jeden Fall Leute die sich langfristig engagieren und auch Ehrenamtliche. Die Kombination aus staatlicher Unterstützung und der eigenen Umsatzgenerierung ist ebenfalls eine Besonderheit.	Die Kombination aus staatlicher Unterstützung und selbstständiger Umsatzgenerierung ist ein besonderes Modell.
I	B c)	3	Aber letztendlich liegt es an den Leuten die so ein Projekt umsetzen und an den Mitarbeitern, die sich dann mitengagieren und auch Ideen liefern. Das macht uns aus. Wir haben tolle Leute, die aus unterschiedlichsten Berufen kommen und damit neue und andere Ansätze einbringen und auch tolle Persönlichkeiten haben. Wir haben eine Mischung vom Alter her von Ende 20 bis 65, Männer und Frauen gemischt, sehr gemischte Berufe, sehr unterschiedliche Lebenswege, das macht uns aus	Die Leute die ein derartiges Projekt umsetzen und engagierte Mitglieder sind ein kritischer Erfolgsfaktor. Die Vielfalt an Mitgliedern ist außerdem wichtig für die Entwicklung und Gestaltung der Sozialgenossenschaft.	
II	A b)	1	Ich denke, wenn man sich dann für eine Sache entscheidet, dann stehen auch alle hinter dieser Entscheidung. Es ist eben etwas anderes, wenn gemeinsam Entscheidungen getroffen werden und dann alle direkt mitziehen, als wenn beispielsweise zwei Chefs sagen, was gemacht wird und was nicht.	Beim Genossenschaftsmodell stehen alle Mitglieder auch zu und hinter den getroffenen Entscheidungen und bringen sich dadurch aktiver ein.	K7 Durch das Demokratieprinzip werden alle Mitglieder in Entscheidungen eingebunden und dadurch gleichzeitig aktiviert. Die Prüfung wird außerdem als gutes Tool zur Sicherstellung der Wirtschaftlichkeit angesehen.
II	A b)	2	Da standen dann wirklich auch alle dahinter und man hat gemerkt, dass das gemeinschaftlich beschlossen wurde und sich deswegen auch alle reinhängen. Wir haben die Räume mit unseren Mitarbeitern zum Teil selbst ausgebaut und dieser Umzug ist toll gelaufen und eben ein gutes Beispiel warum die genossenschaftlichen Prinzipien so gut sind für uns. Da hat auch keiner etwas von Überstunden gesagt.	Das Commitment der Mitglieder ist durch das Mitspracherecht und das Demokratieprinzip viel höher und Überstunden werden freiwillig gemacht.	
II	A b)	3	Es ist sehr aufwendig und arbeitsintensiv, weil zum Beispiel auch jedes Protokoll nachgewiesen werden muss. Auf der anderen Seite zwingt es uns auch dazu immer sauber zu arbeiten. Das finde ich schon gut und man überlegt dann, wenn man zum Beispiel einen Wirtschaftsplan machen muss, auch genauer wie unsere Prognosen für das nächste Jahr sind und überdenkt alles viel genauer. Wahrscheinlich genauer als man es sonst machen würde. Dementsprechend würde ich sagen der Aufwand und der Nutzen gleichen sich ganz gut aus, bzw. ich sehe es eher positiv. Außerdem hat man immer eine Anlaufstelle, bei der man nachfragen kann.	Die Prüfung durch den Genossenschaftsverband ist mit großem bürokratischen Aufwand verbunden, allerdings wird so die Wirtschaftlichkeit durchgehend gewährleistet und insgesamt wird die Prüfung als eher positiv wahrgenommen.	
II	B a)	1	Wir sind eben nicht auf maximalen Gewinn ausgelegt. Wir müssen unsere Produkte natürlich verkaufen damit wir uns tragen können, haben also auch einen wirtschaftlichen Aspekt, aber an oberster Stelle steht eben die psychische Gesundheit.	Die Sozialgenossenschaft orientiert sich klar nach der psychischen Gesundheit seiner Mitglieder und nicht nach der Gewinnmaximierung.	K8 Die Sozialgenossenschaft hat die Förderung seiner Mitglieder als oberstes Ziel und stellt durch das Demokratieprinzip deren Mitbestimmung und -gestaltung sicher.
II	B b)	1	Was mir sehr gut gefällt, ist das Modell der Genossenschaft. Dass die Betroffenen selber entscheiden können oder mitentscheiden wo sich die Genossenschaft hin entwickelt.	Das Genossenschaftsmodell ist für die MutMacherMensch eG besonders für die Mitbestimmung und -gestaltung durch die Mitglieder von Vorteil.	
II	B b)	2	Und das ist das Schöne an der Genossenschaft, dass die Betroffenen selber sagen, was sie brauchen und welche Arbeitsbedingungen sie benötigen. Das ist das Interessante und Spannende an unserer Genossenschaft	Die psychisch kranken Mitglieder der Genossenschaft können selbst sagen, welche Arbeitsbedingungen sie benötigen und die Genossenschaft mitgestalten.	
II	B b)	3	Wir haben im Moment 27 Genossen, davon sind ca. dreiviertel selbst betroffen oder sind Angehörige von Betroffenen. Und in der Generalversammlung werden viele Sachen abgestimmt die für die Genossenschaft wegweisend sind.	Ca. dreiviertel der Genossen und Genossinnen sind Betroffene oder Angehörige von Betroffenen.	
II	B b)	4	Da hat man eben schon gemerkt, dass die Meinungen stark auseinander gehen, aber man einigt sich und es ist auch generell wichtig, dass verschiedene Meinungen dabei zum Tragen kommen. Dass man alles gut abwägt und Sicherheitsvorkehrungen trifft.	Bei den Versammlungen und Abstimmungen treffen viele verschiedene Meinungen aufeinander, eine Einigung wird aber trotzdem schnell erzielt. Durch die verschiedenen Ansichten wird alles besser abgewägt und mehr Sicherheitsvorkehrungen getroffen.	
III	A b)	1	Also man wusste zu Beginn relativ wenig und musste sich erst einmal einlesen und einarbeiten. Geholfen hat der Genossenschaftsverband Bayern, der GVB, dem wir angehören und der uns auch jedes Jahr prüft. Da haben wir von Anfang an Unterstützung bekommen, vor allem zu den rechtlichen Hintergründen. Zusätzlich haben wir auch noch ein Steuerbüro, das uns bei rechtlichen Fragen unterstützt und auch die Jahresbilanzen macht. Der Genossenschaftsverband ist auf jeden Fall sehr wichtig für uns. Wir haben jedes Jahr eine Prüfung, müssen dafür unsere Unterlagen einreichen und das finde ich auch sehr gut. Man fühlt sich einfach abgesichert, wenn der Verband sagt, dass alles in Ordnung ist. Manchmal ist man sich ja doch unsicher, ob die ganze Dokumentation so stimmt und da passt es einfach gut, dass die unsere Wirtschaftspläne anschauen, dass man Wirtschaftspläne überhaupt auch machen muss und einfach sauber arbeiten muss. Man kriegt eine gute Rückmeldung und wird auch auf Dinge hingewiesen, die besonders wichtig sind.	In das Genossenschaftsgesetz musste sich zuerst eingeleesen werden. Der Genossenschaftsverband Bayern stand dabei beratend zur Seite. Bei rechtlichen und finanziellen Fragen hilft ein Steuerbüro. Der Genossenschaftsverband spielt eine sehr wichtige Rolle für die Sozialgenossenschaft. Durch die regelmäßige Prüfung fühlt man sich wirtschaftlich abgesichert.	K9 Der Genossenschaftsverband stand beratend zur Seite. Rechtliche und finanzielle Fragen klärt ein Steuerbüro. Der Staat spielt eine Rolle bei der Netzwerkbildung.
III	A b)	2	Wir wären dieses Jahr vom Bayerischen Staat zu einer Veranstaltung eingeladen gewesen, bei der sich verschiedene Genossenschaften vorstellen können	Der Freistaat Bayern organisierte eine Veranstaltung für die Netzwerkbildung zwischen verschiedenen Genossenschaften.	

III	B a)	1	Dafür gab es 2014 einen Fördertopf bei der Bayerischen Staatsregierung, speziell für Sozialgenossenschaften und da haben wir einen Gründungszuschuss von 30.000€ bekommen.	Vom Bayerischen Sozialministerium erhielt man eine Gründungsförderung in Höhe von 30.000€.	K10 Die Sozialgenossenschaft wurde bei der Gründungsfinanzierung durch den Staat unterstützt. Sie erhält außerdem Zuschüsse von Bezirk und Stadt. Die Unterstützung ist finanziell aber auch in Form von Sachgütern.
III	B a)	2	Wir sind ja ein Zuverdienst-Projekt und das wird vom Bezirk Schwaben unterstützt. Wir bekommen also jedes Jahr Unterstützung vom Bezirk Schwaben. Für jeden Mitarbeiter den wir hier betreuen, kriegen wir für jede Arbeitsstunde die hier geleistet wird, eine Unterstützung vom Bezirk Schwaben und damit sind eigentlich unsere Gehälter der Festangestellten gedeckt.	Der Bezirk Schwaben unterstützt die Sozialgenossenschaft ebenfalls. Dieser gibt einen Zuschuss für jeden Mitarbeiter der betreut wird und dadurch deckt die Genossenschaft ihre Festgehälter.	
III	B a)	3	Auf der einen Seite haben wir also die staatliche Unterstützung vom Bezirk Schwaben, die sehr wichtig ist und ohne die es nicht gehen würde und auf der anderen Seite müssen wir auch unsere Produkte gut verkaufen, damit wir uns insgesamt selber tragen können. Ich finde also schon, dass wir insgesamt gut unterstützt werden. Auch die Stadt Augsburg finanziert jedes Jahr den Mittagstisch mit.	Die staatliche Unterstützung ist sehr wichtig, allerdings muss die Produktivgenossenschaft auch ihren eigenen Absatz sichern. Die Stadt Augsburg beteiligt sich ebenfalls mit einem Veranstaltungszuschuss.	
III	B a)	4	Es gibt also schon viele Töpfe vom Staat, wo man Unterstützung bekommt. Man muss aber natürlich selbst dahinter sein und nachfragen. Bei unserem Umzug haben wir zum Beispiel eine Kreissäge gebraucht. Die ist sehr teuer und auch da haben wir Unterstützung vom Staat bekommen.	Es gibt viele verschiedene staatliche Fördertöpfe, die erste Initiative muss von aber von der Genossenschaft kommen. Auch bei Sachgütern kann Unterstützung beim Staat angefragt werden.	

ID5 - Spiegelfabrik Baugenossenschaft eG

I	A	1	Die Genossenschaft gibt es jetzt seit über drei Jahren. Gegründet wurde die Genossenschaft als Teil eines Wohnprojektes in Fürth. Sie war als reine Wohnungsbaugenossenschaft angedacht, zu der sich damals vier befreundete Familien zusammenschließen wollten. Eine der Familien besaß ein Grundstück mit einer alten Fabrikanlage, welches neu genutzt werden sollte. Dafür gab es dann mehrere Überlegungen, wie zum Beispiel das Bauen einer Boulder Halle oder von Lofts. Man hat dann bei der Analyse festgestellt, dass Lofts auf diesem Grundstück nur für sehr reiche Bürger erschwinglich wären und im Grunde eine Platzverschwendung wären.	Ursprünglich war die Idee eine Wohnungsgenossenschaft zu gründen und eine Boulder Halle oder Lofts zu bauen. Das sind die Lofts in Fürth wieder nur wohlhabende Bewohner leisten hätten können, kam es zu einem umdenken.	K1 Die Genossenschaft ist als Teil einer Bau GbR zur Errichtung und Vermietung von (Sozial-) Wohnungen für Behinderte, Geflüchtete oder Ältere gegründet worden, um diesen Personengruppen Zugang zu kostengünstigen Wohnungen gewährleisten zu können.
I	A	2	Daraufhin ist dann die Idee gereift, dass man stattdessen Wohnung für Menschen mit Behinderung, für Geflüchtete oder für ältere Menschen errichten könnte. Nachdem nicht viele Personen oder Familien so viel Eigenkapital zur Verfügung haben, um sich eine Eigentumswohnung leisten zu können, kam die Idee auf, diesen Familien den Zugang über eine Wohnungsbaugenossenschaft zu ermöglichen	Es sollten schließlich Wohnungen für Menschen mit Behinderung, Geflüchtete oder ältere Menschen errichtet werden. Um diesen Personen einen kostengünstigen Zugang zu den Wohnungen gewährleisten zu können, wurde eine Wohnungsbaugenossenschaft gegründet.	
I	A	3	Der Plan war lediglich Wohnraum zu schaffen, mit 17 Wohnungen, 8 davon vom Bayerischen Fördergesetz geförderte Sozialwohnungen, in denen auch nur Personen mit Wohnberechtigungsscheinen wohnen dürfen und Zuschüsse vom kommunalen Sozialamt bekommen und dadurch viel weniger Miete bezahlen als im Mietvertrag festgelegt ist.	Ein Teil der Wohnungen wurden als Sozialwohnungen errichtet und durch das Bayerische Fördergesetz bezuschusst. Mieter mit Wohnberechtigungsscheinen erhalten außerdem Zuschüsse vom regionalen Sozialamt und können damit günstiger mieten.	
I	A	4	Dafür haben wir einen extra Verein gegründet. Allgemein ist das Konstrukt ein wenig diffizil. Es gibt das Wohnprojekt in Form einer Eigentümergemeinschaft, diese ist im Moment aber noch eine Bau GbR und wir sind als Genossenschaft ein Gesellschafter dieser GbR mit einem Anteil von ca. 23%; entsprechend der Anzahl der Wohnungen die man am Gesamtprojekt besitzt. Bei den restlichen Wohnungen handelt es sich um Einzeleigentümer, mit der Ausnahme des ursprünglichen Besitzers des Grundstückes und des Gebäudes. Dieser wird eine Studenten-WG, eine persönliche Wohnung und eine Wohnung für seine Eltern besitzen. Alle anderen Eigentümer besitzen maximal eine Eigentumswohnung. Somit hat die Genossenschaft die meisten Anteile und stellt die Haus- und Projektverwaltung.	Das Projekt besteht aus einer Bau GbR, einer Genossenschaft und einem Verein. Die Genossenschaft ist mit einem Anteil von 23% Gesellschafter der Bau GbR, die später zu einer Eigentümergemeinschaft umgewandelt werden soll. Die Genossenschaft hält die meisten Anteile und stellt die Haus- und Projektverwaltung.	
I	A a)	1	Ich bin ausgebildeter Sozialpädagoge mit Masterabschluss in Erwachsenenbildung und hatte auch ein bisschen den Schwerpunkt Quartiersmanagement. Ich arbeite hauptberuflich in Teilzeit für einen großen Kinder- und Jugendverband in Nürnberg und bin dort auch mitverantwortlich für Jahresabschlüsse und Finanzen. Dementsprechend hat die Rolle des Vorstandes gepasst. Der damalige Kollege, der leider nicht mehr Teil des Projektes ist, war von Beruf Kaufmann und hatte zu Beginn alle kaufmännischen Aspekte, wie Jahresabschlüsse, Finanzfragen, Buchhaltung, Korrespondenz mit der Steuerberatung und externen Ansprechpartnern wie Finanzamt oder IHK, zu verantwortet. Mittlerweile ist das alles auf meine Kollegin und mich aufgeteilt.	Der Gründer ist selbst ausgebildeter Sozialpädagoge mit Masterabschluss mit Fokus auf Erwachsenenbildung und Quartiersmanagement. Der zweite Gründer kümmerte sich als Kaufmann um Aspekte wie Jahresabschluss, Finanzfragen und Buchhaltung und führe die Korrespondenz mit der Steuerberatung und externen Ansprechpartnern, wie Finanzamt oder IHK.	K2 Die Gründer vereinten den sozialen Hintergrund (Sozialpädagoge) mit einem wirtschaftlichen Hintergrund (Kaufmann).
I	A c)	1	Wir als Genossenschaft werden, sobald das Gebäude fertig ist, die Projektverwaltung machen, was nicht nur die Wohnungen, sondern auch Gemeinschaftsflächen und -räumlichkeiten miteinschließt. Wir haben von der Stadt Fürth ein Quartiersbüro im Erdgeschoss, welches klassische Quartiersarbeit im Rahmen der koordinierten Stadtteilnetzwerke macht. Vereinfacht gibt es davon vier, Norden, Westen, Süden, Osten und wir haben quasi das Quartiersbüro Fürth Oststadt.	Die Genossenschaft wird die Projektverwaltung verantworten und stellt für die Stadt Fürth das Quartiersbüro Fürth Oststadt und ist damit aktiv an der Quartiersentwicklung beteiligt.	

K3 Die Genossenschaft entstand aus einer lokalen Problemstellung heraus und ist fest an der Quartiersentwicklung beteiligt. Dabei arbeitet sie eng mit der Stadtverwaltung zusammen.

I	A c)	2	Ich glaube, dass da schon viel möglich ist, muss aber dazu sagen, dass so eine Genossenschaft immer aus einem lokalen Mangel heraus erwächst, gegen welchen politisch oder rechtlich nicht genug unternommen wird. Gäbe es zum Beispiel genug sozialen Wohnraum in Nürnberg, bzw. bei uns in Fürth, dann würde sich die Frage der Beteiligung an einer Genossenschaft wie der unseren für die meisten gar nicht stellen.	Genossenschaften entstehen aus einem lokalen Mangel heraus. Ähnliche Konzepte können an verschiedenen Standorten funktionieren, aber die lokalen Anforderungen sind entscheidend.	
I	B a)	1	Naja, man wollte vor allem nicht selber gründen, da man sich schon informiert hatte und dann bei der Umsetzung auch feststellen musste, dass so eine Genossenschaftsgründung nicht sehr einfach ist. Man muss einerseits diverse gesetzliche Anforderungen erfüllen, andererseits muss man Wirtschaftspläne für zehn Jahre erstellen und sicherstellen wie das Wirtschaften nachhaltig und ohne Insolvenzgefahr funktionieren kann.	Die Genossenschaftsgründung ist mit sehr viel Aufwand verbunden. Die diversen gesetzlichen Anforderungen und die umfangreichen Wirtschaftspläne stellen eine Hürde bei der Gründung dar.	K5 Eine Genossenschaftsgründung ist mit sehr hohem finanziellem und zeitlichem Aufwand verbunden. Durch die umfangreiche Prüfung ist sie zwar eine der sichersten Formen des Wirtschaftens, die umfangreichen Wirtschaftspläne und Konzepte stellen aber auch eine Hürde bei der Gründung dar. Bei der Spendenakquise hat der gemeinnützige Verein Vorteile gegenüber der Genossenschaft.
I	B a)	2	Das ist ja auch der Grund, warum die Genossenschaft in Deutschland eine der sichersten Formen des Wirtschaftens ist, weil bereits bei der Gründung schon so hohe Anforderungen gestellt werden. Man muss auch dem Verband zuerst ein Konzept vorlegen. Dieser überprüft dann erstmal den vorgelegten Finanzplan und erst dann gab es unsere Gründungsversammlung und die Eintragung in das Genossenschaftsregister und dann war der Prozess erst abgeschlossen.	Die Genossenschaft ist durch die Prüfung durch den Verband eine der sichersten Form des Wirtschaftens in Deutschland. Erst nach Vorlage eines Konzeptes und Finanzplans darf die Genossenschaft im Zuge einer Gründungsversammlung und durch Eintragung in das Genossenschaftsregister gegründet werden.	
I	B a)	3	Zusätzlich ist noch ein gemeinnütziger Verein gegründet worden, der der Trägerverein für das Quartiersbüro sein wird, was vor allem finanzielle Gründe hat, da es viele Fördermittel gibt die Gemeinnützigkeit voraussetzen und weil man auch beim Thema Spendenakquise breiter aufgestellt sein wollte. Nur als gemeinnütziger Verein kann man zum Beispiel auch steuerwirksame Spendenquittungen ausstellen. Das ist leider auch als Sozialgenossenschaft nicht möglich.	Zusätzlich wurde aus finanziellen Gründen ein gemeinnütziger Verein gegründet. Dieser wird der Trägerverein für das Quartiersbüro sein. Der gemeinnützige Verein hat gegenüber der Sozialgenossenschaft Vorteile bei der Spendenakquise und kann steuerwirksame Spendenquittungen ausstellen.	
I	B a)	4	Wir sind nach dem HGB, aber auch nach dem Genossenschaftsgesetz eine Klein- bzw. Kleinstgenossenschaft, was von der Bilanzsumme abhängt. Wir werden allerdings jetzt jährlich geprüft, da unsere Bilanzsumme zwei Millionen Euro übersteigt. Ist die Bilanzsumme unter zwei Millionen Euro, findet die Prüfung lediglich zweijährig statt. Die Prüfung ist dabei sehr aufwendig. Wir sind Mitglied beim PDK in Berlin und haben dort einen festen Ansprechpartner.	Je nach Bilanzsumme werden Genossenschaften unterschiedlich oft geprüft. Die Spiegelfabrik war zu Beginn eine Klein- bzw. Kleinstgenossenschaft, wir mittlerweile auf Grund ihrer Bilanzsumme von über zwei Millionen Euro jährlich geprüft.	
I	B b)	1	Eine zweite Problemstellung ist bei uns die Kooperation mit der Bank. Wir sind, wie wahrscheinlich jede Sozialgenossenschaft, darauf angewiesen, dass wir nicht 100% unseres Eigenkapitals selbst erbringen müssen.	Die Sozialgenossenschaft ist darauf angewiesen, nicht 100% ihres Eigenkapitals selbst erbringen zu müssen. Die Kooperation mit der Bank ist aber schwierig.	K5 Die Kooperation mit einer Bank, bzw. die Kooperationsbereitschaft von Banken und der Zugang zu Krediten sind, vor allem für kleinere Genossenschaften, große Problemstellungen.
I	B b)	2	Seit den Basel Verordnungen, auf Grund der Finanzkrise, sind die Voraussetzungen als Kapitalgesellschaft liquide Mittel oder Kredite von einer Bank zu bekommen ziemlich drakonisch geworden, im Vergleich dazu, wenn man als Privatperson einen Kredit aufnehmen möchte. Das einzubringende Eigenkapital der Genossenschaft beträgt 38%, was auch aus Sicht unseres Wirtschaftsprüfers ungewöhnlich viel ist. Wir erhalten derzeit auch keine weiteren Kredite mehr, auch nicht, wenn die Baukosten steigen sollten. Das liegt vor allem daran, dass für die Wertschätzung der genossenschaftlichen Wohnungen ein völlig anderer Maßstab verwendet wird als für die Eigentumswohnungen der Privatpersonen. Sogar obwohl die Wohnungen im selben Gebäude sind und auch wenn eine private Eigentumswohnung nebenan ist, haben unsere Wohnungen einen rund ein Drittel geringeren Wert.	Die Basel Verordnungen haben es für Genossenschaften schwieriger gemacht an Kreditmittel zu kommen. Dies liegt unter anderem an den unterschiedlichen Bewertungskriterien des Anlagevermögens gegenüber z.B. privaten Anlegern.	
I	B b)	3	Diesen Umstand haben wir auch schon bei vielen Kooperationspartnern aus der Politik angemerkt, wie der Stadt Fürth, dem Bundesforum für genossenschaftliches Wohnen, dem Bayerischen Sozialministerium, als auch dem Bundesministerium. Diese wissen um die Problematik, dass gerade Kleinstgenossenschaften regelmäßig Schwierigkeiten haben an Kredite zu kommen, obwohl Genossenschaften so eine wirtschaftlich sichere Organisationsform sind.	Die Problematik der Kreditbeschaffung wurde bereits bei verschiedenen politischen Stellen, wie der Stadt Fürth, dem Bundesforum für genossenschaftliches Wohnen, dem Bayerischen Sozialministerium oder auch dem Bundesministerium angeführt.	
I	B b)	4	Außerdem gibt es generell sehr wenige Banken die überhaupt Kreditverträge mit kleinen oder Kleinstgenossenschaften abschließen.	Generell gehen sehr wenige Banken eine Kooperation mit Kleinstgenossenschaften ein.	
I	B b)	5	Die generelle Bereitschaft von Banken sich sonst mit dem Thema Genossenschaftsfinanzierung zu beschäftigen ist in Bayern, als auch insgesamt in Deutschland, nicht sehr breit aufgestellt.	Die Bereitschaft von Banken sich mit dem Thema Genossenschaftsfinanzierung zu beschäftigen ist deutschlandweit gering.	
I	B c)	1	Zusätzlich hat unser Wohnprojekt einen Projektberater, der bis vor kurzem auch Teil des Vorstandes einer Wohnungsbaugenossenschaft war. Dieser hat neben der Projektberatung und -steuerung, insbesondere das Wissen über das ganze Antragsverfahren für Sozialwohnungen mitgebracht. Ohne diese Kompetenz hätten wir das ganze Projekt bestimmt nicht so gut hinbekommen.	Der Projektleiter der als Teil des Vorstandes für die Projektberatung und -steuerung war, brachte unter anderem die nötige Kompetenz für Antragsverfahren und ähnliches mit.	K6 Für die Umsetzung einer Sozialgenossenschaften sind Menschen die Verantwortung übernehmen, Durchhaltevermögen zeigen, das nötige Know-how und die nötige Vernetzung

I	B c)	2	Diese würden sicher gerne auch weitere Gründungen von Sozialgenossenschaften fördern, aber dazu braucht es auch die Menschen, die so eine Verantwortung übernehmen. Unabhängig ob man einen Dorfladen, eine Wohnbaugenossenschaft oder eine Sozialgenossenschaft mit Schwerpunkt auf der Integration von Menschen mit Behinderung gründet, braucht man immer Leute, die das ehrenamtlich bzw. unentgeltlich auf sich nehmen und so viel Durchhaltevermögen haben.	Für die Umsetzung einer Sozialgenossenschaft benötigt man immer Menschen, die Verantwortung übernehmen, Durchhaltevermögen haben und ein derartiges Projekt ehrenamtlich bzw. unentgeltlich aufbauen.	besitzen und sich ehrenamtlich bzw. unentgeltlich engagieren, erfolgskritisch.
II	A b)	1	Im Grunde war es der Notwendigkeit geschuldet, dass Leute mitmachen können sollten, die nicht unbedingt einen Kredit von der Bank bekommen, weil sie zum Beispiel selbstständig tätig sind.	Die genossenschaftliche Rechtsform ermöglicht es Leuten die beispielweise auf Grund von Selbstständigkeit keinen Bankkredit bekommen, Einladen zu tätigen und eine Wohnung zu kaufen.	K7 Durch die Genossenschaft können verschiedene Personengruppen Wohnungseigentümer werden und durch freiwillige Einlagen Mietkosten senken.
II	A b)	2	Diese Genossinnen haben dann auch noch freiwillige Einlagen bei uns getätigt, wodurch sich anteilmäßig ihr Nutzungsendgeld reduziert.	Durch freiwillige Einlagen können Genossen und Genossinnen ihr Nutzungsendgeld reduzieren.	
II	B a)	1	Das Förderprinzip ist in unserer Satzung ebenfalls sehr umfassend definiert. Dieses bezieht sich letztendlich auf die Schaffung von Wohnraum und die finanzielle Förderung der Mitglieder und ist sehr wichtig bei Baugenossenschaften, da es so viele Verträge mit externen Dienstleistern und Partnern gibt.	Das Förderprinzip ist in der Satzung explizit definiert. Es bezieht sich auf die Schaffung von Wohnraum und die finanzielle Förderung der Mitglieder.	K8 Die Förderung der Mitglieder und die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum stehen im Mittelpunkt der Genossenschaft. Das Demokratieprinzip führt auf Grund der Organisationsstruktur mit GbR,
II	B b)	1	Zum Beispiel soll es Kinderkonferenzen geben, bei denen sogar die Kinder ab sechs Jahren mitbestimmen bzw. mitgestalten können. Das ist in keiner Rechtsform außer dem Verein möglich und deswegen haben wir unter anderem auch unseren gemeinnützigen Verein gegründet. Die Demokratieprinzipien sind also elementar wichtig für uns und wir stimmen auch regelmäßig nach einem Konsensmodell ab, bei dem zwischen voller Zustimmung bis hin zum Veto verschiedene Kriterien gewählt werden können.	Der gemeinnützige Verein macht auch eine aktive Teilnahme von nicht-volljährigen Mitgliedern möglich. Das Demokratieprinzip ist generell sehr wichtig für die Organisation.	Genossenschaft und gemeinnützigem Verein teilweise zu Schwierigkeiten in der Entscheidungsfindung und der Mitbestimmung in der GbR.
II	B b)	2	Das kann sehr anstrengend sein, weil doch sehr viele subjektive Meinungen aufeinander treffen, vor allem wenn es um kostensteigernde Maßnahmen geht und einige dann am liebsten Konzept- und Projektgrundsätze von Bord schmeißen würden um Geld zu sparen. Solche Themen ziehen dann natürlich immer Diskussionen nach sich.	Das Demokratieprinzip stellt teilweise eine Problematik dar, da so viele verschiedene subjektive Meinungen aufeinander treffen.	
II	B b)	3	Das verkompliziert sich bei uns auch noch dadurch, dass die Genossenschaft als Teil der GbR bei Diskussionen von unserem Vorstand vertreten wird, unsere Genossenschaftsmitglieder aber dennoch ihr Mitbestimmungsrecht haben möchten, welches sie aber gegenüber der GbR nicht direkt haben.	Da die eG ein Teil der GbR ist, wird das Demokratieprinzip auf Genossenschaftsebene durchgesetzt und dann anteilig bei der GbR eingebracht. Die Mitglieder würden aber gerne direkt bei der GbR Mitspracherecht haben.	
II	B b)	4	Es gibt also sehr hitzige Diskussionen, die sehr langwierig werden können und dafür braucht es dann Geduld und die richtige Moderation.	Das Demokratieprinzip führt zu teils hitzigen Diskussionen, die durch richtige Moderation geleitet werden müssen	
III	A b)	1	Dazu gab es dann mehrere Gespräche mit eingesessenen Wohnungsbaugenossenschaften,	Informationen zur Gründung erhielt man von eingesessenen Wohnungsbaugenossenschaften.	K9 Unterstützung und Beratung erhielt die Genossenschaft durch Best-Practice-Beispiele, den Genossenschaftsverband und das Sozialministerium.
III	A b)	2	Wir haben viel Unterstützung vom Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften (ZDK) erhalten, dem Dachverband des PDK Berlin, dem wir angehören. Dieser hat auch schon vor Corona viele Webinare zu Themen wie Aufgaben des Vorstandes, Aufgaben des Aufsichtsrates, Notwendigkeiten im Jahresabschluss, usw. zur Verfügung gestellt. Diese haben uns in der Gründungszeit vor allem bei den Finanzfragen sehr weitergeholfen.	Unterstützung und Beratung erhielt man vom Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften. Dieser bietet viele Webinare zu genossenschaftlichen Themen wie Aufgaben des Vorstandes/Aufsichtsrates. Auch bei Finanzfragen war der Verband ein guter Ansprechpartner.	
III	A b)	3	Ich würde sagen, dass die Einstellung der beteiligten Ministerien und Referate, die sich um das Thema Sozialgenossenschaften kümmern, sehr positiv und hilfsbereit ist. Die MitarbeiterInnen waren immer sehr bemüht und haben uns sehr gut zu Voraussetzungen und möglichen Schwierigkeiten bei der Antragsstellung beraten.	Die Unterstützung und Beratung durch das Sozialministerium war sehr positiv.	
III	B a)	1	Zusätzlich ist noch ein gemeinnütziger Verein gegründet worden, der der Trägerverein für das Quartiersbüro sein wird, was vor allem finanzielle Gründe hat, da es viele Fördermittel gibt die Gemeinnützigkeit voraussetzen und weil man auch beim Thema Spendenakquise breiter aufgestellt sein wollte. Nur als gemeinnütziger Verein kann man zum Beispiel auch steuerwirksame Spendenquittungen ausstellen. Das ist leider auch als Sozialgenossenschaft nicht möglich.	Der gemeinnützige Verein wurde aus finanziellen Gründen gegründet und wird der Trägerverein für das Quartiersbüro sein. Der gemeinnützige Verein hat gegenüber der Sozialgenossenschaft Vorteile bei der Spendenakquise und kann steuerwirksame Spendenquittungen ausstellen.	K10 Die Finanzierung der Sozialgenossenschaft stellt sich aus den Einlagen der Mitglieder und Fördermitglieder, der Förderung durch das Sozialministerium, Spendenquittungen durch den gemeinnützigen Verein und Kreditmitteln der Landesbodenkreditanstalt zusammen.
III	B a)	2	Wir haben dann Fördermittel erhalten, um ein sehr umfassendes Konzept für nachhaltiges, bürgerschaftliches Engagement hinsichtlich verschiedenster Zielgruppen, wie Alleinerziehende, ältere Menschen, Jugendliche, Familien mit Kindern, usw. zu erstellen. Für dieses 70-Seiten Konzept haben wir dann die Förderung für Sozialgenossenschaften bekommen.	Die Förderung des Bayerischen Sozialministeriums erhielt man für die Entwicklung eines umfassenden Konzeptes zu nachhaltigem, bürgerschaftlichen Engagement hinsichtlich verschiedenster Zielgruppen, wie Alleinerziehende, Senioren, Jugendliche, Familien, etc.	

III	B a)	3	Bei den freiwilligen Anteilen handelt es sich auch um einen Grundpfeiler unserer Finanzierung, da jede Einlage, die über die Pflichteinlage hinausgeht, den Betrag senkt, den wir uns zusätzlich von einer Bank als Kredit holen müssen. Unsere Finanzierung setzt sich also zusammen aus den Pflichtanteilen der Genossen und Genossinnen, den Fördermitteln für zum Beispiel die Konzepterstellung als Sozialgenossenschaft oder der Förderung für selbstbestimmtes Leben im Alter und den Fördermitgliedern, die von unseren ca. 2,4 Millionen gesammelten Euro ca. 400.000€ eingelegt haben. Sobald wir Erlöse erwirtschaften, erhalten diese auf ihre Einlage dann eine Dividende von mindestens 0,5%, in unserem Fall rechnen wir sogar eher mit 1-1,5%. Dies macht uns als Genossenschaft, bei der aktuellen Zinspolitik natürlich attraktiv für Geldeinlagen.	Die Finanzierung der Genossenschaft stellt sich zusammen aus den Pflichteinlagen der Mitglieder, den Fördermitteln von Staat und Initiativen und den freiwilligen Einlagen von Fördermitgliedern.	
III	B a)	4	Dadurch haben wir auch die Kreditmittel von der Landesbodenkreditanstalt für unsere Sozialwohnungen bekommen. Das sind objektabhängige und belegungsabhängige Darlehen, die natürlich supergünstige Konditionen haben, mit einer Laufzeit von 80 Jahren und einer sehr geringen Tilgung. Dieses Modell ist für eine Genossenschaft, die als Ziel nicht die Schuldenfreiheit hat, optimal.	Weitere Kreditmittel erhält man von der Landesbodenkreditanstalt.	
IV	A	1	Gäbe es eine qualitative Nahversorgung in dörflichen Strukturen auf dem Land, gäbe es auch nicht das Bedürfnis eines Dorfladens. Das heißt, diese Sozialgenossenschaften entstehen da, wo der Staat in seiner Verantwortung quasi versagt. Deswegen sollte man, bevor man versucht die Sozialgenossenschaften größer zu machen und auszubauen um Mängel zu beheben, den Ansatz verfolgen, dass diese Mängel seitens des Gesetzgebers beseitigt werden. Wenn dies weiterhin nicht geschieht, sind diese Sozialgenossenschafts-Konstrukte auf einer größeren Ebene vielleicht die notwendige Lösung.	Dorfläden entstehen auch nur dort, wo die es keine qualitative Nahversorgung gibt. Sozialgenossenschaften entstehen da, wo der Staat seine Verantwortung vernachlässigt. Die Verantwortung sollte also immer zu erst beim Staat liegen, nur wenn dieser nicht handelt kann es sinnvoll sein auch größere [überregionale] genossenschaftliche Strukturen zu schaffen.	K11 Sozialgenossenschaften entstehen immer da, wo lokale Mängel herrschen und der Staat soziale Verantwortung abgegeben hat. Wenn dieser die Gründung von Sozialgenossenschaften unterstützt und fördert, kann diese Kollaboration sinnvoll sein. Die politische Priorität und Wirtschaftlichkeit ist dabei entscheidend.
IV	A	2	Aber das ist letztendlich dann die Kapitulation vor Problemstellungen, wie Pflege, Seniorenbetreuung oder Angeboten für diese Zielgruppe oder Integration von Menschen mit Behinderung, was eigentlich in die Verantwortung des Staates fällt. Wenn allerdings der Staat die Sozialgenossenschaften als Methode benutzt, um ehrenamtliches Engagement zu fördern, bzw. seine Gelder nicht selbst in die Sozialarbeit steckt, sondern damit Sozialgenossenschaften unterstützt, wäre das eine Methode um die vorhandenen Gelder effizienter für soziale Themen zu nutzen.	Die Kapitulation vor Problemstellungen wie Pflege, Seniorenbetreuung oder Angebote und Integration für/von bestimmten Zielgruppen führt zu Neugründungen bei Sozialgenossenschaften. Wenn der Staat diese Neugründungen finanziell unterstützt und das Engagement aktiv fördert, kann dies durchaus sinnvoll sein.	
IV	A	3	Ich sehe es also eher als eine Frage der politischen Priorität und der Wirtschaftlichkeit.	Das Potenzial von Sozialgenossenschaften hängt auch mit der politischen Priorität und Wirtschaftlichkeit zusammen.	

ID6 - W.I.R. Wohnen inklusive Regensburg eG

I	A	1	Im Grunde hatten wir hier in Regensburg die Situation, dass es integriertes Wohnen so wie wir es jetzt anbieten können, nicht gab. Ambulante, betreute Wohnformen für geistig behinderte Menschen, die nur wenig Unterstützung brauchen gibt es in der Stadt, aber für Menschen die eigentlich immer Hilfe brauchen gab es nur Heime. Das heißt, dafür gab es einen großen Bedarf hier in Regensburg.	In Regensburg gab es bereits ambulante, betreute Wohnformen für geistig behinderte Menschen, aber nicht in der Form wie wir es anbieten, für Menschen die immer Hilfe benötigen. Der Bedarf war also lokal gegeben.	K1 Die Genossenschaft bietet inkludiertes und betreutes Wohnen für Menschen mit Behinderung an, welche eine Rundumbetreuung zu jeder Tageszeit benötigen. Für die Sicherung der Integration, spielt die Heterogenität der Mieterschaft eine besonders wichtige Rolle.
I	A	2	Das Ganze ist aus einer Gruppe von Eltern entstanden, die eine Wohnmöglichkeit für ihre Kinder im Erwachsenenalter gesucht haben. Wir Eltern kannten uns von den Schulen und von Freizeitveranstaltungen unserer Kinder oder von Sportveranstaltungen. Die Kinder hatten selber einen Behindertenplatz in einer normalen Schule und wurden extra von einem Förderschullehrer betreut. Inklusion gab es also schon, aber der Bedarf für diese Kinder auch eine Wohnmöglichkeit zu finden bestand weiterhin. Der Wunsch der Eltern war es aber nicht ein gemeinsames Wohnprojekt zu schaffen, wo nur die Kinder leben sollten, sondern es sollte unbedingt eine gemischte Wohnanlage geschaffen werden. Ich selbst habe einen Sohn mit einer sehr schweren Behinderung, dem Angelman-Syndrom, welches sehr selten ist.	Eine Gruppe von Eltern gründete die Sozialgenossenschaft aus dem Anspruch heraus für ihre behinderten Kinder eine Wohnsituation zu schaffen, die sie auch im Erwachsenenalter noch nutzen können. Dafür sollte eine gemischte Wohnanlage mit inkludiertem Wohnen entstehen.	
I	A	3	Um unsere heutige Heterogenität zu erreichen und da wir auch junge Leute haben wollten und nicht nur ältere Menschen, die auch was Barrierefreies haben wollen, haben wir uns bei unseren Genossenschaftsanteilen die zu zahlen sind, während man hier wohnt, etwas Besonderes überlegt. Wir haben 40% sozialen Wohnungsbau im ganzen Haus und 60% frei finanziert. Im dritten Stock, in unseren sog. Penthouse-Wohnungen, sollten die Wohnungen 1.200€ pro Quadratmeter kosten, der soziale Wohnungsbau kostete 700€ pro Quadratmeter und im normalen freifinanzierten Bereich 900€ pro Quadratmeter. Dadurch, dass der dritte Stock teurer war, konnten wir einen Fördertopf für Familien einrichten, bei dem für jedes Kind unter 12 Jahren nochmal 100€ erlassen wurden. Die Gesetzesreform zu den Sozialgenossenschaften haben wir gar nicht gebraucht, da wir ja eigentlich eine Baugenossenschaft sind. Aber durch so viele soziale Aspekte in unserem Projekt haben wir dann auch diese Förderung erhalten. Wir haben viele Gemeinschaftsräume und das gemeinsame Leben spielt natürlich eine große Rolle.	Um Heterogenität bei der Mieterschaft zu erreichen, wurde eine Staffelung der Genossenschaftsanteile eingeführt. Der Wohnungsbau besteht zu einem Teil aus Sozialwohnungen, die deutlich günstiger sind als die frei finanzierbaren Wohnungen. Durch diese Staffelung konnte zusätzlich ein Fördertopf für Familien eingerichtet werden. Die Rechtsnovelle spielte keine Rolle für die Gründung der Genossenschaft, da es sich ursprünglich um eine Baugenossenschaft handelte. Für die soziale Ausrichtung des Projektes erhielt die Genossenschaft eine Förderung des Bayerischen Sozialministeriums.	

I	A c)	1	Das Konzept ist nur in ein gutes Quartier eingebettet vorstellbar, weil dieses Teilhaben so wichtig ist. Aber ob das in Regensburg ist oder in München oder irgendwo ist, ist egal. Der Bedarf muss da sein. Uns haben ja die Jahre über auch unendlich viele angerufen. Eltern die auch so etwas machen möchten, aber alleine so etwas nicht umsetzen können. Sonst ist das in ganz Deutschland möglich.	Für das Konzept ist es besonders wichtig, dass es gut in ein Quartier eingebettet ist. Dies ist unabhängig von der Region solange der Bedarf da ist.	K3 Die Einbettung in die lokale Infrastruktur ist besonders wichtig für die Genossenschaft.
I	A d)	1	Alles was wir geschaffen haben beruht auf ehrenamtlicher Arbeit, was so wahrscheinlich nicht nochmal umsetzbar ist.	Die Sozialgenossenschaft beruht komplett auf ehrenamtlicher Arbeit.	K4 Die Tätigkeit der Sozialgenossenschaft beruht komplett auf ehrenamtlicher Arbeit.
I	A d)	2	Wir sind also rein ehrenamtlich, hatten aber von Anfang an einen vereidigten Bausachverständiger und einen Diplom-Ökonom, der sich bis heute um alle finanziellen Sachen kümmert und beispielsweise Bankenverhandlungen auf höchst professionellem Niveau machte.	Ehrenamtliche Mitglieder brachten die wichtigsten Kompetenzen mit sich. So kümmert sich ein Diplom-Ökonom um finanzielle Themen und Bankverhandlungen.	
I	B a)	1	Es ist zwar nicht einfach alle Richtlinien einzuhalten	Es ist schwierig/aufwendig alle Richtlinien einzuhalten.	K5 Die Einhaltung bzw. Erbringung der rechtlichen Richtlinien, die Finanzierung und der mit der genossenschaftlichen Rechts- und Organisationsform verbundene Aufwand waren Problemstellungen bei der Genossenschaftsgründung.
I	B a)	2	Damals war das natürlich spannend, weil wir das Grundstück kaufen mussten und kein Geld hatten. Wir mussten dann genau berechnen, wie viel jeder der hier eine Wohnung beziehen möchte anteilig einstellen muss. Wir hatten hier ein zehn Millionen Projekt und 28% Eigenkapital.	Die Finanzierung war zu Beginn das Hauptthema, da das Grundstück erworben werden musste. Es musste berechnet werden wie viele Anteile pro Wohnung eingestellt werden müssen.	
I	B a)	3	Das Eigenkapital bringen also alle hier wohnenden Genossen und Genossinnen mit und ein paar Extragenossen. Diese mussten natürlich gefunden werden. Das ging aber nur sobald das Projekt konkreter wird, weil die Leute nur ihr Geld einstellen, wenn sie beispielsweise sagen können, ich möchte die Wohnung im Erdgeschoss mit einem Gartenanteil und möchte dann noch zwei Mauern verändern.	Das Eigenkapital wird durch die mietenden Genossen und Genossinnen erbracht. Dazu musste das Projekt erst konkretisiert werden, damit jeder seine Wohnung selbst gestalten konnte.	
I	B a)	4	Ich habe zu dem Zeitpunkt nicht gearbeitet, wegen unserem behinderten Sohn und habe mich dann um die Belegung gekümmert. Dazu haben wir hier ein Ladenlokal gemietet und ich habe mich dann über zwei Jahre immer wieder mit Leuten getroffen, denen alles erklärt, hier alles gezeigt, die nächsten Termine vereinbart usw.	Die Gründerin war Vollzeit damit beschäftigt die Belegung der Wohnungen zu bewerben und zusammenzustellen.	
I	B a)	5	Auch Herr Bürkle wollte an ganz vielen Stellen so eine Genossenschaft gründen, aber da ist auch nicht mehr entstanden. Es ist einfach so ein großer Aufwand, dass die Leute gar nicht so weit kommen, dass sie vor einer Kaufentscheidung eines Grundstückes stehen.	Herr Bürkle wollte ähnliche Konzepte in verschiedenen Städten umsetzen. Dies scheiterte jedoch an dem hohen Aufwand, den Einzelpersonen leisten müssen.	
I	B c)	1	Mein Mann hatte als Architekt das nötige technische Wissen um Beurteilungen abzugeben und mein Mitvorstand, der Herr Purschke, ist Diplom-Ökonom und leitet den Einkauf bei Siemens Healthcare und hat damit ein enormes wirtschaftliches Wissen. Er hat unter anderem auch den Business Plan entworfen.	Der Ehemann der Gründerin brachte das technische Know-how mit und der Mitvorstand Herr Purschke das wirtschaftliche Wissen. Unter anderem entwarf Herr Purschke den Business Plan.	K6 Für die Sozialgenossenschaft war es entscheidend, dass die an der Gründung beteiligten Personen alle wichtigen Kompetenzen und das nötige Know-how mitbrachten. Die Netzwerkarbeit war entscheidend für den Grundstückszuschlag.
I	B c)	2	Wir sind also rein ehrenamtlich, hatten aber von Anfang an einen vereidigten Bausachverständiger und einen Diplom-Ökonom, der sich bis heute um alle finanziellen Sachen kümmert und beispielsweise Bankenverhandlungen auf höchst professionellem Niveau machte. Ohne so etwas kann man so ein Projekt eigentlich nicht umsetzen. Ich selbst bin Juristin und Frau Purschke hat sich um die Homepage und die Öffentlichkeitsarbeit gekümmert und so hatten wir auch ehrenamtlich alles was wir gebraucht haben.	Die ehrenamtlichen GründerInnen brachten alle nötigen Kompetenzen mit. Herr Fischer als Bausachverständiger, Frau Fischer als Juristin, Herr Purschke als Diplom-Ökonom und Frau Purschke kümmerte sich um die Homepage und die Öffentlichkeitsarbeit.	
I	B c)	3	Es ging also am Anfang darum sehr viele Kontakte aufzubauen und zu bekommen.	Am Anfang war wichtig sehr viele Kontakte aufzubauen und zu bekommen.	
I	B c)	4	Über das Grundstück entscheidet der Stadtrat mit Beschlussvorlage durch die Verwaltung. Das Grundstück war dadurch viel günstiger als auf dem freien Markt. Dafür haben wir alle Fraktionen angeschrieben, die damals im Stadtrat vertreten waren und wurden auch zu allen Fraktionssitzungen eingeladen und konnten so jedem Stadtrat unser Projekt vorstellen. Es gab auch noch eine andere Genossenschaft, die an dem Grundstück interessiert war, aber da alle Stadträte unser Projekt kannten, haben wir schließlich die Berechtigung erhalten, das Grundstück zu kaufen.	Um den Zuschlag für das Grundstück zu erhalten, hat man sich mit allen politischen Parteien des Stadtrates getroffen um für das Projekt Werbung zu machen. Durch die dadurch entstandene Bekanntheit erhielt die Genossenschaft das Recht, das Grundstück zu kaufen.	
I	B c)	5	Inhaltlich haben wir natürlich alles selbst erarbeitet. Der Business Plan kam von Herrn Purschke, Ideen wie Menschen wohnen können haben wir mit Hilfe von Herrn Bürkle formuliert und insgesamt hatten wir dann schon einen recht professionellen Auftritt.	Inhaltlich wurde alles von den Gründern erarbeitet und aufgebaut. Vom Business Plan über das Konzept bis hin zur Öffentlichkeitsarbeit.	
II	A b)	1	Selbst wenn das mit einer Eigentümerwohnanlage auch gehen würde, ist die Genossenschaft für uns die viel bessere Rechtsform. Unsere Kinder sind selbst Genossen.	Die Genossenschaftsform ist deshalb von Vorteil, weil die Betroffenen selbst Genossen/Genossinnen sind.	K7/K8 Durch die Mitgliedschaft in der Genossenschaft haben die Betroffenen ein lebenslanges Wohnrecht. Zusätzlich haben sie durch das Demokratieprinzip Mitbestimmungs- und Mitgestaltungsrechte und -möglichkeiten.
II	A b)	2	Damit sind unsere Kinder nun selbst Genossen, haben ein lebenslanges Wohnrecht und dürfen in der Generalversammlung durch ihre Betreuer mitbestimmen.	Die Betroffenen haben als Genossen/Genossinnen lebenslanges Wohnrecht und Mitbestimmungsrecht.	

II	B b)	1	Das ein Drittel der Generalversammlung die Eltern der behinderten Kinder sind und ihre Stimme heben, wenn es um eine wichtige Entscheidung geht. Es ist also schon so, dass die Eltern, die sich hier mitengagiert haben auch ihre Ideen mitbringen. Wirtschaftliche Entscheidungen sind jetzt in der Generalversammlung nicht so wichtig, tilgen wir oder nicht, Gewinnverwendung, etc. Wichtig ist, dass unsere Kinder dabei sind, in der Generalversammlung dabei sind und übers Jahr auch viel da sind. Bei uns ist es natürlich so, dass wir auch bei vielen anderen Treffen Themen der Genossenschaft besprechen. Das kann auch ein Fest im Hof sein.	Bei der Generalversammlungen bringe die Eltern der Betroffenen wie die Betroffenen aktiv ihre Ideen ein. Wirtschaftliche Entscheidungen werden hier meist aber nicht behandelt, sondern separat im Vorstand/Aufsichtsrat besprochen. Genossenschaftliche Themen werden auch bei inoffiziellen Treffen, wie dem Hoffest besprochen.	
III	A b)	1	Dort habe ich Herrn Urs Bürkle kennengelernt, der so ein Modell in Freiburg als Teil der OEKOGENO bereits umgesetzt hatte. Damit hatten wir jemanden, der uns eine Rechtsform und etwas Machbares für unseren Traum gegeben hat. Wir haben uns das Projekt auch vor Ort in Freiburg angeschaut und Herr Bürkle war in der Anfangsphase dann auch unser Berater.	Herr Urs Bürkle der OEKOGENO in Freiburg stand beratend zur Seite.	K9 Unterstützung und Beratung erhält die Sozialgenossenschaft von Best-Practice-Beispielen und dem Sozialministerium.
III	A b)	2	Und Herr Bürkle war da sehr hilfreich, weil für ihn die Genossenschaften so wichtig waren, dass er die gesamte Elterngruppe überzeugt hat.	Herr Bürkle leistete außerdem wichtige Überzeugungsarbeit.	
III	A b)	3	Wir hatten das Freiburger Vorbild und für unser Konzept „Wie organisieren wir ein selbstbestimmtes Leben unserer Kinder“	Unser Konzept "Wir organisieren wir ein selbstbestimmtes Leben unserer Kinder" wurde nach dem Freiburger Vorbild [OEKOGENO] umgesetzt.	
III	A b)	4	Dafür war das Bayerische Staatsministerium für uns damals auch ein gewisser Rückhalt. Nicht nur finanziell, sondern wir hatten auch Probleme, z.B. mit der Landeskreditanstalt, weil wir ja keine Sicherheiten hatten. Da haben dann auch noch Gespräche zwischen dem Finanz- und dem Sozialministerium stattgefunden und das Sozialministerium wollte wirklich, dass das Projekt klappt. Da gab es also schon noch Probleme zu lösen und man hatte schon das Gefühl, dass wenn es Probleme gab, man beim Sozialministerium anrufen konnte und man Unterstützung und Informationen bekommen hat.	Das Bayerische Sozialministerium diente als starker Rückhalt und Berater und vermittelte unter anderem zwischen anderen politischen Stellen wie dem Finanzministerium.	
III	A b)	5	Wir haben uns dann auch ein bisschen revanchiert, indem wir zusammen mit dem Sozialministerium zwei Werbefilme gemacht haben.	Die Sozialgenossenschaft drehte zusammen mit dem Sozialministerium zwei Werbefilme	
III	B a)	1	Nach Prüfung unseres Antrages haben wir dann 30.000€ Förderung bekommen. Diese Summe hat uns sehr genutzt, weil wir wussten, dass wir eine ganze Menge Geld für das Projekt sammeln müssen und dafür braucht es vor allem auch Professionalität. Deshalb haben wir von dem Geld bestimmt die Hälfte für eine Werbeagentur verwendet, die uns das Logo, die Homepage und eine tolle Broschüre gemacht hat.	Das Bayerische Sozialministerium förderte die Genossenschaft mit 30.000€. Die Hälfte des Geldes wurde für den Online-Auftritt, Homepage und Broschüren genutzt.	K10 Die Sozialgenossenschaft wurde bei der Gründung durch das Sozialministerium finanziell gefördert.
III	B a)	2	Den Rest des Geldes haben wir für einen Vorentwurf eines Architekten verwendet. Wir hatten somit also in der Gründung die Möglichkeit für die Werbeagentur, den Steuerberater und für den Architekten-Vorentwurf.	Einen Teil der Förderung nutzte man für einen Vorentwurf eines Architekten.	
IV	A	1	Es ist nur total unwahrscheinlich, dass sich nochmal so eine Gruppe findet wie bei uns, die ohne Aufwandsentschädigung das über Jahre aufzieht. Was ich mir aber vorstellen kann, ist, dass eine Gruppe eine Idee entwickelt und dann gemeinsam mit einer der vielen jungen Genossenschaften in Deutschland zusammenarbeitet und eine soziale Idee weiterentwickelt. Bei den Grundstücksausschreibungen geht es ja meistens um eine Konzeptvorstellung und hier könnte man dann deutschlandweit so ein Konzept einbringen.	Das Konzept ist nicht standortgebunden, aber eine Gründergruppe zu finden, die so ein Projekt unendlich aufzieht ist sehr unwahrscheinlich. Die Kooperation mit einer bestehenden Genossenschaft, die dadurch eine soziale Zielsetzung erhält ist sehr gut vorstellbar.	K11 Das Konzept der Sozialgenossenschaft hat großes Potenzial, die Umsetzung ist jedoch schwierig und eher in Zusammenarbeit mit einer bestehenden Genossenschaft sinnvoll.

ID7 - Wir für uns eG

I	A	1	Unsere Zielsetzung ist es die Lebensqualität im Alter zu verbessern. Der Auslöser ist die lokale Situation, da wir hier in den zwei Ortschaften Heroldsbach und Hausen in der Nähe von Erlangen tätig sind und es hier in den 50/60 Jahren einen sehr großen Zuzug aus beruflichen Gründen gab. Einerseits Siemens und die Universität konnten Ihre Arbeitsplätze lokal nicht ausreichend bedienen und deshalb sind viele Akademiker in unsere Ortschaften gezogen. Diese haben sich hier niedergelassen und Familien gegründet, sind aber mittlerweile eben selbst im Ruhestand bzw. im gehobenen Alter und teilweise haben die Kinder, die im Ort aufgewachsen sind, unsere Ortschaften verlassen. Damit sind viele Eltern jetzt auf sich alleine gestellt und benötigen Hilfe. Benötigt wird eine Hilfe, die über den üblichen Tätigkeitsbereich einer Nachbarschaftshilfe hinausgeht. So, dass sich nicht nur um das unmittelbare Umfeld gekümmert wird, also Leute die man direkt kennt, sondern auch darüber hinaus. Dabei muss man wissen, dass unsere beiden Ortschaften, in denen wir tätig sind, aus mehreren Teilen bestehen und deshalb teilweise Hilfe über mehrere Kilometer Entfernung nötig ist. Wir wollten dann also eine gemeinnützige Organisation aufbauen, die auf Ehrenamtlichkeit beruht. Somit ist dann die Wir für uns eG entstanden mit rein ehrenamtlichen Mitarbeitern, die den Menschen über 60 hier in der Umgebung helfen. Unser Motto dabei ist „Wir helfen und tun uns dabei selbst etwas Gutes“. Einerseits bieten wir praktische Hilfe, Fürsorge und Beratung für die Hilfesuchenden an und andererseits unterstützen wir auch die Menschen, die den Drang haben zu helfen, diesen Drang durch unsere Genossenschaft auszuleben. Da unser ganzes Angebot rein auf Ehrenamtlichkeit beruht, haben wir auch keine ausgebildeten Pfleger oder andere professionelle Mitarbeiter.	Das Ziel der Wir für uns eG ist die Verbesserung der Lebensqualität im Alter. Dies begründet sich aus der lokalen Situation, dass die Kinder der Familien, die sich in den 50/60 Jahren in den Ortschaften niedergelassen haben, weggezogen sind und die älteren Menschen damit heute teilweise alleine dastehen. Das Tätigkeitsfeld der Sozialgenossenschaft sollte über die klassische Nachbarschaftshilfe hinausgehen. Die Organisation besteht aus rein ehrenamtlichen Mitgliedern. Unter dem Motto "Wir helfen und tun uns dabei selbst etwas Gutes" werden die Anwohner vor Ort zu ehrenamtlichem Engagement motiviert. Durch die Ehrenamtlichkeit arbeiten in der Sozialgenossenschaft keine ausgebildeten Pfleger oder professionelle Mitarbeiter.	K1 Die Sozialgenossenschaft hat die Verbesserung der Lebensqualität im Alter als Zielsetzung. Sie bietet Dienstleistungen wie Betreuung oder Haushaltshilfe für Senioren an und organisiert Informationsveranstaltungen zu Themen des Lebens im Alter. Über ein Zeitguthaben werden Dienstleistungen vergütet.
I	A	2	Ich bin Ingenieur und war nie in einem sozialen Bereich tätig. Ich war auch einer der Betroffenen, bei denen die Kinder dann weggezogen sind. Und nachdem ich dann meine Karriere durchlaufen hatte, dachte ich mir, ich müsste mehr für die Allgemeinheit tun.	Der Gründer ist selbst davon betroffen, dass seine Kinder weggezogen sind und wollte nach seiner Karriere etwas für die Allgemeinheit tun.	

I	A	3	Außerdem haben wir ein Zeitguthaben eingeführt. Das heißt, jedes Mitglied, das Hilfe für andere leistet, kann sich 75% seiner Arbeitszeit als Zeitguthaben gutschreiben lassen. Dieses Zeitguthaben kann dann genutzt werden, wenn man im Alter selbst die Hilfe der Genossenschaft in Anspruch nehmen muss oder möchte. Somit kann jedes Mitglied aktiv seine eigene Altersvorsorge betreiben. Neben der praktischen Hilfe bei Alltagsaufgaben besteht unsere Tätigkeit aber auch darin, die älteren Menschen hier vor Ort mit Informationen zu bedienen, zu Themen wie Altersvorsorge, Wohnen im Alter, technische Hilfsmittel für Senioren oder auch welche finanzielle bzw. staatliche Unterstützung man erhalten kann. Auch wenn es neue Regelungen und Gesetze gibt, die Senioren betreffen, informieren wir darüber. Als gemeinnützige Genossenschaft stellen wir diese gesammelten Informationen natürlich allen Menschen in Vorträgen zur Verfügung, aber unsere Mitglieder erhalten diese immer als erstes und direkt schriftlich per E-Mail.	Über ein Zeitguthaben kann jedes Mitglied aktiv an seiner eigenen Altersversorgung arbeiten. Jede Tätigkeit in der Sozialgenossenschaft wird zeitlich zu 75% gutgeschrieben. Die aufgebaute Zeit kann dann, sobald der Mitarbeiter selbst Unterstützung braucht, von der Genossenschaft eingefordert werden. Neben alltäglichen Hilfestellungen informiert die Wir für uns eG auch über Altersvorsorge, Wohnen im Alter, technische Hilfsmittel für Senioren und mehr. Dazu organisiert die Genossenschaft regelmäßig Infoveranstaltungen.	
I	A c)	1	Der Auslöser ist die lokale Situation, da wir hier in den zwei Ortschaften Heroldsbach und Hausen in der Nähe von Erlangen tätig sind und es hier in den 50/60 Jahren einen sehr großen Zuzug aus beruflichen Gründen gab. Einerseits Siemens und die Universität konnten Ihre Arbeitsplätze lokal nicht ausreichend bedienen und deshalb sind viele Akademiker in unsere Ortschaften gezogen. Diese haben sich hier niedergelassen und Familien gegründet, sind aber mittlerweile eben selbst im Ruhestand bzw. im gehobenen Alter und teilweise haben die Kinder, die im Ort aufgewachsen sind, unsere Ortschaften verlassen. Damit sind viele Eltern jetzt auf sich alleine gestellt und benötigen Hilfe. Benötigt wird eine Hilfe, die über den üblichen Tätigkeitsbereich einer Nachbarschaftshilfe hinausgeht. So, dass sich nicht nur um das unmittelbare Umfeld gekümmert wird, also Leute die man direkt kennt, sondern auch darüber hinaus. Dabei muss man wissen, dass unsere beiden Ortschaften, in denen wir tätig sind, aus mehreren Teilen bestehen und deshalb teilweise Hilfe über mehrere Kilometer Entfernung nötig ist.	Das Ziel der Wir für uns eG ist die Verbesserung der Lebensqualität im Alter. Dies begründet sich aus der lokalen Situation, dass die Kinder der Familien, die sich in den 50/60 Jahren in den Ortschaften niedergelassen haben, weggezogen sind und die älteren Menschen damit heute teilweise alleine dastehen. Unter dem Motto "Wir helfen und tun uns dabei selbst etwas Gutes" werden die Anwohner vor Ort zu ehrenamtlichem Engagement motiviert.	K3 Die Lokalität spielt eine wichtige Rolle für die Sozialgenossenschaft. Diese entstand aus einem lokalen Mangel an Altersversorgung heraus und ihr Wirkungsbereich ist lokal auf zwei Ortschaften beschränkt.
I	A c)	2	die Lokalität spielt für uns eine sehr wichtige Rolle, da unsere Hilfeleistung immer vor Ort geschehen muss und keine große Anreise nötig sein sollte. Das heißt Hilfeleistende und Hilfesuchende sollten in unmittelbarer Nähe sein.	Da alle Dienstleistungen vor Ort abgerufen werden, ist es wichtig, dass Hilfesuchende und Hilfeleistende in unmittelbarer Nähe sind.	
I	A c)	3	Wir haben auch einmal überlegt eine landkreisweite Organisation aufzubauen, mit lokaler Steuerung und gemeinsamen Verwaltungsdach, aber mit rein ehrenamtlich Tätigen schien das nicht möglich zu sein, deswegen haben wir uns auf unsere zwei Ortschaften fokussiert. Im Grunde wären Angestellte für die Buchhaltung schon auffindbar gewesen, aber damit schafft man natürlich auch finanzielle Verpflichtungen und das wollten wir nicht.	Die Ausweitung auf eine landkreisweite Organisation wurde zwar angepeilt, konnte aber allein mit ehrenamtlichen Mitarbeitern nicht gestemmt werden und da man keine Angestellten einstellen wollte, wurde die Idee verworfen.	
I	A c)	4	Das Problem liegt eher darin, dass es genau in diesen einzelnen Dörfern nicht genügend Leute gibt, um eine derartige Organisation aufzubauen, und die Personen, die eine derartige Organisation führen könnten, fehlen natürlich auch in diesen kleineren Ortschaften. Deswegen denke ich, dass vor allem unser Model der Seniorenhilfe sehr lokal abhängig ist	In kleineren Dörfern gibt es zu wenige Menschen, die sich mit der Organisation so eines Projektes auseinander setzen möchten. Deshalb ist die Wir für uns eG lokal beschränkt.	
I	A d)	1	Wir wollten dann also eine gemeinnützige Organisation aufbauen, die auf Ehrenamtlichkeit beruht. Somit ist dann die Wir für uns eG entstanden mit rein ehrenamtlichen Mitarbeitern, die den Menschen über 60 hier in der Umgebung helfen. Unser Motto dabei ist „Wir helfen und tun uns dabei selbst etwas Gutes. Einerseits bieten wir praktische Hilfe, Fürsorge und Beratung für die Hilfesuchenden an und andererseits unterstützen wir auch die Menschen, die den Drang haben zu helfen, diesen Drang durch unsere Genossenschaft auszuleben. Da unser ganzes Angebot rein auf Ehrenamtlichkeit beruht, haben wir auch keine ausgebildeten Pfleger oder andere professionelle Mitarbeiter.	Die Wir für uns eG ist eine gemeinnützige Genossenschaft mit rein ehrenamtlichen Mitgliedern.	K4 Die Sozialgenossenschaften besteht rein aus ehrenamtlichen Mitgliedern.
I	A d)	2	Wir haben auch einmal überlegt eine landkreisweite Organisation aufzubauen, mit lokaler Steuerung und gemeinsamen Verwaltungsdach, aber mit rein ehrenamtlich Tätigen schien das nicht möglich zu sein, deswegen haben wir uns auf unsere zwei Ortschaften fokussiert. Im Grunde wären Angestellte für die Buchhaltung schon auffindbar gewesen, aber damit schafft man natürlich auch finanzielle Verpflichtungen und das wollten wir nicht.	Die Ausweitung auf eine landkreisweite Organisation wurde zwar angepeilt, konnte aber allein mit ehrenamtlichen Mitarbeitern nicht gestemmt werden und da man keine Angestellten einstellen wollte, wurde die Idee verworfen.	
I	B a)	1	Die allgemeine Problemstellung zu Beginn, war vor allem die Konzeptfindung. Da wir ja ein Konzept entwickeln mussten oder wollten, dem sich möglichst viele Ehrenamtliche anschließen würden. Also die Attraktivität spielte eine große Rolle.	Die Konzepterstellung und die Attraktivität für ehrenamtliches Engagement waren am Anfang die Hauptproblemstellungen.	K5 Bei der Gründung waren die Konzepterstellung und die Attraktivität, sowie rechtliche, organisationale und steuerliche Fragen zentrale Problemstellungen. Heute spielt vor allem die Begeisterung neuer, junger Mitglieder eine wichtige Rolle. Die Prüfung durch den Verband wird als zu aufwendig wahrgenommen.
I	B a)	2	Und dann sehr grundlegende Fragestellungen wie z.B. wird Hilfeleistung unentgeltlich oder gegen Entgelt angeboten? Arbeitet man nur mit Ehrenamtlichen oder auch Angestellten? Versicherungsfragen, brauchen wir eine besondere Absicherung oder reicht die Ehrenamtsversicherung des Freistaats Bayern?	Rechtliche, organisationale und steuerliche Fragen mussten zu Beginn geklärt werden.	

I	B a)	3	Generell war die Vorbereitungszeit sehr aufwendig, da wir nach einem öffentlichen Aufruf dann doch sehr viele Bürger hatten, die natürlich alle ihre eigenen Meinungen und Vorstellungen zur Umsetzung hatten und am Ende hat dieser Meinungsaustausch dann ein dreiviertel Jahr in Anspruch genommen. Die anschließende Frage war dann die Organisationsform, wobei wir von Anfang an die Gemeinnützigkeit in den Fokus gestellt haben und uns somit die Auswahl zwischen gemeinnützigem Verein, gemeinnütziger Genossenschaft und gemeinnütziger GmbH blieb. Mit Vereinen kannten sich eigentlich alle aus, da fast jeder in einem Verein tätig war, aber das Wissen über die anderen Organisationsformen war wenig vorhanden und auch das rechtliche Verständnis fehlte am Anfang. Zum Beispiel war da die Haftungsfrage oder auch wo ist die Grenze für ehrenamtliches Engagement? Wie ist die Haftung bei Mitnahme einer Person im PKW? Diese ist zum Beispiel nur durch die Haftpflicht abgesichert, wenn für den Transport kein Geld bezahlt wird. Also das waren so die Themen mit denen wir uns am Anfang auseinandersetzen mussten.	Die Vorbereitungszeit vor der Gründung war sehr anspruchsvoll, da nach einem öffentlichen Aufruf viele verschiedene Meinungen aufeinandertrafen. Bei der Frage nach der Organisationsform sollte die Gemeinnützigkeit im Fokus liegen. Somit blieb die Wahl zwischen gemeinnützigem Verein, gemeinnütziger Genossenschaft und gemeinnütziger GmbH. Rechtliche Fragen zum Tagesgeschäft mussten ebenfalls geklärt werden.	
I	B a)	5	Eine Genossenschaft hat tatsächlich einen Nachteil gegenüber dem Verein, da Vereine eigene Jugendabteilungen schaffen können und die Mitgliedschaft in einer Genossenschaft erst ab 18 Jahren möglich ist.	Ein Nachteil der Genossenschaft gegenüber dem Verein ist, dass Mitglieder volljährig sein müssen und es keine Jugendabteilung gibt.	
I	B b)	4	Zentrale Problemstellung heute ist die Nachwuchsfrage, da das Durchschnittsalter unserer Mitglieder seit der Gründung ständig angestiegen ist. Heute beträgt das Durchschnittsalter 66 Jahre. Die Dauer der aktiven Mitwirkung ist auch begrenzt, weil jede Person irgendwann selbst hilfsbedürftig werden kann	Zentrale Problemstellung für die Genossenschaft heute ist die Rekrutierung oder Begeisterung von neuen, jüngeren Mitgliedern.	
I	B b)	1	Der Mehraufwand durch den Verband und die wirtschaftlichen Kontrollen ist sehr groß, obwohl er eigentlich für unsere Genossenschaft nicht wirklich nötig ist. Bei Organisationen mit Gütern oder Maschinen bzw. größeren Investitionen ist das sinnvoller, aber die Unterscheidung fehlt leider, alle Genossenschaften müssen denselben Aufwand betreiben. Wir hatten bis heute keinerlei Investitionen. Wir haben uns zwar einmal überlegt ein Spezialfahrzeug zu beschaffen, also einen kleinen Bus mit niedrigem Einstieg, der auch für Rollstuhlfahrer geeignet ist, aber das war bis jetzt nicht nötig. Bei anderen Genossenschaften kann die wirtschaftliche Prüfung durch den Verband und der ganze Bilanzaufwand sinnvoll und gerechtfertigt sein, für eine kleine Organisation wie wir mit sehr einfachem Geldverkehr ist sie leider Ballast, aber es gibt leider keine Ausnahmen. Auch wir müssen jedes Jahr unsere Geschäftsabschlüsse und Bilanzen im elektronischen Bundesanzeiger einstellen. Das ist ein erheblicher Aufwand für uns und meiner Meinung nach unnötig. In der Seniorenhilfe ist die Kontrolle durch den Prüfungsverband eigentlich generell nicht notwendig. Wenn man Leute im Aufsichtsrat hat, die sich mit Finanzen auskennen und dem Vorstand immer mal wieder auf die Finger schauen, ist das Prüfung genug und dafür benötigt man nicht einmal unbedingt Betriebswirte.	Für eine gemeinnützige Genossenschaft, die keine Sachgüter oder Anlagevermögen besitzt, ist die Prüfung durch den Verband eher unnötig. Der Aufwand der mit der Prüfung einhergeht ist sehr hoch für eine kleine Organisation mit sehr einfachem Geldverkehr. Solange der Aufsichtsrat und Vorstand über eine gewisse Kompetenz im Finanzbereich verfügen, ist eine Prüfung in einem derartigen Projekt nicht unbedingt nötig.	
II	A a)	1	Wir haben uns dann auf Grund der Recherche zur geeigneten Organisationsform eben auch mit der Rechtsnovelle beschäftigt und diese spielte sogar eine entscheidende Rolle, da die Gemeinnützigkeit nun eben auch in einer Sozialgenossenschaft umgesetzt werden konnte, und das war ja unser Ziel.	Bei der Recherche zur Rechtsform spielte die Rechtsnovelle eine entscheidende Rolle, da von nun an auch Sozialgenossenschaften gemeinnützig sein konnten.	K7 Die Rechtsnovelle spielte hinsichtlich der Gemeinnützigkeit eine entscheidende Rolle. Weiters sprechen das Demokratieprinzip, die wirtschaftliche Kontrolle und die Organisation für die Genossenschaft.
II	A b)	1	Dabei haben wir dann die Genossenschaft gewählt, weil einige Punkte klar für diese Rechtsform gesprochen haben. Es gibt im Gegensatz zum Verein, ein rechtlich verankertes Mitbestimmungsrecht aller Mitglieder, die auch noch durch den Aufsichtsrat vertreten werden. Dann war es auch sehr positiv für uns, dass man durch den Genossenschaftsverband eine zusätzliche Kontrollinstanz hinsichtlich der Finanzen hat. Außerdem spielte eine Rolle, dass wir auch noch eine Wohnungsgenossenschaft geplant hatten, um altersgerechten und gemeinschaftsorientierten Wohnraum zu schaffen, bei der es natürlich zu größeren Investitionen kommen würde, mit denen verantwortungsvoll umgegangen werden muss. Für dieses Vorhaben schien uns die Genossenschaftsform ganz klar die beste zu sein, so dass es nahelegend war, die Form auch für die Seniorenhilfe zu wählen. Bei der Genossenschaft hat man zwar dann höhere Anforderungen an die Buchhaltung als bei einem Verein, da man eine doppelte Buchführung machen muss, aber diese wirtschaftliche Absicherung und Kontrolle waren uns sehr wichtig, damit der Vorstand tatsächlich zwei Kontrollinstanzen hat und wirtschaftlich alles funktioniert. Und schlussendlich fanden wir es auch einfach reizvoll eine Rechtsform zu wählen, die nicht so alltäglich ist.	Für die genossenschaftliche Rechtsform haben das Mitbestimmungsrecht bzw. Demokratieprinzip, die wirtschaftliche Kontrolle durch den Genossenschaftsverband und die Organisation mit Vorstand und Aufsichtsrat, gesprochen. Außerdem erschien es reizvoll eine nicht ganz alltägliche Rechtsform zu wählen.	
II	B a)	1	Dadurch, dass wir eine gemeinnützige Genossenschaft sind, haben wir ja nicht die wirtschaftliche Förderung unserer Mitglieder als Ziel, sondern die Förderung auf eher ideellen Gebieten. Also im Sinne der Nächstenliebe, Zusammenhalt, der Förderung von Engagement oder die Förderung durch Vorträge und Expertenwissen.	Die gemeinnützige Genossenschaft hat nicht die wirtschaftliche Förderung unserer Mitglieder als Ziel, sondern die Förderung im Sinne der Nächstenliebe, Zusammenhalt, der Förderung von Engagement oder die Förderung durch Vorträge und Expertenwissen.	K8 Das Förderprinzip ist bei der gemeinnützigen Sozialgenossenschaft auf die Gesellschaft ausgerichtet. Das Demokratieprinzip wird eher unbürokratisch umgesetzt.

II	B b)	1	Das Demokratieprinzip ist uns wichtig, aber die Mitwirkung der Mitglieder spielt sich weniger bei den Mitgliederversammlungen ab, da es dort bisher nicht viel Weitgreifendes zu entscheiden gab. Unsere Mitglieder werden bei kleineren Projekten oder neuen Aktivitäten mit einbezogen. Zum Beispiel, wenn es darum geht, ob wir eine neue Aktivitätsreihe oder ein neues Treffen starten wollen, wie unser Digitales Plauderstübchen oder der Reparaturtreff. Da geht es dann eher darum, welche Angebote wir noch machen können, welche Aktivitäten sinnvoll sind und so weiter. Vor der Einführung der Aktivitäten wurde dann mit den Mitgliedern zu Mitgestaltung und Ausarbeitung diskutiert.	Das Demokratieprinzip ist sehr wichtig für die Organisation, kommt aber eher unbürokratisch bei neuen Projekten oder Aktivitäten und weniger bei der Mitgliederversammlung zum tragen.	
III	A b)	1	Wir haben uns dann 2011 auch bei Finanzämtern zu Gemeinnützigkeit informiert und wie man diese umsetzen kann, aber diese konnten uns leider kaum weiterhelfen. Sie waren leider überhaupt nicht auf dem neuesten Stand, was gemeinnützige Genossenschaften angeht.	Zum Thema Gemeinnützigkeit mussten zu Beginn Informationen eingeholt werden. Finanzämter konnten dabei nicht weiterhelfen.	K9 Beratungsleistungen durch Finanzämter, Genossenschaftsverband und Behörden war zur Gründungszeit unzureichend. Die lokale Genossenschaftsbank diente als Ansprechpartner. Das Sozialministerium klärte zu grundsätzlichen rechtlichen Fragen auf und leistete Netzwerkarbeit.
III	A b)	2	Die Schwierigkeit war aber, überhaupt Informationen zur Gründung einer gemeinnützigen Genossenschaft und der Rechtsform im Allgemeinen zu bekommen. Der Bayerische Genossenschaftsverband war zu dem Zeitpunkt unterbesetzt und konnte uns wenig Auskunft geben	Der Bayerische Genossenschaftsverband konnte kaum Auskunft zur Gründung einer gemeinnützigen Genossenschaft geben.	
III	A b)	3	Aber wir hatten dann hier vor Ort die Raiffeisenbank als Ratgeber, die ja ebenfalls die Rechtsform der Genossenschaft hat. Die haben uns damals sehr geholfen und uns gut unterstützt	Die lokale Raiffeisenbank diente als Berater und Unterstützer	
III	A b)	4	Erst nach unserer Gründung wurde dann der Kontakt zum Staatsministerium aufgenommen. Damals war Emilia Müller Staatsministerin für Soziales und wir haben dann vor allem Beratungsleistungen vom Bayerischen Staat erhalten. Zum Beispiel zu Vor- und Nachteilen von Endgeldforderungen. Am Anfang war die Frage, ob wir eben ein Entgelt für unsere Leistungen verlangen sollten und welche rechtlichen Auswirkungen das auf unser Konzept und die Genossenschaft haben würde. Wir haben uns darüber auch mit anderen Organisationen ausgetauscht, wie sie sich entschieden haben und warum. Wir haben uns für ein einheitliches Entgelt von € 8.- pro Stunde für alle Dienste entschieden, weil wir nicht wollten, dass Hilfeempfänger sich als Almosenempfänger fühlen, und weil wir aus dem Entgelt den Hilfeleistenden eine Aufwandsentschädigung bezahlen können, mit der sie ihre Anfahrtskosten zu Hilfeeinsätzen etc. decken können. wir uns damals auch vom Sozialministerium, vor allem hinsichtlich der rechtlichen Konsequenzen, beraten lassen. Das Sozialministerium hat uns also nicht finanziell unterstützt aber beratend, und es hat uns auch sehr geholfen, dass das Ministerium Werbung für Sozialgenossenschaften gemacht hat. Das hat es uns leichter gemacht, wenn wir auf Andere zugegangen sind, weil man vom Thema Genossenschaft oder Sozialgenossenschaft zumindest schon einmal gehört hatte. Und das Ministerium hat zweimal im Jahr einen Erfahrungsaustausch zwischen Sozialorganisationen organisiert, an dem auch wir teilgenommen haben und der uns sehr geholfen hat und zu vernetzen und sich auch einfach auszutauschen	Vom Bayerischen Staatsministerium hat die Genossenschaft vor allem Beratungsleistungen z.B. zu Themen wie Endgeldforderungen erhalten. Alle Dienstleistungen der Genossenschaft kosten 8,-€/Stunde. Damit kann die Organisation seinen Mitarbeitern eine Aufwandsentschädigung für beispielweise Anfahrtskosten zahlen. Das Sozialministerium hat in diesem Fall zu rechtlichen Grundlagen und Konsequenzen aufgeklärt. Außerdem hat das Ministerium Öffentlichkeitsarbeit für Sozialgenossenschaften im allgemeinen gemacht. Dadurch konnte leichter auf Partner und Kunden zugegangen werden. Netzwerkarbeit leistete das Sozialministerium durch die Organisation eines Erfahrungsaustausches zwischen Sozialorganisationen, zweimal im Jahr.	
III	B a)	1	Zu der Zeit als wir unsere Genossenschaft gegründet haben, gab es von staatlicher Seite nur finanzielle Unterstützung für bereits gegründete Genossenschaften, also vor allem für die Personalkosten.	Der Staat unterstützte die Genossenschaft nicht bei der Gründung. Zur Zeit der Gründung wurden nur bereits bestehende Organisationen gefördert.	K10 Die Sozialgenossenschaft erhielt keine finanzielle Förderung
IV	A	1	Landkreisweit könnte so eine Organisation auf jeden Fall aufgebaut werden. Es gibt ja viele kleine Dörfer die großen Hilfebedarf haben.	Eine landkreisweite Dachorganisation wäre möglich.	K11 Das Konzept könnte landkreisweit ausgebaut werden.

ID8 - Expertenrat für Sozialgenossenschaften in Bayern

I	A	1	Der Expertenrat und die Bayerische Zukunftsinitiative Sozialgenossenschaften wurden im Jahr 2012 auf Initiative der damaligen Sozialministerin Christine Haderthauer ins Leben gerufen. Von Anfang an waren der Expertenrat und die Zukunftsinitiative gekoppelt und damit das Fundament dieser Zukunftsinitiative. Wesentlich für die Gründung der Zukunftsinitiative war es, die Wohlfahrtslandschaft in Bayern mit neuen Innovationen zu versehen. Durch die Novellierung des Genossenschaftsrechtes in Deutschland 2006 gab es diese Möglichkeit für die Bildung von sozialen Zwecken bei Genossenschaften und das schien der damaligen Sozialministerin, die auch sehr stark inspiriert wurde durch ihren Büroleiter, eine Chance für Sozialinnovationen. Genau aus der Erfahrung heraus, dass der Wohlfahrtsbereich bei aller Leistungskraft und Wertschätzung die er erfährt doch seine Grenzen hat und dass die Sozialgenossenschaften neue, innovative Antworten geben zur Weiterentwicklung des Wohlfahrtsbereiches und zu dessen Ergänzung. Auch aus der Erfahrung heraus, dass es nicht nur in prosperierenden Regionen wie München und Bayern insgesamt sehr viele Menschen gibt, die sich bürgerschaftlich engagieren, die vermögend sind oder gut mit Sozialkapital ausgestattet sind und sich nicht, wenn sie in eigene soziale Problemlagen kommen oder sich in sozialen Quartieren engagieren oder dort auch leben wollen, versorgen lassen möchten. Die Versorgungsperspektive des Wohlfahrtsstaats sollte also mit Selbstorganisation und Innovation angereichert werden. Vor dem Hintergrund war es ganz konstitutiv mit diesem Expertenrat auch Stakeholder von Genossenschaftsverband bis Wohlfahrtsverband, von Städtetag bis Gemeindegtag und bis hin zu Kirchen und anderen Playern wie Kommunen, mit einzubeziehen. Das heißt, der Expertenrat ist ein Beratungskremium, dass dieses Programm und dessen Ausrichtung inhaltlich mit unterstützt und zu bestimmten Schwerpunkten wie z.B. Palliativversorgung oder Quartiersentwicklung oder Inklusion, Anregungen gibt. In der ersten Phase hat	Der Expertenrat für Sozialgenossenschaften wurde 2012 im Zuge der Zukunftsinitiative Sozialgenossenschaften des Bayerischen Sozialministeriums gegründet. Zielsetzung der Initiative ist es die Wohlfahrtslandschaft in Bayern mit neuen Innovationen zu versehen. Da der Wohlfahrtsbereich trotz seiner Leistungskraft auch seine Grenzen hat, sollen durch Sozialgenossenschaften Selbstorganisation und Innovation, vor allem in den nicht so prosperierenden Regionen Bayerns, angeregt werden und bürgerschaftliches Engagement gefördert werden. Dabei ist es für den Expertenrat besonders wichtig, Stakeholder aus allen Bereichen, also Genossenschaftsverband, Wohlfahrtsverband, Städtetag bis Kommune und Kirche, miteinzubeziehen. Der Expertenrat ist damit ein Beratungskremium, das die Zukunftsinitiative Sozialgenossenschaften und dessen Ausrichtung inhaltlich unterstützt und zu bestimmten Schwerpunkten wie z.B. Quartiersentwicklung Anregungen gibt.	M1 Der Expertenrat für Sozialgenossenschaften ist ein Beratungskremium mit der Zielsetzung, die Wohlfahrtslandschaft in Bayern mit Innovation zu versehen und vor allem in weniger prosperierenden Regionen Bayerns bürgerschaftliches Engagement zu fördern. Weiters möchte der Expertenrat Aufklärungsarbeit leisten und dabei alle Akteure aus Politik, Wirtschaft und Wohlfahrt miteinbinden.
---	---	---	---	--	--

I	A	2	Es ist nicht so gewesen, dass wir explizit als Expertenrat einzelnen Sozialgenossenschaften bei der Gründung zur Seite gestanden sind, sondern es war eher so, dass immer wieder im Dialog auch engagierte Verantwortliche der Sozialgenossenschaften, wie Frau Fischer von W.I.R. in Regensburg, die Sie vielleicht kennengelernt haben, bei uns im Expertenrat waren und Entwicklungsstände dargelegt haben und wir im Rahmen von Beratung oder auch in Workshops mit Expertise daran beteiligt waren. Aber es gab durch den Expertenrat keine explizite Gründerberatung.	Der Expertenrat hat nicht einzelne Sozialgenossenschaften bei der Gründung betreut, sondern war mit verschiedenen Organisationen im Dialog, hat Entwicklungsstände analysiert und Workshops gehalten.	
I	A	3	Etwas weiteres ist die Abgrenzung zum e.V. Im Seniorenbereich gibt es das, auch im Wohnungsbereich, die nennen sich Sozialgenossenschaften, sind es aber nicht, sondern sind in der Rechtsform des e.V. Da ist es auch die Aufgabe des Expertenrats dafür Sorge zu tragen, dass die Initiativen sich bei der Gründung gut informieren und wissen wofür sie sich entscheiden und was die Vor- und Nachteile sind. Manchmal kann man nicht wirklich in Heller und Pfennig oder auch im Hinblick auf die Wirkungen genau erklären, ob nun eine Sozialgenossenschaft als Rechtsform oder ein e.V. günstiger ist und im Zweifelsfall würde ich es immer mit der Frage von Engagement-Kultur und Selbstorganisation beantworten. Also dort wo das stark gefragt ist und auch gefordert ist und auch das Nebeneinander, z.B. von großen Wohlfahrtsverbänden als Träger einer Sozialgenossenschaft, die dann aber nicht zu einer Dominanz bei Entscheidungsfindungen beitragen, besteht. Wo einfach das Demokratieprinzip und die Verhinderung von Macht einzelner Stakeholder oder auch Shareholder begrenzt ist.	Eine Aufgabe des Expertenrates ist die Aufklärung. Viele sog. Seniorengenossenschaften sind in Wirklichkeit Vereine und wurden nie komplett über Vor- und Nachteile von Genossenschaft und Verein aufgeklärt. Dort wo die Engagement-Kultur, die Selbstorganisation und das Demokratieprinzip, welches verhindert, dass einzelne Stakeholder oder Shareholder mehr Macht haben, im Vordergrund stehen, ist die Sozialgenossenschaft die geeignete Organisationsform. Wohlfahrtsverbände können bei Sozialgenossenschaften außerdem als Shareholder agieren und damit soziale Innovation schaffen.	
I	A	4	Ein wichtiger Punkt der uns auch am Herzen liegt, durch die Einbindung des Genossenschaftsverbandes und auch der Ministerien darauf hinzuwirken, dass die Prüfprozesse weiter vereinfacht werden, damit sie nicht als bürokratischer Eingriff empfunden werden müssen, sondern eher als Unterstützung der Arbeit der Sozialgenossenschaften.	Der Expertenrat möchte durch die Einbindung von Genossenschaftsverband und Ministerien dafür sorgen, dass die Prüfprozesse vereinfacht werden, damit diese nicht mehr als bürokratischer Eingriff sondern als Unterstützung wahrgenommen werden können.	
I	B	1	Um es nochmal zusammenzufassen, die Potenziale sind in Bayern, Deutschland noch lange nicht gehoben, es braucht aber Kommunikation über die Möglichkeiten, es braucht Kommunikation über die Prüfprozesse, über die vielleicht unerwünschten Nebenwirkungen und es braucht auch Rückkopplung in die Ministerien und die Politik, um die Unterstützung für die Etablierung von Sozialgenossenschaften zu erhöhen.	Die Potenziale sind in Bayern, Deutschland noch lange nicht gehoben, es braucht aber Kommunikation über die Möglichkeiten, die Prüfprozesse, die vielleicht unerwünschten Nebenwirkungen und es braucht Rückkopplung in die Ministerien und die Politik, um die Unterstützung für die Etablierung von Sozialgenossenschaften zu erhöhen.	M2 Die Kommunikation über Möglichkeiten, Best-Practice-Beispiele, Highlight Happening, aber auch unerwünschte Nebenwirkungen, Prüfprozesse, Behinderungen und Blockaden ist essentiell für die Ausschöpfung des Potenzials von Sozialgenossenschaften. Die Zusammenarbeit von Wohlfahrtsbereich und Politik und das Stopfen von Netzwerklöchern in der Zusammenarbeit ist besonders wichtig für die Innovationsförderung.
I	B	2	An der Stelle gibt es eine Verknüpfung zwischen Politik und Wohlfahrtsbereich, politisch und ökonomisch. Der Wohlfahrtsbereich in Deutschland hat ja, wie Sie wissen, sehr starke Wechselwirkungen und Einflussnahmen. Allein die großen Verbände wie die Caritas und die Diakonie haben jeweils mehr Beschäftigte als Volkswagen oder Siemens und wenn Politik und Wohlfahrtsbereich zusammenarbeiten, wie wir es jetzt eben in Bayern mit großen Playern, wie der Arbeiterwohlfahrt und eben der Caritas, die auch stellvertretend für die Anderen im Expertenrat mitvertreten ist, beginnen konnten, dann ist so etwas auch erleichtert und besser möglich. Aber wie gesagt, es braucht Highlight Happening um darzustellen was die Erfolge sind und es braucht viel kritische Reflektion wo noch Behinderungen und Blockaden sind und mein innigster Wunsch wäre, dass man gezielt im Sinne von schöpferischer Zerstörung im Wohlfahrtsbereich kleine Entrepreneur und Start-Up Wiesen etabliert, die dann auch überspringen auf den Wohlfahrtsbereich und Sozialorganisationen und -institutionen. Also auch im Hinblick auf die öffentlichen, wie auch die freien Träger, wie sie ja in Deutschland heißen	Politik und Wohlfahrtsbereich sind stark miteinander verknüpft. Durch ihre Größe haben Organisationen des Wohlfahrtsbereiches starke Wechselwirkungen und Einflussnahmemöglichkeiten mit der Politik. Wenn diese Parteien wie im Expertenrat zusammenarbeiten, ist eine Förderung und Öffentlichkeitsherstellung einfacher und besser möglich. Highlight Happening, Erfolgsbeispiele genauso wie die Reflektion über die bestehenden Behinderungen und Blockaden müssen offen kommuniziert werden. Der Wohlfahrtsbereich könnte sogar Entrepreneur- und Start-up-Wiesen etablieren um selbst an der schöpferischen Zerstörung etablierter, veralteter Strukturen teilzuhaben.	
I	B	3	Manchmal stehen auch Kommunen mit ihren Ängsten und dem Bedürfnis nach Absicherung der Etablierung von Sozialgenossenschaften im Weg. Ein Problem in reichen Regionen wie München ist, dass die Grundstückspreise von der Politik auch so für Sozialgenossenschaften gesetzt werden müssen, dass die überhaupt eine Chance haben, das zu erwerben	Kommunen und Regionen können mit ihren Ängsten und Bedürfnis nach Absicherung der Etablierung von Sozialgenossenschaften im Weg stehen. Die Stadt München müsste beispielsweise Grundstückspreise senken und diese zum Erwerb für Sozialgenossenschaften bereit stellen.	
I	B	4	Mir sind auch Beispiele bekannt, auch aus Bayern, wo die Kommunen da keinen Korridor mitgegeben haben, damit Sozialgenossenschaften auch in Quartieren neue Modelle entwickeln können	Es gibt auch Beispiele aus Bayern, wo Kommunen Quartiere nicht für Sozialgenossenschaften geöffnet haben.	

I	B	5	<p>Etwas was dabei ganz wichtig ist, ist die in der Netzwerkforschung sog. Überbrückung von Netzwerklöchern. Dass ganz verschiedene Welten zusammenkommen. Und es ist in der Tat erstaunlich, dass sich zwischen der Welt des Social Entrepreneurships, der Welt der Genossenschaften und der Welt der Wohlfahrtsverbände Netzwerklöcher offenbaren. Das ist schon etwas ganz Wichtiges, was dieser Expertenrat auch dann versucht zu klammern, dass nicht jeweils solitäre, sozialstaatliche Entwicklungen in den einzelnen Welten stattfinden, sondern, dass das viel vernetzter aufeinander bezogen wird.</p>	<p>Zwischen den Welten des Social Entrepreneurships, der Genossenschaften und der Wohlfahrtsverbände haben sich deutliche Netzwerklöcher offenbart. Die Überbrückung dieser Netzwerklöchern ist eine besonderes wichtige Aufgabe des Expertenrates, damit nicht jeweils solitäre sozialstaatliche Entwicklungen in den einzelnen Welten, sondern miteinander vernetzt stattfinden.</p>	
II	A	1	<p>Weil sie doch sehr vor Ort orientiert, quartiersorientiert und kommunalorientiert angesiedelt und entwickelt werden</p>	<p>Sozialgenossenschaften orientieren sich vor Ort und werden quartiers- und kommunalorientiert angesiedelt und entwickelt.</p>	<p>M3 Die lokalen Begebenheiten, die Selbstorganisation, das Empowerment und die Identifikation vor Ort spielen eine wichtige Rolle bei Sozialgenossenschaften.</p>
II	A	2	<p>Wir wissen auch, dass da wo Selbstorganisation und Empowerment stark im Mittelpunkt stehen, natürlich immer der jeweilige Akteur und auch die Identifikation vor Ort eine sehr große Rolle spielen.</p>	<p>Da Selbstorganisation und Empowerment [bei Sozialgenossenschaften] im Mittelpunkt stehen, spielt auch der Akteur und die Identifikation vor Ort eine wichtige Rolle.</p>	
II	B	1	<p>Die Potenziale sind also da, aber es braucht Kommunikation über die Wirksamkeit, es braucht Kommunikation über dieses neue Modell und es braucht Bekleidung und Flankierung durch die politisch Verantwortlichen auf kommunaler auf Landes- und auf Bundesebene und in den jeweiligen Ministerien, um die Barrieren bei der Austragung von Sozialgenossenschaften sukzessive zu reduzieren.</p>	<p>Die Kommunikation über die Wirksamkeit und über neue Modelle ist entscheidend. Diese muss von politischen Verantwortlichen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene mitgetragen werden, damit Barrieren bei der Austragung von Sozialgenossenschaften sukzessive reduziert werden.</p>	<p>M4 Die Kommunikation in der Politik auf kommunaler, landes- und bundesweiter Ebene ist entscheidend, damit Barrieren für soziale Innovation sukzessive reduziert werden können. Zusätzlich hängt viel an dem Engagement Einzelner, welche Netzwerkarbeit betreiben und Initiative ergreifen. Ein Perspektivwechsel muss vollzogen werden, damit Sozialgenossenschaften als Bereicherung für den Wohlfahrtsbereich wahrgenommen werden.</p>
II	B	2	<p>Deshalb kommt es dann auf das Wirken Einzelner an, die dazu auch den Mut haben in den Wohlfahrtsverbänden. Weil die strukturellen Barrieren im Zusammenspiel dann doch bei alltäglichen Etablierungen immer noch greifen können und das geht dann aus meiner Erfahrung immer nur wenn es sog. Grenzgängerinnen und Grenzgänger gibt als Personen, die für Netzwerke und die Ausbreitung von Netzwerken und um Brücken in verschiedene Welten zu bauen, wichtig sind. Quasi auch um Perspektivwechsel herzustellen und deutlich zu machen, dass Sozialgenossenschaften eine Bereicherung sind und wenn es gut geht, die idealen Organisationsberater für Wohlfahrtsbereich und Sozialstaat. Ohne dass sie mit dem Anspruch als Organisationsberater tätig zu werden, auftreten, aber von ihrer systemischen Wirkung habe ich den Eindruck und auch die Hoffnung, dass sie immer mehr die Funktion von Organisationsberatung einnehmen.</p>	<p>Es kommt auf das Wirken Einzelner sog. GrenzgängerInnen an, die den Mut haben in Wohlfahrtsverbänden solche Entwicklungen anzustoßen, Netzwerke aufzubauen und die Ausbreitung der solcher Netzwerke voranzubringen. Es gilt einen Perspektivwechsel zu vollziehen und deutlich zu machen, dass Sozialgenossenschaften eine Bereicherung für den Wohlfahrtsbereich sind.</p>	
II	C	1	<p>Mir ist es nicht bekannt. Ich habe aber den Eindruck, dass sich diese Sozialgenossenschaften, ob sie nun über Länderprogramme gezielt gefördert werden oder nicht, immer mehr ausbreiten.</p>	<p>Generell wird beobachtet, dass sich Sozialgenossenschaften immer mehr ausbreiten.</p>	<p>M5 Sozialgenossenschaften werden vom Expertenrat generell als Ergänzung bzw. Bereicherung des Wohlfahrtsbereiches gesehen und nicht als dessen Konkurrenz. Vor allem in Hybridformen, in denen Wohlfahrtsverbände oder Gewerkschaften selbst als GenossInnen auftreten haben großes Innovations- und Wachstumspotenzial. Die große Bandbreite der Sozialgenossenschaften ist sehr wichtig und ihre Aufgabe ist es im Sinne der "schöpferischen Zerstörung" neue Innovationen in den Wohlfahrtsbereich einzubringen. Das beigemessene Potenzial der Sozialgenossenschaften muss noch deutlicher und häufiger kommuniziert werden.</p>
II	C	2	<p>Bei einem dieser Vorträge mit großer Resonanz gab es sehr viele kritische Fragen von Wohlfahrtsverbänden und da war es brillant, dass wir diesen Vortrag gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Verbandes AWO, Thomas Beyer, der auch zugleich stellvertretender Bundesvorsitzender ist, gehalten haben und damit den Kritikern den Wind aus den Segeln nehmen konnten, weil es doch aus dem Wohlfahrtsbereich manche Ängste gibt, die zum Teil auch von den Gewerkschaften, wo ich auch bei den Vorsitzen der Bayerischen Gewerkschaften eingeladen war, geteilt werden, mit der Maßgabe, dass Sozialgenossenschaften auch missbraucht werden könnten um den Wohlfahrtsbereich und den Sozialstaat auszuhebeln. Das ist aber explizit nicht unser Verständnis, sondern uns geht es um Ergänzung und Bereicherung.</p>	<p>Durch die Einbindung der AWO in den Expertenrat konnten viele kritische Fragen und Vorwürfe der anderen Wohlfahrtsverbände beantwortet bzw. gekontert werden. Wohlfahrtsverbände und Gewerkschaften befürchten, dass Sozialgenossenschaften dazu missbraucht werden den Wohlfahrtsbereich und den Sozialstaat auszuhebeln. Dieses Verständnis teilt der Expertenrat nicht. Er sieht die Sozialgenossenschaften als Ergänzung und Bereicherung des Wohlfahrtsbereiches.</p>	
II	C	3	<p>Quantitativ sehe ich doch, dass es in meinen Augen ein sehr großes Wachstumspotenzial hat, was auch insgesamt sozialstaatlich bayern- und bundesweit Gewicht bekommen dürfte. Was wichtig ist, ist dass es immer mehr hybride Formen gibt. Wir haben Sozialgenossenschaften bei denen auch Gewerkschaften, auch unterschiedliche Gewerkschaften Genossen sind. Bei einer Sozialgenossenschaft in Dachau ist sowohl die Arbeiterwohlfahrt als auch die Caritas, neben Ärzten und Pflegeeinrichtungen, Mitträgerin. Auch durchaus daraus wird deutlich, durch die hybriden Formen, das man nicht sagen kann, hier sind die Sozialgenossenschaften, hier sind die Wohlfahrtsverbände, sondern, dass die Wohlfahrtsverbände auch Sozialgenossenschaften mittragen und mit in ihrem Portfolio, in ihrer Angebotspalette mit zu integrieren vermögen. Das ist die besonders innovative Form und das vielleicht in die Zukunft verlängert, wäre es in meinen Augen nicht ausgeschlossen, dass bestimmte Typen von Sozialgenossenschaften mit bestimmten Innovationsansätzen gibt, die möglicherweise auch über die vor Ort Wirkung hinausreichen.</p>	<p>Das Wachstumspotenzial der Sozialgenossenschaften ist sehr groß. Vor allem Hybridformen bei denen sich Gewerkschaften oder Wohlfahrtsverbände als Genossen und Genossinnen engagieren haben hohes Innovationspotenzial. Außerdem können die Verbände so ihr Portfolio erweitern. Somit kann es auch möglich sein Sozialgenossenschaften aufzubauen, die über ihren lokalen Einfluss hinaus handeln.</p>	

II	C	4	Diejenigen, die dort etwas auf die Beine stellen, die machen das mit Herzblut und das ist manchmal im Wohlfahrtsbereich verloren gegangen. Der Soziologe Max Weber sprach von der „Veralltäglichen des Charismas“, was für große Organisationen, wie Gewerkschaften oder Wohlfahrtsverbände gilt und diese Barriere, dieses Problem, der Veralltäglichen des Charismas, dem begegnen in ihrer Innovationskraft die Sozialgenossenschaften.	Der vom Soziologen Max Weber bezeichneten "Veralltäglichen des Charisma" der Wohlfahrtsverbände und Gewerkschaften begegnen die Sozialgenossenschaften mit ihrer Innovationskraft.
II	C	5	Deshalb kann sich manches auch bei uns nochmal anders ausdifferenzieren und es ist genauso legitim, dass es die Sozialgenossenschaften im Palliativbereich gibt, mit professionellen Ambulanzhelfern und Ärzten auf der einen Seite und auf der anderen Seite eben auch die Genossenschaften, die sich selbst makeln um ihre eigenen Dienstleistungen an den Mann und an die Frau zu bringen. Das heißt, dadurch halte ich das auch für legitim, dass es in meinen Augen eine große Bandbreite der Sozialgenossenschaften gibt.	Es ist für Sozialgenossenschaften genauso legitim im Palliativbereich mit professionellen Ambulanzhelfern tätig zu sein, wie Dienstleistungen den eigenen Betroffenen anzubieten. Die große Bandbreite der Sozialgenossenschaften ist sehr wichtig.
II	C	6	Also um nochmal Ihre Frage zu beantworten, diese Sozialgenossenschaften sind an der anderen Stelle natürlich überall dort wo mehr Engagement, wo bürgerschaftliches Engagement und Empowerment Raum haben und da kann man natürlich sozialstaatliche Leistung abbauen. Das war aber bislang bei dieser Zukunftsinitiative nicht im Blick, eher das Gegenteil. Aber die Gefahr muss man immer sehen. Ich sehe sie eher an anderen Stellen und deshalb sollte man auch mit der Arbeit von Sozialgenossenschaften einen Beitrag leisten zur Erhöhung der Innovationskraft und wenn man so will, zur schöpferischen Zerstörung mancher lieb gewonnenen Routinen im Wohlfahrtsbereich.	Da wo Sozialgenossenschaften durch bürgerschaftliches Engagement und Empowerment entstehen, können sozialstaatliche Leistungen natürlich abgebaut werden, allerdings wurde dies von der Zukunftsinitiative bislang nicht beobachtet. Sozialgenossenschaften sollten eher einen Beitrag dazu leisten mit ihrer Innovationskraft zur "schöpferischen Zerstörung" von Routinen im Wohlfahrtsbereich beizutragen.
II	C	7	Ich sehe ein sehr großes Potenzial, was ich dadurch spüre, dass ich noch nie so viel Resonanz erfahren habe auf einen Expertenrat und wirklich von unterschiedlichen Richtungen immer wieder kontaktiert werde. Neulich erst wieder aus der Wissenschaft von einer Kollegin von der Humboldt Universität. Es ist also wirklich mannigfaltig. Ich glaube tatsächlich, dass ein Manko ist, dass die Potenziale der Sozialgenossenschaften noch zu wenig bekannt sind.	Das Potenzial der Sozialgenossenschaften kann man auch an der Resonanz den der Expertenrat erhalten hat feststellen. Das Manko ist leider, dass das Potenzial der Sozialgenossenschaften noch zu wenig bekannt ist.

Qualitative Inhaltsanalyse II

Organisation	ID1	ID2	ID3	ID4	ID5	ID6	ID7
K1 Gründungsverhalten und Zielsetzung	K1 Die Dienstleistungsgenossenschaft verbindet Familie und Beruf durch den Zusammenschluss von Mikrounternehmen und deren effektiven Interessenvertretung auf dem Markt. Die Genossenschaft kann als Dachorganisation Skalierungseffekte erzeugen. Sie übernimmt alle Pflichten und Rechte eines klassischen Arbeitgebers.	K1 Die Genossenschaft entstand auf Grund lokaler Leerstände, erhielt medialen Zuspruch und wurde durch die aktive politische Debatte beflügelt. Heute ist die Genossenschaft als Entität Vermieter, Gastronom, Bildungs- und Kultureinrichtung. Die genossenschaftliche Idee entstand durch politischen, sozial geprägten Aktivismus. Dabei wandelte sich die Zielsetzung von der reinen Wohnraumbereitstellung hin zur Flüchtlingshilfe.	K1 Die Genossenschaft entstand aus einer Initiative zur regionalen Entwicklung. Sie vereint die Betreuung und Pflege von Senioren, welche einen Pflegegutschein erwerben können, Fortbildungen und Beratungen für Senioren zu den Themen Wohnen, Unterstützung und Technik im Alter, Gründungsberatung und Betreuung von Initiativen hinsichtlich Rechtsform, Geschäftsmodellentwicklung, Umsetzung usw. und der Erstellung von Musterkoffern zur Gründung von Sozialgenossenschaften.	K1 Die Genossenschaft beschäftigt Menschen mit schweren psychischen Erkrankungen und unterstützt damit eine Personengruppe, die auf dem freien Arbeitsmarkt kaum Chancen auf einen Arbeitsplatz hat.	K1 Die Genossenschaft ist als Teil einer Bau GbR zur Errichtung und Vermietung von (Sozial-) Wohnungen für Behinderte, Geflüchtete oder Ältere gegründet worden, um diesen Personengruppen Zugang zu kostengünstigen Wohnungen gewährleisten zu können.	K1 Die Genossenschaft bietet inkludiertes und betreutes Wohnen für Menschen mit Behinderung an, welche eine Rundumbetreuung zu jeder Tageszeit benötigen. Für die Sicherung der Integration, spielt die Heterogenität der Mieterschaft eine besonders wichtige Rolle.	K1 Die Sozialgenossenschaft hat die Verbesserung der Lebensqualität im Alter als Zielsetzung. Sie bietet Dienstleistungen wie Betreuung oder Haushaltshilfe für Senioren an und organisiert Informationsveranstaltungen zu Themen des Lebens im Alter. Über ein Zeitguthaben werden Dienstleistungen vergütet.
K2 Persönlicher Hintergrund	K2 Die Gründer haben den beruflichen Hintergrund in derselben Branche und engagierten sich vorher bereits in ähnlichen Initiativen. Außerdem waren sie ehrenamtlich in den Bereichen Kultur und Soziales engagiert.				K2 Die Gründer vereinten den sozialen Hintergrund (Sozialpädagoge) mit einem wirtschaftlichen Hintergrund (Kaufmann).		
K3 Lokalität	K3 Regional wurde die Thematik bereits von Wirtschaft und Politik bearbeitet und gefördert	K3 Das Projekt wurde von Anfang an sehr stark von der lokalen Infrastruktur und der lokalen bis landesweiten Politik beeinflusst. Dadurch erhielt das Projekt sehr starken gesellschaftlichen Zuspruch.	K3 Die Genossenschaft ist lokal relativ unabhängig, jedoch stark von der lokalen Politik beeinflusst.	K3 Eine regionale Initiative war Startpunkt für die Genossenschaft, außerdem wird sie durch die Stadt unterstützt.	K3 Die Genossenschaft entstand aus einer lokalen Problemstellung heraus und ist fest an der Quartiersentwicklung beteiligt. Dabei arbeitet sie eng mit der Stadtverwaltung zusammen.	K3 Die Einbettung in die lokale Infrastruktur ist besonders wichtig für die Genossenschaft.	K3 Die Lokalität spielt eine wichtige Rolle für die Sozialgenossenschaft. Diese entsteht aus einem lokalen Mangel an Altersversorgung heraus und ihr Wirkungsbereich ist lokal auf zwei Ortschaften beschränkt.
K4 Ehrenamtlichkeit	K4 Ehrenamtlichkeit besteht nur bei Vorstand und Aufsichtsrat	K4 Ehrenamtliches Engagement spielt eine wichtige Rolle in vielen Aufgabenbereichen der Genossenschaft und wird durch diese aktiv gefördert.	K4 Ehrenamtlichkeit spielt für die Genossenschaft keine Rolle.	K4 Ehrenamtliches Engagement ist für die Umsetzung und den Betrieb der Genossenschaft unabdinglich.		K4 Die Tätigkeit der Sozialgenossenschaft beruht komplett auf ehrenamtlicher Arbeit.	K4 Die Sozialgenossenschaft besteht rein aus ehrenamtlichen Mitgliedern.
K5 Problemstellungen und Herausforderungen	K5 Problemstellungen bei der Gründung waren Rechtsgrundlage (allgemein, nicht bezogen auf Rechtsnovelle), Netzwerkaufbau, Finanzierung und der Argwohn bei Politik und lokalen Akteuren. Heute spielen Personalengpässe und Corona-bedingte Problemstellungen eine große Rolle.	K5 Netzwerk- und Überzeugungsarbeit, Finanzierung eines sozialen Projekts und der hohe Aufwand der genossenschaftlichen Rechtsform waren Problemstellungen bei der Gründung. K5 Die Genossenschaft wird stark von der politischen Lage beeinflusst. Außerdem muss das Projekt aktuell und attraktiv für Engagement, vor allem von jungen Menschen, gehalten werden.	K5 Im sozialen Bereich war es zur Zeit der Gründung für Genossenschaften schwierig Einnahmen zu generieren, außerdem stellt die kostenintensive Prüfung und die Wirtschaftlichkeit im Allgemeinen ein Problem dar. Die lokale Politik stellt sich teilweise gegen neue Initiativen, die Corona Krise und die Attraktivität für Engagierte sind weitere Problemstellungen.	K5 Die Finanzierung und das Aneignen der rechtlichen Grundlagen waren Problemstellungen bei der Gründung. Die Prüfung wird außerdem als sehr arbeitsintensiv wahrgenommen.	K5 Eine Genossenschaftsgründung ist mit sehr hohem finanziellem und zeitlichem Aufwand verbunden. Durch die umfangreiche Prüfung ist sie zwar eine der sichersten Formen des Wirtschaftens, die umfangreichen Wirtschaftspläne und Konzepte stellen aber auch eine Hürde bei der Gründung dar. Bei der Spendenakquise hat der gemeinnützige Verein Vorteile gegenüber der Genossenschaft. K5 Die Kooperation mit einer Bank, bzw. die Kooperationsbereitschaft von Banken und der Zugang zu Krediten sind, vor allem für kleinere Genossenschaften, große Problemstellungen.	K5 Die Einhaltung bzw. Erbringung der rechtlichen Richtlinien, die Finanzierung und der mit der genossenschaftlichen Rechts- und Organisationsform verbundenen Aufwand waren Problemstellungen bei der Genossenschaftsgründung.	K5 Bei der Gründung waren die Konzepterstellung und die Attraktivität, sowie rechtliche, organisationale und steuerliche Fragen zentrale Problemstellungen. Heute spielt vor allem die Begeisterung neuer, junger Mitglieder eine wichtige Rolle. Die Prüfung durch den Verband wird als zu aufwendig wahrgenommen.
K6 Kritische Erfolgsfaktoren		K6 Verschiedene Kompetenzen, Schlüsselpersonen für Netzwerkarbeit, Durchhaltevermögen und Öffentlichkeitsarbeit sind erfolgskritisch für die Umsetzung einer Sozialgenossenschaft.		K6 Für die Umsetzung eines derartigen Projektes sind engagierte Leute, die eine Umsetzung durchführen und sich langfristig engagieren, erfolgskritisch. Die Vielfalt der Mitglieder ist wichtig für die Entwicklung und Gestaltung der Sozialgenossenschaft. Die Kombination aus staatlicher Unterstützung und selbstständiger Umsatzgenerierung ist ein besonderes Modell.	K6 Für die Umsetzung einer Sozialgenossenschaft sind Menschen die Verantwortung übernehmen, Durchhaltevermögen zeigen, das nötige Know-how und die nötige Vernetzung besitzen und sich ehrenamtlich bzw. unentgeltlich engagieren, erfolgskritisch.	K6 Für die Sozialgenossenschaft war es entscheidend, dass die an der Gründung beteiligten Personen alle wichtigen Kompetenzen und das nötige Know-how mitbrachten. Die Netzwerkarbeit war entscheidend für den Grundstückszuschlag.	

K7 Vorteile der Genossenschaft	K7 Die genossenschaftliche Organisationsform verschafft den Mitgliedern Vollbeschäftigung und ermöglicht durch das Identitätsprinzip Mitsprache, Eigentum und Leistungsabnahme.	K7/K8 Die Ausrichtung auf soziale Ziele und nicht auf Gewinnmaximierung, die klaren Strukturen, die Prüfung und die Unterstützung Dritter durch das Förderprinzip sind Argumente die für die genossenschaftliche Organisationsform sprechen. Das Demokratieprinzip wird klassisch umgesetzt und als Mechanismus gegen Unternehmensübernahmen gesehen.	K7 Die genossenschaftliche Organisationsform ist auf Grund von Einlagen, Stimmrecht, Nachschusspflicht, Überprüfung und Offenlegung sinnvoll. Das Demokratieprinzip ist ein ausschlaggebendes Kriterium für die Beteiligung von Unternehmen. Lokal hat die Genossenschaft zusätzlich ein besseres bzw. professionelleres Ansehen als der Verein.	K7 Durch das Demokratieprinzip werden alle Mitglieder in Entscheidungen eingebunden und dadurch gleichzeitig aktiviert. Die Prüfung wird außerdem als gutes Tool zur Sicherstellung der Wirtschaftlichkeit angesehen.	K7 Durch die Genossenschaft können verschiedene Personengruppen Wohnungseigentümer werden und durch freiwillige Einlagen Mietkosten senken.	K7/K8 Durch die Mitgliedschaft in der Genossenschaft haben die Betroffenen ein lebenslanges Wohnrecht. Zusätzlich haben sie durch das Demokratieprinzip Mitbestimmungs- und Mitgestaltungsrechte und -möglichkeiten.	K7 Die Rechtsnovelle spielte hinsichtlich der Gemeinnützigkeit eine entscheidende Rolle. Weiters sprechen das Demokratieprinzip, die wirtschaftliche Kontrolle und die Organisation für die Genossenschaft.
K8 Genossenschaftliche Prinzipien	K8 Die Wirtschaftsprüfung durch den Verband verschafft Vertrauen, das Förderprinzip kommt den Mitgliedern zu Gute und das Demokratieprinzip verhilft zum Dialog und gewährleistet Gleichberechtigung.	K7/K8 Die Ausrichtung auf soziale Ziele und nicht auf Gewinnmaximierung, die klaren Strukturen, die Prüfung und die Unterstützung Dritter durch das Förderprinzip sind Argumente die für die genossenschaftliche Organisationsform sprechen. Das Demokratieprinzip wird klassisch umgesetzt und als Mechanismus gegen Unternehmensübernahmen gesehen.		K8 Die Sozialgenossenschaft hat die Förderung seiner Mitglieder als oberstes Ziel und stellt durch das Demokratieprinzip deren Mitbestimmung und -gestaltung sicher.	K8 Die Förderung der Mitglieder und die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum stehen im Mittelpunkt der Genossenschaft. Das Demokratieprinzip führt auf Grund der Organisationsstruktur mit GbR, Genossenschaft und gemeinnützigem Verein teilweise zu Schwierigkeiten in der Entscheidungsfindung und der Mitbestimmung in der GbR.	K7/K8 Durch die Mitgliedschaft in der Genossenschaft haben die Betroffenen ein lebenslanges Wohnrecht. Zusätzlich haben sie durch das Demokratieprinzip Mitbestimmungs- und Mitgestaltungsrechte und -möglichkeiten.	K8 Das Förderprinzip ist bei der gemeinnützigen Sozialgenossenschaft auf die Gesellschaft ausgerichtet. Das Demokratieprinzip wird eher unbürokratisch umgesetzt.
K9 Beratung	K9 Das Genossenschaftsmodell war bereits bekannt. Beratung erhielt man von Verband, anderen Genossenschaften, einer Stiftung und einem Institut	K9 Die Genossenschaft orientierte sich hauptsächlich an Best-Practice-Beispielen um wichtige Fragen vor/während der Gründung zu klären. Aktuelle Informationen bezüglich bspw. Corona, erhält man vom Genossenschaftsverband.	K9/K10 Bei der Gründung standen der Genossenschaftsverband und das Sozialministerium beratend zur Seite. Das Sozialministerium war außerdem bei der Gründungsfinanzierung beteiligt.	K9 Der Genossenschaftsverband stand beratend zur Seite. Rechtliche und finanzielle Fragen klärt ein Steuerbüro. Der Staat spielt eine Rolle bei der Netzwerkbildung.	K9 Unterstützung und Beratung erhielt die Genossenschaft durch Best-Practice-Beispiele, den Genossenschaftsverband und das Sozialministerium.	K9 Unterstützung und Beratung erhielt die Sozialgenossenschaft von Best-Practice-Beispielen und dem Sozialministerium.	K9 Beratungsleistungen durch Finanzämter, Genossenschaftsverband und Behörden war zur Gründungszeit unzureichend. Die lokale Genossenschaftsbank diente als Ansprechpartner. Das Sozialministerium klärte zu grundsätzlichen rechtlichen Fragen auf und leistete Netzwerkarbeit.
K10 Finanzierung	K10 Die Genossenschaft wurde bei der Gründung durch die Landesregierung gefördert und finanziert sich durch Mitgliedsbeiträge und das aktive Geschäft.	K10 Die Finanzierung der Gründung der Genossenschaft stellt sich aus einem Baukostenzuschuss und Geldern von Stiftungen zusammen. Die laufenden Kosten deckt die Genossenschaft durch ihren Betrieb. Zusätzlich erhält sie eine städtische Kulturförderung.	K9/K10 Bei der Gründung standen der Genossenschaftsverband und das Sozialministerium beratend zur Seite. Das Sozialministerium war außerdem bei der Gründungsfinanzierung beteiligt.	K10 Die Sozialgenossenschaft wurde bei der Gründungsfinanzierung durch den Staat unterstützt. Sie erhält außerdem Zuschüsse von Bezirk und Stadt. Die Unterstützung ist finanziell aber auch in Form von Sachgütern.	K10 Die Finanzierung der Sozialgenossenschaft stellt sich aus den Einlagen der Mitglieder und Förderung durch das Sozialministerium, Spendenquittungen durch den gemeinnützigen Verein und Kreditmitteln der Landesbodenkreditanstalt zusammen.	K10 Die Sozialgenossenschaft wurde bei der Gründung durch das Sozialministerium finanziell gefördert.	K10 Die Sozialgenossenschaft erhielt keine finanzielle Förderung.
K11 Potenzial und Skalierung	K11 Das Konzept der Genossenschaft kann regional unabhängig umgesetzt werden, ist aber in der Größe eingeschränkt, da kurze Kommunikationswege unabdingbar sind. Die Gründung einer Dachorganisation mit regionalen Genossenschaften wird als Potenzial angesehen.	K11 Ähnliche Projekte lassen sich ortsunabhängig umsetzen, sind jedoch von ihrer Reichweite her lokal gebunden.	K11 Das Projektmodell der Genossenschaft wird vom Genossenschaftsverband mit großem Potenzial verbunden. Durch den Konkurrenzgedanken kann die Zusammenarbeit mit Politik/Wohlfahrt erschwert werden.		K11 Sozialgenossenschaften entstehen immer da, wo lokale Mängel herrschen und der Staat soziale Verantwortung abgegeben hat. Wenn dieser die Gründung von Sozialgenossenschaften unterstützt und fördert, kann diese Kollaboration sinnvoll sein. Die politische Priorität und Wirtschaftlichkeit ist dabei entscheidend.	K11 Das Konzept der Sozialgenossenschaft hat großes Potenzial, die Umsetzung ist jedoch schwierig und eher in Zusammenarbeit mit einer bestehenden Genossenschaft sinnvoll.	K11 Das Konzept könnte landkreisweit ausgebaut werden.

Gesprächspartner: Anton Frey
Organisation: Die Familiengenossenschaft eG
Interviewleiter: Lukas Kowalski, B.A., Universität Wien, Matr.Nr.: 11713764
Datum: 09.07.2020

THEMA: Dieses Interview dient dazu, das Gründungsverhalten von Sozialgenossenschaften zu untersuchen und beeinflussende Faktoren und Akteure bei der erfolgreichen Umsetzung einer Sozialgenossenschaft herauszustellen.

Part I: Gründungshintergrund

A. Beschreiben Sie die Zielsetzung Ihrer Sozialgenossenschaft

Die Familiengenossenschaft eG (Fam-eG) nutzt den Terminus „Sozialgenossenschaft“ nicht, weil:

- sie sich als verbindendes Unternehmen zwischen Arbeitsmarkt und Familienleben versteht
- Die Idee des „Sozialen“ des originärer Bestandteil der Genossenschaft ist: lateinisch: „sozia“, „sozius“ ~ „Genosse“! Wir orientieren uns eher am alten Begriff der Gemeinwirtschaft¹, im Sinne der gemeinsamen Bewirtschaftung, hier der Geschäftsstelle der Familiengenossenschaft eG und ihrer weiteren Einrichtungen²

Die Ziele der Fam-eG hat die BILD-Zeritung bei deren Gründung 2006 so formuliert: „Tagesmütter wirtschaften gemeinsam!“

Es ging darum, vereinzelt arbeitende „Mikro-Unternehmerinnen“ (Schlagwort „Ich-AG“) in der Form der Dienstleister/innen-Genossenschaft, in einer betriebswirtschaftlich sinnvollen Organisationsform, der „eG“ zu organisieren. Das heißt in einer in vielen Hinsichten

¹ Im Sinne des Gründungsgedankens, siehe Gabler Wirtschaftslexikon II. Auflage, S. 1724, Artikel „Gemeinwirtschaft“ von dort Verweis auf „Genossenschaft“

² Insbesondere Tagespflegeeinrichtungen (Betreuung in anderen, geeigneten Räumen), Eltern-Kind-Zimmer in Unternehmen oder Kinderbetreuungseinrichtungen in Betrieben

abgesicherten Unternehmensform, in welcher folgende Bereiche gemeinsam verantwortet werden:

- Akquise
- Qualitätssicherung
- Fortbildungen
- Pool für Vertretungen
- Beobachtung und Berücksichtigung von Marktbewegungen
- Erarbeitung rechtssicherer Verträge
- Inkasso auf der Basis von Treuhandverträgen
- Innovationsförderung

Eine wirtschaftende Organisation³, die jedoch jedem Mitglied der Genossenschaft die volle Freiheit aber auch Verantwortung überlässt für:

- Das unternehmerische Risiko mit u.a. folgenden Teilaspekten:
- Die individuellen Vertragsabschlüsse
- Der organisatorische Rahmen der pädagogischen oder pflegerischen Arbeit
- Das Arbeitsvolumen und die Zeitdispositionen
- Das pädagogische / pflegerische Konzept
- Die (alles entscheidende) Pflege der „Erziehungs-“, resp. „Pflegepartnerschaft“, welche auf einem Vertrauensverhältnis der betroffenen Menschen „auf Augenhöhe“ funktionieren kann.

a) Was hat Sie persönlich dazu motiviert eine Sozialgenossenschaft zu gründen?

Vorbemerkung: Die Fam eG wurde von meiner Frau Dorothea Frey (langjährige Geschäftsführerin der Fam eG) und mir als freiberuflich Tätigem gemeinsam gegründet.

Unsere persönlichen Motivations- und Erfahrungsstränge:

- Die langjährige Weiterbildungsarbeit u.a. mit Arbeitsuchenden und für die lokale Wirtschaft

³ Auf Anregung von Gründungsmitgliedern aus dem Kreis Unternehmen wurde darauf verzichtet, den Status der „Gemeinnützigkeit“ im Sinne der steuerlichen Begünstigung zu verzichten. Dies hat den Status der Familiengenossenschaft als „Unternehmen unter Unternehmen“ deutlich erhöht und erhält der Familiengenossenschaft einige Freiheitsgrade im wirtschaftlichen handeln.

- Ehrenamtliche Arbeit in den Bereichen Kulturförderung und Soziales, insb. Familien
- Die Beobachtung des Scheiterns einer großen Anzahl von „Ich-AG’s⁴“, d.h. Mikrounternehmer/innen
- Den Markt „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ mit einem stabilen, jedoch hochflexiblen Unternehmen als Arbeitsmarktchance zu nutzen, zuerst für Tagespflegepersonen (Tagesmütter) und dann für andere Dienstleisterinnen „rund um die Familie“
- Verbesserung der „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ für die Mitgliedsunternehmen (Stabilisierung von Erwerbsbiografien, Wettbewerbsvorteile bei der Personalakquise)

b) Waren Sie selbst bereits vorher in einem sozialen Bereich tätig?

Frau Dorothea Frey war Bankkauffrau (IHK) und staatlich anerkannte Erzieherin⁵, sowie Dozentin u.a. in der Ausbildung von Tagespflegepersonen⁶ (incl. Mitarbeit an der entsprechenden Curriculum-Entwicklung⁷) engagiert

Anton Frey als Erziehungswissenschaftler mit volkswirtschaftlichem Grundstudium, beruflich als VHS-Leiter tätig, langjährige Mitarbeit z.B. „Beschäftigungsinitiative Rhein-Neckar“, „Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz“ etc.

c) Welche Rolle spielt die Lokalität für Ihre Sozialgenossenschaft?

⁴ Einzelne Unternehmer stehen betriebswirtschaftlichen, organisatorischen, rechtlichen, kommunikativen (Marketing) und finanziellen Schwierigkeiten gegenüber, die sie entweder nicht oder nur mit sehr hohem Zeitaufwand bewältigen können. Das erste führt zum Scheitern (direkter Übergang in HARTZ IV), das zweite reduziert die wirtschaftlichen Erträge.

⁵ Mit hauptberuflichen Erfahrungen in der Jugendarbeit und als Erzieherin in KITAS

⁶ <https://docplayer.org/81732313-Vereinbarkeit-von-familie-und-beruf.html>

⁷ https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/dasdji/home/120423_Termin.pdf

Dokumentation unter:

<https://www.tinas-loewenkinder.de/files/Kindertagespflege-familiennah-und-gut-betreut.pdf>

und

https://www.handbuch-kindertagespflege.de/fileadmin/Dokumente/Einleitung/gesamt_gestaltet_januar_2019.pdf

Die Familiengenossenschaft eG gründete sich auf der regionalen Basis der Metropolregion Rhein-Neckar⁸, dort aus dem Arbeitskreis „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ heraus.

Politischer Rückhalt aus dem Arbeitsministerium, Wirtschaftsministerium

Rückhalt aus der Industrie/Wirtschaft, stabil und flexibel, Auslagerung und Fokussierung in der Genossenschaft, Brückentage, Ferienbetreuung, wenige städtische Angebote

Internes Wachstum, Krankenhäuser, Stadtwerke

Gemeinden und Genossenschaften passen nicht so gut zusammen

Abgrenzung Gemeinde im Sinne der Behörde und der Gemeinde als Bevölkerung

d) Welche Rolle spielt ehrenamtliches Engagement für Ihre Sozialgenossenschaft?

Die Mitglieder der Gremien (stv. Vorstand und Aufsichtsrat) arbeiten ehrenamtlich.

Ansonsten kennt die Familiengenossenschaft e.G.: Arbeit als Selbstständige im Rahmen der eG, Angestellte und Freiberufler – je nach Aufgabenfeld.

B. Bei der Gründung einer Organisation spielen die Rechtsgrundlage, die Finanzierung, oder auch lokale Faktoren, wie Ressourcen, Vernetzung, Unterstützung, etc. eine wichtige Rolle.

a) Mit welchen Problemstellungen waren Sie bei der Gründung Ihrer Sozialgenossenschaft konfrontiert?

Satzung erstellen zu einem Zeitpunkt als die Novelle des Genossenschaftsgesetzes eben verabschiedet war⁹

Aufbau- und Ablauforganisation erstellen, testen und implementieren – unter den Konditionen einer eG von Dienstleister/innen

Unzählige Gespräche auf dem Weg vom Netzwerkmitglied zum Mitglied der Genossenschaft

⁸ Die Metropolregion Rhein-Neckar (<https://www.m-r-n.com/>) umfasst den Kernbereich des alten Kulturraumes „Kurpfalz“ (<https://www.verein-kurpfalz.de/>). Die Familiengenossenschaft eG wirtschaftet also in Teilen der Bundesländer Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Hessen: mit jeweils anderen Förderlandschaften und unterschiedlichen Umsetzungen von z.B. kinder- und jugendrechtlichen Ausführungsbestimmungen

⁹ Dies wäre ohne die engagierte Beratung und Begleitung durch den Genossenschaftsverband Frankfurt / Neu-Isenburg nicht möglich gewesen.

Aufbau genossenschaftsspezifischer Kommunikationsformen, beginnend mit dem Thema „Arbeiten in der Genossenschaft“
Grundfinanzierung über die Mitglieder des Gründungsprojekts¹⁰ „Neue Arbeit durch die Familiengenossenschaft eG“ sichern
Argwohn bei Traditionseinrichtungen

b) Mit welchen Problemstellungen sind Sie heute konfrontiert?

- Personalengpässe
- „Corona“

Part II: Organisationsform Genossenschaft

A. Die Rechtsnovelle im Jahr 2006 verursachte einen kurzfristigen Boom im Gründungsgeschehen der Genossenschaften in Deutschland. Im Gesundheits- und im Energiesektor wurden außerdem spezifische Reformen umgesetzt, die Kooperationen in der Form einer Genossenschaft in diesen Bereichen gefördert haben.

a) Hatten die Rechtsnovelle oder sektorspezifische Reformen auch Einfluss auf Ihre Entscheidung eine genossenschaftliche Organisationsform zu wählen?

Die Rechtsnovelle hatte keinen Einfluß auf die Entscheidung die eingetragene Genossenschaft als Rechtsform zu wählen. Natürlich war dann die Möglichkeit zwischen „Fördermitgliedern“ und Investierenden zu unterscheiden förderlich.

b) Welche weiteren Gründe hatte die Wahl der Organisationsform Genossenschaft für Sie?

1. Die Möglichkeit, „Mikrounternehmerinnen“ in einer stabilen Wirtschaftsform zusammenzuschließen – ohne, dass diese ihre Selbstständigkeit aufgeben müssen¹¹

¹⁰ Eine Anschubfinanzierung durch das damalige Ministerium für Arbeit, Soziales, Familien und Gesundheit. Mittel der Arbeitsmarktförderung und des Europäischen Sozialfonds.

¹¹ Der direkte und persönliche Dienstvertrag nach § 611 ff BGB zwischen Tagespflegeperson und Eltern ist gesetzliche Grundlage für die Kindertagespflege

2. Mit der Einbeziehung von Unternehmen als „Investierende Mitglieder“ können die Interessen aus der Notwendigkeit der „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ und den Möglichkeiten der z.B. Tagespflegepersonen auf Augenhöhe in den Gremien verhandelt werden
3. Das Vertrauen, welches Genossenschaften deshalb genießen, weil sie sich der besonderen Prüfpflicht durch den Genossenschaftsverband unterziehen

B. Wie beeinflussen die folgenden Genossenschaftsprinzipien Ihr Geschäft?

a) Förderprinzip - Die Förderung der Mitglieder als oberstes Ziel

Siehe oben! Zum Ergebnis:

1. Durch die gegenseitige Förderung der Mitglieder konnten die Erwerbsbiografien dauerhaft verstetigt werden
2. Durch die gemeinsame Akquise sind die aktiven Mitglieder regelmäßig voll und lückenlos ausgelastet. Deshalb erzielen sie ein stabiles und verhältnismäßig hohes Einkommen
3. Für die Unternehmen (Investierende Mitglieder) steht mit der Familiengenossenschaft eG ein Partner gegenüber, in dem sie selbst als Mitglied engagiert sind, mitgestalten können und Dienstleistungen „rund um Familie“ aus einer Hand abrufen können.

b) Demokratieprinzip - Jedes Mitglied hat das gleiche Stimmrecht

Das Demokratieprinzip ist genauso wichtig, wie das Bewusstsein verantwortendes Mitglied dieser Unternehmung „Eigentümer unter anderen Eigentümern“ zu sein.

Aus der Genossenschaftsform ergeben sich verflochtene Hierarchieebenen, mit entsprechend korrespondierenden Verantwortlichkeiten. Diese können dank der Gleichberechtigung aller Mitglieder dialogisch verhandelt werden.

Part III: Gründungsunterstützung und Finanzierung

A. Das Genossenschaftswesen wird bei Beratungen, aber auch in der Bildung oft eher vernachlässigt.

a) Wie gut kannten Sie sich persönlich mit den Grundlagen des Genossenschaftswesens vor Ihrer Gründung aus?

Frau Frey absolvierte ihre Bankausbildung bei einer Raiffeisen-Bank (Volksbank)

b) Erhielten Sie rechtliche und/oder unternehmerische Beratung? Wenn ja, von welchen Stellen?

Die wichtigste Unterstützung kam vom Genossenschaftsverband Frankfurt, siehe oben. Weiter standen als Gründungs- und Beratungspartner Mitgliedsunternehmen, wie die Volksbank zur Verfügung. Später im Rahmen von Modellversuchen auch die Robert-Bosch-Stiftung, IFOK (<https://www.ifok.de/ueber-ifok/>), das Deutsche Jugendinstitut u.v.m. zur Verfügung.

B. Die finanzielle Unterstützung durch öffentliche Gelder ist für manche Sozialgenossenschaft von großer Bedeutung, bei anderen wird die Finanzierung durch die Einbindung von Konzernen gewährleistet.

a) Welche Partner haben Sie bei Ihrer Finanzierung unterstützt, bzw. wie setzt sich die Finanzierung Ihrer Sozialgenossenschaft zusammen?

Die Geschäftsstelle der Genossenschaft finanziert sich über die Mitgliedsbeiträge. Diese richten sich bei den Investierenden Mitgliedern an der Mitarbeiteranzahl der Unternehmen, bei den aktiven (Förder-) Mitgliedern am Umsatz aus.

Die Bezahlung der Arbeit der Genossenschaftsmitgliedern entspricht den „Marktbedingungen“: Beiträge der Familien, Regelsätze für z.B. Kinderbetreuung durch die kommunalen Jugendämter, Beiträge von Unternehmen für z.B. Eventbetreuung.

b) Das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration bietet seit 2012 ein Förderprogramm zur Gründung von Sozialgenossenschaften an. Spielt der Staat Baden-Württemberg ebenfalls eine Rolle bei der Gründung bzw. dem Geschäft Ihrer Sozialgenossenschaft?

Die Gründungsförderung erfolgte als „Pilotprojekt“ durch das Land Rheinland-Pfalz schon ab 2006. (siehe oben)

Am 21. Okt. 2014 präsentierte ich die Arbeit der Familiengenossenschaft eG beim Expertenrat „Sozialgenossenschaften – selbst organisierte Solidarität“ des Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration.

Abschlussfrage

Sehen Sie in der sozialgenossenschaftlichen Organisationsform das Potenzial auch auf nationaler Ebene soziale Problemstellungen zu bearbeiten?

Die Familiengenossenschaft eG hat unter Verwendung des Namens einige Nachahmer gefunden. Soweit mir bekannt ist, jedoch eher als „Einkaufsgenossenschaft für Dienstleistungen“

Interessant ist jedoch z.B. der Ansatz des anthroposophische Kindergarten in Gengenbach¹² (<http://www.waldorfkindergarten-strohbach.de/>)

Und die Sozialgenossenschaft Tagesmütter Südtirol (<https://www.tagesmutter-bz.it/de/>)

Was eine nationale oder gar internationale Ebene betrifft, so wäre der Frage nachzugehen, wie groß eine einzelne Dienstleister-Genossenschaft werden darf.

Die erforderlichen Dialogstrukturen müssen überschaubar bleiben. Das direkte Gespräch, ohne mediale Vermittlung, ist im Bereich der persönlichen Vertrauensarbeit (z.B. die Koordination von „Erziehungspartnerschaften“) unabdingbar.

Ein Netz von Filialen unter der Nutzung einer gemeinsamen Infrastruktur ist denkbar. Als Beispiel könnte hier DATEV dienen.

Stutensee, 9.7.2020AF

Genossenschaftsverband Frankfurt!

Markt – Verantwortliche – Sozialgenossenschaften nur als Label?

Inhaber = Arbeitnehmer?

¹²

Gemeinnützige Genossenschaft zum Betrieb der Waldorf-Kindertagesstätte Gengenbach-Strohbach e.G.
Strohbach 1a
77723 Gengenbach
(Prüfverband: Baden-Württembergischer Genossenschaftsverband e.V., Sitz:Karlsruhe)

Größe? Nationale Ebene? → Genossenschaftsverband Frankfurt

Initiation von Innen! Selbsthilfe, Verantwortungsbereitschaft

Experteninterview Transkript vom 26.06.2020

Gesprächspartner: Grisi Ganzer, Medienprojekte | Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Unternehmen: Bellevue di Monaco eG

Interviewleiter: Lukas Kowalski, B.A., Universität Wien, Matr.Nr.: 11713764

Hr. Kowalski Ja, also ich habe mich natürlich auf Ihrer Website schon ein bisschen informiert. Es wäre trotzdem als Einstieg ganz interessant, nochmal aus Ihrer eigenen Sicht die Motivation und die Zielsetzung am Anfang, ein bisschen darzustellen.

Hr. Ganzer Genau, das Bellevue hat ja eine ganz besondere Geschichte, es war ja so jetzt nicht geplant [wie es heute ist]. Es gab nicht zuerst die Idee, dieses Thema Geflüchtete, Migration zu beackern, sondern zuerst gab es in der Nachbarschaft hier am Gärtnerplatzviertel die Entdeckung, dass da Häuser leer stehen, die der Stadt gehören. Also es gab ein Bauprojekt. Das älteste Bürgerhaus hier in der Blumenstraße, die Glockenbachwerkstadt, hat einen Außenbereich, der dadurch vergrößert wird, dass hier auch noch ein öffentlicher Bolzplatz mitverwendet wird für die Kinderbetreuung. Und da hat dann die Stadt irgendwann mal verkündet, wir reißen diese drei Häuser ab und machen einen Wohnungsbauprojekt, was auch diesen Bolzplatz einschließt. Daraufhin wurde demonstriert gegen die Bebauung des Bolzplatzes und in dem Zusammenhang wurde dann eben, wurden die Menschen und Bürgerinnen und Bürger auf die Häuser aufmerksam. Und dann gab es eben eine Renovierungsaktion in diesem schon relativ heruntergewirtschafteten Haus, wo die Nachbarn und Eltern der Kinder der Glockenbachwerkstadt und noch ein paar Helfer zusammen mal eine Wohnung hergerichtet haben und ein Video auf Youtube gestellt haben und das war dann ein sehr großer Erfolg. Also es hat eingeschlagen in der Stadtgesellschaft und großen Zuspruch gefunden und daraufhin hat der damalige Oberbürgermeister, noch Christian Ude, also der Vorgänger vom jetzigen Bürgermeister gesagt, ok, jetzt sollen zumindest mal als Zwischennutzung alle Wohnungen in diesem Standard hergerichtet werden. Und dann ging es noch eine Weile hin und her. Der Bolzplatz war dann irgendwann mal gerettet. Das war dann den Stadträten auch klar, dass der nicht wegdarf. Dann hat man, um die Situation ein bisschen zu befrieden gesagt, dass auch das Eckhaus, die Nummer 6 stehen bleiben darf. Also unser „Signature“ Gebäude quasi, an der Ecke. Und dass die anderen Häuser aber wegmüssen und dass man weiterhin dort ein Wohnungsbauprojekt machen möchte. Und da gab es auch einen Stadtratsbeschluss und da war dann die Geschichte erstmal zu Ende. Dann gab es eben noch mehrere Geschichten mit städtischen Leerständen. Also Aktionen auch von unserer Seite. Dann quasi so ein bisschen die künstlerische

Vorgängerform von Bellevue Monaco war die Goldgrund Immobilien Aktivistin Marke, die so ein bisschen Aktionen gemacht hat. Eigentlich zunehmend in Zusammenhang mit Leerständen, mit städtischen. Und nachdem wir dann irgendwie noch mehrere Häuser publik gemacht hatten, hat, der dann neue Bürgermeister eben angeboten, dass man nochmal über die Müllerstraße reden kann. Das war dann 2014. Im Sommer 2014 war bereits Flüchtlingskrise in München. Da waren so viele Leute auf einmal gekommen, dass die Erstaufnahmeeinrichtungen das nicht mehr kapazitätsmäßig gepackt haben. Da haben die Leute teilweise im Freien kampiert und daraufhin hat der Bürgermeister gesagt, dieses Thema ist wichtig und wir wollen diesem Thema auch ein Zentrum in dieser Stadt widmen. Soweit hatten wir uns dann schon verändert quasi von der Ausrichtung, dass wir gesagt haben, ok, worum geht es uns eigentlich? Klar, Leerstände, aber was ist auch wichtig für die Stadt? Dass eben dieses Thema mit den Neuankommenden hier irgendwie, irgendwo vorkommt in der Innenstadt. München ist ja eine wohlhabende Stadt. Selbst zu der Zeit als die Erstaufnahme in der Bayernkaserne übergelaufen ist, hat man in der Innenstadt ja gar nichts von dieser Flüchtlingskrise, von dieser sogenannten, gemerkt. Eigentlich kam das nicht vor in der wirklichen Stadtgesellschaft, in der eingewohnten. Und wir dachten dann eben, wenn wir schon uns in unserer Freizeit ehrenamtlich engagieren, dann muss das sozusagen auch einen absolut nachhaltigen Zweck erfüllen mit diesen Häusern, die wir dann wieder freikämpfen, sozusagen aus ihrem Dornröschenschlaf. Dann hieß es von der Stadt, das kann gemacht werden, dieses Projekt und wir mussten uns dann alt drum bewerben die Gebäude zu pachten. Und dazu muss man dann natürlich eine Rechtsform haben und ein Projektbeteiligter, der Christian Stupka von der Wogono, also auch eine Wohnungsbaugenossenschaft, der auch sehr politisch, vernetzungsmäßig immer aktiv war in München, der uns dann eben stark geraten hat, das nicht als Verein zu machen, weil eben sehr viel Geld bewegt werden muss für die Renovierung, sondern eine Genossenschaft zu gründen. Weil, das auch für die Bewirtschaftung von den Wohnungen und überhaupt für die Renovierung und für die ganzen Geldgeschäfte eben viel besser wäre. Genau und dann wurde eine Genossenschaft gegründet. In der Form haben wir uns dann beworben und den Zuschlag bekommen und dann Geld eingesammelt, die Renovierung gemacht und betreiben jetzt als Genossenschaft auch die Häuser. Also betreiben im Sinn von, wir sind die Vermieter für die Bewohner hier, bzw. bei den Jugendlichen ist es ja sogar so, die die betreut wohnen sind, es sind nicht alle die betreut wohnen, aber die meisten, bei den Jugendlichen gibt es immer noch eine Jugendhilfeorganisation, die bei uns quasi mieten. Und die wiederum kriegen natürlich den Mietkostenzuschuss dann für ihr Klientel, also für die Geflüchteten, die da drinnen einquartiert sind. Also die Genossenschaft ist da an der Stelle Vermieter. Dann betreiben wir ja im Erdgeschoss an der Ecke ein Café, da sind wir dann Gastronomen und dann betreiben wir hinten die Räume, die Kulturräume für Schulungen, Sprachunterricht, Beratungen, Workshops, alles Mögliche und also die Räume stellen wir meistens ja kostenlos zur Verfügung, für die meisten Sachen, aber machen selber auch ein Kulturprogramm hier noch. Also es gibt auch Veranstaltungen, die wir auch

selber hier machen. Genau. Das ist so, grob und kurz, die Geschichte der Sozialgenossenschaft.

Hr. Kowalski Ok, sehr interessant. Also Sie haben so zu sagen die Häuser, die leerstehenden quasi gekauft und dürfen die dann vermieten als Genossenschaft.

Hr. Ganzer Gehören tun sie der Stadt München, wir haben einen Erbpachtvertrag über 40 Jahre.

Hr. Kowalski Ah, ok, verstehe.

Hr. Ganzer Die Stadt verkauft gar nichts mehr. Da gab es einen großen politischen Gegenwind. Das fanden die Leute irgendwann unverständlich, in einer Stadt wo der Raum so knapp ist, dass die Stadt über Jahre hinweg Immobilien verkauft hat. Also das gibt es nicht mehr. Es gibt nur noch Erbpacht von der Stadt.

Hr. Kowalski Ok, verstehe. Aber Sie selbst; waren Sie auch bei der Gründung beteiligt oder sind Sie erst später dazugestoßen?

Hr. Ganzer Ich bin so zu sagen, ich war schon vor der Gründung beteiligt. Ich habe den gesamten Weg des Projektes irgendwie begleitet. Also von dem Kampf um den Leerstand bis...jetzt bin ich Angestellter der Genossenschaft.

Hr. Kowalski Ok. Waren Sie selbst auch vorher irgendwie in einem sozialen Bereich tätig? Also es klingt, also es war ja, sage ich jetzt mal erstmal nicht sozial ausgerichtet das Projekt und wurde dann durch diese Flüchtlingsthematik dann eigentlich sehr extrem oder ein sehr, sehr, sehr soziales Thema

Hr. Ganzer Naja, also sozial ausgerichtet war das Projekt natürlich schon, weil auch die Gentrifizierungs- und Leerstandsdebatte einen sozialen Hintergrund hat. Aber da ging es mehr so allgemein um Wohnraum für nicht so Wohlhabende. Und die Flüchtlingsthematik kam dann noch dazu. Das Problem in München ist man kann ja eigentlich fast niemanden wirklich hier -also selbst wenn man guten Willens ist und sagt wir wollen die Leute integrieren - haben wir ja keinen Wohnraum, den man da irgendwie zur Verfügung stellen kann. Wir haben wahnsinnig viele Fehlbeleger in Gemeinschaftsunterkünften. Also auch anerkannte Flüchtlinge, sogar Familien, die keine Wohnung finden und deswegen weiterhin in der Flüchtlingsunterkunft wohnen, obwohl sie schon längst einen sicheren Status hier haben. Das ist einfach wahrscheinlich, naja München ist da ja nicht alleine mit Wohnraummangel, aber in München ist die Situation natürlich besonders verschärft, weil die Wohnungen ja auch sehr teuer sind. Das heißt schon als wir angefangen haben, zwei Jahre bevor das Bellevue überhaupt sozusagen als Projekt konkret wurde. Wir haben mal ganz am Anfang ein fiktives Bebauungsprojekt für die Münchner Freiheit, einen sehr, sehr großen Platz in München vorgeschlagen, was eine reine Guerilla Spaßaktion eigentlich war und das hatte natürlich aber auch immer den sozialen Hintergrund, weil hier wahnsinnig viele Projekte von Privatinvestoren mit hochpreisigen Projekten laufen. Damals auch liefen. Und das war natürlich ein soziales Thema, absolut. Aber ich war nicht in einem sozialen Bereich tätig, ich bin studierter Filmemacher. Also ich habe wirklich Film studiert und habe im Medienbereich

und Verlagsbereich gearbeitet und kam dann über die Aktionen also sozusagen, habe mich dann als Aktivist politisiert, wenn man so will.

Hr. Kowalski Ok, sehr interessant. Also auch eine ganz andere Richtung eigentlich eingeschlagen. Aber Sie haben glaube ich eben gesagt, Sie sind selbst auch ehrenamtlich tätig bei der Genossenschaft?

Hr. Ganzer Ne, jetzt bin ich seit drei Jahren glaube ich mittlerweile angestellt.

Hr. Kowalski Ah, ok. Aber Ehrenamtlichkeit...

Hr. Ganzer Ehrenamtlichkeit war bis dahin, ich war ein selbstständiger Mediengestalter und mache auch nach wie vor kleinere Projekte nebenbei, aber bin jetzt 30 Stunden die Woche beim Bellevue. Das ist also schon meine Hauptarbeit.

Hr. Kowalski Wie ist es sonst mit ehrenamtlicher Arbeit oder Engagement? Also haben Sie selbst viele ehrenamtliche Mitglieder oder sind das eigentlich alle eher Angestellte?

Hr. Ganzer Es gibt ein Kernteam, aber man muss sagen für die Sozialgenossenschaft selber ja, also für die juristische Entität Sozialgenossenschaft arbeiten keine Ehrenamtlichen. Weil, das ist ja eigentlich nur das Büro, das heißt, die Verwaltung der Sozialgenossenschaft. Also ihre Kernaufgaben besteht aus Festangestellten. Also auch die Kulturstellen hier und meine Stelle jetzt für Öffentlichkeitsarbeit, die sind bezahlt. Aber das Bellevue als Projekt ist nach wie vor zu sicher 90% von ehrenamtlicher Arbeit getragen, bei den meisten Angeboten die hier stattfinden, Sprachpartnerschaften, Fahrradwerkstadt, Workshops, alle möglichen Dinge, auch bei unseren Veranstaltungen haben wir immer Ehrenamtliche die mithelfen. Im Café arbeiten viele Ehrenamtliche mit. Das wäre nicht finanzierbar. Das sind schon überwiegend Leute die in ihrer Freizeit sich da engagieren bei uns.

Hr. Kowalski Ok, verstehe. Wie, wenn Sie jetzt so vergleichen sozusagen mit der Anfangszeit der Sozialgenossenschaft und jetzt heute, was waren denn so die Problemstellungen am Anfang? Sie haben ja ein bisschen erzählt, dass Sie eigentlich von der Politik eher Unterstützung bekommen haben.

Hr. Ganzer Also hier oben zur "Lokalität": das muss ich jetzt natürlich schon noch ansprechen. Ich bin tatsächlich gebürtiger Münchner, bin in München aufgewachsen und war nur zum Studium weg. Für mich ist es absolut auch ein ganz wichtiger Punkt, dafür zu sorgen, dass meine Heimatstadt irgendwie auch da gut dasteht bei dem Thema und irgendwie nicht nur als Stadt für Reiche gilt, sondern dass hier irgendwie auch andere Leute eine Chance haben. Also das trifft für mich absolut zu 100% zu. Man ist auch stolz, wenn man Besuch kriegt von Außerhalb, wenn Leute dann sagen: „Ah, das hätte ich in München jetzt aber nicht gedacht, dass es so ein Projekt gibt.“ Also das spielt absolut eine Rolle. Aber jetzt zum Punkt B. Was hat sich verändert in unseren Problemen sozusagen? Naja, am Anfang gings ja vor allem darum, die Stadtpolitik, also die Administration eigentlich zu überzeugen. Zu der Zeit hatten wir thematisch absolut auch Rückenwind. Also wir sind ja zusammen mit den Anti-PEGIDA Demos eigentlich in dieses Projekt reingekommen und hatten natürlich

wahnsinnige Unterstützung in der Bevölkerung dadurch. München hält schon was auf sich. Seit der Lichterkette damals in den 90er Jahren ist München schon auch immer stolz drauf da einfach ganz klar positioniert zu sein. Wahrscheinlich hat München auch einfach nie so große Probleme gehabt mit Migranten und Ausländern, weil wir haben einen wahnsinnig hohen Migrationsanteil und das ist von uns aus ja nicht so weit weg, also es sind ja sehr viele Italiener und Jugoslawen, Ex-Jugoslawen, die bei uns irgendwie vor allem den Ausländeranteil bilden und das ist natürlich sozusagen als südlichste Stadt, also das war man im Grunde gewohnt. Da gab es nie solche Konflikte, wie es die vielleicht wo anders gab. Es gibt auch glaube ich die Ausländerfeindlichkeit in der Form einfach in München gar nicht, die hat da wenig Rückhalt. Also klar, Neonazis haben wir hier auch. Wir hatten ja sogar bis zur letzten Stadtratswahl einen echten Nazi im Stadtrat sitzen, aber die sind schon immer auf verlorenen Posten muss man sagen. Das heißt, da hatten wir einen extrem guten Rückenwind eben, weil man sich gegen PEGIDA positioniert hat, weil man sich mit der Flüchtlingsproblematik natürlich auch dann positionieren musste. War vorher vielleicht gar nicht so wichtig, sich darüber Gedanken zu machen und ab dem Zeitpunkt war den meisten Leuten irgendwie klar, entweder sind sie dagegen, dann sind sie solche Leute wie in Dresden da auf der Straße waren oder sie sind dafür. Also das hat uns schon sehr geholfen und dann gings natürlich darum, dass man Geld aufreiben muss, Spenden einsammeln, Stiftungen anschreiben und so weiter und naja, der Umbau ist ja seit mindestens zwei Jahren eigentlich abgeschlossen, bis auf unser momentanes Projekt, dass wir einen Dachsportplatz noch obendrauf bauen, auf unser Eckhaus, der natürlich dann auch wieder finanziert werden muss. Also diese Grundproblematik, dass man was Soziales macht und nicht den Großteil seines Geldes von der Stadt bekommt. Die Stadt zahlt uns einen Zuschuss für das Kulturprogramm, aber sozusagen den restlichen Betrieb, den muss die Sozialgenossenschaft aus sich selbst raus finanzieren und das ist, sagen wir mal ein Dauerthema, aber das ist ja auch nichts Überraschendes bei sozialen Projekten. Und das ändert sich ja nicht. Also das war damals so, dass man halt Geld einsammeln musste. Vielleicht kann man sagen, dass eine Problemstellung für die Zukunft wäre, dass man weiterhin dieses Thema präsent halten muss bei den Leuten. Mittlerweile ist ja gerade wieder, sagen wir mal Klimaschutz ist vielleicht wichtiger, auch für jüngere Leute und die Problemstellung sozusagen, dass die Unterstützerszene ein bisschen zerstört wurde, dadurch, dass man die Grenzen dicht gemacht hat. Also es war ja eine unfassbare Hilfsbereitschaft, auch bei sehr bürgerlichen Kreisen, bevor das jetzt sagen wir mal politisiert wurde von PEGIDA wieder, AfD und dann CSU auch, war es ja eigentlich für die meisten, normalen Menschen auch unstrittig, dass man denen helfen muss und dass wir das schaffen. Also Merkel "Wir schaffen das" - die hier zu integrieren als reiches Land hier mitten in Europa. Also da war die Stimmung eigentlich gut und das wurde natürlich so ein bisschen dann problematisch, als dann viele Infrastrukturen geschaffen wurden, auch mit viel ehrenamtlicher Arbeit und dann aber keiner mehr kam. Also da wurden viele Sachen aufgebaut, die dann gar nicht in Betrieb gehen konnten eigentlich, weil die Politik eben dem so ein bisschen nachgegeben hat, diesem Druck der AfD und der PEGIDA. Und auch

vor allem, würde ich jetzt mal sagen, aus meiner Beobachtung, dass der Wahlkampf der letzten Bundestagswahl, wo sich ja die CSU vor allem gegen die Kanzlerin, also der Koalitionspartner, der direkt, sich gegen die Kanzlerin gestellt hat, um wieder sozusagen auf der rechten Wählerseite irgendwelche Stimmen zurückzugewinnen vermeintlich. Das hat ja eigentlich die meisten Entscheidungen ganz stark geprägt. Und dass die Rahmenbedingungen schlechter geworden sind, dass hier in Bayern die Leute in Ankerzentren leben müssen und keine freie Residenz oder Wohnsitze haben, jetzt bis zum Abschluss ihres Verfahrens. Oder dass man sie dezentral unterbringt. Was ja für die Leute viel besser ist, weil sie ja dann meistens viel intensiver mit Anderen oder mit Einheimischen in Kontakt kommen, das ist ja eigentlich schon eine ziemliche Katastrophe. Da ackern wir zwar dran und ich glaube auch ehrlich gesagt, dass das wahrscheinlich nicht für immer bestehen bleiben wird, weil es einfach auch so viele Probleme mit sich bringt, aber momentan könnte die Stadt, die Bayerische Staatsregierung von diesem Ankerzentrum nicht abrücken. Also die würden schon ein bisschen Gesicht verlieren. Dadurch ist es natürlich für die Ehrenamtlichen noch schwieriger überhaupt für die Leute was zu tun. Man kommt in die meisten Ankerzentren ja gar nicht rein, wenn man da nicht wohnt. Also alles was sich etabliert hatte ab 2015 in der Flüchtlingshilfe, dass irgendwie Nachbarn Helferkreise gegründet haben, dass die dann immer in die Unterkünfte gegangen sind oder Leuten in Pensionen oder einzelnen Wohnungen geholfen haben, wie die Kinder in die Schule zu bringen oder einen Job zu kriegen oder so überhaupt die Formulare zu bearbeiten, das geht ja alles so jetzt nicht mehr, bei denen die im Ankerzentrum hocken. Das ist eigentlich soweit in der konkreten Flüchtlingshilfe das Problem, was sich auch so ein bisschen auf viele Bereiche in unseren Tagesgeschäft irgendwie abbildet, dass man an die Leute nicht mehr so leicht rankommt, dass es für die auch schwieriger ist, dass sie oft auch weit weg untergebracht sind. Wir haben viele Flüchtlinge, die echt die Reise aus Landsberg nach München machen, um mal eine Beratung zu kriegen oder hier an unserem Programm teilzunehmen. Das ist jetzt nochmal vom Tagesgeschäft eine Problemstellung, die heute anders ist als bei der Gründung. Aber vom normalen Betrieb der Sozialgenossenschaft würde ich sagen ist, dass man sein Thema aktuell halten muss, interessant halten muss und dass man vielleicht auch langfristig ein bisschen jüngere Leute gewinnt und versucht zu begeistern für eine Mitarbeit und ehrenamtliche Mitarbeit in der Flüchtlingshilfe. Also wir haben gerade bei Lern- und Hausaufgabenhilfe sehr viele ältere Menschen, die in Rente sind und da mithelfen. Und wir haben ja in München auch das EineWeltHaus, das sind auch alles schon ehrwürdige, ältere Herrschaften. Also zu kucken, dass das Projekt jung bleibt und wir nicht jetzt irgendwie alt werden und dann kein frischer Wind reinkommt, das wird eine Problemstellung für die Zukunft sein. Klar, um Mitglied in der Genossenschaft zu werden, Vollmitglied so zu sagen in der Genossenschaft zu sein und da auch ein Stimmrecht zu haben und um die Genossenschaft finanziell zu unterstützen, macht man ja eine Einlage und das ist der Unterschied. Ich würde sagen, die meisten Leute die hier irgendetwas machen sind gar nicht wirklich Genossenschaftsmitglieder; gerade die jüngeren nicht, weil man muss ja mindestens 500€ einlegen und das macht man als Student ja vielleicht nicht so

easy, dass man sagt, ich lege jetzt mal für 5 Jahre 500€ irgendwo hin, wo ich so schnell nicht wieder rankomme. Das treibt wahrscheinlich insgesamt den Altersdurchschnitt etwas nach oben, dass man an dieser offiziellen, förmlichen Genossenschaftsmitgliedschaft vielleicht nicht so leicht teilhaben kann als junger Mensch. Aber es hängt auch immer so ein bisschen vom Angebot ab. Bei der Fahrradwerkstätte sind eher junge Leute zu Gange und bei anderen Angeboten im Open House sind auch jüngere Leute irgendwie öfter mal dabei und bei Veranstaltungen, aber eben bei bestimmten Sachen hat man schon auch einen deutlichen Überhang an älteren Leuten. Da muss man halt kucken, dass man da was macht.

Hr. Kowalski Ja, dass es attraktiv bleibt oder attraktiv wird. Aber es ist ja generell, finde ich, schwierig, bei jüngeren Leuten, sie für politische Themen und überhaupt so größere Themen zu begeistern, dass die sich wirklich da engagieren. Ja und bei Ihnen kommt jetzt, wie Sie sagen, eben die Situation dazu, dass das ganze Thema so ein bisschen aus der Öffentlichkeit rausgerutscht ist. Aber ja, kann ich verstehen, dass das auf jeden Fall eine Problematik ist, die für Sie wichtig ist in naher Zukunft oder auch heute schon. Ok, Sie haben schon kurz angesprochen, dass der Herr Christian Stupka, der sich mit Baugenossenschaften schon auskannte, Ihnen quasi empfohlen hat, da eine Genossenschaft draus zu machen. Gab es auch noch andere Faktoren die da mitreingespielt haben oder fanden Sie auch einfach die Organisationsform so passend für das Projekt?

Hr. Ganzer Nein, wir haben alle keine Ahnung gehabt. Wir hätten wahrscheinlich einen Verein gegründet, weil man immer denkt, naja irgendeine Form braucht man, dann machen wir eben einen Verein. Wir haben uns dann wirklich einfach beraten lassen und haben Vertrauen darin gehabt. Weil die ja auch eine erfolgreiche Arbeit machen, die Wohnungsgenossenschaften in München. Insofern haben die das empfohlen und wir haben uns gedacht, naja klar.

Hr. Kowalski Klingt sinnvoll, machen wir so. Ok. Wie ist es denn mit den genossenschaftlichen Prinzipien? Sie haben das Demokratieprinzip schon so ein bisschen angesprochen. Auch, dass es aber diese Hürde gibt, dass man 500€ Einlage eben zahlen muss. Wie ist es denn? Die Leute die jetzt bei Ihnen wohnen sind Genossenschaftsmitglieder denke ich mal, dadurch, dass Sie eben die Miete zahlen oder wie funktioniert das bei Ihnen?

Hr. Ganzer Das funktioniert anders, wir sind nämlich keine Genossenschaft, sondern eine Sozialgenossenschaft. Förderung der Mitglieder ist oberstes Ziel stimmt natürlich. Normalerweise ist die Genossenschaft darauf aus für Ihre Mitglieder Vorteile zu generieren. Bei der Sozialgenossenschaft ist das Ziel für Andere Vorteile zu generieren. Das heißt bei uns gibt es... da muss ich überlegen... das stimmt nicht ganz. Eine Bewohnerin, eine Geflüchtete, hat Anteile geschenkt bekommen von einer Unterstützerin, aber normalerweise hat das bei uns überhaupt nichts miteinander zu tun. Man kriegt auch keine Dividende auf seine Einlage ausgezahlt oder irgendwas. Also man kann es drin lassen, man kann sie kündigen und sie dann fünf Jahre später wieder rausbekommen. Aber es ist tatsächlich bei einer Sozialgenossenschaft so, wir sind ja auch im Genossenschaftsverband, wir werden geprüft, wir haben eine Satzung, wir

haben eine Jahreshauptversammlung und wir haben alles schon sehr strukturiert, also sehr viel mehr als jeder der hier mitgegründet hat, jemals etwas strukturiert hat, weil es ja einer sehr starken gesetzlichen Grundlage auch unterliegt, diese Genossenschaftssache.

Das ist eben der Unterschied zur normalen Genossenschaft, dass die Sozialgenossenschaft nicht für die Mitglieder, sondern für die benannte Zielgruppe, für Andere, die Förderung und die Vorteile schöpfen soll. Genau und beim Demokratieprinzip ist es so, dass jedes Mitglied dasselbe Recht hat. So ist es und das ist unabhängig der Anteile, also wir können nicht aufgekauft werden von Jemandem und Jemand der ein Anteil hat, hat genauso ein Stimmrecht wie Jemand der hundert Anteile hätte.

Hr. Kowalski Vielleicht jetzt eine, ich hoffe nicht, provokante Frage, aber wenn ich das jetzt richtig verstanden habe, die Zielgruppe, die Sie ja eigentlich unterstützen wollen, also der Sinn der Sozialgenossenschaft auch, der auch festgeschrieben ist, hat dann eigentlich bei der Entwicklung der Sozialgenossenschaft kein direktes Mitspracherecht.

Hr. Ganzer Zumindest in der Struktur nicht, nein.

Hr. Kowalski Ok. Also es sollte jetzt auch gar nicht negativ sein, aber...

Hr. Ganzer Die Leute die hier bei uns ein- und ausgehen und auch Veranstaltungen mitmachen, die reden natürlich mit was hier passiert oder arbeiten ja auch im Café mit, aber jetzt sagen wir mal in der Jahreshauptversammlung oder innerhalb der Genossenschaft haben die Bewohner kein Mitspracherecht.

Hr. Kowalski Ok, gut. Macht auch irgendwo Sinn bzw. ist auch legitim. Also ich frage deswegen nach, weil ich sehr verschiedene Sozialgenossenschaften natürlich interviewe und vor allem das Demokratieprinzip wird gefühlt bei jeder anders ausgelegt. Das ist ein sehr interessanter Aspekt, weswegen ich da so gezielt nachfrage.

Hr. Ganzer Naja, die sind wie gesagt, keine Mitglieder die hier wohnen. Das sind nicht mal direkte Mieter, die meisten, weil die betreuenden Jugendhilfeorganisationen die Mieter sind und die bringen wiederum ihre Schutzbefohlenen da unter. Wir haben eigentlich von dem her gar keinen direkten juristischen, keine Verbindung eigentlich zwischen den Bewohnern und uns, abgesehen von den Leuten, also es gab auch Bestandsmieter hier vorher in dem Haus. Die mussten natürlich nicht ausziehen wegen uns. Das sind die Nicht-Geflüchteten die hier noch wohnen. Die mieten direkt bei uns, aber sind eben auch keine Mitglieder.

Hr. Kowalski Ok, gut. Dann gehen wir zum nächsten Abschnitt. Da haben Sie schon einiges beantwortet. Also Sie kannten sich mit dem Genossenschaftswesen eigentlich nicht aus und haben das eben von dritter Seite so zu sagen erfahren bzw. den Ratschlag bekommen. Wie wurden Sie denn rechtlich oder auch unternehmerisch beraten? Gab es da auch den Genossenschaftsverband der Ihnen geholfen hat oder auch von staatlicher Seite?

- Hr. Ganzer Also natürlich, in den laufenden Dingen, läuft gerade die Frage, darf man eine Jahresversammlung auch online machen oder nicht. Was ist da zu beachten? Das ist gerade aktuell oder wie weit darf man sie verschieben. So und da sagt der Genossenschaftsverband wie das läuft. Und davor war es wie gesagt die alte Koryphäe von der Wogeno in München, der auf Grund seiner eigenen Erfahrung und der eigenen Genossenschaftsgründung da ein paar Sachen sagen konnte.
- Hr. Kowalski Ok. Wie ist es denn mit der Finanzierung. Also Sie haben schon darüber gesprochen, dass Sie Spenden sammeln, wenn es neue Projekte gibt und wenn Sie neue Sachen umsetzen wollen. Aber ich denke vor allem am Anfang haben Sie bestimmt mehr Kapital gebraucht, das wahrscheinlich schwierig war zu beschaffen. Von welchen Seiten haben Sie denn da Unterstützung bekommen, auch in Hinsicht auf den Bayerischen Staat?
- Hr. Ganzer Der Bayerische Staat hat glaube ich am Anfang gar nichts gezahlt. Ne, also es ist so, beim Bauamt haben wir einen Baukostenzuschuss bekommen, von der Stadt München. Aber der hat gar nichts mit sozial oder Genossenschaft zu tun, sondern das hätte jeder der dieses Gebäude in Erbpacht übernommen hätte, bekommen, weil die Gebäude einfach runtergekommen waren. Das wurde ja nicht in dem renovierten Zustand übergeben und deswegen gab es einen Baukostenzuschuss. Dann gab es natürlich größere Summen die geflossen sind, z.B. unser Haus Nr. 4, das mittlere Haus, wo Leute mit Kindern drin wohnen, also Familien und Alleinerziehende, da gab es Unterstützung von einer knappen Million glaube ich, von der Stiftung Sternstunden. Das ist vom Bayerischen Rundfunk eine Stiftung die in so Fernsehaktionen auch immer Spenden sammeln. Dann gab es mal eine größere Summe von der Ikea Stiftung und wie gesagt, die Kultur wird unterstützt von der Stadt München, mit Geldern für Stellen und Sachmittel, aber der Staat war da am Anfang nicht dabei. Also das Interesse des Staates erwacht gerade erst so ein bisschen. Diesen Montag war der Innenminister bei uns und hat sich mal mit unserem Vorstand unterhalten. Aber bis jetzt gab es da noch keine direkten Kontakte. Wie gesagt, die Staatsregierung wird von der CSU mal überwiegend gestellt und die hatten ja eigentlich keine sehr flüchtlingsfreundlichen politischen Ziele. Ändert sich vielleicht auch ein bisschen jetzt, aber die haben ja eigentlich dem Flüchtling das Leben eher schwer gemacht bislang.
- Hr. Kowalski Aber kennen Sie die Zukunftsinitiative Sozialgenossenschaft vom Staatsministerium für Arbeit, Soziales und Familie?
- Hr. Ganzer Ob ich was kenne?
- Hr. Kowalski Die Zukunftsinitiative Sozialgenossenschaft. Also der Bayerische Staat hat glaube ich 2012 diese Initiative ins Leben gerufen, wo sie Sozialgenossenschaften eine Gründungsfinanzierung zur Verfügung stellen. Das hat für Sie gar keine Rolle gespielt anscheinend?
- Hr. Ganzer Nein, wussten wir nicht. Gab es vielleicht damals auch noch gar nicht. Ist mir nicht bekannt. Ich weiß auch nicht alles. Bin auch in vielen Verwaltungsdingen nicht involviert gewesen, obwohl ich Gründungsmitglied bin, aber das ist mir unbekannt.

- Hr. Kowalski Ok, interessant. Weil das ist immer auch so bisschen ein Knackpunkt in meiner Befragung, weil es gibt eben diese Anschubfinanzierung für die Gründung von Sozialgenossenschaften und es ist bis jetzt so meine Erfahrung gewesen, dass es sie gibt, aber es weiß niemand, außer man geht quasi selbst mit der Idee der Sozialgenossenschaft auf das Land Bayern zu und dann sagen die ja, schaut mal her, wir haben sowieso da eine Initiative und anders herum funktioniert es zumindest nach meinen Befragungen bis jetzt halt eben schlecht. Und das ist jetzt auch wieder so ein Beispiel, wo einfach Sie als Sozialgenossenschaft, die mitten in der Landeshauptstadt sitzen, davon nichts mitbekommen und das ja auch nicht Sinn von einer Initiative sein kann, dass da einfach die Effizienz oder das öffentliche Bewusstsein komplett fehlt. Also es gibt eine eigene Website dazu und alles Mögliche und Informationen und Flyer und was weiß ich noch was.
- Hr. Ganzer Ja ich kucke gerade nebenbei hier so ein bisschen [im Internet].
- Hr. Kowalski Ja, das ist ein sehr interessanter Aspekt, weil in meiner Arbeit geht es eben auch grundlegend darum, wie man Gründungen von Sozialgenossenschaften unterstützen kann und was da wirklich effektiv ist und ich möchte nichts vorwegnehmen, aber diese Initiative, die der Bayerische Staat mal gemacht hat, scheint für mich da relativ gut gescheitert zu sein.
- Hr. Ganzer Ok, aber hier finde ich uns jetzt nicht als Beispiel. Weil hier in dem Fragenkatalog auch steht, dass wir da...oder haben Sie das gerade gesagt?
- Hr. Kowalski Ja, lassen Sie mich mal nachschauen.
- Hr. Ganzer Das Bayerische Staatsministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Integration hat Sie auf Ihrer Website als beispielhafte Sozialgenossenschaft gelistet.
- Hr. Kowalski Jetzt schaue ich selber mal durch. Doch tatsächlich, also wenn Sie, es gibt ja einen Punkt Sozialgenossenschaften in Bayern und da gibt's die Bayernkarte. Auf der Karte sind Sie natürlich auch markiert, aber wenn Sie hier runterscrollen, dann sind Sie hier eingetragen tatsächlich.
- Hr. Ganzer Auf der Karte sind wir dann aber wahrscheinlich mit unserer alten Adresse markiert, weil an der Stelle wo wir sind ist die Marke nicht.
- Hr. Kowalski Ok, also Sie stehen dann drunter auf jeden Fall als Sozialgenossenschaft Bellevue di Monaco eG, Müllerstrasse 2. Genau, da habe ich Sie gefunden. Das ist halt auch etwas, was ich sehr interessant finde, wenn dann eine Landesregierung Sie dann da auch noch aufführt und Sie nicht einmal in Kontakt miteinander stehen, das ist schon immer interessant.
- Hr. Ganzer Ja, wir waren eher auch ein Vorzeigeprojekt für unseren neuen Bürgermeister und für die Stadtgesellschaft. Mit der Bayerischen Politik hatten wir, also die einzigen die sich da für uns interessiert haben, waren die Grünen. Das ging aber auch eher, wenn ich jetzt mal so überlege, das war dann eher die Gülseren Demirel, die jetzt im Landtag sitzt, die war vorher Stadträtin. Also das ist eher so auf diesem Wege, hat sich da was verbunden. Ansonsten mit der Bayerischen Politik ist es aber auch generell so, muss man sagen, wir haben, was auch immer

wir für ein Thema haben, geht das immer erst um die Stadtverwaltung und ob das mit denen klappt. Dann geht's in nächster, in zweiter Instanz um Bundesgesetze, jetzt bei Geflüchteten, wenn es um irgendwelche aufenthaltsrechtlichen Sachen geht. Und dann ist so zu sagen das schwächste Glied das Land. Wobei jetzt wieder bei der Umsetzung, also wenn es jetzt um Ankerzentren geht, gibt es natürlich schon einen sehr großen Unterschied zwischen den Bundesländern. Es gibt auch Bundesländer, die das nicht umgesetzt haben, wo Leute weiterhin dezentral untergebracht sind. Aber Bayern wollte sich ja da auch politisch profilieren. Also ich sehe uns jetzt hier zum ersten Mal und in der Karte sind wir auch gar nicht drinnen, nur in der Liste.

Hr. Kowalski Ja gut, dann habe ich Ihnen vielleicht einen neuen Anhaltspunkt gegeben. Aber ja, wenn Sie davon vorher nichts gewusst haben, ist das natürlich auch relativ aussagekräftig.

Hr. Ganzer Also einen Gründungszuschuss brauchen wir eigentlich nicht mehr.

Hr. Kowalski Ja gut, der Zug ist wahrscheinlich schon relativ lange abgefahren.

Hr. Ganzer Das könnten wir vielleicht noch rückwirkend beantragen...

Hr. Kowalski Ich wollte gerade sagen: Grundsätzlich wäre ja ein Zuschuss generell nicht schlecht wahrscheinlich. Für neue Projekte. Ok, ich denke, dann haben wir eigentlich die Fragen schon ganz gut beantwortet. Dann würde ich nur noch zur Abschlussfrage kommen bzw. ich hätte noch eine zusätzliche Abschlussfrage für Sie, wenn das in Ordnung ist. Aber erst einmal mit der, die ich Ihnen zugesendet habe, das ja nochmal so ein bisschen auf die Lokalität zurückgeht; ob es möglich ist, so ein Konzept, wie Sie es jetzt hier haben in München auch auszuweiten, vielleicht auf Landesebene erstmal oder auf nationaler Ebene oder ob man das generell so auch in jeder Stadt umsetzen könnte?

Hr. Ganzer Das kann man sicher in jeder Stadt umsetzen. Die Ebene auf der man es durchkämpft, wird die kommunale Ebene sein, weil die meisten Fragestellungen die da auftauchen, sind Nutzung von Gebäuden, Baurecht, was weiß ich, alles was man da macht oder auch wenn man Veranstaltungen macht, haben wir hier in München mit dem Kreisverwaltungsreferat zu tun. Das werden immer lokale Problemstellungen sein und thematisch ist das natürlich, also wir haben ein Thema, das von nationaler Bedeutung ist, aber wir haben jetzt hier keine Bundespolitiker, mit denen wir in Kontakt wären oder so. Dazu sind wir auch einfach zu klein. Also wir sind ja nicht die Caritas oder die AWO oder was, sondern wir sind ja wirklich nur 50 Wohnplätze und vielleicht ein paar hundert Nutzer im Monat, aber wir reden jetzt nicht mit der Kanzlerin.

Hr. Kowalski Also es ist sehr, sehr stark politisch beeinflusst, meinen Sie?

Hr. Ganzer Es ist sehr stark einfach von dem konkreten Problem beeinflusst. Also wenn ich hier für uns was lösen will, dann muss ich es eigentlich hier mit Lokalpolitikern und dann jetzt vielleicht dann bei so Sachen wie dezentraler Unterbringung mit Landespolitikern, weil es da immer um die Umsetzung geht. Aber mir fällt gerade nichts ein, wo wir in die Bundespolitik gehen müssten um Sachen zu erreichen, die jetzt für uns gerade wichtig sind. Also klar, bei bestimmten

Dingen könnte man, sagen wir mal es gibt Themen die natürlich weit über das Land Bayern hinausreichen. Also wenn es um, wir haben ja hier ein Genossenschaftsmitglied auch, den Claus-Peter Reisch, den Captain von der Lifeline, also jetzt nicht mehr Captain, aber lange Zeit Captain. Wenn es um Seenotrettung geht, das ist natürlich ein Thema, also wenn wir hier eine Veranstaltung machen, die könnten man genauso gut in Mainz machen und das hätte genau dieselbe Relevanz. Vor allem wie verhält sich die Deutsche Politik gegenüber der Seenotrettung. Also so zu sagen, thematisch absolut, von dem was man konkret erreichen kann, da ist es echt local, also da kann man jeden nur ermuntern vor Ort zu kucken ob was nötig ist, ob es Orte dafür gibt, Gebäude, wen man zum Partner macht. Es war ja vor allem eine sehr große Netzwerkarbeit das in München hinzukriegen. Es helfen natürlich unfassbar viele Leute letztlich mit. Egal ob es jetzt Leute sind, die da irgendwie ihre Kompetenz da reintun, wie die Leute von den Wohngenossenschaften. Bei der Entwicklung des Konzeptes waren es ja zwei Jugendhilfeträger, eins der Verein für Sozialarbeit und hpkj die mit ihren Chefs jeweils dabei waren, um zu sagen, was braucht man überhaupt für eine Jugendhilfe, was ist wichtig und was ist gut. Oft gibt es ja auch sehr naive Vorstellungen, wie man irgendwie jetzt Menschen helfen kann. Oft kommt ja, gerade bei frisch engagierten Leuten kann das ja gar nicht aus der Praxis kommen und dann ist das Engagement hoch und dann auch oft eine Gefahr von Frustration, wenn Sachen so nicht funktionieren und dann war es immer gut, dass wir da Leute dabei hatten, die einfach schon Profis sind in dem Bereich. Der eine ist unser Aufsichtsratsvorsitzender, der Johannes Seiser von dem Verein für Sozialarbeit, die Angela Bauer vom hpkj e.V. ist im Aufsichtsrat, war lange auch im Vorstand. Das sind ja unbezahlte Tätigkeiten in der Genossenschaft. Aus einem Netzwerkprojekt ließen sich dann eben diese erforderlichen Strukturen die man dann halt braucht, wie Vorstand und Aufsichtsrat, so "füllen".

Hr. Kowalski Das greift jetzt auch so bisschen meine zweite Abschlussfrage auf, welche Faktoren denn so zu sagen, die Entscheidenden sind für eine erfolgreiche Umsetzung so einer Genossenschaft. Wenn ich das richtig rausgehört habe, ist es vor allem das Netzwerk bei Ihnen und das man eben die richtigen Leute mit dem richtigen Know-how hat, die eben da einfach das Engagement zeigen und anpacken.

Hr. Ganzer Ja, ich glaube bei uns war das Gute, dass wir so viele verschieden Charaktere dabei hatten, weil es gibt eben Leute die einfach einen Riecher haben, wie man auch eine Öffentlichkeit herstellt. Till Hoffmann, der bekannteste Kulturmanager Münchens ist so jemand. Der schafft es dann bekanntere Leute, Prominente, Künstler, Musiker, Kabarettisten zu begeistern und damit dann eine Öffentlichkeit herzustellen.

Es gibt auch andere Leute die so zu sagen den langen Atem haben sowas wie Genossenschaftssatzungen zu schreiben und aufzusetzen und da so zu sagen die ganze Hintergrundarbeit zu leisten, wo es dann nicht so um die kurzfristigen Sachen geht, wo es dann auch über Wochen und Monate sich hinzieht und man sich da einfach durchbeißen muss und da hat es die Mischung glaube ich einfach gemacht. Das einfach sehr viele verschiedene Charaktere da dabei waren. Das

kann man natürlich nicht als Empfehlung geben an Andere. Da kann man nur sagen, das ist ordentlich viel Arbeit und kuckt, dass ihr nicht versucht das alles alleine zu machen, sondern dass man da versucht Leute zu begeistern und dazu zu holen. Von der allerersten Aktion bis zur Eröffnung tatsächlich waren es ja auch vier Jahre und seit der Eröffnung sind jetzt ja auch schon fast wieder vier Jahre vergangen und wir haben ja immer noch Sachen, die wir zum ersten Mal machen. Einen Sportplatz aufs Dach zu bauen, da hat ja keiner Erfahrung damit. Also wir haben so oft Anrufe bekommen von Leuten, die irgendwo in einer kleineren Stadt auch hocken und sagen, da gibt's ein Gebäude und ich habe mal mit einem von der Kommune geredet und die würden das im Grunde schon hergeben, aber dann müssten wir jetzt erstmal irgendwie eine Form finden und so und die haben dann immer gesagt; könnt ihr nicht eine Agentur gründen und uns dann beraten oder so? Aber das Problem ist, vor Ort sieht es halt jedes Mal anders aus. Allein wie man bestimmte Dinge einfädelt, beantragt, wie die Lokalpolitik strukturiert ist, wen man dann zu sich holen muss. Diese Erfahrung muss dann tatsächlich jeder für sich selber machen, da gibt es kein Rezept für. Der nächste Punkt wäre ja auch, wie sollte eine solche Beratungsagentur bezahlt werden? Weil, die Leute die anfangen mit so einem Projekt, die haben kein Geld. Da bleibt glaube ich den Leuten nichts anderes übrig als das selber zu machen.

Hr. Kowalski Sich selber durchzubeißen, ja.

Hr. Ganzer Also, ich glaube ich würde - um die hier abgedruckte Schlussfrage zu beantworten - ich würde niemanden davon überzeugen wollen oder überreden wollen das zu machen, weil es einfach mit unfassbarer Arbeit verbunden ist. Aber ich kann natürlich schon sagen, dass es sich lohnt und dass man versuchen muss eine breite Öffentlichkeit herzustellen um Unterstützung zu kriegen, weil, die Sozialgenossenschaft lebt einfach von den Mitgliedern und je mehr Mitglieder desto besser. Und die multiplizieren ja auch das Anliegen und die Unterstützung. Die sind ja dann auch im besten Falle Fürsprecher für ihre eigene Sache.

Hr. Kowalski Ja, natürlich und verbreiten es auch weiter und sprechen darüber. Ok, wunderbar. Vielen Dank für die ganzen Einblicke.

Experteninterview Transkript vom 26.06.2020

Gesprächspartner: Ernst Karosser, Gründungsmitglied, ehem. Aufsichtsrat
Unternehmen: Gemeinsam eG
Interviewleiter: Lukas Kowalski, B.A., Universität Wien, Matr.Nr.: 11713764

Hr. Kowalski Hallo Herr Karosser. Vielen Dank, dass Sie sich die Zeit genommen haben. Konnten Sie sich die Fragen im Vorfeld schon anschauen?

Hr. Karosser Ja, ich konnte Sie mir schon anschauen. Ich gehe die Fragen einfach mal durch und sage überall etwas dazu oder?

Hr. Kowalski Ja, sehr gerne.

Hr. Karosser Zur Frage was hat Sie persönlich dazu motiviert eine Sozialgenossenschaft zu gründen. Hintergrund dafür ist, dass ich in der Forschung und Entwicklung gearbeitet habe und wir ein Projekt „Regionale Entwicklung“ hatten, welches vom Bundeswirtschaftsministerium gefördert wurde. Diese Förderung erhielt man nur für nachhaltige Projekte und wir haben uns damit auseinandergesetzt, ob wir unser Projekt in Form einer Genossenschaft oder eines Vereines umsetzen möchten. Wir haben uns also mit der Thematik intensiv auseinandergesetzt und auch Gespräche mit dem Genossenschaftsverband Bayern geführt und unser Modell vorgestellt. Es ging uns in unserem Konzept um Themen wie Wohnen im Alter, Unterstützung im Alter, Technik im Alter und entsprechende Fortbildungen dazu. Diese Thematik stieß auf große Zustimmung beim Genossenschaftsverband und wir haben dann begonnen unsere Satzung zu schreiben und wurden dabei auch weiterhin sehr gut beraten. Dann haben wir die Information erhalten, dass auch das Sozialministerium momentan an einer Initiative für Sozialgenossenschaften arbeitet und ob wir uns hier eine Symbiose vorstellen können. Daraufhin haben wir unser Konzept dem Expertenrat für Sozialgenossenschaften des Sozialministeriums vorgestellt. Damit waren wir auch einer der Auslöser dafür, dass das Sozialministerium im Anschluss einen Fördertopf für Sozialgenossenschaften aufgebaut hat. Unser Modell lief bereits seit drei Jahren und wir wollten uns zu diesem Zeitpunkt in Sachen Wirtschaftlichkeit weiterentwickeln und dies wenn möglich mit einer Anschubfinanzierung. Deswegen haben wir dann 2013 unsere Genossenschaft mit dem Namen Gemeinsam gegründet; mit der Option, dass das Sozialministerium für Gründungen im Sozialgenossenschaftsbereich 30.000€ als Gründungsunterstützung auf zwei Jahre, bereitstellt. Dafür haben wir dann einen Antrag gestellt und dann zwei Jahre quasi Aufbauarbeit geleistet.

Hr. Kowalski Waren Sie selbst vorher auch schon im sozialen Bereich tätig?

Hr. Karosser Ich selbst war vorher teilweise im Sozialbereich tätig. Ich bin Sozialarbeiter, war aber fokussiert auf Erwachsenenbildung und hatte somit schon Erfahrung damit, welche Bereiche auf andere Beine gestellt werden müssten. Lokal haben wir uns zu Beginn auf den Landkreis Regensburg fokussiert, sind aber sehr schnell über den Landkreis hinaus bekannt geworden und sind so schnell bayernweit mit Vorträgen im Einsatz gewesen. Wir bearbeiten Themen wie Wohnen im Alter und technische Unterstützung und beraten auch andere Initiativen, die ebenfalls eine Sozialgenossenschaft gründen wollen. Teilweise wurde sogar vom Sozialministerium auf uns verwiesen, dass sich Initiativen vorerst bei uns zum Ablauf und Ähnlichem informieren sollten. Dies haben wir auch getan, aber nach ca. einem Jahr haben wir allen sozialen Initiativen davon abgeraten eine Genossenschaft zu gründen. Die Form der Genossenschaft ist auf Grund von Einlagen, Stimmrecht, Nachschusspflicht, Überprüfung, Offenlegung etc. zwar sinnvoll und praktikabel, aber im Sozialbereich ist vor allem die Einnahmengenerierung schwierig. Hatten die Initiativen, die wir beraten haben, nicht die Kombination aus Sozialem und Wohnen, haben wir meistens von der Genossenschaftsform abgeraten, da der Prüfaufwand einfach extrem hoch ist. Viele Genossenschaften mit denen ich gesprochen habe, hatten Probleme mit der Zweijahresprüfung, die ca. 800€ bis 1.500€ kostet, was man erst einmal erwirtschaften muss. Ich kenne auch einige Kulturgenossenschaften, bzw. habe auch selbst eine Kulturgenossenschaft mitgegründet, die nur dazu da sind, die Beratungs- und Prüfungskosten zu erwirtschaften. Von daher ist unsere Beratung dann meistens auf eine Vereinsgründung hinausgelaufen. Um aber nochmals auf die Lokalität einzugehen; diese spielte eigentlich keine Rolle. Allerdings spielt die lokale Politik eine Rolle und hier wurden wir speziell auf der Landratsamtsebene als Konkurrenz zu den Organisationen gesehen, die eine ähnliche Arbeit machen und politisch unterstützt werden. Es gab beispielsweise eine eigene Abteilung „Ehrenamtliche Nachbarschaftshilfe“, die uns als Konkurrenz gesehen hat, obwohl unser Ziel war, eine enge Zusammenarbeit zu etablieren. Auch im Beratungsbereich, wo es im Landratsamt Stellen für Seniorenberatung gibt, wurden wir als Konkurrenz gesehen, obwohl wir mit der hiesigen Stelle bereits gut zusammengearbeitet hatten. Wir haben für das Landratsamt sog. Musterkoffer entwickelt, weil wir festgestellt haben, dass viele Leute, vor allem bei technischen Themen, mit einem reinen Vortrag mit PowerPoint nichts anfangen können. Deshalb haben wir Musterkoffer entwickelt, die wir dem Landratsamt übergeben haben, damit diese in einer Beratungssituation gezeigt werden können. Wenn wir die Koffer selbst für Vorträge oder Ähnliches brauchen, holen wir sie vorher beim Landratsamt ab. Wir haben sogar mit den Verantwortlichen gemeinsame Veranstaltungen geplant, was allerdings von den maßgebenden Entscheidern eher ungern gesehen wurde.

Hr. Kowalski Sie machen also selbst auch Beratungsleistungen. Spielt dabei für Sie ehrenamtliches Engagement eine wichtige Rolle?

Hr. Karosser Ehrenamtliches Engagement spielt bei uns eigentlich überhaupt keine Rolle. Wir haben momentan zehn Genossen, zusammengesetzt aus drei Firmen und sieben Privatleuten und eine Geschäftsführung die das ganze managet, die Termine

macht, die Vorträge macht, etc. Wenn wir uns irgendwo vorstellen, erhalten wir immer breite Zustimmung, kommt jedoch die Frage nach der aktiven Teilnahme auf, wird diese meistens abgewunken.

Hr. Kowalski Verstehe, sie arbeiten also nur mit Angestellten. Wie haben sich denn die Problemstellungen verändert? Was hat Sie vor allem bei der Gründung beschäftigt und mit welchen Problemen sehen Sie sich heute konfrontiert?

Hr. Karosser Bei der Gründung war die Hauptproblemstellung vor allem, sich durch das ganze Genossenschaftsgesetz durchzuarbeiten und die Vor- und Nachteile herauszuarbeiten. Wir haben es aber dann genossenschaftlich umgesetzt, vor dem Hintergrund, dass wir vorhatten einen sog. Pflegegutschein einzuführen, da es im Pflegebereich einen sehr großen grauen Markt gibt, auf dem Arbeitsvermittler Frauen aus beispielsweise Moldawien oder Polen „aufreiben“ und diese in private Stellen vermitteln. Da die Politik wissentlich nichts dagegen unternimmt, haben wir uns vorgenommen diese Angehörigen zu unterstützen, die eine Pflegekraft benötigen. In unserem Modell konnten diese Personen einen Pflegegutschein für einen gewissen Betrag kaufen. Daraufhin fährt dann einer unserer Betreuer zum Kunden und schaut ob die Chemie stimmt und was es für Aufgaben gibt und wenn man übereinkommt, kann unser Betreuer acht-mal gebucht werden. Wenn man möchte, kann man den Gutschein im Anschluss einfach verlängern. Dieses Modell war auch beim Genossenschaftsverband ausschlaggebend, da dieser das Konzept als sinnvolle Konkurrenz zu den großen Anbietern wie Johanniter oder Caritas gesehen hat. Diese beiden sind die Lokalmatadoren und diese wollten wir auch aktiv als Konkurrenz wahrnehmen. Zu den heutigen Problemstellungen zählt natürlich ganz aktuell die Corona Krise. Wir haben keine Buchungen, Vorträge oder Präsentationen momentan. Wir verkaufen aber weiterhin unsere Koffer, die wir selbst zusammenstellen. Die Käufer sind hauptsächlich Landratsämter oder kommunale Stellen mit ihren Wohnberatern, die die ganzen Utensilien, die in den Koffern sind, vorzeigen möchten und damit beraten wollen. Auf der anderen Seite ist die Wirtschaftlichkeit immer ein Thema bzw. eine Problemstellung. Dafür haben wir zum Beispiel eine Online Fortbildung für den AOL Bereich aufgebaut, die von Wohnberatern der Landratsämter besucht werden können. Diese werden von uns auf technische Assistenzsysteme geschult.

Hr. Kowalski Sie sind schon ein bisschen auf die Organisationsform der Genossenschaft eingegangen. Welche Gründe gab es für die Wahl dieser Organisationsform? Hatte die Rechtsnovelle 2006 Einfluss auf Ihre Entscheidung?

Die Rechtsnovelle hat für uns keinerlei Auswirkungen auf die Organisationsformwahl gehabt, weil wir uns erst 2013 gegründet haben, aber eben mit dem Hintergrund, dass das Sozialministerium sehr aufgeschlossen und hilfsbereit war. Das Sozialministerium hatte dann auch vor, in den sieben Regierungsbezirken in Bayern, jeweils eine Sozialgenossenschaft zu gründen, welche für den jeweiligen Regierungsbezirk zuständig ist. Dies wurde auch umgesetzt und wir stehen teilweise in Kontakt mit diesen Sozialgenossenschaften. Dabei haben alle dasselbe Problem, Prüfung und Gebühren. Weitere Gründe für die Wahl der Rechtsform der Genossenschaft war

vor allem das Mitbestimmungsrecht, das vor allem bei der Beteiligung von Firmen große Auswirkungen hat. Im Grunde war das Demokratieprinzip das Ausschlaggebende für uns, weil wir festgestellt haben, dass es viele Leute gibt die etwas brauchen oder eine gute Idee haben, sich es aber nicht zutrauen, selber etwas umzusetzen. Die suchen dann jemanden, der das für sie umsetzen kann und auch dafür sind wir da. Eine Nachbargemeinde hat zum Beispiel vorgehabt einen Dorfladen zu gründen und ist an uns herangetreten, ob wir für sie eine Haushaltsbefragung durchführen könnten. Sie wollten damit ihre subjektive Meinung, dass ein Dorfladen benötigt wird, nochmals objektiv absichern. Ich habe dann mit einer Studentengruppe diese Haushaltsbefragung durchgeführt. Das Ergebnis, dass 80% einen Dorfladen möchten wurde dann vorgestellt und die Gemeinde hat das Projekt daraufhin umgesetzt. Wir wurden zusätzlich damit beauftragt, die Verantwortlichen im ersten Jahr zu begleiten und zu beraten. Wir haben also die Schnittstelle zwischen der Gemeinde und dem Einzelhandelskaufmann gestellt und haben das Konzept und den Business Plan mitentworfen. Das Projekt läuft jetzt seit drei Jahren sehr erfolgreich. Solche Sachen werden also auch an uns herangetragen.

- Hr. Kowalski Kannten Sie sich denn vorher schon gut mit dem Genossenschaftswesen aus?
- Hr. Karosser Mit den genossenschaftlichen Grundlagen kannten wir uns vor der Gründung ganz gut aus und wir wurden ja auch vom Verband und anderen Stellen gut beraten. Der Genossenschaftsverband ist uns gegenüber mittlerweile aber eher vorsichtig, da wir relativ starke Kritik zu seinen Vorgaben, Handlungsweisen und dem Umgang mit vor allem kleineren Genossenschaften geübt haben. Ich kenne beispielsweise Genossenschaften, die nur aus drei Leuten bestehen und trotzdem dasselbe Prozedere durchlaufen wie jede andere Genossenschaft. Dazu gab es schließlich eine Gesetzesänderung vom Verband, so das kleine Genossenschaften nur noch eine Kleinprüfung erhalten, bei der niemand vor Ort sein muss und bei der die Dokumente online abgegeben werden. Die Gebühr blieb allerdings gleich, was wir wiederum kritisierten. Der Genossenschaftsverband bevorzugt im Grunde die Neugründung von großen Sozialgenossenschaften und möchte eigentlich nicht zu viele kleine haben. Von der rechtlichen und unternehmerischen Seite her sind wir beim Verband wie gesagt aber sehr gut beraten worden.
- Hr. Kowalski Sehr gut. So wie ich das jetzt verstanden habe, haben Sie diese Beratungsleistung für neue Initiativen quasi selber übernommen, oder?
- Hr. Karosser Also im Grunde beraten wir immer, wenn wir kontaktiert werden. Letztes Jahr hat mich zum Beispiel eine Künstlergruppe angerufen, die ebenfalls eine Genossenschaft gründen wollte, zum Thema gemeinschaftliches Leben und Wohnen in einem Haus. Sie haben uns dann kontaktiert um nachzufragen wie alles normalerweise abläuft und am Ende haben Sie dann stattdessen einen Verein gegründet.
- Hr. Kowalski Sie haben also wegen den oben genannten Gründen von der Genossenschaft abgeraten. Wurden Sie denn noch von anderen Seiten außer dem Bayerischen Staat finanziell unterstützt?

Finanzielle Unterstützung haben wir, wie gesagt, vom Sozialministerium erhalten, was auch für andere Sozialgenossenschaften sehr positiv war. Weitere Unterstützung von Unternehmen hatten wir nicht, sondern eher von Landratsämtern, die uns beauftragt haben diese Koffer zusammenzustellen, was aber eine Dienstleistung ist und keine Förderung. Wenn wir heute auf das Sozialministerium zugehen, bekommen wir allerdings kaum mehr Unterstützung. Vor allem wenn es um innovative Ideen wie einen neuen Workshop aufbauen oder zum Beispiel alle Wohnberater im sozialen Bereich in ein Netzwerk zu integrieren geht, wird man heute nur weitergeschickt.

Hr. Kowalski Das heißt die anfängliche Initiative hört nach der Gründungsfinanzierung eigentlich auch schon wieder auf.

Hr. Karosser Ja. Beispielsweise gibt es in Bayern zwei Abteilungen die für Sozialgenossenschaften und Seniorengenossenschaften zuständig sind. Da eine Seniorengenossenschaft aber ebenfalls eine Sozialgenossenschaft ist, arbeiten diese Abteilungen teilweise gegeneinander. Aber wie gesagt, in Sachen Förderung und Beratung ist man auch beim Sozialministerium sehr gut aufgehoben.

Hr. Kowalski Gab es auch Marketingmaßnahmen vom Bayerischen Staatsministerium, wie Publikation oder Ähnliches?

Hr. Karosser Es gab eine Publikation und auch auf der Website werden Sozialgenossenschaften ja dargestellt und erklärt. Einmal wurden wir auch auf eine Sozialmesse eingeladen, bei der wir uns vorstellen durften. Zur aktuellen Beratung durch das Ministerium kann ich leider nichts sagen, allerdings ist meine Erfahrung schon so, dass man mit neuen Initiativen und Projekten leider auf Grund von verschiedenen Verantwortlichkeiten oft eher in Konflikt mit der lokalen Politik tritt.

Hr. Kowalski Verstehe. Die lokale Politik kann also auch eine schwierige Thematik werden. Dann habe ich eigentlich nur noch eine letzte Abschlussfrage für Sie. Welche Faktoren sind Ihrer Meinung nach nun ausschlaggebend für die erfolgreiche Umsetzung einer Sozialgenossenschaft? Sie haben ja schon gesagt, dass man Leute braucht, die eine Idee umsetzen und dann andere erst bereit sind auch zu unterstützen.

Hr. Karosser Genau. Wenn man mit diesem Wissen ein bisschen offensiv umgeht, dann kommen Leute auch auf einen zu und bieten ihre Unterstützung an oder fragen nach Unterstützung. Mit unserem Expertennetzwerk im Hintergrund können wir das dann einschätzen und entsprechend reagieren. Das hängt natürlich auch immer mit dem Finanziellen zusammen. Von der Form her ist es dabei auch immer etwas anderes, wenn man als Genossenschaft auftritt und nicht als Verein, weil Genossenschaften bei den Menschen ein hochwertigeres Ansehen haben. Der Verein wird immer mit Ehrenamtlichkeit und lockerem Vorgehen in Verbindung gebracht und bei uns werden Dienstleistungen erbracht, die auch bezahlt werden müssen. Mit dieser Maxime stoßen wir allerdings vor allem in der Politik immer wieder auf Widerstand. Wir positionieren uns da trotzdem ganz klar gegen die Ehrenamtlichkeit, weil wir einerseits die hohe Fluktuation

sehen und es auch teilweise als ausbeuterisch erachten. Außerdem gibt es auch wirklich engagierte Menschen, die dann aufhören, weil es ihnen zu viel Arbeit wird. Deshalb ist es eben wichtig, die Leute auch anständig zu entlohnen und vorteilhaft als Genossenschaft aufzutreten. Unter anderem auch, weil auf dem Land der Genossenschaftsgedanke durch Raiffeisen und BayWa großen Zuspruch erhält. Allerdings hat man überall das gleiche Problem, dass der Zuspruch zwar groß ist, sich aber trotzdem niemand beteiligen möchte. Dafür benötigt man andere Anreize, die andere Organisationsformen wie zum Beispiel eine kleine Aktiengesellschaft, bei der eine Dividende ausgezahlt wird, für die aktive Teilnahme attraktiver machen.

Hr. Kowalski Ja, verstehe. Damit sind wir am Ende des Interviews angelangt. Vielen Dank für die sehr interessanten Einblicke. Ich schicke Ihnen das Transkript unseres Gespräches zu und Sie können dann gerne noch Aspekte hinzufügen, ändern oder auch streichen. Gerne kann ich Ihnen auch meine Masterarbeit zukommen lassen, sobald sie fertig ist.

Hr. Karosser Ja, sehr gerne, das würde mich auf jeden Fall interessieren. Viel Erfolg mit der Masterarbeit.

Hr. Kowalski Vielen Dank. Noch einen schönen Nachmittag!

Experteninterview Transkript vom 26.06.2020

Gesprächspartner: Ruth Häußler, Stellvertretender Vorstand
Unternehmen: MutMacherMenschen gemeinnützige e.G.
Interviewleiter: Lukas Kowalski, B.A., Universität Wien, Matr.Nr.: 11713764

Fr. Häußler Hallo Herr Kowalski

Hr. Kowalski Guten Morgen Frau Häußler. Vielen Dank, dass Sie sich die Zeit genommen haben. Zum Einstieg fände ich es schön, wenn Sie kurz in Ihren eigenen Worten darstellen, was die Zielsetzung der MutMacherMenschen ist und aus welchen Gründen diese Genossenschaft gegründet wurde.

Fr. Häußler Also die MutMacherMenschen sind eine soziale Produktivgenossenschaft für Menschen die nach einer schweren psychischen Erkrankung oder einer seelischen Krise so langsam wieder ins Arbeitsleben zurückfinden wollen. Das sind Menschen, die lange erwerbsunfähig waren, weg vom ersten Arbeitsmarkt und das über einen langen Zeitraum. Diese erhalten alle eine EU-Rente, also die Erwerbsminderungsrente oder Grundsicherung und sind eigentlich auf dem ersten Arbeitsmarkt nicht mehr vermittelbar. Und das ist auch der Grund gewesen, warum die Genossenschaft 2014 gegründet worden ist. Es gab ein Projekt von Lehmbau und da ging es um die Vermittlung auf dem ersten Arbeitsmarkt und man musste feststellen, dass es Menschen gab, die noch schwächer waren, für welche es einfach keinen geeigneten Arbeitsplatz gab. Das war der Grund und der Anlass dazu, eine Genossenschaft zu gründen um für diese Menschen Arbeitsplätze zu schaffen. Das war die Grundlage dafür, dass man nochmal eine Zwischenstufe aufbauen wollte.

Hr. Kowalski Ok, verstehe. Darf ich fragen ob die Gründer dabei familiär oder anders selbst betroffen waren?

Fr. Häußler Ja, zum Teil. Zum Teil selbst betroffen und auch von den Angeboten die es auf dem Markt gibt frustriert, weil diese nicht gut passten.

Hr. Kowalski Ok. Was hat Sie denn persönlich dazu motiviert in dieser Genossenschaft tätig zu werden und mitzuwirken?

Fr. Häußler Was mir sehr gut gefällt, ist das Modell der Genossenschaft. Dass die Betroffenen selber entscheiden können oder mitentscheiden wo sich die Genossenschaft hin entwickelt. Ich bin selber vom Beruf Psychologin, finde aber, dass eigentlich jeder mit seiner psychischen Erkrankung selbst immer der Experte für seine Erkrankung ist und nur der Erkrankte selber wissen kann, was er wirklich braucht. Das ist als Fachkraft oft schwierig und da brauchen wir die Unterstützung oder die Hilfe von den Betroffenen selbst. Die müssen sagen, was

brauche ich damit es mir besser geht. Und dann können wir Sie dabei unterstützen oder die Bedingungen dafür schaffen. Aber als Gesunder zu sagen, was der richtige Weg ist, ist schwierig. Und das ist das Schöne an der Genossenschaft, dass die Betroffenen selber sagen, was sie brauchen und welche Arbeitsbedingungen sie benötigen. Das ist das Interessante und Spannende an unserer Genossenschaft.

Hr. Kowalski Sehr interessant. Auch ein sehr guter Punkt, der schon auf eine meiner späteren Fragen zu den Genossenschaftsprinzipien eingeht, aber da kommen wir dann gleich nochmal drauf zurück. Kommen wir erst noch zur Lokalität. Sie sitzen ja in Augsburg, einfach nur, weil sie selbst alle aus Augsburg kommen oder haben Sie dort beobachtet, dass es besonders viele Menschen gibt, die eben solche Probleme auf dem Arbeitsmarkt haben?

Fr. Häußler Ich habe diese Frage mit der Lokalität gesehen und denke, diese Sozialgenossenschaft könnte man so überall gründen. Ich habe mir Gedanken darüber gemacht und ich glaube der Bedarf ist deutschlandweit relativ gleich oder ähnlich und ich denke deswegen, dass man eine Sozialgenossenschaft wie unsere überall gründen könnte. Die Lokalität spielt also eher keine Rolle. Bei uns hat sich das aus der BAL, der Beteiligung am Leben, die es seit 2005 bei uns im Raum gibt, heraus entwickelt.

Hr. Kowalski Verstehe. Stichwort ehrenamtliches Engagement. Spielt das für Ihre Sozialgenossenschaft eine wichtige Rolle?

Fr. Häußler Ich selbst bin über meine ehrenamtliche Tätigkeit „reingerutscht“. Eine Bekannte hat mich damals auf die Genossenschaft aufmerksam gemacht und dann habe ich mich zuerst ehrenamtlich engagiert. Das war der Einstieg für mich und wir haben auch nach wie vor ehrenamtliche Mitarbeiter und die brauchen wir auch dringend. Wir haben im Vorstand aktuell 2 Personen, die das rein ehrenamtlich machen, wir haben im Aufsichtsrat Menschen sitzen, die das rein ehrenamtlich machen und generell könnten wir unser Projekt ohne ehrenamtliche Mitarbeiter gar nicht am Laufen halten. Wir haben auch engen Kontakt zum Freiwilligenzentrum in Augsburg, das uns hin und wieder neue Leute vermitteln kann. Unsere Verwaltung wird hingegen von Betroffenen besetzt. Da hatten wir neulich einen Krankheitsfall und waren sehr dankbar, dass wir jemanden gefunden haben, der ehrenamtlich erst mal aushalf.

Hr. Kowalski Ok, schön. Wie ist es denn mit anderen Problemstellungen? Ich weiß nicht genau wie lange Sie schon für die Sozialgenossenschaft tätig sind, aber Sie können bestimmt auch aus eigener Erfahrung erzählen, was sich dabei verändert hat.

Fr. Häußler Wenn ich meine ehrenamtliche Tätigkeit miteinbeziehe bin ich jetzt seit ca. zweieinhalb Jahren dabei. Bei der Gründung war ich zwar noch nicht hier, aber ein Hauptproblem bei der Gründung war natürlich die Finanzierung. Eine Genossenschaftsgründung an sich kostet, soweit ich das von meiner Kollegin erfahren habe, so um die 5.000€ bis 6.000€ an Verwaltungsgebühren. Und dabei hat man dann ja noch nicht einmal einen Business Plan oder ein Konzept, welches entwickelt werden muss. Dafür gab es 2014 einen Fördertopf bei der Bayerischen Staatsregierung, speziell für Sozialgenossenschaften und da haben

wir einen Gründungszuschuss von 30.000€ bekommen. Ohne diese Summe wäre es wahrscheinlich nicht möglich gewesen das Projekt auf die Beine zu stellen. Auch weil die Genossenschaft von Betroffenen mitgegründet wurde, wo natürlich auch die finanziellen Mittel im privaten Rahmen nicht da waren. Aber es gab eben diesen Gründungszuschuss und der war Gold wert. Das war sicher eine Problemstellung bei der Gründung der Sozialgenossenschaft und dann natürlich auch das Know-how. Wie mach ich das? Was brauch ich alles? Business Plan, Satzung, etc. und da waren ein paar Leute dabei, die sehr engagiert, ehrenamtlich das Ding auf die Beine gestellt haben. Unter anderem auch ein selbst Betroffener, der sich sehr viel eingelesen und informiert hat, sich mit den rechtlichen Hintergründen auseinandergesetzt hat und somit einen sehr großen Beitrag zur Gründung geleistet hat.

Hr. Kowalski Sehr bemerkenswert. Vor allem das alles ehrenamtlich aufzubauen ist eine große Leistung. Sie haben selbst schon gesagt, Sie finden das genossenschaftliche Konzept sehr gut, weil die Betroffenen selbst mitgestalten können. War das auch der Hauptgrund diese Organisationsform zu wählen?

Fr. Häußler Ich denke schon, ja. Wir haben im Moment 27 Genossen, davon sind ca. dreiviertel selbst betroffen oder sind Angehörige von Betroffenen. Und in der Generalversammlung werden viele Sachen abgestimmt die für die Genossenschaft wegweisend sind. Im Oktober ging es zum Beispiel darum ob wir neue Räumlichkeiten brauchen. Bisher konnten wir nur drei Tage in unseren Räumlichkeiten arbeiten und im Oktober sind wir dann in neue Räumlichkeiten umgezogen, die teurer sind und bei denen auch andere Aspekte abgewogen werden mussten. Dafür wurde dann eine besondere Versammlung einberufen, bei der der Vorstand, der Aufsichtsrat und eben viele Betroffene darüber abstimmen konnten, ob die neuen Räumlichkeiten gemietet werden sollen oder nicht. Ich denke, wenn man sich dann für eine Sache entscheidet, dann stehen auch alle hinter dieser Entscheidung. Es ist eben etwas anderes, wenn gemeinsam Entscheidungen getroffen werden und dann alle direkt mitziehen, als wenn beispielsweise zwei Chefs sagen, was gemacht wird und was nicht. An der Entscheidung hing auch viel dran. Es war viel Arbeit den Umzug zu organisieren und was Neues auf die Beine zu stellen, aber da standen dann wirklich auch alle dahinter und man hat gemerkt, dass das gemeinschaftlich beschlossen wurde und sich deswegen auch alle reinhängen. Wir haben die Räume mit unseren Mitarbeitern zum Teil selbst ausgebaut und dieser Umzug ist toll gelaufen und eben ein gutes Beispiel warum die genossenschaftlichen Prinzipien so gut sind für uns. Da hat auch keiner etwas von Überstunden gesagt.

Hr. Kowalski Wenn das Ganze auf einer gemeinsamen Entscheidung beruht, dann sind auch alle mit dabei. Wie ist es denn sonst mit dem Demokratieprinzip? Gibt es so zu sagen auch die negative Erfahrung, dass es dadurch schwieriger wird Entscheidungen zu treffen?

Fr. Häußler Bis jetzt nicht. Es werden alle angehört und natürlich gibt es unterschiedliche Meinungen, gerade jetzt auch bei der Corona-Krise. Wir hatten zwei Wochen geschlossen und hatten dann so eine Art Seelsorge-Telefon, aber mussten feststellen, dass das den Betroffenen nicht hilft. Die müssen in die Arbeit, die

müssen raus. Dann mussten wir abwägen ob wir die Werkstatt in irgendeiner Form aufmachen können oder nicht. Dabei gab es natürlich ganz unterschiedliche Meinungen. Der eine sagt, dass es viel zu gefährlich ist, dass wir dann einen Corona Fall haben und der andere sagt, es ist viel gefährlicher, dass jemand einen Rückfall erleidet oder sich schlimmstenfalls einer von unseren psychisch Kranken zu Hause das Leben nimmt. Es gibt also verschiedene Meinungen, aber man einigt sich dann am Ende doch und findet einen Kompromiss. In dem Fall haben wir dann mit einem Notprogramm erstmal ganz klein aufgemacht und das Ganze ganz langsam hochgefahren, inklusive Hygieneplan und allen anderen aktuellen Anforderungen. Da hat man eben schon gemerkt, dass die Meinungen stark auseinander gehen, aber man einigt sich und es ist auch generell wichtig, dass verschieden Meinungen dabei zum Tragen kommen. Dass man alles gut abwägt und Sicherheitsvorkehrungen trifft.

Hr. Kowalski Und auch wie Sie vorhin gesagt haben, weil der Betroffene eigentlich selbst am besten weiß, was er braucht.

Fr. Häußler Genau. Dass der Betroffene selber sagt, dass er das Risiko in Kauf nimmt, weil es so zentral wichtig ist aus dem Haus zu kommen und in die Arbeit gehen zu können.

Hr. Kowalski Das ist auch im Hinblick auf das Förderprinzips ein sehr interessanter Aspekt, weil Sie eben ganz klar auf Ihre Mitglieder ausgerichtet sind und das umsetzen, was diese selbst auch mitbestimmen. Und da haben Sie ja anscheinend das optimale Model entwickelt.

Fr. Häußler Klar gibt es auch bei uns immer wieder Auseinandersetzungen, aber was bei uns eben zentral wichtig ist, ist die psychische Gesundheit, dass diese erhalten oder im Idealfall verbessert wird. Wir sind eben nicht auf maximalen Gewinn ausgelegt. Wir müssen unsere Produkte natürlich verkaufen damit wir uns tragen können, haben also auch einen wirtschaftlichen Aspekt, aber an oberster Stelle steht eben die psychische Gesundheit.

Hr. Kowalski Ok. Jetzt möchte ich nochmal ein bisschen auf die Gründung eingehen. Grundsätzlich ist es ja leider so, dass das Genossenschaftswesen nicht sehr gängig oder bekannt ist. Meistens werden andere Organisationsformen gewählt und auch die Beratung zu Genossenschaften findet kaum statt. Können Sie mir sagen, wie Sie und von wem Sie damals beraten wurden und wie sie an die wichtigsten Informationen zum Genossenschaftswesen gekommen sind?

Fr. Häußler Also man wusste zu Beginn relativ wenig und musste sich erst einmal einlesen und einarbeiten. Geholfen hat der Genossenschaftsverband Bayern, der GVB, dem wir angehören und der uns auch jedes Jahr prüft. Da haben wir von Anfang an Unterstützung bekommen, vor allem zu den rechtlichen Hintergründen. Zusätzlich haben wir auch noch ein Steuerbüro, das uns bei rechtlichen Fragen unterstützt und auch die Jahresbilanzen macht. Der Genossenschaftsverband ist auf jeden Fall sehr wichtig für uns. Wir haben jedes Jahr eine Prüfung, müssen dafür unsere Unterlagen einreichen und das finde ich auch sehr gut. Man fühlt sich einfach abgesichert, wenn der Verband sagt, dass alles in Ordnung ist.

Manchmal ist man sich ja doch unsicher, ob die ganze Dokumentation so stimmt und da passt es einfach gut, dass die unsere Wirtschaftspläne anschauen, dass man Wirtschaftspläne überhaupt auch machen muss und einfach sauber arbeiten muss. Man kriegt eine gute Rückmeldung und wird auch auf Dinge hingewiesen, die besonders wichtig sind.

Hr. Kowalski Für Sie ist diese Prüfung also positiv. Ist diese auch bei Ihnen sehr aufwendig und kostenintensiv oder wird das aufgewogen durch den Nutzen?

Fr. Häußler Es ist sehr aufwendig und arbeitsintensiv, weil zum Beispiel auch jedes Protokoll nachgewiesen werden muss. Auf der anderen Seite zwingt es uns auch dazu immer sauber zu arbeiten. Das finde ich schon gut und man überlegt dann, wenn man zum Beispiel einen Wirtschaftsplan machen muss, auch genauer wie unsere Prognosen für das nächste Jahr sind und überdenkt alles viel genauer. Wahrscheinlich genauer als man es sonst machen würde. Dementsprechend würde ich sagen der Aufwand und der Nutzen gleichen sich ganz gut aus, bzw. ich sehe es eher positiv. Außerdem hat man immer eine Anlaufstelle, bei der man nachfragen kann.

Hr. Kowalski Gibt es denn beim Vorstand bzw. den Gründern auch jemanden mit einem wirtschaftlichen Hintergrund oder wie setzt sich das zusammen?

Fr. Häußler Nein, wir haben niemanden mit wirtschaftlichem Hintergrund.

Hr. Kowalski Das heißt, Sie haben sich das alles selbst erarbeitet.

Fr. Häußler Ja. Also wie gesagt, wir haben unser Steuerbüro. Die Jahresbilanzen machen wir also nicht selbst, das könnten wir auch nicht.

Hr. Kowalski Alles klar. Und um damit noch einmal zurück zur Finanzierung zu kommen, Sie haben erzählt, dass Sie die Gründungsfinanzierung vom Bayerischen Staat erhalten haben. Gab es noch andere Wege der Finanzierung oder wurde der Rest so zu sagen vom laufenden Betrieb gemeistert?

Fr. Häußler Bei der Gründung selbst nicht, aber wir sind ja ein Zuverdienst-Projekt und das wird vom Bezirk Schwaben unterstützt. Wir bekommen also jedes Jahr Unterstützung vom Bezirk Schwaben. Für jeden Mitarbeiter den wir hier betreuen, kriegen wir für jede Arbeitsstunde die hier geleistet wird, eine Unterstützung vom Bezirk Schwaben und damit sind eigentlich unsere Gehälter der Festangestellten gedeckt. Für die Verkäufe die wir dann haben, können wir unseren Mitarbeitern eine Motivationspauschale bezahlen. Auf der einen Seite haben wir also die staatliche Unterstützung vom Bezirk Schwaben, die sehr wichtig ist und ohne die es nicht gehen würde und auf der anderen Seite müssen wir auch unsere Produkte gut verkaufen, damit wir uns insgesamt selber tragen können. Ich finde also schon, dass wir insgesamt gut unterstützt werden. Auch die Stadt Augsburg finanziert jedes Jahr den Mittagstisch mit. Wir haben einen Koch, der auch selber Betroffener ist und der kocht für unsere Teilnehmer fünfmal die Woche das Mittagessen und dafür kriegen wir glaube ich 1.500€ Zuschuss von der Stadt Augsburg. Es gibt also schon viele Töpfe vom Staat, wo man Unterstützung bekommt. Man muss aber natürlich selbst dahinter sein und nachfragen. Bei unserem Umzug haben wir zum Beispiel eine Kreissäge

gebraucht. Die ist sehr teuer und auch da haben wir Unterstützung vom Staat bekommen.

Hr. Kowalski Und wie ist es mit Öffentlichkeitsarbeit oder Werbung? Wird da von staatlicher Seite auch etwas getan?

Fr. Häußler Nein, also Öffentlichkeitsarbeit machen wir selbst und ich finde auch, dass man das selber machen muss. Wir wären dieses Jahr vom Bayerischen Staat zu einer Veranstaltung eingeladen gewesen, bei der sich verschiedene Genossenschaften vorstellen können, aber die ist wegen Corona leider ausgefallen. Aber ich finde eben, das muss man selber machen, ob jetzt auf Facebook oder anders.

Hr. Kowalski Ja, solange das für Sie sowieso funktioniert und Sie genug verkaufen können, ist das ja prima.

Fr. Häußler Ja, wir haben da zwei Großabnehmer, die unsere Produkte kaufen und die sind auch sehr wichtig für uns, aber wir gehen auch auf Märkte und haben kleinere Läden in Augsburg, die unsere Produkte weiterverkaufen und natürlich für uns auch werben. Da liegen dann zum Beispiel auch unsere Flyer aus und so versuchen wir einen größeren Bekanntheitsgrad zu erreichen.

Hr. Kowalski Ok. Dann kommen wir auch schon zur Abschlussfrage, die ich ein wenig abgeändert habe. Die Frage, ob man ihr Konzept ausweiten könnte oder auch in anderen Städten umsetzen könnte, haben Sie ja bereits beantwortet. Wenn Sie jetzt ihr Konzept und Ihre Sozialgenossenschaft betrachten, welche Faktoren machen die erfolgreiche Umsetzung wirklich aus?

Fr. Häußler Wenn man es von Grund auf aufzieht, braucht man Leute die eine tolle Idee haben, die einen Bedarf sehen und dann das Engagement haben das hochzuziehen. Da braucht man wirklich aktive Leute die den Mut haben das anzupacken und das auszuprobieren. Das ist mal das Grundsätzliche. Jetzt gibt es uns ja bereits seit 2014 und wir sind stetig gewachsen, deswegen braucht man auf jeden Fall Leute die stetig dabei sind und wir brauchen insbesondere auch die Ehrenamtlichen. Ich finde auch, dass es bei uns diese Kombination aus staatlicher Unterstützung und der Möglichkeit unsere Produkte auf dem freien Markt zu verkaufen, ist. Aber letztendlich liegt es an den Leuten die so ein Projekt umsetzen und an den Mitarbeitern, die sich dann mitengagieren und auch Ideen liefern. Das macht uns aus. Wir haben tolle Leute, die aus unterschiedlichsten Berufen kommen und damit neue und andere Ansätze einbringen und auch tolle Persönlichkeiten haben. Wir haben eine Mischung vom Alter her von Ende 20 bis 65, Männer und Frauen gemischt, sehr gemischte Berufe, sehr unterschiedliche Lebenswege, das macht uns aus.

Hr. Kowalski Ok, sehr schön. Vielen Dank für die umfangreichen und sehr interessanten Einblicke. Ich sende Ihnen das Transkript unseres Gespräches zu und Sie können gerne noch Aspekte hinzufügen oder auch Teile streichen. Gerne sende ich Ihnen auch die gesamte Masterarbeit zu, sobald sie fertig ist.

Fr. Häußler Wunderbar, wenn Sie sonst noch Fragen haben, kommen Sie gerne jederzeit nochmals auf mich zu.

Hr. Kowalski Sehr gerne. Vielen Dank für Ihre Zeit und ein schönes Wochenende Frau Häußler.

Fr. Häußler Danke, ebenso. Wiederhörn.

Experteninterview Transkript vom 02.06.2020

Gesprächspartner: Herr Mathias Abbé, Vorsitzender

Unternehmen: Wir für uns eG

Interviewleiter: Lukas Kowalski, B.A., Universität Wien, Matr.Nr.: 11713764

Hr. Kowalski Also zuerst einmal vielen Dank Herr Abbé, dass Sie sich die Zeit genommen haben für dieses Interview. Hatten Sie bereits Zeit sich die Fragen vorab anzuschauen?

Hr. Abbé Ja, ich habe mir die Fragen bereits angesehen und mir Notizen zu den Antworten gemacht.

Hr. Kowalski Ah, wunderbar, perfekt. Also im Grunde geht es ja um das Gründungsverhalten von Sozialgenossenschaften, heißt unter anderem die Zielsetzung der Gründung, dann wie diese gefördert wird, von welchen Stellen und wie man Sozialgenossenschaften eben auch weiter bzw. anders fördern kann. Als Einstieg würde ich gerne aber eben allgemein mit Ihrer Sozialgenossenschaft anfangen. Würden Sie mir die Zielsetzung Ihrer Sozialgenossenschaft bei der Gründung in Ihren eigenen Worten beschreiben?

Hr. Abbé Unsere Zielsetzung ist es die Lebensqualität im Alter zu verbessern. Der Auslöser ist die lokale Situation, da wir hier in den zwei Ortschaften Heroldsbach und Hausen in der Nähe von Erlangen tätig sind und es hier in den 50/60 Jahren einen sehr großen Zuzug aus beruflichen Gründen gab. Einerseits Siemens und die Universität konnten Ihre Arbeitsplätze lokal nicht ausreichend bedienen und deshalb sind viele Akademiker in unsere Ortschaften gezogen. Diese haben sich hier niedergelassen und Familien gegründet, sind aber mittlerweile eben selbst im Ruhestand bzw. im gehobenen Alter und teilweise haben die Kinder, die im Ort aufgewachsen sind, unsere Ortschaften verlassen. Damit sind viele Eltern jetzt auf sich alleine gestellt und benötigen Hilfe. Benötigt wird eine Hilfe, die über den üblichen Tätigkeitsbereich einer Nachbarschaftshilfe hinausgeht. So, dass sich nicht nur um das unmittelbare Umfeld gekümmert wird, also Leute die man direkt kennt, sondern auch darüber hinaus. Dabei muss man wissen, dass unsere beiden Ortschaften, in denen wir tätig sind, aus mehreren Teilen bestehen und deshalb teilweise Hilfe über mehrere Kilometer Entfernung nötig ist. Wir wollten dann also eine gemeinnützige Organisation aufbauen, die auf Ehrenamtlichkeit beruht. Somit ist dann die Wir für uns eG entstanden mit rein ehrenamtlichen Mitarbeitern, die den Menschen über 60 hier in der Umgebung helfen. Unser Motto dabei ist „Wir helfen und tun uns dabei selbst etwas Gutes. Einerseits bieten wir praktische Hilfe, Fürsorge und Beratung für die Hilfesuchenden an und

andererseits unterstützen wir auch die Menschen, die den Drang haben zu helfen, diesen Drang durch unsere Genossenschaft auszuleben. Da unser ganzes Angebot rein auf Ehrenamtlichkeit beruht, haben wir auch keine ausgebildeten Pfleger oder andere professionelle Mitarbeiter.

Hr. Kowalski Verstehe. Waren Sie denn selbst vorher in einem sozialen Bereich tätig oder kam das dann erst neu dazu?

Hr. Abbé Nein, ich bin Ingenieur und war nie in einem sozialen Bereich tätig, Ich war auch einer der Betroffenen, bei denen die Kinder dann weggezogen sind. Und nachdem ich dann meine Karriere durchlaufen hatte, dachte ich mir, ich müsste mehr für die Allgemeinheit tun.

Hr. Kowalski Ok, sehr bemerkenswert. Welche Rolle spielt denn die Lokalität für Ihre Sozialgenossenschaft? Sie haben ja schon erzählt, dass Sie in zwei Orten tätig sind.

Hr. Abbé Genau, also wir sind in zwei Ortschaften tätig, in Heroldsbach und dem Nachbarort Hausen. Und die Lokalität spielt für uns eine sehr wichtige Rolle, da unsere Hilfeleistung immer vor Ort geschehen muss und keine große Anreise nötig sein sollte. Das heißt Hilfeleistende und Hilfesuchende sollten in unmittelbarer Nähe sein. Wir haben auch einmal überlegt eine landkreisweite Organisation aufzubauen, mit lokaler Steuerung und gemeinsamen Verwaltungsdach, aber mit rein ehrenamtlich Tätigen schien das nicht möglich zu sein, deswegen haben wir uns auf unsere zwei Ortschaften fokussiert. Im Grunde wären Angestellte für die Buchhaltung schon auffindbar gewesen, aber damit schafft man natürlich auch finanzielle Verpflichtungen und das wollten wir nicht.

Hr. Kowalski Ok, alles klar. Damit haben Sie jetzt auch schon ein bisschen eine meiner Abschlussfragen angeschnitten, aber da komme ich dann am Ende nochmal drauf zurück. Erstmal würde ich gerne wissen, wie sich denn die Problemstellungen oder Hürden der Sozialgenossenschaft geändert haben. Welche Schwierigkeiten gab es denn zu Beginn, bei der Gründung der Sozialgenossenschaft?

Hr. Abbé Die allgemeine Problemstellung zu Beginn, war vor allem die Konzeptfindung. Da wir ja ein Konzept entwickeln mussten oder wollten, dem sich möglichst viele Ehrenamtliche anschließen würden. Also die Attraktivität spielte eine große Rolle. Und dann sehr grundlegende Fragestellungen wie z.B. wird Hilfeleistung unentgeltlich oder gegen Entgelt angeboten? Arbeitet man nur mit Ehrenamtlichen oder auch Angestellten? Versicherungsfragen, brauchen wir eine besondere Absicherung oder reicht die Ehrenamtsversicherung des Freistaats Bayern? Generell war die Vorbereitungszeit sehr aufwendig, da wir nach einem öffentlichen Aufruf dann doch sehr viele Bürger hatten, die natürlich alle ihre eigenen Meinungen und Vorstellungen zur Umsetzung hatten und am Ende hat dieser Meinungsaustausch dann ein dreiviertel Jahr in Anspruch genommen. Die anschließende Frage war dann die Organisationsform, wobei wir von Anfang an die Gemeinnützigkeit in den Fokus gestellt haben und uns somit die Auswahl zwischen gemeinnützigem

Verein, gemeinnütziger Genossenschaft und gemeinnütziger GmbH blieb. Mit Vereinen kannten sich eigentlich alle aus, da fast jeder in einem Verein tätig war, aber das Wissen über die anderen Organisationsformen war wenig vorhanden und auch das rechtliche Verständnis fehlte am Anfang. Zum Beispiel war da die Haftungsfrage oder auch wo ist die Grenze für ehrenamtliches Engagement? Wie ist die Haftung bei Mitnahme einer Person im PKW? Diese ist zum Beispiel nur durch die Haftpflicht abgesichert, wenn für den Transport kein Geld bezahlt wird. Also das waren so die Themen mit denen wir uns am Anfang auseinandersetzen mussten. Zentrale Problemstellung heute ist die Nachwuchsfrage, da das Durchschnittsalter unserer Mitglieder seit der Gründung ständig angestiegen ist. Heute beträgt das Durchschnittsalter 66 Jahre. Die Dauer der aktiven Mitwirkung ist auch begrenzt, weil jede Person irgendwann selbst hilfsbedürftig werden kann oder eine Feine Genossenschaft tatsächlich einen Nachteil gegenüber dem Verein, da Vereine eigene Jugendabteilungen schaffen können und die Mitgliedschaft in einer Genossenschaft erst ab 18 Jahren möglich ist. Also es gibt auch jüngere Mitglieder in unserer Sozialgenossenschaft, die sind so zwischen 30-45 Jahre alt, aber der Schnitt liegt wie gesagt bei 66.

Hr. Kowalski Verstehe, also früher waren es so die fehlenden Informationen und das juristische Hintergrundwissen und heute ist es eher auch junge Leute für das Konzept zu begeistern, sehr interessant. Dann können wir schon zum nächsten Punkt übergehen. Es gab ja im Jahr 2006 die Rechtsnovelle des Genossenschaftsgesetzes, die nun eben auch die soziale Förderung der Mitglieder als Zweck der Genossenschaft zuschreibt. Hatte die Rechtsnovelle Auswirkungen auf Ihre Entscheidung dann eben die Genossenschaft als Rechtsform zu wählen?

Hr. Abbé Ja, wir haben uns dann auf Grund der Recherche zur geeigneten Organisationsform eben auch mit der Rechtsnovelle beschäftigt und diese spielte sogar eine entscheidende Rolle, da die Gemeinnützigkeit nun eben auch in einer Sozialgenossenschaft umgesetzt werden konnte, und das war ja unser Ziel. Wir haben uns dann 2011 auch bei Finanzämtern zu Gemeinnützigkeit informiert und wie man diese umsetzen kann, aber diese konnten uns leider kaum weiterhelfen. Sie waren leider überhaupt nicht auf dem neuesten Stand, was gemeinnützige Genossenschaften angeht.

Hr. Kowalski Ok. Das ist natürlich super, wenn die Finanzämter dann gar keine Ahnung haben und einem nicht weiterhelfen können. Das heißt also, Sie wurde nicht wirklich zu gemeinnützigen Genossenschaften beraten, aber haben trotzdem die Rechtsform der Genossenschaft gewählt? Wie kam es dann dazu, bzw. welche anderen Gründe haben denn dann dazu geführt, dass Sie eine Genossenschaft gegründet haben?

Hr. Abbé Naja, wir haben dann ja wie gesagt die drei Möglichkeiten mit Verein, Genossenschaft oder GmbH gehabt und uns schnell gegen die GmbH entschieden und dann war es nur noch der Vergleich zwischen dem Verein und

der Genossenschaft. Und dabei haben wir dann die Genossenschaft gewählt, weil einige Punkte klar für diese Rechtsform gesprochen haben. Es gibt im Gegensatz zum Verein, ein rechtlich verankertes Mitbestimmungsrecht aller Mitglieder, die auch noch durch den Aufsichtsrat vertreten werden. Dann war es auch sehr positiv für uns, dass man durch den Genossenschaftsverband eine zusätzliche Kontrollinstanz hinsichtlich der Finanzen hat. Außerdem spielte eine Rolle, dass wir auch noch eine Wohnungsgenossenschaft geplant hatten, um altersgerechten und gemeinschaftsorientierten Wohnraum zu schaffen, bei der es natürlich zu größeren Investitionen kommen würde, mit denen verantwortungsvoll umgegangen werden muss. Für dieses Vorhaben schien uns die Genossenschaftsform ganz klar die beste zu sein, so dass es nahelegend war, die Form auch für die Seniorenhilfe zu wählen. Bei der Genossenschaft hat man zwar dann höhere Anforderungen an die Buchhaltung als bei einem Verein, da man eine doppelte Buchführung machen muss, aber diese wirtschaftliche Absicherung und Kontrolle waren uns sehr wichtig, damit der Vorstand tatsächlich zwei Kontrollinstanzen hat und wirtschaftlich alles funktioniert. Und schlussendlich fanden wir es auch einfach reizvoll eine Rechtsform zu wählen, die nicht so alltäglich ist.

Hr. Kowalski Sehr interessant, dass Sie diese Kontrollinstanz des Verbandes quasi als so positives Argument gesehen haben. Aber natürlich ist es eine gute Absicherung, dass Investitionen richtig gehandhabt werden. Und dass die Genossenschaft auch einen Anreiz für Sie hatte, weil Sie als Rechtsform seltener ist, finde ich auch witzig. Welche Auswirkungen haben denn dann die Genossenschaftsprinzipien auf ihr Geschäft; also ich habe ja hier jetzt beispielhaft das Demokratieprinzip und das Förderprinzip aufgeführt. Wie stellt sich das bei Ihnen da? Sie haben ja vorhin schon gesagt, dass es am Anfang mit den vielen verschiedenen Meinungen etwas schwierig und langfristig war.

Hr. Abbé Ja, das war am Anfang so, als es um das Konzept an sich ging. Das Demokratieprinzip ist uns wichtig, aber die Mitwirkung der Mitglieder spielt sich weniger bei den Mitgliederversammlungen ab, da es dort bisher nicht viel Weitgreifendes zu entscheiden gab. Unsere Mitglieder werden bei kleineren Projekten oder neuen Aktivitäten mit einbezogen. Zum Beispiel, wenn es darum geht, ob wir eine neue Aktivitätsreihe oder ein neues Treffen starten wollen, wie unser Digitales Plauderstübchen oder der Reparaturtreff. Da geht es dann eher darum, welche Angebote wir noch machen können, welche Aktivitäten sinnvoll sind und so weiter. Vor der Einführung der Aktivitäten wurde dann mit den Mitgliedern zu Mitgestaltung und Ausarbeitung diskutiert.

Hr. Kowalski Ok, verstehe, also hat das Demokratieprinzip bei Ihnen keine so große Bedeutung, bzw. ist zumindest nicht hinderlich wie am Anfang als es um die Konzeptentwicklung ging. Und das Förderprinzip?

Hr. Abbé Dadurch, dass wir eine gemeinnützige Genossenschaft sind, haben wir ja nicht die wirtschaftliche Förderung unserer Mitglieder als Ziel, sondern die Förderung auf eher ideellen Gebieten. Also im Sinne der Nächstenliebe, Zusammenhalt, der Förderung von Engagement oder die Förderung durch

Vorträge und Expertenwissen. Außerdem haben wir ein Zeitguthaben eingeführt. Das heißt, jedes Mitglied, das Hilfe für andere leistet, kann sich 75% seiner Arbeitszeit als Zeitguthaben gutschreiben lassen. Dieses Zeitguthaben kann dann genutzt werden, wenn man im Alter selbst die Hilfe der Genossenschaft in Anspruch nehmen muss oder möchte. Somit kann jedes Mitglied aktiv seine eigene Altersvorsorge betreiben. Neben der praktischen Hilfe bei Alltagsaufgaben besteht unsere Tätigkeit aber auch darin, die älteren Menschen hier vor Ort mit Informationen zu bedienen, zu Themen wie Altersvorsorge, Wohnen im Alter, technische Hilfsmittel für Senioren oder auch welche finanzielle bzw. staatliche Unterstützung man erhalten kann. Auch wenn es neue Regelungen und Gesetze gibt, die Senioren betreffen, informieren wir darüber. Als gemeinnützige Genossenschaft stellen wir diese gesammelten Informationen natürlich allen Menschen in Vorträgen zur Verfügung, aber unsere Mitglieder erhalten diese immer als erstes und direkt schriftlich per E-Mail.

Hr. Kowalski Ja, da haben sie Recht und für Ihr Projekt ist das ja so auch einfacher zu Handhaben und die Zeitguthaben finde ich auch ein sehr interessantes Konzept. Wie schaut es denn nun so mit der finanziellen Seite aus? Wie stellt sich denn die Finanzierung bei Ihnen zusammen, bzw. von welchen Stellen haben Sie finanzielle Unterstützung bekommen und spielt der Bayerische Staat da bei Ihrer Genossenschaft eine Rolle?

Hr. Abbé Zu der Zeit als wir unsere Genossenschaft gegründet haben, gab es von staatlicher Seite nur finanzielle Unterstützung für bereits gegründete Genossenschaften, also vor allem für die Personalkosten. Die Schwierigkeit war aber, überhaupt Informationen zur Gründung einer gemeinnützigen Genossenschaft und der Rechtsform im Allgemeinen zu bekommen. Der Bayerische Genossenschaftsverband war zu dem Zeitpunkt unterbesetzt und konnte uns wenig Auskunft geben. Aber wir hatten dann hier vor Ort die Raiffeisenbank als Ratgeber, die ja ebenfalls die Rechtsform der Genossenschaft hat. Die haben uns damals sehr geholfen und uns gut unterstützt. Erst nach unserer Gründung wurde dann der Kontakt zum Staatsministerium aufgenommen. Damals war Emilia Müller Staatsministerin für Soziales und wir haben dann vor allem Beratungsleistungen vom Bayerischen Staat erhalten. Zum Beispiel zu Vor- und Nachteilen von Endgeldforderungen. Am Anfang war die Frage, ob wir eben ein Entgelt für unsere Leistungen verlangen sollten und welche rechtlichen Auswirkungen das auf unser Konzept und die Genossenschaft haben würde. Wir haben uns darüber auch mit anderen Organisationen ausgetauscht, wie sie sich entschieden haben und warum. Wir haben uns für ein einheitliches Entgelt von € 8.- pro Stunde für alle Dienste entschieden, weil wir nicht wollten, dass Hilfeempfänger sich als Almosenempfänger fühlen, und weil wir aus dem Entgelt den Hilfeleistenden eine Aufwandsentschädigung bezahlen können, mit der sie ihre Anfahrtskosten zu Hilfeinsätzen etc. decken können. Wir uns damals auch vom Sozialministerium, vor allem hinsichtlich der rechtlichen Konsequenzen, beraten lassen. Das Sozialministerium hat uns also nicht finanziell unterstützt aber beratend, und es hat uns auch sehr geholfen, dass das

Ministerium Werbung für Sozialgenossenschaften gemacht hat. Das hat es uns leichter gemacht, wenn wir auf Andere zugegangen sind, weil man vom Thema Genossenschaft oder Sozialgenossenschaft zumindest schon einmal gehört hatte. Und das Ministerium hat zweimal im Jahr einen Erfahrungsaustausch zwischen Sozialorganisationen organisiert, an dem auch wir teilgenommen haben und der uns sehr geholfen hat und zu vernetzen und sich auch einfach auszutauschen.

Hr. Kowalski Ah, ok. Also hat das Ministerium sie auch quasi durch Marketingmaßnahmen oder Werbung indirekt unterstützt. Sehr schön. Dann haben Sie da eigentlich auch schon alle meine Fragen beantwortet und ich kann eigentlich schon zu den Abschlussfragen kommen. Wie würden Sie das denn einschätzen, ist es möglich bzw. sinnvoll ihr Konzept national oder vielleicht erstmal landesweit auszuweiten? Sie hatten ja gesagt, dass zu Beginn einmal die Überlegung zu einer kreisweiten Organisation im Raum stand.

Hr. Abbé Landkreisweit könnte so eine Organisation auf jeden Fall aufgebaut werden. Es gibt ja viele kleine Dörfer die großen Hilfebedarf haben. Aber das Problem liegt eher darin, dass es genau in diesen einzelnen Dörfern nicht genügend Leute gibt, um eine derartige Organisation aufzubauen, und die Personen, die eine derartige Organisation führen könnten, fehlen natürlich auch in diesen kleineren Ortschaften. Deswegen denke ich, dass vor allem unser Model der Seniorenhilfe sehr lokal abhängig ist. Einerseits von dem ehrenamtlichen Engagement und andererseits auch vom Vertrauen in die Menschen, die man aus dem Ort schon kennt und von denen man gerne Hilfe annimmt. Und gleich zu Ihrer weiteren Frage, ich würde die Genossenschaft als Rechtsform zur heutigen Zeit nicht weiterempfehlen, zumindest nicht für ein Projekt wie das Unsere. Der Mehraufwand durch den Verband und die wirtschaftlichen Kontrollen ist sehr groß, obwohl er eigentlich für unsere Genossenschaft nicht wirklich nötig ist. Bei Organisationen mit Gütern oder Maschinen bzw. größeren Investitionen ist das sinnvoller, aber die Unterscheidung fehlt leider, alle Genossenschaften müssen denselben Aufwand betreiben. Wir hatten bis heute keinerlei Investitionen. Wir haben uns zwar einmal überlegt ein Spezialfahrzeug zu beschaffen, also einen kleinen Bus mit niedrigem Einstieg, der auch für Rollstuhlfahrer geeignet ist, aber das war bis jetzt nicht nötig. Bei anderen Genossenschaften kann die wirtschaftliche Prüfung durch den Verband und der ganze Bilanzaufwand sinnvoll und gerechtfertigt sein, für eine kleine Organisation wie wir mit sehr einfachem Geldverkehr ist sie leider Ballast, aber es gibt leider keine Ausnahmen. Auch wir müssen jedes Jahr unsere Geschäftsabschlüsse und Bilanzen im elektronischen Bundesanzeiger einstellen. Das ist ein erheblicher Aufwand für uns und meiner Meinung nach unnötig. In der Seniorenhilfe ist die Kontrolle durch den Prüfungsverband eigentlich generell nicht notwendig. Wenn man Leute im Aufsichtsrat hat, die sich mit Finanzen auskennen und dem Vorstand immer mal wieder auf die Finger schauen, ist das Prüfung genug und dafür benötigt man nicht einmal unbedingt Betriebswirte.

Hr. Kowalski Ok, das heißt, diese Kontrollfunktion, die für Sie zu Beginn auch ein Argument war, die Rechtsform der Genossenschaft zu wählen, ist jetzt im Grunde

eigentlich eher ein kostspieliger Mehraufwand für Sie, dadurch, dass Sie eigentlich keine Investitionen tätigen und generell nicht mit großen Summen hantieren.

Hr. Abbé Genau. Bei Baugenossenschaften und Ähnlichem, wo es sich um größere Geldmittel handelt und mit größeren Investitionen umgegangen werden muss, ist diese Kontrolle meiner Meinung nach besonders wichtig und notwendig, aber für uns ist es eher ein Mehraufwand.

Hr. Kowalski Verstehe. Ja, sehr interessantes Projekt auf jeden Fall und vielen Dank, dass Sie mir diese Einblicke gewehrt haben. Wir sind damit eigentlich auch schon am Ende des Interviews. Vielen Dank auf jeden Fall, dass Sie sich die Zeit genommen haben Herr Abbé. Ich schicke Ihnen auf jeden Fall das Transkript unseres Gespräches zur Durchsicht zu. Sie können dann gerne auch noch Sachen hinzufügen oder auch rausstreichen. Und natürlich, wenn es Sie interessiert, schicke ich Ihnen gerne auch meine fertige Masterarbeit zu.

Hr. Abbé Ja, sehr gerne. Das interessiert mich auf jeden Fall, was Sie dann schreiben.

Hr. Kowalski Wunderbar. Dann vielen Dank nochmal und ich wünsche Ihnen noch einen schönen Nachmittag.

Hr. Abbé Danke, das wünsche ich Ihnen auch und gutes Gelingen mit Ihrer Arbeit.

Hr. Kowalski Vielen Dank, auf wiederhörn Herr Abbé

Hr. Abbé Wiederhörn.

Experteninterview Transkript vom 02.06.2020

Gesprächspartner: Florian Täuber, M.A., Vorstand

Unternehmen: Spiegelfabrik Baugenossenschaft eG

Interviewleiter: Lukas Kowalski, B.A., Universität Wien, Matr.Nr.: 11713764

Hr. Kowalski Hallo Herr Täuber. Vielen Dank, dass Sie sich die Zeit genommen haben. Hatten Sie bereits Zeit, sich die Fragen vorab anzusehen?

Hr. Täuber Hallo Herr Kowalski. Ja, ich habe mir die Fragen vorher angeschaut.

Hr. Kowalski Wunderbar. Als Einstieg würde ich Sie bitten, die Zielsetzung und das Modell Ihrer Genossenschaft in Ihren eigenen Worten kurz darzustellen.

Hr. Täuber Die Genossenschaft gibt es jetzt seit über drei Jahren. Gegründet wurde die Genossenschaft als Teil eines Wohnprojektes in Fürth. Sie war als reine Wohnungsbaugenossenschaft angedacht, zu der sich damals vier befreundete Familien zusammenschließen wollten. Eine der Familien besaß ein Grundstück mit einer alten Fabrikanlage, welches neu genutzt werden sollte. Dafür gab es dann mehrere Überlegungen, wie zum Beispiel das Bauen einer Boulder Halle oder von Lofts. Man hat dann bei der Analyse festgestellt, dass Lofts auf diesem Grundstück nur für sehr reiche Bürger erschwinglich wären und im Grunde eine Platzverschwendung wären. Daraufhin ist dann die Idee gereift, dass man stattdessen Wohnung für Menschen mit Behinderung, für Geflüchtete oder für ältere Menschen errichten könnte. Nachdem nicht viele Personen oder Familien so viel Eigenkapital zur Verfügung haben, um sich eine Eigentumswohnung leisten zu können, kam die Idee auf, diesen Familien den Zugang über eine Wohnungsbaugenossenschaft zu ermöglichen. Dazu gab es dann mehrere Gespräche mit eingessenen Wohnungsbaugenossenschaften, welche sich schlussendlich nicht beteiligen wollten, da von den 58 Wohneinheiten im besagten Mehrfamilienhaus lediglich 17 Eigentum der Genossenschaft sind. Dies führt dazu, dass die Genossenschaft bei Investitionsfragen von den Eigentümern überstimmt werden kann und das war den meisten Wohnungsbaugenossenschaften zu unsicher. Deshalb wurde dann der Entschluss gefasst eine eigene Genossenschaft zu gründen. Und so wurde die Spiegelfabrik Baugenossenschaft gegründet.

Hr. Kowalski Verstehe. Das heißt, das Grundstück war bereits im Besitz und man überlegte, was man darauf bauen kann und hat sich dann am Ende quasi für die soziale Variante entschieden. Dabei haben Sie sich dann an Best-Practice Beispielen orientiert oder waren Sie mit den anderen Wohnungsbaugenossenschaften nur in Kontakt, weil Sie wollten, dass diese sich beteiligen?

- Hr. Täuber Naja, man wollte vor allem nicht selber gründen, da man sich schon informiert hatte und dann bei der Umsetzung auch feststellen musste, dass so eine Genossenschaftsgründung nicht sehr einfach ist. Man muss einerseits diverse gesetzliche Anforderungen erfüllen, andererseits muss man Wirtschaftspläne für zehn Jahre erstellen und sicherstellen wie das Wirtschaften nachhaltig und ohne Insolvenzgefahr funktionieren kann. Das ist ja auch der Grund, warum die Genossenschaft in Deutschland eine der sichersten Formen des Wirtschaftens ist, weil bereits bei der Gründung schon so hohe Anforderungen gestellt werden. Man muss auch dem Verband zuerst ein Konzept vorlegen. Dieser überprüft dann erstmal den vorgelegten Finanzplan und erst dann gab es unsere Gründungsversammlung und die Eintragung in das Genossenschaftsregister und dann war der Prozess erst abgeschlossen. Aber ursprünglich hatten wir eine sehr aussichtsreiche Kooperation mit einer Genossenschaft in Regensburg angedacht, die auch sozialen Wohnungsbau betreibt und sich an Sozialwohnungen beteiligt. Diese Zusammenarbeit wurde dann aber von der Vorsitzenden kurz vor Vertragsunterzeichnung abgesagt. Deshalb mussten wir Ende 2016 sehr schnell, innerhalb von vier Wochen, unsere eigene Genossenschaft als Teil des Quartiers- und Wohnprojektes, auf die Beine zu stellen. Zu diesem Zeitpunkt waren allerdings viele unserer heutigen Tätigkeiten noch überhaupt nicht in unserem Konzept verankert. Der Plan war lediglich Wohnraum zu schaffen, mit 17 Wohnungen, 8 davon vom Bayerischen Fördergesetz geförderte Sozialwohnungen, in denen auch nur Personen mit Wohnberechtigungsscheinen wohnen dürfen und Zuschüsse vom kommunalen Sozialamt bekommen und dadurch viel weniger Miete bezahlen als im Mietvertrag festgelegt ist.
- Hr. Kowalski Wie ist es denn zu dieser sozialen Orientierung gekommen? Waren Sie selbst vorher in einem sozialen Bereich tätig?
- Hr. Täuber Ich bin ausgebildeter Sozialpädagoge mit Masterabschluss in Erwachsenenbildung und hatte auch ein bisschen den Schwerpunkt Quartiersmanagement. Ich arbeite hauptberuflich in Teilzeit für einen großen Kinder- und Jugendverband in Nürnberg und bin dort auch mitverantwortlich für Jahresabschlüsse und Finanzen. Dementsprechend hat die Rolle des Vorstandes gepasst. Der damalige Kollege, der leider nicht mehr Teil des Projektes ist, war von Beruf Kaufmann und hatte zu Beginn alle kaufmännischen Aspekte, wie Jahresabschlüsse, Finanzfragen, Buchhaltung, Korrespondenz mit der Steuerberatung und externen Ansprechpartnern wie Finanzamt oder IHK, zu verantwortet. Mittlerweile ist das alles auf meine Kollegin und mich aufgeteilt.
- Hr. Kowalski Welche Rolle spielt denn die Lokalität bei Ihrem Projekt? Hat beispielsweise die Stadt Fürth Einfluss auf Ihre Genossenschaft?
- Hr. Täuber Die Stadt Fürth hat durchgehend eine sehr starke Rolle bei dem gesamten Projekt. Wir als Genossenschaft werden, sobald das Gebäude fertig ist, die Projektverwaltung machen, was nicht nur die Wohnungen, sondern auch Gemeinschaftsflächen und -räumlichkeiten miteinschließt. Wir haben von der Stadt Fürth ein Quartiersbüro im Erdgeschoss, welches klassische Quartiersarbeit im Rahmen der koordinierten Stadtteilnetzwerke macht.

Vereinfacht gibt es davon vier, Norden, Westen, Süden, Osten und wir haben quasi das Quartiersbüro Fürth Oststadt. Dafür haben wir einen extra Verein gegründet. Allgemein ist das Konstrukt ein wenig diffizil. Es gibt das Wohnprojekt in Form einer Eigentümergemeinschaft, diese ist im Moment aber noch eine Bau GbR und wir sind als Genossenschaft ein Gesellschafter dieser GbR mit einem Anteil von ca. 23%; entsprechend der Anzahl der Wohnungen die man am Gesamtprojekt besitzt. Bei den restlichen Wohnungen handelt es sich um Einzeleigentümer, mit der Ausnahme des ursprünglichen Besitzers des Grundstückes und des Gebäudes. Dieser wird eine Studenten-WG, eine persönliche Wohnung und eine Wohnung für seine Eltern besitzen. Alle anderen Eigentümer besitzen maximal eine Eigentumswohnung. Somit hat die Genossenschaft die meisten Anteile und stellt die Haus- und Projektverwaltung. Zusätzlich ist noch ein gemeinnütziger Verein gegründet worden, der der Trägerverein für das Quartiersbüro sein wird, was vor allem finanzielle Gründe hat, da es viele Fördermittel gibt die Gemeinnützigkeit voraussetzen und weil man auch beim Thema Spendenakquise breiter aufgestellt sein wollte. Nur als gemeinnütziger Verein kann man zum Beispiel auch steuerwirksame Spendenquittungen ausstellen. Das ist leider auch als Sozialgenossenschaft nicht möglich.

Den Status der Sozialgenossenschaft haben wir, weil wir als Teil des Quartiersprojektes schon immer den Anspruch hatten, dass wir das Quartier der Fürther Oststadt mit Angeboten und Möglichkeiten auch nach außen öffnen möchten. Wir haben dann Fördermittel erhalten, um ein sehr umfassendes Konzept für nachhaltiges, bürgerschaftliches Engagement hinsichtlich verschiedenster Zielgruppen, wie Alleinerziehende, ältere Menschen, Jugendliche, Familien mit Kindern, usw. zu erstellen. Für dieses 70-Seiten Konzept haben wir dann die Förderung für Sozialgenossenschaften bekommen. Teil davon war eine Quartiersuntersuchung in Zusammenarbeit mit der Technischen Hochschule Nürnberg Georg Simon Ohm und dem Modulschwerpunkt Community Organizing, also Quartiersarbeit. Studierende haben hierzu teilnehmende Beobachtungen an verschiedenen Plätzen des Quartiers gemacht, Qualitäten untersucht und die Bedürfnisse der anwesenden Personen herausgearbeitet. Die zweite Kooperation bei der Konzepterstellung war eine Stakeholder Analyse, bei der eine Kollegin mit 23 Stakeholdern Interviews geführt hat, um sinnvolle Angebote und Bereiche für das Quartier festzulegen.

Hr. Kowalski Sie haben also ein komplexeres Konstrukt aus GbR, Genossenschaft und gemeinnützigem Verein, vor allem um Förderungen möglich zu machen und haben für ihr Konzept auch die Förderung für Sozialgenossenschaften erhalten. Mit welchen Problemstellungen waren Sie damals noch konfrontiert und wie hat sich das zu heute verändert?

Hr. Täuber Wir sind nach dem HGB, aber auch nach dem Genossenschaftsgesetz eine Klein- bzw. Kleinstgenossenschaft, was von der Bilanzsumme abhängt. Wir werden allerdings jetzt jährlich geprüft, da unsere Bilanzsumme zwei Millionen Euro übersteigt. Ist die Bilanzsumme unter zwei Millionen Euro, findet die Prüfung lediglich zweijährig statt. Die Prüfung ist dabei sehr aufwendig. Wir

sind Mitglied beim PDK in Berlin und haben dort einen festen Ansprechpartner, der Wirtschaftsprüfer ist. Am Ende der Prüfung erhält man einen ca. 30-seitigen Prüfbericht, der vom Aufsichtsrat per Gesetz zur Kenntnis zu nehmen ist. In dem Bericht stehen Empfehlungen drinnen, für welche genossenschaftsinterne Beschlüsse gefasst werden müssen. Bei uns war das beispielsweise, dass die Bau GbR selbst keine Jahresabschlüsse erstellt hatte und es somit nicht klar ersichtlich war ob unsere Investitionen in die GbR tatsächlich auch für den Bau selbst verwendet werden. Generell sitzt man bei so einer Prüfung zwei Wochen, fünf Stunden am Tag, meist ehrenamtlich da, um die gesamten Dokumente zusammenzustellen und dem Prüfungsverband zur Verfügung zu stellen. Wir können uns mittlerweile darauf einstellen und werden immer effizienter, umso öfter wir die Prüfung machen, aber aufwendig bleibt es trotzdem. Eine zweite Problemstellung ist bei uns die Kooperation mit der Bank. Wir sind, wie wahrscheinlich jede Sozialgenossenschaft, darauf angewiesen, dass wir nicht 100% unseres Eigenkapitals selbst erbringen müssen. Wir haben von unseren Genossen und Genossinnen, die später in die Wohnungen einziehen, 30% Eigenkapital in Bezug auf den Gestehtungspreis der Wohnung gefordert. Das heißt, wenn die Wohnung 300.000€ kostet, dann müssen sie rund 100.000€ in die Genossenschaft als Pflichtanteile einlegen und der Rest von 200.000€ kommt als klassischer Kredit von der Bank. Seit den Basel Verordnungen, auf Grund der Finanzkrise, sind die Voraussetzungen als Kapitalgesellschaft liquide Mittel oder Kredite von einer Bank zu bekommen ziemlich drakonisch geworden, im Vergleich dazu, wenn man als Privatperson einen Kredit aufnehmen möchte. Das einzubringende Eigenkapital der Genossenschaft beträgt 38%, was auch aus Sicht unseres Wirtschaftsprüfers ungewöhnlich viel ist. Wir erhalten derzeit auch keine weiteren Kredite mehr, auch nicht, wenn die Baukosten steigen sollten. Das liegt vor allem daran, dass für die Wertschätzung der genossenschaftlichen Wohnungen ein völlig anderer Maßstab verwendet wird als für die Eigentumswohnungen der Privatpersonen. Sogar obwohl die Wohnungen im selben Gebäude sind und auch wenn eine private Eigentumswohnung nebenan ist, haben unsere Wohnungen einen rund ein Drittel geringeren Wert. Diesen Umstand haben wir auch schon bei vielen Kooperationspartnern aus der Politik angemerkt, wie der Stadt Fürth, dem Bundesforum für genossenschaftliches Wohnen, dem Bayerischen Sozialministerium, als auch dem Bundesministerium. Diese wissen um die Problematik, dass gerade Kleinstgenossenschaften regelmäßig Schwierigkeiten haben an Kredite zu kommen, obwohl Genossenschaften so eine wirtschaftlich sichere Organisationsform sind. Außerdem gibt es generell sehr wenige Banken die überhaupt Kreditverträge mit kleinen oder Kleinstgenossenschaften abschließen. Das sind im Grunde nur die Umweltbank und die GLS. Wir hatten das Glück, dass die Sparda-Bank Nürnberg sich bereit erklärt hat uns Kredite zu gewährleisten. Für die Sparda-Bank waren wir die erste Geschäftskundenbeziehung, weswegen auch sämtliche Kreditfragen bis in die Vorstandsebene müssen, um dort entschieden zu werden. Auch, weil das Gesamtbauprojekt bei ca. 22 Millionen Euro liegt. Die generelle Bereitschaft von Banken sich sonst mit dem Thema Genossenschaftsfinanzierung zu

beschäftigen ist in Bayern, als auch insgesamt in Deutschland, nicht sehr breit aufgestellt.

Hr. Kowalski Die Finanzierung stellt bei Ihnen also ein sehr zentrales und auch schwieriges Thema dar. Wie wirken sich denn die genossenschaftlichen Prinzipien auf Ihre Organisation aus? Welchen Einfluss haben das Demokratie- und das Förderprinzip?

Hr. Täuber Im täglichen Geschäft haben die Prinzipien, dadurch dass alles in diesen Wohnkomplexkontext eingebunden ist, keine besonderen Auswirkungen. Das Demokratieprinzip möchten wir allerdings schon sehr intensiv nutzen. Zum Beispiel soll es Kinderkonferenzen geben, bei denen sogar die Kinder ab sechs Jahren mitbestimmen bzw. mitgestalten können. Das ist in keiner Rechtsform außer dem Verein möglich und deswegen haben wir unter anderem auch unseren gemeinnützigen Verein gegründet. Die Demokratieprinzipien sind also elementar wichtig für uns und wir stimmen auch regelmäßig nach einem Konsensmodell ab, bei dem zwischen voller Zustimmung bis hin zum Veto verschiedene Kriterien gewählt werden können. Bei diesen Abstimmungen geht es dann mehr um die Wahrnehmung, ob Projekte subjektiv als existenzbedrohend eingestuft werden oder genau im Gegenteil, man sich total gerne dafür engagieren möchte. Das kann sehr anstrengend sein, weil doch sehr viele subjektive Meinungen aufeinandertreffen, vor allem wenn es um kostensteigernde Maßnahmen geht und einige dann am liebsten Konzept- und Projektgrundsätze von Bord schmeißen würden um Geld zu sparen. Solche Themen ziehen dann natürlich immer Diskussionen nach sich. Das verkompliziert sich bei uns auch noch dadurch, dass die Genossenschaft als Teil der GbR bei Diskussionen von unserem Vorstand vertreten wird, unsere Genossenschaftsmitglieder aber dennoch ihr Mitbestimmungsrecht haben möchten, welches sie aber gegenüber der GbR nicht direkt haben. Es gibt also sehr hitzige Diskussionen, die sehr langwierig werden können und dafür braucht es dann Geduld und die richtige Moderation. Das Förderprinzip ist in unserer Satzung ebenfalls sehr umfassend definiert. Dieses bezieht sich letztendlich auf die Schaffung von Wohnraum und die finanzielle Förderung der Mitglieder und ist sehr wichtig bei Baugenossenschaften, da es so viele Verträge mit externen Dienstleistern und Partnern gibt.

Hr. Kowalski Welche Gründe gab es denn noch, dass Sie sich für die Organisationsform der Genossenschaft entschieden haben? Kannten Sie sich persönlich schon vorher mit dem Genossenschaftswesen aus?

Hr. Täuber Ich persönlich wusste gar nichts über das Genossenschaftswesen. Im Grunde war es der Notwendigkeit geschuldet, dass Leute mitmachen können sollten, die nicht unbedingt einen Kredit von der Bank bekommen, weil sie zum Beispiel selbstständig tätig sind. Wir haben beispielsweise zwei Genossinnen, die rein auf Basis ihrer Einkommen jederzeit einen Kredit bekommen würden und entsprechend auch hohe Einlagen bei uns getätigt haben, die aber von Banken auf Grund ihrer Selbstständigkeit kein Geld erhalten. Diese Genossinnen haben dann auch noch freiwillige Einlagen bei uns getätigt, wodurch sich anteilmäßig ihr Nutzungsendgeld reduziert. Bei den freiwilligen Anteilen handelt es sich

auch um einen Grundpfeiler unserer Finanzierung, da jede Einlage, die über die Pflichteinlage hinausgeht, den Betrag senkt, den wir uns zusätzlich von einer Bank als Kredit holen müssen. Unsere Finanzierung setzt sich also zusammen aus den Pflichtanteilen der Genossen und Genossinnen, den Fördermitteln für zum Beispiel die Konzepterstellung als Sozialgenossenschaft oder der Förderung für selbstbestimmtes Leben im Alter und den Fördermitgliedern, die von unseren ca. 2,4 Millionen gesammelten Euro ca. 400.000€ eingelegt haben. Sobald wir Erlöse erwirtschaften, erhalten diese auf ihre Einlage dann eine Dividende von mindestens 0,5%, in unserem Fall rechnen wir sogar eher mit 1-1,5%. Dies macht uns als Genossenschaft, bei der aktuellen Zinspolitik natürlich attraktiv für Geldeinlagen.

Hr. Kowalski Auf die Förderung des Sozialministeriums würde ich gerne später auch nochmal eingehen. Vorher würde mich noch interessieren, ob Sie auch vom Genossenschaftsverband oder anderen Stellen unternehmerische Beratung zu Ihrer Gründung erhalten haben.

Hr. Täuber Wir haben viel Unterstützung vom Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften (ZDK) erhalten, dem Dachverband des PDK Berlin, dem wir angehören. Dieser hat auch schon vor Corona viele Webinare zu Themen wie Aufgaben des Vorstandes, Aufgaben des Aufsichtsrates, Notwendigkeiten im Jahresabschluss, usw. zur Verfügung gestellt. Diese haben uns in der Gründungszeit vor allem bei den Finanzfragen sehr weitergeholfen. Zusätzlich hat unser Wohnprojekt einen Projektberater, der bis vor kurzem auch Teil des Vorstandes einer Wohnungsbaugenossenschaft war. Dieser hat neben der Projektberatung und -steuerung, insbesondere das Wissen über das ganze Antragsverfahren für Sozialwohnungen mitgebracht. Ohne diese Kompetenz hätten wir das ganze Projekt bestimmt nicht so gut hinbekommen. Unter Anderem hat unser Projektberater die gesamten Anfangsgespräche mit der Bezirksregierung in Ansbach zum Thema Sozialwohnungen übernommen. Dadurch haben wir auch die Kreditmittel von der Landesbodenkreditanstalt für unsere Sozialwohnungen bekommen. Das sind objektabhängige und belegungsabhängige Darlehen, die natürlich supergünstige Konditionen haben, mit einer Laufzeit von 80 Jahren und einer sehr geringen Tilgung. Dieses Modell ist für eine Genossenschaft, die als Ziel nicht die Schuldenfreiheit hat, optimal.

Hr. Kowalski Öffentliche Förderung spielt also bei Ihnen auch eine sehr große und wichtige Rolle. War es denn einfach für Sie an diese verschiedenen Fördermittel zu kommen? Wie gestaltete sich dabei die Kommunikation und die Bürokratie?

Hr. Täuber Ich würde sagen, dass die Einstellung der beteiligten Ministerien und Referate, die sich um das Thema Sozialgenossenschaften kümmern, sehr positiv und hilfsbereit ist. Die MitarbeiterInnen waren immer sehr bemüht und haben uns sehr gut zu Voraussetzungen und möglichen Schwierigkeiten bei der Antragsstellung beraten. Diese würden sicher gerne auch weitere Gründungen von Sozialgenossenschaften fördern, aber dazu braucht es auch die Menschen, die so eine Verantwortung übernehmen. Unabhängig ob man einen Dorfladen, eine Wohnbaugenossenschaft oder eine Sozialgenossenschaft mit Schwerpunkt auf der Integration von Menschen mit Behinderung gründet, braucht man immer

Leute, die das ehrenamtlich bzw. unentgeltlich auf sich nehmen und so viel Durchhaltevermögen haben. Wenn ich den Aufwand gekannt hätte und auf die letzten drei Jahre zurückblicke, kann ich nicht sagen, ob ich das nochmal machen würde.

Hr. Kowalski Es kommt also auf die Einzelperson bzw. das Gründerteam an, das die Arbeit auf sich nimmt und vor allem Durchhaltevermögen hat. Dann können, wie Sie auch schon gesagt haben, durch Sozialgenossenschaften sehr verschiedene Felder bearbeitet werden, zum Beispiel durch Seniorengenossenschaften, Familiengenossenschaften, Dorfläden, etc. Ist es nach Ihrer subjektiven Einschätzung nach möglich, solche Konzepte auch auf nationaler Ebene durchzuführen?

Hr. Täuber Ich glaube, dass da schon viel möglich ist, muss aber dazu sagen, dass so eine Genossenschaft immer aus einem lokalen Mangel heraus erwächst, gegen welchen politisch oder rechtlich nicht genug unternommen wird. Gäbe es zum Beispiel genug sozialen Wohnraum in Nürnberg, bzw. bei uns in Fürth, dann würde sich die Frage der Beteiligung an einer Genossenschaft wie der unseren für die meisten gar nicht stellen. Gäbe es eine qualitative Nahversorgung in dörflichen Strukturen auf dem Land, gäbe es auch nicht das Bedürfnis eines Dorfladens. Das heißt, diese Sozialgenossenschaften entstehen da, wo der Staat in seiner Verantwortung quasi versagt. Deswegen sollte man, bevor man versucht die Sozialgenossenschaften größer zu machen und auszubauen um Mängel zu beheben, den Ansatz verfolgen, dass diese Mängel seitens des Gesetzgebers beseitigt werden. Wenn dies weiterhin nicht geschieht, sind diese Sozialgenossenschafts-Konstrukte auf einer größeren Ebene vielleicht die notwendige Lösung. Aber das ist letztendlich dann die Kapitulation vor Problemstellungen, wie Pflege, Seniorenbetreuung oder Angeboten für diese Zielgruppe oder Integration von Menschen mit Behinderung, was eigentlich in die Verantwortung des Staates fällt. Wenn allerdings der Staat die Sozialgenossenschaften als Methode benutzt, um ehrenamtliches Engagement zu fördern, bzw. seine Gelder nicht selbst in die Sozialarbeit steckt, sondern damit Sozialgenossenschaften unterstützt, wäre das eine Methode um die vorhandenen Gelder effizienter für soziale Themen zu nutzen.

Hr. Kowalski Sehen Sie denn in der Bayerischen Zukunftsinitiative Sozialgenossenschaft diese Tendenz?

Hr. Täuber Ökonomisch kann ich das nicht beziffern, was es den Freistaat kosten würde, ein Projekt wie unseres selbst durchzuführen, aber ich denke es wäre ungleich teurer. Allein wegen der ehrenamtlichen Engagierten, die der Staat entsprechend durch bezahlte Beamte ersetzen müsste. Eine Förderung ins Leben zu rufen, um zu sehen, ob es Leute gibt, die so ein Konzept umsetzen ist also auch eine Möglichkeit für den Staat Geld zu sparen. Natürlich freut man sich darüber, wenn es solche Fördermittel gibt, aber es stellt sich die Frage was zuerst da war. Ich sehe es also eher als eine Frage der politischen Priorität und der Wirtschaftlichkeit.

Hr. Kowalski Vielen Dank für das ausführliche Gespräch und die interessanten Einblicke. Ich sende Ihnen das Transkript zur Durchsicht zu und auch gerne meine Masterarbeit, sobald diese fertig ist.

Hr. Täuber Wunderbar, vielen Dank.

Experteninterview Transkript vom 16.06.2020

Gesprächspartner: Anette Fischer, Vorstand
Unternehmen: W.I.R. Wohnen inklusiv Regensburg eG
Interviewleiter: Lukas Kowalski, B.A., Universität Wien, Matr.Nr.: 11713764

Hr. Kowalski Hallo Frau Fischer. Vielen Dank, dass Sie sich die Zeit genommen haben. Ich würde Sie bitten zu Beginn kurz die Zielsetzung und die Hintergründe Ihrer Sozialgenossenschaft in Ihren eigenen Worten darzustellen.

Fr. Fischer Sehr gerne. Im Grunde hatten wir hier in Regensburg die Situation, dass es integriertes Wohnen so wie wir es jetzt anbieten können, nicht gab. Ambulante, betreute Wohnformen für geistig behinderte Menschen, die nur wenig Unterstützung brauchen gibt es in der Stadt, aber für Menschen die eigentlich immer Hilfe brauchen gab es nur Heime. Das heißt, dafür gab es einen großen Bedarf hier in Regensburg. Das Ganze ist aus einer Gruppe von Eltern entstanden, die eine Wohnmöglichkeit für Ihre Kinder im Erwachsenenalter gesucht haben. Wir Eltern kannten uns von den Schulen und von Freizeitveranstaltungen unserer Kinder oder von Sportveranstaltungen. Die Kinder hatten selber einen Behindertenplatz in einer normalen Schule und wurden extra von einem Förderschullehrer betreut. Inklusion gab es also schon, aber der Bedarf für diese Kinder auch eine Wohnmöglichkeit zu finden bestand weiterhin. Der Wunsch der Eltern war es aber nicht ein gemeinsames Wohnprojekt zu schaffen, wo nur die Kinder leben sollten, sondern es sollte unbedingt eine gemischte Wohnanlage geschaffen werden. Ich selbst habe einen Sohn mit einer sehr schweren Behinderung, dem Angelman-Syndrom, welches sehr selten ist. Dafür gibt es in Deutschland einen eigenen Verein, der einmal im Jahr ein Jahrestreffen macht und dort habe ich Herrn Urs Bürkle kennengelernt, der so ein Modell in Freiburg als Teil der OEKOGENO bereits umgesetzt hatte. Damit hatten wir jemanden, der uns eine Rechtsform und etwas Machbares für unseren Traum gegeben hat. Wir haben uns das Projekt auch vor Ort in Freiburg angeschaut und Herr Bürkle war in der Anfangsphase dann auch unser Berater. Wir haben ihn auch über den Architekturkreis Regensburg für einen großen Vortrag engagiert und dabei kamen mehr Interessenten aus dem Behindertenbereich zusammen. Das war im November 2012 für uns der Startschuss ein ähnliches Modell wie die VAUBANaise in Freiburg zu schaffen. Diese Elterngruppe, die sich schon kannte, hat damit eine Idee bekommen, wie man das Projekt umsetzen könnte. Zu Beginn haben wir dann mit regelmäßigen Treffen und Stammtischen weitergemacht, welche immer größer wurden.

Alles was wir geschaffen haben beruht auf ehrenamtlicher Arbeit, was so wahrscheinlich nicht nochmal umsetzbar ist. Mein Mann hatte als Architekt das

nötige technische Wissen um Beurteilungen abzugeben und mein Mitvorstand, der Herr Purschke, ist Diplom-Ökonom und leitet den Einkauf bei Siemens Healthcare und hat damit ein enormes wirtschaftliches Wissen. Er hat unter anderem auch den Business Plan entworfen. Wir sind also rein ehrenamtlich, hatten aber von Anfang an einen vereidigten Bausachverständiger und einen Diplom-Ökonom, der sich bis heute um alle finanziellen Sachen kümmert und beispielsweise Bankenverhandlungen auf höchst professionellem Niveau machte. Ohne so etwas kann man so ein Projekt eigentlich nicht umsetzen. Ich selbst bin Juristin und Frau Purschke hat sich um die Homepage und die Öffentlichkeitsarbeit gekümmert und so hatten wir auch ehrenamtlich alles was wir gebraucht haben.

Ich selbst und auch die Familie Purschke, wohnt in Wohnungen der Genossenschaft. Von den 16 geistig behinderten Menschen die hier wohnen, wohnen drei Eltern drinnen. Über die Zusammensetzung hatten wir von Anfang an eine klare Vorstellung; heißt wie viele junge, wie viele alte, wie viele Familien, wie viele Singles hier wohnen sollen und wir haben auch wirklich so eine heterogene Hausgemeinschaft zusammenbekommen. Dann ging es natürlich darum, wie man so etwas in Regensburg realisieren kann. Dafür waren mein Mann und ich bei allen möglichen Stellen. Für ein mögliches Grundstück waren wir zuerst bei der Baureferentin. Diese hat uns dann zum Liegenschaftsamt weitergeschickt. Dort waren wir dann beim Amt für Wirtschaftsförderung. Wir sitzen jetzt hier auf einer Kaserne, einer Konversionsfläche und dafür gab es einen zuständigen Projektleiter. Mit diesem fanden unsere ersten Gespräche statt. Es handelt sich um ein sehr schönes Grundstück, auf dem wir sowieso sozialen Wohnungsbau verwirklichen müssten, wenn wir es haben wollten, was uns natürlich sehr Recht war. Es ist zwar nicht einfach alle Richtlinien einzuhalten, aber dafür haben wir zum Beispiel überhaupt keine Probleme wegen der Miethöhe. Die Miete ist so niedrig, dass die Bewohner hier quasi auf ewig wohnen können. Wir sind dann zur Regierung gegangen um zu erfahren, wie man sozialen Wohnungsbau verwirklichen kann und haben uns bei der Heimaufsicht erkundigt ob wir irgendwelche Richtlinien befolgen müssen. Wir haben beim Grundsicherungsamt erfragt wie viel eine Wohnung kosten darf und wie viele Quadratmeter eine Wohnung haben darf. Es ging also am Anfang darum sehr viele Kontakte aufzubauen und zu bekommen. Die Raiffeisenbank Oberpfalz Süd ist unsere Hausbank geworden und dann ging es darum den Zuschlag für das Grundstück zu bekommen. Über das Grundstück entscheidet der Stadtrat mit Beschlussvorlage durch die Verwaltung. Das Grundstück war dadurch viel günstiger als auf dem freien Markt. Dafür haben wir alle Fraktionen angeschrieben, die damals im Stadtrat vertreten waren und wurden auch zu allen Fraktionssitzungen eingeladen und konnten so jedem Stadtrat unser Projekt vorstellen. Es gab auch noch eine andere Genossenschaft, die an dem Grundstück interessiert war, aber da alle Stadträte unser Projekt kannten, haben wir schließlich die Berechtigung erhalten, das Grundstück zu kaufen.

In der Zeitung hatte ich dann gelesen, dass es eine Förderung des Bayerischen Sozialministeriums für Sozialgenossenschaften gibt. Es stand sogar die

verantwortliche Sachbearbeiterin mit Telefonnummer in der Zeitung. Nach Kontaktaufnahme wurden wir dann zu einem Termin eingeladen. Wir waren wahrscheinlich eine der ersten Sozialgenossenschaften dort, haben uns dann vorgestellt und einen Antrag auf Förderung gestellt. Nach Prüfung unseres Antrages haben wir dann 30.000€ Förderung bekommen. Diese Summe hat uns sehr genutzt, weil wir wussten, dass wir eine ganze Menge Geld für das Projekt sammeln müssen und dafür braucht es vor allem auch Professionalität. Deshalb haben wir von dem Geld bestimmt die Hälfte für eine Werbeagentur verwendet, die uns das Logo, die Homepage und eine tolle Broschüre gemacht hat. Inhaltlich haben wir natürlich alles selbst erarbeitet. Der Business Plan kam von Herrn Purschke, Ideen wie Menschen wohnen können haben wir mit Hilfe von Herrn Bürkle formuliert und insgesamt hatten wir dann schon einen recht professionellen Auftritt. Mittlerweile ist unsere Homepage leider ein bisschen veraltet, aber damals konnte man dann zum Beispiel auch jede Wohnung mit der Architektur, den Grundrissen und den Kosten sehen, so dass sich wirklich viele Leute dazu informieren konnten. Den Rest des Geldes haben wir für einen Vorentwurf eines Architekten verwendet. Wir hatten somit also in der Gründung die Möglichkeit für die Werbeagentur, den Steuerberater und für den Architekten-Vorentwurf.

Hr. Kowalski Im Grunde haben Sie also sehr viele wichtige Kompetenzen durch entsprechende Persönlichkeiten zusammengeschlossen und sind damit einigen Problemstellungen aus dem Weg gegangen. Sie mussten sehr viele verschiedene Stellen für Informationen anlaufen, aber hatten das grundsätzliche Know-how bereits. Welche Problemstellungen gibt es denn heute für Ihr Projekt?

Fr. Fischer Das Projekt läuft einwandfrei. Die Miete ist sowas von sicher. Jährlich geht eine Miete von 300.000€ ein, die wir für Zinsen und Tilgung nutzen und zusätzlich haben wir auch noch Rücklagen im Wert von 300.000€ gebildet. Uns kann also überhaupt nichts passieren. Wir haben sogar eine Extratilgung gemacht. Da gibt es also momentan überhaupt keine Probleme.

Wir sind voll belegt. Damals war das natürlich spannend, weil wir das Grundstück kaufen mussten und kein Geld hatten. Wir mussten dann genau berechnen, wie viel jeder der hier eine Wohnung beziehen möchte anteilig einstellen muss. Wir hatten hier ein zehn Millionen Projekt und 28% Eigenkapital. Am Anfang dachten wir noch, dass wir Fördergenossen haben, die dann Zinsen bekommen, das gab es dann aber nur minimal bei uns. Das Eigenkapital bringen also alle hier wohnenden Genossen und Genossinnen mit und ein paar Extragenossen. Diese mussten natürlich gefunden werden. Das ging aber nur sobald das Projekt konkreter wird, weil die Leute nur ihr Geld einstellen, wenn sie beispielsweise sagen können, ich möchte die Wohnung im Erdgeschoss mit einem Gartenanteil und möchte dann noch zwei Mauern verändern. Ich habe zu dem Zeitpunkt nicht gearbeitet, wegen unserem behinderten Sohn und habe mich dann um die Belegung gekümmert. Dazu haben wir hier ein Ladenlokal gemietet und ich habe mich dann über zwei Jahre immer wieder mit Leuten getroffen, denen alles erklärt, hier alles gezeigt, die nächsten Termine vereinbart usw.

Um unsere heutige Heterogenität zu erreichen und da wir auch junge Leute haben wollten und nicht nur ältere Menschen, die auch was Barrierefreies haben wollen, haben wir uns bei unseren Genossenschaftsanteilen die zu zahlen sind, während man hier wohnt, etwas Besonderes überlegt. Wir haben 40% sozialen Wohnungsbau im ganzen Haus und 60% frei finanziert. Im dritten Stock, in unseren sog. Penthouse-Wohnungen, sollten die Wohnungen 1.200€ pro Quadratmeter kosten, der soziale Wohnungsbau kostete 700€ pro Quadratmeter und im normalen freifinanzierten Bereich 900€ pro Quadratmeter. Dadurch, dass der dritte Stock teurer war, konnten wir einen Fördertopf für Familien einrichten, bei dem für jedes Kind unter 12 Jahren nochmal 100€ erlassen wurden.

Die Gesetzesreform zu den Sozialgenossenschaften haben wir gar nicht gebraucht, da wir ja eigentlich eine Baugenossenschaft sind. Aber durch so viele soziale Aspekte in unserem Projekt haben wir dann auch diese Förderung erhalten. Wir haben viele Gemeinschaftsräume und das gemeinsame Leben spielt natürlich eine große Rolle.

Hr. Kowalski Die Rechtgrundlage war also unwichtig, aber die Organisationsform haben Sie quasi gewählt, weil Sie das Projekt in Freiburg gesehen haben und eine ähnliche Idee hatten. Gab es noch andere Gründe für die Wahl der Organisationsform?

Fr. Fischer Wir haben am Anfang noch gar nicht von einer Genossenschaft gesprochen und hatten generell noch gar nicht an eine Rechtsform gedacht. Bevor wir Herrn Bürkle kennengelernt haben, haben wir eigentlich nur über inklusives Wohnen für Menschen mit Rundumbedarf phantasiert. Das war sicher die erste Einführung über die Rechtsform der Genossenschaft.

Hr. Kowalski Haben Sie die Genossenschaft dann gewählt, weil es am besten mit Ihrer Idee vereinbar war?

Fr. Fischer Ja. Selbst wenn das mit einer Eigentümerwohnanlage auch gehen würde, ist die Genossenschaft für uns die viel bessere Rechtsform. Unsere Kinder sind selbst Genossen. Die dürfen kein eigenes Geld haben, da sie vom Staat versorgt werden. Die bekommen ja Sozialhilfe. Deshalb mussten wir ihnen 35.000€ leihen. Wir haben an den Bezirk, als Kostenträger für Eingliederungshilfe, einen Brief geschrieben und hatten dann schriftlich, dass das schon Vermögen ist, in der Zeit in der unsere Kinder hier wohnen. Wir haben dann den Darlehensvertrag unter die Bedingung gestellt, dass das Darlehen nur für das Wohnen im W.I.R. Projekt vergeben wird und haben dann auch noch eine Abtretung gemacht. Jedenfalls war das eine wichtige Frage, wie wir es hinbekommen, dass unsere Kinder selbst Genossen sind. Wären nur die Eltern genossen gewesen und hätten untervermietet, wäre das ohnehin steuerschädlich gewesen. Das war anstrengend und kompliziert, aber damit sind unsere Kinder nun selbst Genossen, haben ein lebenslanges Wohnrecht und dürfen in der Generalversammlung durch ihre Betreuer mitbestimmen. Und Herr Bürkle war da sehr hilfreich, weil für ihn die Genossenschaften so wichtig waren, dass er die gesamte Elterngruppe überzeugt hat. Nur zwei sind abgesprungen, da ihre Kinder noch zu klein waren und sie eigentlich eine Geldanlage in so einem inklusivem Wohnprojekt wollten. Das hätten auch einige gut gefunden, dass

man sein Geld investiert, einen Zins erhält und später die Möglichkeit hat, dass das Kind einziehen kann. Unsere Idee war aber, dass diejenigen die hier einziehen auch gleichberechtigte Mitglieder in unserer Wohnanlage sind.

Hr. Kowalski Das bezieht sich ja auch auf das Demokratieprinzip. Wie wirkt sich denn dieses Mitspracherecht, auch auf Ihren Generalversammlungen, aus?

Fr. Fischer Das ein Drittel der Generalversammlung die Eltern der behinderten Kinder sind und ihre Stimme heben, wenn es um eine wichtige Entscheidung geht. Es ist also schon so, dass die Eltern, die sich hier mitengagiert haben auch ihre Ideen mitbringen. Wirtschaftliche Entscheidungen sind jetzt in der Generalversammlung nicht so wichtig, tilgen wir oder nicht, Gewinnverwendung, etc. Wichtig ist, dass unsere Kinder dabei sind, in der Generalversammlung dabei sind und übers Jahr auch viel da sind. Bei uns ist es natürlich so, dass wir auch bei vielen anderen Treffen Themen der Genossenschaft besprechen. Das kann auch ein Fest im Hof sein.

Hr. Kowalski Auf einen anderen Aspekt möchte ich noch eingehen. Die Lokalität entstand bei Ihnen ja daraus, dass sich die Familien, die sich lokal kannten, zusammengetan haben. Spielt die Lokalität bei Ihnen sonst eine Rolle oder würden Sie sagen, dass man Ihr Konzept eigentlich in jeder Stadt umsetzen könnte?

Fr. Fischer Das ist überhaupt nicht an die Region gebunden. Für uns war es ganz wichtig, dass das Projekt in einer Stadt verwirklicht wird. Das hat mit der Betreuung der Kinder zu tun, damit die teilhaben können. Das muss neben einer Bushaltestelle sein. Der Bus muss einen guten Rhythmus haben. Die müssen leicht ins Kino oder in die Stadt kommen. Solche Sachen haben für uns eine ganz große Rolle gespielt. Wir hätten auch nie Familien gefunden, wenn wir hier 10km auf dem Land draußen wären. Das Konzept ist nur in ein gutes Quartier eingebettet vorstellbar, weil dieses Teilhaben so wichtig ist. Aber ob das in Regensburg ist oder in München oder irgendwo ist, ist egal. Der Bedarf muss da sein. Uns haben ja die Jahre über auch unendlich viele angerufen. Eltern die auch so etwas machen möchten, aber alleine so etwas nicht umsetzen können. Sonst ist das in ganz Deutschland möglich.

Wir hatten das Freiburger Vorbild und für unser Konzept „Wie organisieren wir ein selbstbestimmtes Leben unserer Kinder“ waren wir auch Leuchtturmprojekt und haben ein persönliches Budget beantragt. Das heißt, unsere Kinder werden vom Staat versorgt, aber normalerweise wird das Geld an die Einrichtung gezahlt und dadurch werden die Kinder dann versorgt. Man kann aber auch ein persönliches Budget beantragen. Da kriegt man dann das Geld und kauft sich seine Leistungen ein. So läuft es bei uns und da sind die Bezirke zuständig. Das ist also Ländersache, aber die Wohnform ist überall umsetzbar.

Es ist nur total unwahrscheinlich, dass sich nochmal so eine Gruppe findet wie bei uns, die ohne Aufwandsentschädigung das über Jahre aufzieht. Was ich mir aber vorstellen kann, ist, dass eine Gruppe eine Idee entwickelt und dann gemeinsam mit einer der vielen jungen Genossenschaften in Deutschland zusammenarbeitet und eine soziale Idee weiterentwickelt. Bei den Grundstücksausschreibungen geht es ja meistens um eine Konzeptvorstellung

und hier könnte man dann deutschlandweit so ein Konzept einbringen. Ganz selber so eine Genossenschaft gründen kann ich mir nicht vorstellen.

Auch Herr Bürkle wollte an ganz vielen Stellen so eine Genossenschaft gründen, aber da ist auch nicht mehr entstanden. Es ist einfach so ein großer Aufwand, dass die Leute gar nicht so weit kommen, dass sie vor einer Kaufentscheidung eines Grundstückes stehen. Dafür war das Bayerische Staatsministerium für uns damals auch ein gewisser Rückhalt. Nicht nur finanziell, sondern wir hatten auch Probleme, z.B. mit der Landeskreditanstalt, weil wir ja keine Sicherheiten hatten. Da haben dann auch noch Gespräche zwischen dem Finanz- und dem Sozialministerium stattgefunden und das Sozialministerium wollte wirklich, dass das Projekt klappt. Da gab es also schon noch Probleme zu lösen und man hatte schon das Gefühl, dass wenn es Probleme gab, man beim Sozialministerium anrufen konnte und man Unterstützung und Informationen bekommen hat.

Hr. Kowalski Das Sozialministerium also als guter Rückhalt und Informationsstelle, nachdem Sie die Förderung eigentlich aus Zufall in der Zeitung entdeckt hatten.

Fr. Fischer Genau. Ich habe aber auch gehört, dass Leute von der Förderung hören und dann erst über Ideen nachdenken, um an das Geld zu kommen und andersherum ist es auf jeden Fall sinnvoller. Wir haben uns dann auch ein bisschen revanchiert, indem wir zusammen mit dem Sozialministerium zwei Werbefilme gemacht haben.

Hr. Kowalski Die habe ich gesehen. Diese sind auf jeden Fall sehr gut geworden. In diesem Sinne darf ich mich nochmals für Ihre Zeit bedanken. Ich sende Ihnen das Transkript zur Durchsicht zu und dann auch gerne meine Masterarbeit, sobald sie fertig ist.

Fr. Fischer Sehr gerne.

Experteninterview Transkript vom 24.07.2020

Gesprächspartner: Herr Prof. Dr. Egon Endres, i.d.R. als Leiter des Expertenrates für Sozialgenossenschaften

Interviewleiter: Lukas Kowalski, B.A., Universität Wien, Matr.Nr.: 11713764

Hr. Kowalski Ich würde Sie bitten als Einstieg auf das Aufgabenfeld des Expertenrates für Sozialgenossenschaften im Allgemeinen einzugehen. In welcher Form Sie das Bayerische Staatsministerium beraten haben und welche Ziele das Staatsministerium damit verfolgt hat bzw. immer noch verfolgt.

Hr. Prof. Dr. Endres Der Expertenrat und die Bayerische Zukunftsinitiative Sozialgenossenschaften wurden im Jahr 2012 auf Initiative der damaligen Sozialministerin Christine Haderthauer ins Leben gerufen. Von Anfang an waren der Expertenrat und die Zukunftsinitiative gekoppelt und damit das Fundament dieser Zukunftsinitiative. Wesentlich für die Gründung der Zukunftsinitiative war es, die Wohlfahrtslandschaft in Bayern mit neuen Innovationen zu versehen. Durch die Novellierung des Genossenschaftsrechtes in Deutschland 2006 gab es diese Möglichkeit für die Bildung von sozialen Zwecken bei Genossenschaften und das schien der damaligen Sozialministerin, die auch sehr stark inspiriert wurde durch ihren Büroleiter, eine Chance für Sozialinnovationen. Genau aus der Erfahrung heraus, dass der Wohlfahrtsbereich bei aller Leistungskraft und Wertschätzung die er erfährt doch seine Grenzen hat und dass die Sozialgenossenschaften neue, innovative Antworten geben zur Weiterentwicklung des Wohlfahrtsbereiches und zu dessen Ergänzung. Auch aus der Erfahrung heraus, dass es nicht nur in prosperierenden Regionen wie München und Bayern insgesamt sehr viele Menschen gibt, die sich bürgerschaftlich engagieren, die vermögend sind oder gut mit Sozialkapital ausgestattet sind und sich nicht, wenn sie in eigene soziale Problemlagen kommen oder sich in sozialen Quartieren engagieren oder dort auch leben wollen, versorgen lassen möchten. Die Versorgungsperspektive des Wohlfahrtsstaats sollte also mit Selbstorganisation und Innovation angereichert werden.

Vor dem Hintergrund war es ganz konstitutiv mit diesem Expertenrat auch Stakeholder von Genossenschaftsverband bis Wohlfahrtsverband, von Städtetag bis Gemeindetag und bis hin zu Kirchen und anderen Playern wie Kommunen, mit einzubeziehen. Das heißt, der Expertenrat ist ein Beratungskremium, dass dieses Programm und dessen

Ausrichtung inhaltlich mit unterstützt und zu bestimmten Schwerpunkten wie z.B. Palliativversorgung oder Quartiersentwicklung oder Inklusion, Anregungen gibt. In der ersten Phase hat sich der Expertenrat vor allem auf die Herausgabe eines Handlungsleitfadens konzentriert und das ist auch in einer sensationell schnellen Zeit gelungen und die Abrufe der Druckausgabe, wie auch der Internetvariante sind bundesweit erheblich und ich habe selten einen Expertenrat geleitet, der deutschlandweit so viel Resonanz erfährt wie dieser Expertenrat Sozialgenossenschaften.

Hr. Kowalski Sie haben sich also mit dem Expertenrat nicht auf Bayern beschränkt? Die Initiative kam zwar aus Bayern, aber der Expertenrat wurde bundesweit genutzt?

Hr. Prof. Dr. Endres Genau. Was es aber bayernweit gibt, ist die Start-Begleitungshilfe vom Bayerischen Sozialministerium. Aber wir haben Vorträge bei der ConSozial gehalten mit bundesweiter Ausstrahlung und auch Ausstrahlung auf die deutschsprachigen Nachbarländer Österreich und Schweiz und sehr viel Resonanz erfahren von den Verbänden bis zu Hochschulen. Wir haben auch einmal angeregt eine Tagung zu den Sozialgenossenschaften beim Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge in Berlin, unter Einbezug der relevanten vier Bundesministerien, zu halten.

Hr. Kowalski Wie war dabei die Resonanz von politischer Seite? Eine derartige Anschubfinanzierung, wie der Bayerische Staat sie anbietet, gibt es ja ansonsten nicht in Deutschland.

Hr. Prof. Dr. Endres Mir ist es nicht bekannt. Ich habe aber den Eindruck, dass sich diese Sozialgenossenschaften, ob sie nun über Länderprogramme gezielt gefördert werden oder nicht, immer mehr ausbreiten. Es hat jetzt zuletzt durch das starke Wirtschaftswachstum und die sehr starken Steuereinnahmen der letzten Jahre wieder ein bisschen an Zugkraft verloren, aber ich bin mir sicher, dass auch im Rahmen der Corona-Krise wieder stärker all die in den Mittelpunkt rücken, die selbstorganisiert etwas auf die Beine stellen wollen. Dabei ist von Anfang an wichtig gewesen – ich sagte eben ein Vortrag bei der ConSozial -, dieser Zusammenhang mit dem Wohlfahrtsbereich. Bei einem dieser Vorträge mit großer Resonanz gab es sehr viele kritische Fragen von Wohlfahrtsverbänden und da war es brilliant, dass wir diesen Vortrag gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Verbandes AWO, Thomas Beyer, der auch zugleich stellvertretender Bundesvorsitzender ist, gehalten haben und damit den Kritikern den Wind aus den Segeln nehmen konnten, weil es doch aus dem Wohlfahrtsbereich manche Ängste gibt, die zum Teil auch von den Gewerkschaften, wo ich auch bei den Vorsitzen der Bayerischen Gewerkschaften eingeladen war, geteilt werden, mit der Maßgabe, dass Sozialgenossenschaften auch missbraucht werden könnten um den Wohlfahrtsbereich und den Sozialstaat auszuhebeln. Das ist aber

explizit nicht unser Verständnis, sondern uns geht es um Ergänzung und Bereicherung.

Hr. Kowalski Haben Sie als Expertenrat auch direkt Sozialgenossenschaften beraten, bzw. Gründer beraten oder Konzeptberatung gemacht oder ging es nur um staatliche Beratung?

Hr. Prof. Dr. Endres Das lässt sich nicht ganz trennen. Es ist nicht so gewesen, dass wir explizit als Expertenrat einzelnen Sozialgenossenschaften bei der Gründung zur Seite gestanden sind, sondern es war eher so, dass immer wieder im Dialog auch engagierte Verantwortliche der Sozialgenossenschaften, wie Frau Fischer von W.I.R. in Regensburg, die Sie vielleicht kennengelernt haben, bei uns im Expertenrat waren und Entwicklungsstände dargelegt haben und wir im Rahmen von Beratung oder auch in Workshops mit Expertise daran beteiligt waren. Aber es gab durch den Expertenrat keine explizite Gründerberatung.

Hr. Kowalski Würden Sie sagen, dass die Zukunftsinitiative Sozialgenossenschaften erfolgreich war und gut wahrgenommen wurde? Oder gab es Probleme mit der Öffentlichkeitsarbeit oder mit der Annahme von Seiten der Gründer?

Hr. Prof. Dr. Endres Das kann ich nicht einschätzen, weil ich nicht weiß, wie viele es gibt, die davon eben keine Kenntnis genommen haben. Ich habe allerdings den Eindruck, - ich arbeite auch im Moment in einem anderen Rahmen mit dem Genossenschaftsverband Bayern und dessen Präsidenten zusammen – dass diese Zukunftsinitiative doch sehr stark im Blick ist. Etwas was dabei ganz wichtig ist, ist die in der Netzwerkforschung sog. Überbrückung von Netzwerklöchern. Dass ganz verschiedene Welten zusammenkommen. Und es ist in der Tat erstaunlich, dass sich zwischen der Welt des Social Entrepreneurships, der Welt der Genossenschaften und der Welt der Wohlfahrtsverbände Netzwerklöcher offenbaren. Das ist schon etwas ganz Wichtiges, was dieser Expertenrat auch dann versucht zu klammern, dass nicht jeweils solitäre, sozialstaatliche Entwicklungen in den einzelnen Welten stattfinden, sondern, dass das viel vernetzter aufeinander bezogen wird.

Hr. Kowalski Sie haben auch angesprochen, dass der Konkurrenzgedanke bei Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbänden tief verankert ist und diese Angst haben, dass ihnen zu viel Verantwortung abgenommen wird. Sie haben aber auch gesagt, dass Sozialgenossenschaften eben eher als Zusatz gedacht sind um so zu sagen kleinere Lücken und Angebote zu füllen, die sonst nicht bedient werden. Sehen Sie das Potenzial bei Sozialgenossenschaften, dass diese so weit skaliert werden können, dass sie landesweite oder nationale Problemstellungen bearbeiten können?

Hr. Prof. Dr. Endres Ich glaube es eher nicht im Hinblick auf die jeweilige Größe, weil sie doch sehr vor Ort orientiert, quartiersorientiert und kommunalorientiert angesiedelt und entwickelt werden. Quantitativ sehe ich doch, dass es

in meinen Augen ein sehr großes Wachstumspotenzial hat, was auch insgesamt sozialstaatlich bayern- und bundesweit Gewicht bekommen dürfte. Was wichtig ist, ist dass es immer mehr hybride Formen gibt. Wir haben Sozialgenossenschaften bei denen auch Gewerkschaften, auch unterschiedliche Gewerkschaften Genossen sind. Bei einer Sozialgenossenschaft in Dachau ist sowohl die Arbeiterwohlfahrt als auch die Caritas, neben Ärzten und Pflegeeinrichtungen, Mitträgerin. Auch durchaus daraus wird deutlich, durch die hybriden Formen, das man nicht sagen kann, hier sind die Sozialgenossenschaften, hier sind die Wohlfahrtsverbände, sondern, dass die Wohlfahrtsverbände auch Sozialgenossenschaften mittragen und mit in ihrem Portfolio, in ihrer Angebotspalette mit zu integrieren vermögen. Das ist die besonders innovative Form und das vielleicht in die Zukunft verlängert, wäre es in meinen Augen nicht ausgeschlossen, dass bestimmte Typen von Sozialgenossenschaften mit bestimmten Innovationsansätzen gibt, die möglicherweise auch über die vor Ort Wirkung hinausreichen. Man muss ja nicht überall das Rad neu erfinden. Wir wissen auch, dass da wo Selbstorganisation und Empowerment stark im Mittelpunkt stehen, natürlich immer der jeweilige Akteur und auch die Identifikation vor Ort eine sehr große Rolle spielen.

Wir haben uns am Anfang 2012/2013 gleich mit dem Expertenrat in Norditalien, Südtirol, Sozialgenossenschaften angeschaut, die dort ja eine sehr lange Tradition haben. Dort, wie auch hier in Deutschland und in Bayern wurde mir deutlich, dass die Sozialgenossenschaften auf der Ebene von Kultur, von Organisations- und Verbandskultur etwas ganz Eigenes sind und wenn man so will, - das kann ich jetzt nicht wissenschaftlich abstützen – sehr entwickelte, engagierte, bzw. Engagement-Kultur haben und das macht auch sehr viel aus. Das heißt, diejenigen, die dort etwas auf die Beine stellen, die machen das mit Herzblut und das ist manchmal im Wohlfahrtsbereich verloren gegangen. Der Soziologe Max Weber sprach von der „Veralltäglichen des Charismas“, was für große Organisationen, wie Gewerkschaften oder Wohlfahrtsverbände gilt und diese Barriere, dieses Problem, der Veralltäglichen des Charismas, dem begegnen in ihrer Innovationskraft die Sozialgenossenschaften.

Hr. Kowalski

Im Gegensatz zu Italien, sind Sozialgenossenschaften in Deutschland erst mit der Rechtsnovelle 2006 zu einem neuen Thema geworden, aber die Begrifflichkeit ist nicht so einfach abzugrenzen. Wie grenzen Sie das ab oder wie grenzt ein Expertenrat so etwas ab? Was ist für Sie eine Sozialgenossenschaft? Ist das jede Genossenschaft, die in einem sozialen Bereich tätig ist, also auch eine Produktiv- oder Dienstleistungsgenossenschaft? Oder muss ehrenamtliches Engagement einen Teil dazu beitragen und alles muss auf die soziale Zielsetzung ausgerichtet sein?

Hr. Prof. Dr. Endres

Das muss nicht sein, denn genau wie Sie eben ansprechen, die Anteile von professionellem und privatem Engagement auch sehr stark sein

können. Der Unterschied zu Sozialgenossenschaften in Ländern wie Italien, Norditalien, ist schon sehr stark, dass die dort für den Sozialstaat konstitutiv sind. Das ist uns ganz am Anfang auch aufgefallen. Damals war auch der Bayerische Landes-Caritas Direktor dabei, der auch Mitglied unseres Expertenrates ist und der meinte gleich nach der ersten Besichtigung ganz nüchtern, die machen ja Dinge, die bei uns ganz selbstverständlich in der Regelfinanzierung die Wohlfahrtsverbände anbieten und leisten. Das heißt, Sozialgenossenschaften bei uns haben nicht die Kernarbeit zu leisten, weil vieles, was sonst dort in Norditalien gar nicht stattfinden würde, bei uns abgedeckt ist und wenn man so will, auch noch auf einem höheren Niveau. Deshalb kann sich manches auch bei uns nochmal anders ausdifferenzieren und es ist genauso legitim, dass es die Sozialgenossenschaften im Palliativbereich gibt, mit professionellen Ambulanzhelfern und Ärzten auf der einen Seite und auf der anderen Seite eben auch die Genossenschaften, die sich selbst makeln um ihre eigenen Dienstleistungen an den Mann und an die Frau zu bringen. Das heißt, dadurch halte ich das auch für legitim, dass es in meinen Augen eine große Bandbreite der Sozialgenossenschaften gibt.

Etwas weiteres ist die Abgrenzung zum e.V. Im Seniorenbereich gibt es das, auch im Wohnungsbereich, die nennen sich Sozialgenossenschaften, sind es aber nicht, sondern sind in der Rechtsform des e.V. Da ist es auch die Aufgabe des Expertenrats dafür Sorge zu tragen, dass die Initiativen sich bei der Gründung gut informieren und wissen wofür sie sich entscheiden und was die Vor- und Nachteile sind. Manchmal kann man nicht wirklich in Heller und Pfennig oder auch im Hinblick auf die Wirkungen genau erklären, ob nun eine Sozialgenossenschaft als Rechtsform oder ein e.V. günstiger ist und im Zweifelsfall würde ich es immer mit der Frage von Engagement-Kultur und Selbstorganisation beantworten. Also dort wo das stark gefragt ist und auch gefordert ist und auch das Nebeneinander, z.B. von großen Wohlfahrtsverbänden als Träger einer Sozialgenossenschaft, die dann aber nicht zu einer Dominanz bei Entscheidungsfindungen beitragen, besteht. Wo einfach das Demokratieprinzip und die Verhinderung von Macht einzelner Stakeholder oder auch Shareholder begrenzt ist.

Hr. Kowalski Die Problematik mit der Rechtsform und dem e.V. sind mir auch durchaus bekannt. Ich habe auch die Erfahrung gemacht, dass viele Sozialgenossenschaften im Nachhinein sagen, sie hätten eher den e.V. gewählt, wenn sie gewusst hätten, mit wie viel Aufwand eine Genossenschaft, z.B. durch die Prüfung des Genossenschaftsverbandes, verbunden ist und auch teilweise die Rechtsform der Genossenschaft für ähnliche Projekte nicht weiterempfehlen würden.

Hr. Prof. Dr. Endres Ein wichtiger Punkt der uns auch am Herzen liegt, durch die Einbindung des Genossenschaftsverbandes und auch der Ministerien darauf hinzuwirken, dass die Prüfprozesse weiter vereinfacht werden,

damit sie nicht als bürokratischer Eingriff empfunden werden müssen, sondern eher als Unterstützung der Arbeit der Sozialgenossenschaften.

- Hr. Kowalski Meiner Erfahrung nach ist ein Hauptkritikpunkt auch die fehlende Unterscheidung beim Umfang der Prüfung. Manche Sozialgenossenschaften, die keinen Umsatz generieren und wenige Mitarbeiter haben, werden auch durch die Prüfungskosten stark beeinträchtigt.
- Hr. Prof. Dr. Endres Dieses Feedback ist sehr wichtig und hat mich auch erreicht. Es ist auch sehr wichtig, dass die jeweiligen Genossenschaftsprüfverbände auch davon Kenntnis bekommen und die Freiheit besteht ja, dass man sich als Sozialgenossenschaft bundesweit aussuchen kann wer diese Prüfung übernimmt.
- Hr. Kowalski Ich möchte hier nochmal einen Punkt von vorhin aufgreifen: Sozialstaatliche Problemstellungen. Sie haben gesagt, die Sozialgenossenschaften sind so zu sagen ein Zusatz um kleinere Problemstellungen aufzuarbeiten und lokal zu lösen. Wenn ein Bayerischer Staat so eine Zukunftsinitiative, eine Anschubfinanzierung und einen Expertenrat ins Leben ruft, ist das ja zu erst einmal ein positives Zeichen, dass Unternehmertum und Genossenschaftswesen unterstützt werden. Sehen Sie das aber auch als Zeichen dafür, dass der Staat soziale Verantwortung abgibt?
- Hr. Prof. Dr. Endres Es besteht natürlich immer die Gefahr, dass wenn die Kassen wieder leerer werden, dass man dann schaut wo man sparen kann und wo man sozialstaatliche Leistungen reduzieren kann. Da sehe ich allerdings eher die Gefahr von der anderen Seite, gerade im Zuge der Corona-Krise, dass die Digitalisierung vom Wohlfahrtsbereich bislang verschlafen worden ist in Deutschland. Dass man sich da besser aufstellen muss. Andersherum, die Gefahr des Verlustes der Signifikanz von Sozialstaat und von Wohlfahrtsverbandsarbeit, die lauert nicht bei den Sozialgenossenschaften, sondern bei Amazon und Google. Weil die schneller als manche es sich vorstellen können in den Startlöchern sind und es gibt beispielsweise schon Pilotprojekte in den USA wo Google oder Facebook die Suizidalität von Nutzern mit Algorithmen ermittelt hat und klug mit anderen Plattformen kombiniert. Dann möchte plötzlich jemand von Amazon nachts mit ihnen Kontakt aufnehmen, ein Krisendienst von Amazon, weil er feststellt, dass Sie sich im Augenblick ständig im Chatroom mit Gedanken vom Lebensende beschäftigen. Das kann dazu führen, dass es, wenn es wieder knapper wird in den nächsten Jahren, wovon auszugehen ist durch die Corona-Krise, dass dann auch die staatlichen Finanziere sagen, dann greifen wir doch auf die wunderbaren digitalen Wohlfahrts- oder Sozialangebote von Amazon zurück, die sind näher dran. Also um nochmal Ihre Frage zu beantworten, diese Sozialgenossenschaften sind an der anderen Stelle natürlich überall dort wo mehr Engagement, wo bürgerschaftliches Engagement und Empowerment Raum haben und da

kann man natürlich sozialstaatliche Leistung abbauen. Das war aber bislang bei dieser Zukunftsinitiative nicht im Blick, eher das Gegenteil. Aber die Gefahr muss man immer sehen. Ich sehe sie eher an anderen Stellen und deshalb sollte man auch mit der Arbeit von Sozialgenossenschaften einen Beitrag leisten zur Erhöhung der Innovationskraft und wenn man so will, zur schöpferischen Zerstörung mancher lieb gewonnenen Routinen im Wohlfahrtsbereich.

Hr. Kowalski Damit möchte ich gerne noch generell auf das Potenzial von Sozialgenossenschaften eingehen. Wie sehen Sie das Potenzial von Sozialgenossenschaften in Deutschland und wie frei bzw. einfach können sich diese entfalten?

Hr. Prof. Dr. Endres Also ich sehe ein sehr großes Potenzial, was ich dadurch spüre, dass ich noch nie so viel Resonanz erfahren habe auf einen Expertenrat und wirklich von unterschiedlichen Richtungen immer wieder kontaktiert werde. Neulich erst wieder aus der Wissenschaft von einer Kollegin von der Humboldt Universität. Es ist also wirklich mannigfaltig. Ich glaube tatsächlich, dass ein Manko ist, dass die Potenziale der Sozialgenossenschaften noch zu wenig bekannt sind. Zugegebenermaßen braucht es jetzt mit unserer Zukunftsinitiative auch wieder ein Refreshment, was dem Brückenschlag zwischen der starken Integrationsnotwendigkeit von Geflüchteten und deren Aufnahme und der Corona-Krise, die sehr viel der Arbeit des Bayerischen Sozialministeriums gebunden oder wenn man so will, lahmgelegt hat, geschuldet ist. Wir mussten beispielsweise auch die letzte Sitzung des Expertenrates wegen Corona ausfallen lassen, wo es um Quartiersentwicklung gegangen wäre und das auch noch stärker auszuwerten und zu promoten.

Um es nochmal zusammenzufassen, die Potenziale sind in Bayern, Deutschland noch lange nicht gehoben, es braucht aber Kommunikation über die Möglichkeiten, es braucht Kommunikation über die Prüfprozesse, über die vielleicht unerwünschten Nebenwirkungen und es braucht auch Rückkopplung in die Ministerien und die Politik, um die Unterstützung für die Etablierung von Sozialgenossenschaften zu erhöhen. Manchmal stehen auch Kommunen mit ihren Ängsten und dem Bedürfnis nach Absicherung der Etablierung von Sozialgenossenschaften im Weg. Ein Problem in reichen Regionen wie München ist, dass die Grundstückspreise von der Politik auch so für Sozialgenossenschaften gesetzt werden müssen, dass die überhaupt eine Chance haben, das zu erwerben. Da gab es zuletzt Antworten in München durch den Stadtrat und durch die Stadtpolitik, aber das ist nicht immer überall der Fall. Mir sind auch Beispiele bekannt, auch aus Bayern, wo die Kommunen da keinen Korridor mitgeben haben, damit Sozialgenossenschaften auch in Quartieren neue Modelle entwickeln können. Die Potenziale sind also da, aber es braucht Kommunikation über die Wirksamkeit, es braucht Kommunikation über dieses neue Modell und es braucht Bekleidung

und Flankierung durch die politisch Verantwortlichen auf kommunaler auf Landes- und auf Bundesebene und in den jeweiligen Ministerien, um die Barrieren bei der Austragung von Sozialgenossenschaften sukzessive zu reduzieren.

Hr. Kowalski Das heißt die Politik spielt eine wichtige Rolle und muss auch im Hinblick auf die Kommunikation eine Leitrolle einnehmen, um diese Barrieren abzubauen?

Hr. Prof. Dr. Endres Genau. Und an der Stelle gibt es eine Verknüpfung zwischen Politik und Wohlfahrtsbereich, politisch und ökonomisch. Der Wohlfahrtsbereich in Deutschland hat ja, wie Sie wissen, sehr starke Wechselwirkungen und Einflussnahmen. Allein die großen Verbände wie die Caritas und die Diakonie haben jeweils mehr Beschäftigte als Volkswagen oder Siemens und wenn Politik und Wohlfahrtsbereich zusammenarbeiten, wie wir es jetzt eben in Bayern mit großen Playern, wie der Arbeiterwohlfahrt und eben der Caritas, die auch stellvertretend für die Anderen im Expertenrat mitvertreten ist, beginnen konnten, dann ist so etwas auch erleichtert und besser möglich. Aber wie gesagt, es braucht Highlight Happening um darzustellen was die Erfolge sind und es braucht viel kritische Reflektion wo noch Behinderungen und Blockaden sind und mein innigster Wunsch wäre, dass man gezielt im Sinne von schöpferischer Zerstörung im Wohlfahrtsbereich kleine Entrepreneur und Start-Up Wiesen etabliert, die dann auch überspringen auf den Wohlfahrtsbereich und Sozialorganisationen und -institutionen. Also auch im Hinblick auf die öffentlichen, wie auch die freien Träger, wie sie ja in Deutschland heißen.

Hr. Kowalski Da habe ich auch bei den Wohlfahrtsverbänden das Gefühl, dass noch einige Widerstände abzubauen sind, da diese heute ja schon etwas eingefahren sind und nicht besonders innovationsfreudig.

Hr. Prof. Dr. Endres Genau und deshalb kommt es dann auf das Wirken Einzelner an, die dazu auch den Mut haben in den Wohlfahrtsverbänden. Weil die strukturellen Barrieren im Zusammenspiel dann doch bei alltäglichen Etablierungen immer noch greifen können und das geht dann aus meiner Erfahrung immer nur wenn es sog. Grenzgängerinnen und Grenzgänger gibt als Personen, die für Netzwerke und die Ausbreitung von Netzwerken und um Brücken in verschiedene Welten zu bauen, wichtig sind. Quasi auch um Perspektivwechsel herzustellen und deutlich zu machen, dass Sozialgenossenschaften eine Bereicherung sind und wenn es gut geht, die idealen Organisationsberater für Wohlfahrtsbereich und Sozialstaat. Ohne dass sie mit dem Anspruch als Organisationsberater tätig zu werden, auftreten, aber von ihrer systemischen Wirkung habe ich den Eindruck und auch die Hoffnung, dass sie immer mehr die Funktion von Organisationsberatung einnehmen.

Hr. Kowalski

Das ist auf jeden Fall ein schöner Ausblick. In diesem Sinne, vielen Dank, dass Sie sich die Zeit genommen haben und ich bedanke mich herzlich für die interessanten Einblicke Herr Prof. Endres.

INTERVIEWLEITFADEN I - Sozialgenossenschaften

GesprächspartnerIn:

Organisation:

Datum:

THEMA: Dieses Interview dient dazu, das Gündungsverhalten von Sozialgenossenschaften zu untersuchen und beeinflussende Faktoren und Akteure bei der erfolgreichen Umsetzung einer Sozialgenossenschaft herauszustellen.

Part I: Gründungshintergrund	
<p>A. Beschreiben Sie die Zielsetzung Ihrer Sozialgenossenschaft.</p> <p>a) Was hat Sie persönlich dazu motiviert eine Sozialgenossenschaft zu gründen?</p> <p>b) Waren Sie selbst bereits vorher in einem sozialen Bereiche tätig?</p> <p>c) Welche Rolle spielt die Lokalität für Ihre Sozialgenossenschaft?</p> <p>d) Welche Rolle spielt ehrenamtliches Engagement für Ihre Sozialgenossenschaft?</p>	<p>- Gründungshintergrund und Motivation erörtern</p> <p>- Persönliche Motivation zur Gründung einer Sozialgenossenschaft herausfinden</p> <p>- Persönlichen Hintergrund herausfinden</p> <p>- Untersuchung des lokalen Bezuges</p> <p>- Untersuchung der Verbindung zwischen ehrenamtlicher Tätigkeit und Sozialgenossenschaften</p>
<p>B. Bei der Gründung einer Organisation spielen die Rechtsgrundlage, die Finanzierung, oder auch lokale Faktoren, wie Ressourcen, Vernetzung, Unterstützung, etc. eine wichtige Rolle.</p> <p>a) Mit welchen Problemstellungen waren Sie bei der Gründung Ihrer Sozialgenossenschaft konfrontiert?</p> <p>b) Mit welchen Problemstellungen sind Sie heute konfrontiert?</p> <p>c) Welche Faktoren erachten Sie als erfolgskritisch für Ihre Sozialgenossenschaft?</p>	<p>- Herausfinden der größten Hürden bei der Gründung einer Sozialgenossenschaft</p> <p>- Herausfinden der größten Hürden bei der Leitung/Arbeit in einer Sozialgenossenschaft</p> <p>- Herausfinden welche Faktoren abseits der beschriebenen Problemstellungen Einfluss auf die Sozialgenossenschaft hatten</p>
Part II: Organisationsform Genossenschaft	
<p>A. Die Rechtsnovelle im Jahr 2006 verursachte einen kurzfristigen Boom im Gründungsgeschehen der Genossenschaften in Deutschland. Im Gesundheits- und im Energiesektor wurden außerdem spezifische Reformen umgesetzt, die Kooperationen in der Form einer Genossenschaft in diesen Bereichen gefördert haben.</p> <p>a) Hatten die Rechtsnovelle oder sektorspezifische Reformen auch Einfluss auf Ihre Entscheidung eine genossenschaftliche Organisationsform zu wählen?</p> <p>b) Welche weiteren Gründe hatte die Wahl der Organisationsform Genossenschaft für Sie?</p>	<p>- Darstellung möglicher Hintergründe der Gründungswelle von Genossenschaften in Deutschland</p> <p>- Einfluss der politischen und rechtlichen Entwicklungen auf die Wahl der Organisationsform Genossenschaft untersuchen</p> <p>- Andere Faktoren die Einfluss auf die Wahl der Organisationsform Genossenschaft haben</p>
<p>B. Wie beeinflussen die folgenden Genossenschaftsprinzipien Ihr Geschäft?</p>	<p>- Einfluss ausgewählter genossenschaftlicher Prinzipien auf</p>

<p>a) Förderprinzip - Die Förderung der Mitglieder als oberstes Ziel</p> <p>b) Demokratieprinzip - Jedes Mitglied hat das gleiche Stimmrecht</p>	<p>die Arbeit der Sozialgenossenschaft</p> <ul style="list-style-type: none"> - Umsetzung des Förderprinzips erörtern - Stellenwert des Demokratieprinzips erörtern
<p>Part III: Gründungsunterstützung und Finanzierung</p>	
<p>A. Das Genossenschaftswesen wird bei Beratungen, aber auch in der Bildung oft eher vernachlässigt.</p> <p>a) Wie gut kannten Sie sich persönlich mit den Grundlagen des Genossenschaftswesens vor Ihrer Gründung aus?</p> <p>b) Erhielten Sie rechtliche und/oder unternehmerische Beratung? Wenn ja, von welchen Stellen?</p> <p>B. Die finanzielle Unterstützung durch öffentliche Gelder ist für manche Sozialgenossenschaft von großer Bedeutung, bei anderen wird die Finanzierung durch die Einbindung von Konzernen gewährleistet.</p> <p>a) Welche Partner haben Sie bei Ihrer Finanzierung unterstützt, bzw. wie setzt sich die Finanzierung Ihrer Sozialgenossenschaft zusammen?</p> <p>b) Das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration hat Sie auf Ihrer Website als beispielhafte Sozialgenossenschaft gelistet. Welche Unterstützung haben Sie erhalten, bzw. erhalten Sie vom Bayerischen Staat?</p> <p>c) Insgesamt, würden Sie zustimmen, dass Sozialgenossenschaften in Bayern im Hinblick auf Förderung und Beratung gute Unterstützung erfahren?</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Bekanntheitsgrad und Wissen über das Genossenschaftswesen überprüfen - Unterstützende und beratende Akteure identifizieren - Verschiedene Finanzierungsmethoden herausfinden - Herausfinden welche Rolle der Staat als Akteur einnimmt - Insgesamte Zufriedenheit mit der Gründungssituation von Sozialgenossenschaften herausfinden
<p>Abschlussfrage</p>	
<p>Sehen Sie in der sozialgenossenschaftlichen Organisationsform das Potenzial auch auf nationaler Ebene soziale Problemstellungen zu bearbeiten?</p>	

INTERVIEWLEITFADEN II - Expertenrat Sozialgenossenschaften

GesprächspartnerIn:

Organisation:

Datum:

THEMA: Dieses Interview dient der Erörterung des wissenschaftlichen Hintergrundes der Zukunftsinitiative Sozialgenossenschaft des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit, Soziales, Familie und Integration, sowie der Einschätzung des Potenzials von Sozialgenossenschaften in Deutschland

Part I: Expertenrat "Sozialgenossenschaften - selbst organisierte Solidarität"	
A Beschreiben Sie die Aufgaben des Expertenrates für Sozialgenossenschaften	- Aufgaben- und Verantwortungsbereiche des Expertenrates erörtern
B Welche Akteure spielen bei der Förderung von Sozialgenossenschaften eine wichtige Rolle?	- Sichtweise der Einflussmöglichkeiten verschiedener Akteure beleuchten
Part II: Potenzial von Sozialgenossenschaften in Deutschland	
A Welche Rolle spielt die lokale Infrastruktur ihrer Meinung nach für Sozialgenossenschaften?	- Lokale Infrastruktur als isolierten Faktor betrachten
B Welche Faktoren sind Ihrer Meinung nach erfolgskritisch für die Förderung von Sozialgenossenschaften?	- Andere Sichtweise gegenüber den von den Sozialgenossenschaften benannten kritischen Faktoren.
C Welches Potenzial sehen Sie für Sozialgenossenschaften in Deutschland?	- Potenzial aus Sicht der Wissenschaft feststellen

Zustimmungserklärung/Datenschutzmitteilung

Herzlichen Dank, dass Sie sich bereit erklärt haben, als Expert/in für ein Gespräch für die Abfassung einer Masterarbeit an der Universität Wien zur Verfügung zu stehen.

Gemäß Datenschutzgesetz (§ 7 Abs 2 Ziffer 2 DSG) muss für ein derartiges Interview Ihre Zustimmung eingeholt werden, da die Aussagen unter Nennung Ihres Namens in der Masterarbeit verwendet (zitiert) werden.

Die Inhalte des Interviews werden transkribiert. Sie erhalten die Abschrift vor der Verwendung zur Freigabe. Das Transkript des Interviews wird der Arbeit im Anhang beigelegt. Abschlussarbeiten müssen laut Universitätsgesetz veröffentlicht werden (durch Aufstellen in der National- und Universitätsbibliothek), sie sind üblicherweise auch online zugänglich.

Die Daten können von dem/der Betreuer/in bzw. Begutachter/in der wissenschaftlichen Arbeit für Zwecke der Leistungsbeurteilung eingesehen werden. Die erhobenen Daten dürfen gemäß Art 89 Abs 1 DSGVO grundsätzlich unbeschränkt gespeichert werden.

Sie können die Zustimmung zur Verwendung dieses Interviews jederzeit widerrufen, alle Aussagen, die bis zu diesem Zeitpunkt in der wissenschaftlichen Arbeit verwendet wurden, sind allerdings rechtskonform und müssen nicht aus der Arbeit entfernt werden.

Weiters besteht das Recht auf Auskunft durch den Verantwortlichen an dieser Studie über die erhobenen personenbezogenen Daten sowie das Recht auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung der Daten sowie ein Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung sowie des Rechts auf Datenübertragbarkeit.

Wenn Sie Fragen zu dieser Erhebung haben, wenden Sie sich bitte gern an den Verantwortlichen dieser Untersuchung: Lukas KOWALSKI (a11713764@unet.univie.ac.at), Student der Studienrichtung Internationale Betriebswirtschaft an der Universität Wien, Gillegasse 14/5, 1090 Wien, Österreich.

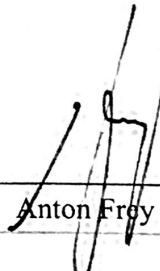
Für grundsätzliche juristische Fragen im Zusammenhang mit der DSGVO/FOG und studentischer Forschung wenden Sie sich an den Datenschutzbeauftragten der Universität Wien, Dr. Daniel Stanonik, LL.M. (verarbeitungsverzeichnis@univie.ac.at). Zudem besteht das Recht der Beschwerde bei der Datenschutzbehörde (bspw. über dsb@dsb.gv.at).

Ich stimme der Verwendung meiner personenbezogenen Daten im Rahmen der wissenschaftlichen Arbeit hiermit zu.

Ort, Datum, Name

Stutensee, den 18. Oktober 2020

Anton Frey



Zustimmungserklärung/Datenschutzmitteilung

Herzlichen Dank, dass Sie sich bereit erklärt haben, als Expert/in für ein Gespräch für die Abfassung einer Masterarbeit an der Universität Wien zur Verfügung zu stehen.

Gemäß Datenschutzgesetz (§ 7 Abs 2 Ziffer 2 DSG) muss für ein derartiges Interview Ihre Zustimmung eingeholt werden, da die Aussagen unter Nennung Ihres Namens in der Masterarbeit verwendet (zitiert) werden.

Die Inhalte des Interviews werden transkribiert. Sie erhalten die Abschrift vor der Verwendung zur Freigabe. Das Transkript des Interviews wird der Arbeit im Anhang beigelegt. Abschlussarbeiten müssen laut Universitätsgesetz veröffentlicht werden (durch Aufstellen in der National- und Universitätsbibliothek), sie sind üblicherweise auch online zugänglich.

Die Daten können von dem/der Betreuer/in bzw. Begutachter/in der wissenschaftlichen Arbeit für Zwecke der Leistungsbeurteilung eingesehen werden. Die erhobenen Daten dürfen gemäß Art 89 Abs 1 DSGVO grundsätzlich unbeschränkt gespeichert werden.

Sie können die Zustimmung zur Verwendung dieses Interviews jederzeit widerrufen, alle Aussagen, die bis zu diesem Zeitpunkt in der wissenschaftlichen Arbeit verwendet wurden, sind allerdings rechtskonform und müssen nicht aus der Arbeit entfernt werden.

Weiters besteht das Recht auf Auskunft durch den Verantwortlichen an dieser Studie über die erhobenen personenbezogenen Daten sowie das Recht auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung der Daten sowie ein Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung sowie des Rechts auf Datenübertragbarkeit.

Wenn Sie Fragen zu dieser Erhebung haben, wenden Sie sich bitte gern an den Verantwortlichen dieser Untersuchung: Lukas KOWALSKI (a11713764@unet.univie.ac.at), Student der Studienrichtung Internationale Betriebswirtschaft an der Universität Wien, Gilgegasse 14/5, 1090 Wien, Österreich.

Für grundsätzliche juristische Fragen im Zusammenhang mit der DSGVO/FOG und studentischer Forschung wenden Sie sich an den Datenschutzbeauftragten der Universität Wien, Dr. Daniel Stanonik, LL.M. (verarbeitungsverzeichnis@univie.ac.at). Zudem besteht das Recht der Beschwerde bei der Datenschutzbehörde (bspw. über dsb@dsb.gv.at).

Ich stimme der Verwendung meiner personenbezogenen Daten im Rahmen der wissenschaftlichen Arbeit hiermit zu.

Wien 30.6.2020

Ort, Datum, Name



Zustimmungserklärung/Datenschutzmitteilung

Herzlichen Dank, dass Sie sich bereit erklärt haben, als Expert/in für ein Gespräch für die Abfassung einer Masterarbeit an der Universität Wien zur Verfügung zu stehen.

Gemäß Datenschutzgesetz (§ 7 Abs 2 Ziffer 2 DSG) muss für ein derartiges Interview Ihre Zustimmung eingeholt werden, da die Aussagen unter Nennung Ihres Namens in der Masterarbeit verwendet (zitiert) werden.

Die Inhalte des Interviews werden transkribiert. Sie erhalten die Abschrift vor der Verwendung zur Freigabe. Das Transkript des Interviews wird der Arbeit im Anhang beigelegt. Abschlussarbeiten müssen laut Universitätsgesetz veröffentlicht werden (durch Aufstellen in der National- und Universitätsbibliothek), sie sind üblicherweise auch online zugänglich.

Die Daten können von dem/der Betreuer/in bzw. Begutachter/in der wissenschaftlichen Arbeit für Zwecke der Leistungsbeurteilung eingesehen werden. Die erhobenen Daten dürfen gemäß Art 89 Abs 1 DSGVO grundsätzlich unbeschränkt gespeichert werden.

Sie können die Zustimmung zur Verwendung dieses Interviews jederzeit widerrufen, alle Aussagen, die bis zu diesem Zeitpunkt in der wissenschaftlichen Arbeit verwendet wurden, sind allerdings rechtskonform und müssen nicht aus der Arbeit entfernt werden.

Weiters besteht das Recht auf Auskunft durch den Verantwortlichen an dieser Studie über die erhobenen personenbezogenen Daten sowie das Recht auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung der Daten sowie ein Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung sowie des Rechts auf Datenübertragbarkeit.

Wenn Sie Fragen zu dieser Erhebung haben, wenden Sie sich bitte gern an den Verantwortlichen dieser Untersuchung: Lukas KOWALSKI (a11713764@univie.ac.at), Student der Studienrichtung Internationale Betriebswirtschaft an der Universität Wien, Gillegasse 14/5, 1090 Wien, Österreich.

Für grundsätzliche juristische Fragen im Zusammenhang mit der DSGVO/FOG und studentischer Forschung wenden Sie sich an den Datenschutzbeauftragten der Universität Wien, Dr. Daniel Stanonik, LL.M. (verarbeitungsverzeichnis@univie.ac.at). Zudem besteht das Recht der Beschwerde bei der Datenschutzbehörde (bspw. über dsb@dsb.gv.at).

Ich stimme der Verwendung meiner personenbezogenen Daten im Rahmen der wissenschaftlichen Arbeit hiermit zu.

Ort, Datum, Name

Nittendorf, den 25 Juni 2020 Karosser Ernst (Gemeinsam-eG)





Zustimmungserklärung/Datenschutzmitteilung

Herzlichen Dank, dass Sie sich bereit erklärt haben, als Expert/in für ein Gespräch für die Abfassung einer Masterarbeit an der Universität Wien zur Verfügung zu stehen.

Gemäß Datenschutzgesetz (§ 7 Abs 2 Ziffer 2 DSGVO) muss für ein derartiges Interview Ihre Zustimmung eingeholt werden, da die Aussagen unter Nennung Ihres Namens in der Masterarbeit verwendet (zitiert) werden.

Die Inhalte des Interviews werden transkribiert. Sie erhalten die Abschrift vor der Verwendung zur Freigabe. Das Transkript des Interviews wird der Arbeit im Anhang beigelegt. Abschlussarbeiten müssen laut Universitätsgesetz veröffentlicht werden (durch Aufstellen in der National- und Universitätsbibliothek), sie sind üblicherweise auch online zugänglich.

Die Daten können von dem/der Betreuer/in bzw. Begutachter/in der wissenschaftlichen Arbeit für Zwecke der Leistungsbeurteilung eingesehen werden. Die erhobenen Daten dürfen gemäß Art 89 Abs 1 DSGVO grundsätzlich unbeschränkt gespeichert werden.

Sie können die Zustimmung zur Verwendung dieses Interviews jederzeit widerrufen, alle Aussagen, die bis zu diesem Zeitpunkt in der wissenschaftlichen Arbeit verwendet wurden, sind allerdings rechtskonform und müssen nicht aus der Arbeit entfernt werden.

Weiters besteht das Recht auf Auskunft durch den Verantwortlichen an dieser Studie über die erhobenen personenbezogenen Daten sowie das Recht auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung der Daten sowie ein Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung sowie des Rechts auf Datenübertragbarkeit.

Wenn Sie Fragen zu dieser Erhebung haben, wenden Sie sich bitte gern an den Verantwortlichen dieser Untersuchung: Lukas KOWALSKI (a11713764@unet.univie.ac.at), Student der Studienrichtung Internationale Betriebswirtschaft an der Universität Wien, Gillegasse 14/5, 1090 Wien, Österreich.

Für grundsätzliche juristische Fragen im Zusammenhang mit der DSGVO/FOG und studentischer Forschung wenden Sie sich an den Datenschutzbeauftragten der Universität Wien, Dr. Daniel Stanonik, LL.M. (verarbeitungsverzeichnis@univie.ac.at). Zudem besteht das Recht der Beschwerde bei der Datenschutzbehörde (bspw. über dsb@dsb.gv.at).

Ich stimme der Verwendung meiner personenbezogenen Daten im Rahmen der wissenschaftlichen Arbeit hiermit zu.

Ort, Datum, Name

Augsburg, 26.06.'20 R. Häußler



Zustimmungserklärung/Datenschutzmitteilung

Herzlichen Dank, dass Sie sich bereit erklärt haben, als Expert/in für ein Gespräch für die Abfassung einer Masterarbeit an der Universität Wien zur Verfügung zu stehen.

Gemäß Datenschutzgesetz (§ 7 Abs 2 Ziffer 2 DSG) muss für ein derartiges Interview Ihre Zustimmung eingeholt werden, da die Aussagen unter Nennung Ihres Namens in der Masterarbeit verwendet (zitiert) werden.

Die Inhalte des Interviews werden transkribiert. Sie erhalten die Abschrift vor der Verwendung zur Freigabe. Das Transkript des Interviews wird der Arbeit im Anhang beigelegt. Abschlussarbeiten müssen laut Universitätsgesetz veröffentlicht werden (durch Aufstellen in der National- und Universitätsbibliothek), sie sind üblicherweise auch online zugänglich.

Die Daten können von dem/der Betreuer/in bzw. Begutachter/in der wissenschaftlichen Arbeit für Zwecke der Leistungsbeurteilung eingesehen werden. Die erhobenen Daten dürfen gemäß Art 89 Abs 1 DSGVO grundsätzlich unbeschränkt gespeichert werden.

Sie können die Zustimmung zur Verwendung dieses Interviews jederzeit widerrufen, alle Aussagen, die bis zu diesem Zeitpunkt in der wissenschaftlichen Arbeit verwendet wurden, sind allerdings rechtskonform und müssen nicht aus der Arbeit entfernt werden.

Weiters besteht das Recht auf Auskunft durch den Verantwortlichen an dieser Studie über die erhobenen personenbezogenen Daten sowie das Recht auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung der Daten sowie ein Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung sowie des Rechts auf Datenübertragbarkeit.

Wenn Sie Fragen zu dieser Erhebung haben, wenden Sie sich bitte gern an den Verantwortlichen dieser Untersuchung: Lukas KOWALSKI (a11713764@unet.univie.ac.at), Student der Studienrichtung Internationale Betriebswirtschaft an der Universität Wien, Gillegasse 14/5, 1090 Wien, Österreich.

Für grundsätzliche juristische Fragen im Zusammenhang mit der DSGVO/FOG und studentischer Forschung wenden Sie sich an den Datenschutzbeauftragten der Universität Wien, Dr. Daniel Stanonik, LL.M. (verarbeitungsverzeichnis@univie.ac.at). Zudem besteht das Recht der Beschwerde bei der Datenschutzbehörde (bspw. über dsb@dsb.gv.at).

Ich stimme der Verwendung meiner personenbezogenen Daten im Rahmen der wissenschaftlichen Arbeit hiermit zu.

Ort, Datum, Name

Heroldsbach, 1.6.2020

Zustimmungserklärung/Datenschutzmitteilung

Herzlichen Dank, dass Sie sich bereit erklärt haben, als Expert/in für ein Gespräch für die Abfassung einer Masterarbeit an der Universität Wien zur Verfügung zu stehen.

Gemäß Datenschutzgesetz (§ 7 Abs 2 Ziffer 2 DSGVO) muss für ein derartiges Interview Ihre Zustimmung eingeholt werden, da die Aussagen unter Nennung Ihres Namens in der Masterarbeit verwendet (zitiert) werden.

Die Inhalte des Interviews werden transkribiert. Sie erhalten die Abschrift vor der Verwendung zur Freigabe. Das Transkript des Interviews wird der Arbeit im Anhang beigelegt. Abschlussarbeiten müssen laut Universitätsgesetz veröffentlicht werden (durch Aufstellen in der National- und Universitätsbibliothek), sie sind üblicherweise auch online zugänglich.

Die Daten können von dem/der Betreuer/in bzw. Begutachter/in der wissenschaftlichen Arbeit für Zwecke der Leistungsbeurteilung eingesehen werden. Die erhobenen Daten dürfen gemäß Art 89 Abs 1 DSGVO grundsätzlich unbeschränkt gespeichert werden.

Sie können die Zustimmung zur Verwendung dieses Interviews jederzeit widerrufen, alle Aussagen, die bis zu diesem Zeitpunkt in der wissenschaftlichen Arbeit verwendet wurden, sind allerdings rechtskonform und müssen nicht aus der Arbeit entfernt werden.

Weiters besteht das Recht auf Auskunft durch den Verantwortlichen an dieser Studie über die erhobenen personenbezogenen Daten sowie das Recht auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung der Daten sowie ein Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung sowie des Rechts auf Datenübertragbarkeit.

Wenn Sie Fragen zu dieser Erhebung haben, wenden Sie sich bitte gern an den Verantwortlichen dieser Untersuchung: Lukas KOWALSKI (a11713764@unet.univie.ac.at), Student der Studienrichtung Internationale Betriebswirtschaft an der Universität Wien, Gillegasse 14/5, 1090 Wien, Österreich.

Für grundsätzliche juristische Fragen im Zusammenhang mit der DSGVO/FOG und studentischer Forschung wenden Sie sich an den Datenschutzbeauftragten der Universität Wien, Dr. Daniel Stanonik, LL.M. (verarbeitungsverzeichnis@univie.ac.at). Zudem besteht das Recht der Beschwerde bei der Datenschutzbehörde (bspw. über dsb@dsb.gv.at).

Ich stimme der Verwendung meiner personenbezogenen Daten im Rahmen der wissenschaftlichen Arbeit hiermit zu.

Fürth, 02.06.2020
Ort, Datum, Name

SPIEGELFABRIK
Baugenossenschaft eG
Theresienstraße 18, D-90762 Fürth
Registergericht Fürth GNR 280



Zustimmungserklärung/Datenschutzmitteilung

Herzlichen Dank, dass Sie sich bereit erklärt haben, als Expert/in für ein Gespräch für die Abfassung einer Masterarbeit an der Universität Wien zur Verfügung zu stehen.

Gemäß Datenschutzgesetz (§ 7 Abs 2 Ziffer 2 DSG) muss für ein derartiges Interview Ihre Zustimmung eingeholt werden, da die Aussagen unter Nennung Ihres Namens in der Masterarbeit verwendet (zitiert) werden.

Die Inhalte des Interviews werden transkribiert. Sie erhalten die Abschrift vor der Verwendung zur Freigabe. Das Transkript des Interviews wird der Arbeit im Anhang beigelegt. Abschlussarbeiten müssen laut Universitätsgesetz veröffentlicht werden (durch Aufstellen in der National- und Universitätsbibliothek), sie sind üblicherweise auch online zugänglich.

Die Daten können von dem/der Betreuer/in bzw. Begutachter/in der wissenschaftlichen Arbeit für Zwecke der Leistungsbeurteilung eingesehen werden. Die erhobenen Daten dürfen gemäß Art 89 Abs 1 DSGVO grundsätzlich unbeschränkt gespeichert werden.

Sie können die Zustimmung zur Verwendung dieses Interviews jederzeit widerrufen, alle Aussagen, die bis zu diesem Zeitpunkt in der wissenschaftlichen Arbeit verwendet wurden, sind allerdings rechtskonform und müssen nicht aus der Arbeit entfernt werden.

Weiters besteht das Recht auf Auskunft durch den Verantwortlichen an dieser Studie über die erhobenen personenbezogenen Daten sowie das Recht auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung der Daten sowie ein Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung sowie des Rechts auf Datenübertragbarkeit.

Wenn Sie Fragen zu dieser Erhebung haben, wenden Sie sich bitte gern an den Verantwortlichen dieser Untersuchung: Lukas KOWALSKI (a11713764@unet.univie.ac.at), Student der Studienrichtung Internationale Betriebswirtschaft an der Universität Wien, Gillegasse 14/5, 1090 Wien, Österreich.

Für grundsätzliche juristische Fragen im Zusammenhang mit der DSGVO/FOG und studentischer Forschung wenden Sie sich an den Datenschutzbeauftragten der Universität Wien, Dr. Daniel Stanonik, LL.M. (verarbeitungsverzeichnis@univie.ac.at). Zudem besteht das Recht der Beschwerde bei der Datenschutzbehörde (bspw. über dsb@dsb.gv.at).

Ich stimme der Verwendung meiner personenbezogenen Daten im Rahmen der wissenschaftlichen Arbeit hiermit zu.

Regensburg, 06.06.2020



Ort, Datum, Name

Zustimmungserklärung/Datenschutzmitteilung

Herzlichen Dank, dass Sie sich bereit erklärt haben, als Expert/in für ein Gespräch für die Abfassung einer Masterarbeit an der Universität Wien zur Verfügung zu stehen.

Gemäß Datenschutzgesetz (§ 7 Abs 2 Ziffer 2 DSG) muss für ein derartiges Interview Ihre Zustimmung eingeholt werden, da die Aussagen unter Nennung Ihres Namens in der Masterarbeit verwendet (zitiert) werden.

Die Inhalte des Interviews werden transkribiert. Sie erhalten die Abschrift vor der Verwendung zur Freigabe. Das Transkript des Interviews wird der Arbeit im Anhang beigelegt. Abschlussarbeiten müssen laut Universitätsgesetz veröffentlicht werden (durch Aufstellen in der National- und Universitätsbibliothek), sie sind üblicherweise auch online zugänglich.

Die Daten können von dem/der Betreuer/in bzw. Begutachter/in der wissenschaftlichen Arbeit für Zwecke der Leistungsbeurteilung eingesehen werden. Die erhobenen Daten dürfen gemäß Art 89 Abs 1 DSGVO grundsätzlich unbeschränkt gespeichert werden.

Sie können die Zustimmung zur Verwendung dieses Interviews jederzeit widerrufen, alle Aussagen, die bis zu diesem Zeitpunkt in der wissenschaftlichen Arbeit verwendet wurden, sind allerdings rechtskonform und müssen nicht aus der Arbeit entfernt werden.

Weiters besteht das Recht auf Auskunft durch den Verantwortlichen an dieser Studie über die erhobenen personenbezogenen Daten sowie das Recht auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung der Daten sowie ein Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung sowie des Rechts auf Datenübertragbarkeit.

Wenn Sie Fragen zu dieser Erhebung haben, wenden Sie sich bitte gern an den Verantwortlichen dieser Untersuchung: Lukas KOWALSKI (a11713764@univie.ac.at), Student der Studienrichtung Internationale Betriebswirtschaft an der Universität Wien, Gillegasse 14/5, 1090 Wien, Österreich.

Für grundsätzliche juristische Fragen im Zusammenhang mit der DSGVO/FOG und studentischer Forschung wenden Sie sich an den Datenschutzbeauftragten der Universität Wien, Dr. Daniel Stanonik, LL.M. (verarbeitungsverzeichnis@univie.ac.at). Zudem besteht das Recht der Beschwerde bei der Datenschutzbehörde (bspw. über dsb@dsb.gv.at).

Ich stimme der Verwendung meiner personenbezogenen Daten im Rahmen der wissenschaftlichen Arbeit hiermit zu.

Ort, Datum, Name
Prof. Dr. Egon Endres
Matthias-Neuner-Weg 3
D - 83673 Bichl
Telefon +49 (0)8857 8433
Telefax +49 (0)8857 8434
endrespe@t-online.de

28. Juli 2018

